

Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED- Diktatur

VORWORT VON STAATSMINISTER BERND NEUMANN	11
1. EINLEITUNG	14
Die Notwendigkeit der Aufarbeitung der SED-Diktatur	15
Zuständigkeiten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur	16
Bundesregierung	16
Länder.....	18
2. GRUNDLAGEN UND ENTWICKLUNG DER AUFARBEITUNG	18
Die Friedliche Revolution in der DDR 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands 1990	18
Der Umgang mit den Stasi-Akten	21
Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer	23
Die Aufarbeitung im Deutschen Bundestag – die Enquête-Kommissionen zur SED-Diktatur	24
Die Gedenkstättenkonzeptionen des Bundes und ihre Fortschreibung 2008	25
Freiheit und Einheit – das Jubiläum von Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung 2009/2010	29
3. REHABILITIERUNG UND ENTSCHÄDIGUNG DER OPFER.....	30
Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz.....	30
Das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz	31
Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz.....	31

Die Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz	32
Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“	33
4. OPFERVERBÄNDE.....	35
Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.....	35
Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.....	37
5. BERATUNG.....	37
Bundesweite Beratungsangebote für die Opfer des SED-Unrechts	37
Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige DDR-Heimkinder	39
Beispielhafte Beratungsangebote der Länder für die Opfer des SED-Unrechts	40
Berlin	40
Brandenburg.....	40
Hessen	41
Mecklenburg-Vorpommern.....	42
Niedersachsen	42
Sachsen.....	43
Sachsen-Anhalt.....	43
Thüringen	44
6. OFFENE VERMÖGENSFRAGEN UND RESTITUTIONEN IN DEN NEUEN LÄNDERN	45
7. STRAFRECHTLICHE AUFARBEITUNG	47
8. GESELLSCHAFTLICHE AUFARBEITUNG UND POLITISCHE BILDUNG.....	49
Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	49
Entstehung und Struktur der Bundesstiftung Aufarbeitung	50
Die Arbeit der Stiftung.....	51
Die Bundeszentrale für politische Bildung	57
Die Arbeit der BpB seit 1989	57
Die Angebote der BpB zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	59
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	61

Die Struktur der Behörde	61
Die Entwicklung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes	62
Die Verwendung der Unterlagen.....	64
Politische Bildung beim BStU	74
Internationale Zusammenarbeit	79
Die Landeszentralen für politische Bildung.....	80
Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR	81
Beratung.....	82
Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.....	82
Forschung.....	83
Programme und Projekte zur Politischen Jugendbildung.....	83
Exemplarische Veranstaltungen und Projekte	84
Für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus	85
DDR-Geschichte im Schulunterricht	87
Das Koordinierende Zeitzeugenbüro	89
9. WISSENSCHAFTLICHE AUFARBEITUNG.....	90
Das Institut für Zeitgeschichte, München und Berlin	92
Der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin	93
Das Forschungsprojekt „Opfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze“	95
Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden	96
Das Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam.....	97
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	99
Das Militärgeschichtliche Forschungsamt, Potsdam	102
Die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen („Deutsch-russische Geschichtskommission“)	103
Die Editionsgruppe Dokumente zur Deutschlandpolitik im Bundesarchiv	105
10. GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE.....	106

TEILUNG UND GRENZE	106
Das Grenzmuseum Schiffersgrund, Asbach/Sickenberg	106
Der historische Ort	106
Entstehung und Entwicklung.....	107
Ausstellung	107
Bildungsarbeit	107
Die Stiftung Berliner Mauer	108
Die Gedenkstätte Berliner Mauer	108
Die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde.....	112
Ausstellungen	115
Forschung	115
Veranstaltungen	117
Zeitzeugenarbeit	119
Bildungsarbeit	119
Öffentlichkeitsarbeit	120
Der „Checkpoint Bravo“ (Grenzübergang Dreilinden) und die ehemalige Grenzübergangsstelle Drewitz	121
Die Gedenkstätte Point Alpha, Geisa	121
Der historische Ort	121
Entstehung und Entwicklung.....	122
Ausstellung	122
Forschung	123
Bildungsarbeit	123
Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn	124
Der historische Ort	124
Entstehung und Entwicklung.....	124
Ausstellung	125
Besucherzahlen	127
Das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth	127
Der historische Ort	127
Entstehung und Entwicklung.....	127
Ausstellung	129
Sammlung.....	130
Bildungsarbeit	131
Besucherzahlen	131

Das Grenzlandmuseum Eichsfeld e.V., Teistungen	132
Der historische Ort	132
Entstehung und Entwicklung.....	132
Ausstellung	133
Bildungsarbeit	134
 ÜBERWACHUNG UND VERFOLGUNG	134
 Vorbemerkung zu den sowjetischen Speziallagern	134
 Die Gedenkstätte Bautzen	136
Der historische Ort	136
Entstehung und Entwicklung.....	138
Ausstellung	139
Sammlung.....	139
Forschung	140
Bildungsarbeit	140
 Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	142
Der historische Ort	142
Entstehung und Entwicklung.....	143
Ausstellung	144
Sammlung.....	145
Forschung	145
Veranstaltungen	146
Zeitzeugenarbeit	147
Bildungsarbeit	149
Besucherzahlen	150
 Das STASI MUSEUM in Haus 1/Normannenstraße, Berlin	151
Der historische Ort	151
Entstehung und Entwicklung.....	151
Ausstellung	152
 Die Dokumentationsstelle Zuchthaus Brandenburg an der Havel	152
Der historische Ort	152
Entstehung und Entwicklung.....	153
 Die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus	153
Der historische Ort	153
Entstehung und Entwicklung.....	154

Die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden	155
Der historische Ort	155
Entstehung und Entwicklung.....	155
Ausstellung	156
Sammlung.....	157
Forschung.....	157
Die Gedenkstätte Münchner Platz, Dresden	158
Der historische Ort	158
Entstehung und Entwicklung.....	158
Ausstellung	159
Sammlung.....	160
Bildungsarbeit	160
Die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Erfurt	161
Der historische Ort	161
Entstehung und Entwicklung.....	161
Die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft 1933–1989“, Frankfurt an der Oder.....	162
Der historische Ort	162
Entstehung und Entwicklung.....	162
Die Gedenkstätte Ketschendorf – Sowjetisches Speziallager Nr. 5, Fürstenwalde	163
Der historische Ort	163
Entstehung und Entwicklung.....	163
Die Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Gera.....	164
Der historische Ort	164
Entstehung und Entwicklung.....	164
Die Gedenkstätte ROTER OCHSE, Halle (Saale)	164
Der historische Ort	164
Entstehung und Entwicklung.....	165
Ausstellung	165
Sammlung.....	166
Das Frauengefängnis Hoheneck.....	166
Der historische Ort	166
Entstehung und Entwicklung.....	167
Ausstellung	168

Zeitzeugenarbeit	168
Die Dokumentationsstätte in Jamlitz/Lieberose – Sowjetisches Speziallager Nr. 6.....	168
Der historische Ort	168
Entstehung und Entwicklung.....	169
Die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker, Leipzig	170
Die historischen Orte.....	170
Entstehung und Entwicklung.....	171
Ausstellung	172
Sammlung.....	173
Forschung	173
Veranstaltungen	174
Bildungsarbeit	174
Die Gedenkstätte Moritzplatz, Magdeburg	175
Der historische Ort	175
Entstehung und Entwicklung.....	175
Ausstellung	177
Zeitzeugenarbeit	177
Bildungsarbeit	177
Die Gedenkstätte Mühlberg – Sowjetisches Speziallager Nr. 1	178
Der historische Ort	178
Entstehung und Entwicklung.....	178
Die Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen – Sowjetisches Speziallager Nr. 9, Neubrandenburg	179
Der historische Ort	179
Entstehung und Entwicklung.....	179
Bildungsarbeit	180
Die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen – Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1, Oranienburg .	180
Der historische Ort	180
Entstehung und Entwicklung.....	181
Ausstellung	182
Bildungsarbeit	183
Die Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Potsdam.....	183
Der historische Ort	183
Entstehung und Entwicklung.....	184
Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert, Potsdam.....	185

Der historische Ort	185
Entstehung und Entwicklung.....	186
Ausstellung	186
Die Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock.....	187
Der historische Ort	187
Entstehung und Entwicklung.....	187
Ausstellung	188
Das Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Schwerin	188
Der historische Ort	188
Entstehung und Entwicklung.....	188
Das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau	189
Der historische Ort	189
Entstehung und Entwicklung.....	189
Ausstellung	190
Sammlung.....	191
Bildungsarbeit	191
Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau	191
Der historische Ort	191
Entstehung und Entwicklung.....	192
Ausstellung	194
Sammlung.....	195
Zeitzeugenarbeit	196
Bildungsarbeit	196
Die Gedenkstätte Buchenwald – Sowjetisches Speziallager Nr. 2, Weimar.....	197
Der historische Ort	197
Entstehung und Entwicklung.....	198
Forschung	199
Ausstellung	200
Bildungsarbeit	201
11. MUSEEN.....	201
Die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland	201
Die Dauerausstellung in Bonn	202
Die Dauerausstellung in Leipzig.....	203

Der „Tränenpalast“, Berlin	204
Die geplante Dauerausstellung in der Kulturbrauerei, Berlin	204
Das Internetportal „Orte der Repression in SBZ und DDR“	204
Wechselausstellungen.....	205
Die Stiftung Deutsches Historisches Museum.....	206
Sonderausstellungen	206
Begleitprogramme zu Sonderausstellungen	208
Ständige Ausstellung	209
Das Militärgeschichtliche Museum der Bundeswehr, Dresden	210
Dauerausstellung.....	210
Wechselausstellungen.....	211
Flugplatz Berlin-Gatow	212
Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst	212
Die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt	213
Ausstellung	214
Bildungsarbeit	214
Das Kunstarchiv Beeskow: Die Geschichte der Auftragskunst in der DDR.....	215
Die DDR Museum Berlin GmbH	216
Das Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie, Berlin	216
Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e.V. in Eisenhüttenstadt	217
Gegen das Vergessen e.V. – Sammlung zur Geschichte der DDR, Pforzheim	218
12. ARCHIVE.....	219
Das Bundesarchiv und die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv	219
Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik	223
Die Archive des BStU	223
Die Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der SBZ/DDR – Dokumentationsstelle Dresden	229
Entstehung und Entwicklung.....	229

Die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Archiv der DDR-Opposition	232
Archive.....	232
Das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“, Jena	233
Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.	234
Das Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e.V. – Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens	236
Bildungsarbeit	237
13. DENKMÄLER UND MAHNMALE	238
Das Denkmal in der Gedenkstätte Berliner Mauer	238
Das Freiheitsdenkmal in Plauen	239
Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin	240
Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig	242
Stelen	243
Die Erinnerungs- und Informationsstelen zur Friedlichen Revolution von 1989/90, Berlin.....	243
Die Erinnerungsstelen für Mauertote am Berliner Außenring	243
Die „Weißen Kreuze“, Berlin	244
Die Orte der Friedlichen Revolution, Leipzig.....	244
Die Stelen zur Erinnerung an das Grenzregime, Potsdam.....	245
14. BILANZ.....	246
15. ANHANG	251
Bestände des Bundesarchives und der SAPMO	251
Einschlägige Bestände der SAPMO.....	251
Einschlägige Bestände der Abteilung DDR	253
Einschlägige Bestände in der Abteilung Militärarchiv	255
Einschlägige Unterlagen in den Beständen der Abteilung B	256
16. ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	259

Vorwort von Staatsminister Bernd Neumann

Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in der SBZ und in der DDR ist auch über 20 Jahre nach der Wiedergewinnung der Deutschen Einheit eine für Staat und Gesellschaft notwendige Aufgabe. Einen Schlussstrich unter das begangene Unrecht kann und wird es nicht geben. Dies sind wir nicht nur den Opfern, sondern auch den Menschen, die die Friedliche Revolution erst möglich machten, den Politikern, die die Wiedervereinigung durchgesetzt haben, und vor allem unseren Werten Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit schuldig. Das Bewusstsein für diese Werte wird durch die Vermittlung von Kenntnissen über die Diktatur der SED, ihre Herrschafts- und Unterdrückungsmethoden und über das Leben im Überwachungsstaat gestärkt.

Die Koalitionspartner CDU/CSU und FDP haben sich daher für die 17. Wahlperiode vorgenommen, in einem Bericht der Bundesregierung die Leistungen der letzten Jahre im Bereich der Aufarbeitung der SED-Diktatur umfassend zu dokumentieren, Bilanz zu ziehen und Perspektiven für die weitere Entwicklung darzustellen. Die Beiträge der thematisch betroffenen Ressorts der Bundesregierung (BMI, BMJ, BMAS, BMFSFJ, BMBF, BMVg), der 16 Länder, von Aufarbeitungseinrichtungen und Gedenkstätten sowie der Opferverbände dienen hierfür mit als Grundlage. Aktivitäten auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen können so nachvollziehbar dargestellt werden.

Als Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien habe ich dieses Vorhaben gerne wahrgenommen. Zentrale Einrichtungen des Bundes für die Aufarbeitung der SED-Diktatur gehören zu meinem Geschäftsbereich wie die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, das Deutsche Historische Museum sowie das Bundesarchiv. Hinzu kommt die Förderung national bedeutsamer Gedenkstätten, etwa in Berlin-Hohenschönhausen oder in Bautzen. Durch diese sinnvolle Bündelung konnte die Aufarbeitung in den vergangenen Jahren erheblich verstärkt und intensiviert werden, da Synergien zwischen den Einrichtungen so noch besser genutzt werden.

Eine wesentliche Grundlage dafür bildet die 2008 von mir vorgelegte, vom Bundeskabinett beschlossene und vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit bestätigte Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Alle dort vorgestellten Projekte wurden erfolgreich umgesetzt oder befinden sich in der

Schlussphase ihrer Realisierung. Sie umfassen eine Vielzahl von Maßnahmen, die auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen, um interessierte Bürgerinnen und Bürger und insbesondere junge Menschen über die SED-Diktatur und ihre Folgen aufzuklären, bereits vorhandene Kenntnisse zu vertiefen und in diesem Zusammenhang Widerstand und Opposition in der DDR besonders zu würdigen.

So wurden die Gedenkstätte Berliner Mauer und die Erinnerungsstätte Marienfelde, vereint in der Stiftung Berliner Mauer, in die dauerhafte, institutionelle Förderung durch den Bund aufgenommen. An der Bernauer Straße öffnete 2009 das Besucherzentrum seine Pforten, 2010 konnte der erste Abschnitt der Open-Air-Ausstellung auf dem ehemaligen Mauerstreifen folgen. 2011 wurde dann der zentrale Kernbereich in einer großen Gedenkveranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus am 13. August der Öffentlichkeit übergeben. Auch die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn erhält als national bedeutsame Gedenkstätte für die Teilung Deutschlands nunmehr eine institutionelle Förderung des Bundes.

In Berlin eröffnete die Bundeskanzlerin im September 2011 die Dauerausstellung der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zum Alltag der deutschen Teilung im „Tränenpalast“ am Bahnhof Friedrichstraße. Im Januar 2012 konnte Haus 1/ Normannenstraße, die ehemalige Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg, nach Sanierung und denkmalgerechter Instandsetzung der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht werden. Bereits im August 2011 hatten Sanierung und Umbau der Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen begonnen. Zugleich erhält die Gedenkstätte im zentralen Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit eine Dauerausstellung, die die sachkundige Führung durch die ehemaligen Zellentrakte ergänzt. In der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg bereitet das Haus der Geschichte eine Ausstellung zur Geschichte des Alltags in der SED-Diktatur vor, die 2013 eröffnet wird.

Die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption greift auch wissenschaftliche Forschungsvorhaben auf. So finanzierte BKM das Projekt „Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989“, das erstmals wissenschaftlich fundiert Zahl, Identität und Schicksal der Todesopfer an der Berliner Mauer ermittelte. In diesem Jahr schließt sich ein Projekt zur Erforschung des Schicksals der Opfer des DDR-Grenzregimes an der ehemaligen innerdeutschen Grenze an. Das Projekt soll nicht nur Klarheit über die Zahl der Opfer bringen, sondern den Toten Namen und Gesicht und damit ihre Würde wiedergeben.

Die mit den Wettbewerbsverfahren konkretisierte Errichtung von zwei Freiheits- und Einheitsdenkmalen in Berlin und Leipzig, die an die Friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedervereinigung im darauf folgenden Jahr erinnern, wird die Initiativen zur Aufarbeitung um die positiven Ereignisse unserer jüngsten deutschen Geschichte ergänzen.

Über die Umsetzung der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption hinaus ist in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von weiteren Vorhaben zur Aufarbeitung der vierzigjährigen Geschichte von Unrecht und Unterdrückung in der DDR entstanden. Beispielfhaft erwähnt sei hier nur das Koordinierende Zeitzeugenbüro, bei dem die Gedenkstätte Hohenschönhausen, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Stiftung Berliner Mauer erfolgreich zusammenarbeiten. Finanziert durch BKM ist damit eine bundesweite Vermittlung von Zeitzeugen an Schulen und andere Bildungseinrichtungen sichergestellt.

Der vorliegende Bericht zeigt, was in den letzten 20 Jahren bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur geleistet wurde. Die Fülle der Maßnahmen ist so eindrucksvoll wie die Besucherzahl einzelner Gedenkstätten. Erschreckend bleiben gleichwohl die Befunde zum historischen Wissen von Jugendlichen, wie ein von mir und mehreren Ländern finanziertes Forschungsprojekt der FU Berlin vor kurzem erneut zeigte. Danach verfügt eine Mehrheit der befragten Schülerinnen und Schüler aus fünf Bundesländern über nur sehr geringe zeitgeschichtliche Kenntnisse. In der Konsequenz kann es nicht überraschen, dass viele Jugendliche auch die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur nicht erkennen. Dieses alarmierende Ergebnis muss alle Verantwortlichen in Deutschland wachrütteln, die Anstrengungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – insbesondere in den Schulen – noch weiter zu verstärken.

Allen, die am Entstehen dieses Berichts mitgewirkt haben, möchte ich sehr herzlich danken.

Bernd Neumann MdB
Staatsminister bei der Bundeskanzlerin

1. Einleitung

Die konsequente und differenzierte Aufarbeitung der Diktatur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ist ein zentrales Anliegen der Bundesregierung. Sie berücksichtigt dabei auch die vorangegangene kommunistische Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

In ihrem Koalitionsvertrag für die 17. Legislaturperiode haben die Regierungsparteien CDU, CSU und FDP festgelegt, die bisherigen Anstrengungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur noch zu verstärken. Ein Instrument hierzu, das auf den Koalitionsvertrag¹ zurückgeht, ist der vorliegende Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur unter Federführung des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM). Der Bundesrat hat der Bundesregierung mit seinem Beschluss vom 15. Oktober 2010 (Drucksache 613/10) empfohlen, die Länder in die Erstellung des Berichts einzubeziehen. Dieser Empfehlung ist die Bundesregierung gefolgt, um gemeinsam mit den Ländern eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme der umfänglichen Aufarbeitungsaktivitäten in den vergangenen zwei Jahrzehnten vorlegen zu können.

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, über 20 Jahre nach Vollendung der Deutschen Einheit den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur zu dokumentieren. Einer Übersicht über die wichtigsten Grundlagen und Entwicklungsschritte der Aufarbeitung schließt sich die Darstellung der Aspekte des Themas an, die die Opfer des SED-Unrechts unmittelbar betreffen: Möglichkeiten zur Rehabilitierung, Entschädigung und Beratung. Es folgt ein Überblick über die strafrechtlichen Aspekte der Aufarbeitung und ihren gegenwärtigen Stand. Breiten Raum finden dann die unterschiedlichen Institutionen, Einrichtungen, Gedenkstätten und Erinnerungsorte mit ihren vielschichtigen Aktivitäten zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Ein Anspruch auf Vollständigkeit kann dabei nicht erhoben werden, sind doch die Aufarbeitungsinitiativen auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und besonders im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu facettenreich und vielfältig. Die aufgeführten Träger der Aufarbeitung reichen von den Opferverbänden und einer in ihrer Art einzigartigen Einrichtung wie der Stasi-Unterlagen-Behörde

¹ „WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT.“ Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP; 17. Legislaturperiode; Seite 95.

BStU über die von Bund und Ländern geförderten Gedenkstätten sowie diversen Museen bis hin zu staatlichen Archiven und solchen, die von Vereinen betrieben werden. Einschlägige wissenschaftliche Einrichtungen, die sich mit der Erforschung der Geschichte der SBZ und der DDR befassen, reihen sich ein.

Der Bericht beruht auf den Beiträgen der thematisch betroffenen Ressorts der Bundesregierung (BMI, BMJ, BMAS, BMFSFJ, BMBF, BMVg), der 16 Länder, von Aufarbeitungseinrichtungen und Gedenkstätten sowie der Opferverbände. Die gelieferten Beiträge unterschieden sich teilweise hinsichtlich ihres Umfangs und der Gewichtung einzelner Aspekte. Hieraus ergaben sich auch Unterschiede im textlichen Umfang der nachfolgenden Darstellungen. Die Beiträge wurden von BKM zu einem konsistenten Ganzen zusammengefügt und um die zentralen Einleitungskapitel und die Schlussbilanz ergänzt.

Die Notwendigkeit der Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert wurde nachhaltig durch die Terrorherrschaft des Nationalsozialismus geprägt, dessen Menschheitsverbrechen und Vernichtungskriege Millionen Opfer forderten. Dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg folgte keine stabile Friedensordnung, sondern der Ost-West-Konflikt („Kalter Krieg“), der für mehr als vier Jahrzehnte Deutschland und Europa teilte. Während im Westen Deutschlands nach 1945 der Aufbau einer rechtsstaatlichen Demokratie gelang, wurde in der SBZ und später in der DDR eine kommunistische Diktatur etabliert, die erst 1989/90 überwunden werden konnte. Es ist unverzichtbar, den Unterschieden zwischen NS-Herrschaft und SED-Diktatur Rechnung zu tragen. Jede Erinnerung an die Diktaturvergangenheit in Deutschland hat davon auszugehen, dass weder die nationalsozialistischen Verbrechen relativiert werden dürfen noch das von der SED-Diktatur verübte Unrecht bagatellisiert werden darf.

Fundament der Erinnerung sind die historischen Fakten und ihre wissenschaftliche Erforschung. Auf ihm ruht die Pflege der Erinnerungskultur, die sich in der Förderung von Aufarbeitung und dem Gedenken ausdrückt. Die Aufarbeitung soll die Öffentlichkeit über Ursachen und Folgen der nationalsozialistischen Terrorherrschaft und der SED-Diktatur aufklären, um dadurch den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft zu festigen und das Bewusstsein für den Wert der freiheitlichen Demokratie sowie der Menschenrechte zu stärken. Das Gedenken soll die Opfer vor allem am Ort ihrer Leiden in angemessener Weise würdigen und Wissen über die historischen Zusammenhänge vermitteln.

Die kommunistische Diktatur in der SBZ und der DDR zählt zum historischen Erbe des wiedervereinten Deutschlands. Dieser Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte muss konsequent aufgearbeitet werden. Jeder Generation müssen die Lehren aus diesen Kapiteln unserer Geschichte immer wieder neu vermittelt werden. Durch den wachsenden zeitlichen Abstand zur friedlichen Überwindung der deutschen Teilung entwickeln sich zwei Tendenzen in der Wahrnehmung der DDR, die besorgniserregend sind: die Verharmlosung, mitunter sogar Verklärung des Lebens unter der SED-Diktatur und das ausgeprägte Nichtwissen insbesondere junger Menschen über die DDR und die dort herrschenden Verhältnisse. Dies wurde insbesondere durch die 2008 veröffentlichte Studie von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder über das DDR-Bild von Schülern im Ost-West-Vergleich nachgewiesen und vor kurzem in einer breiter angelegten Folgeuntersuchung der beiden Autoren noch einmal bestätigt.

Dieser Trend schwächt die zentrale Bedeutung der Werte, für die die Menschen in der DDR im Herbst 1989 mutig und friedlich demonstrierten: Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte. Darüber hinaus zeigen die bis in die Gegenwart reichenden Fälle von Enttarnungen ehemaliger Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS, umgangssprachlich auch Stasi), dass die Herrschaft der SED und ihres Machtapparates bis heute nachwirkt und ihre Aufarbeitung bei weitem noch nicht abgeschlossen ist. Einen Schlussstrich unter die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Deutschland wird es auch über 20 Jahre nach dem Ende der DDR nicht geben. Sie bleibt weiter eine gemeinsame gesamtdeutsche Aufgabe und ist ein wesentlicher Beitrag zur Gestaltung der inneren Einheit unseres Landes.

Zuständigkeiten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur

Bundesregierung

Innerhalb der Bundesregierung liegt die zentrale Zuständigkeit für die Aufarbeitung der SED-Diktatur bei BKM. In seinen Geschäftsbereich wechselten 2005 konsequenterweise die beiden bis dahin beim Bundesministerium des Innern (BMI) ressortierenden Aufarbeitungseinrichtungen des Bundes: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Bundesstiftung Aufarbeitung). Auch die Stiftungen Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und

Deutsches Historisches Museum gehören ebenso wie das Bundesarchiv zum BKM-Geschäftsbereich. Hinzu kommt die bei BKM angesiedelte Förderung national bedeutsamer Gedenkstätten. Damit konnten auf der Ebene des Bundes die Zuständigkeiten für die Aufarbeitung des SED-Unrechts, für thematisch betroffene Gedenkstätten, Museen und Archive unter einem Dach vereint werden.

2008 hat BKM die Fortschreibung der aus den Jahren 1993 und 1999 stammenden Gedenkstättenkonzeptionen des Bundes vorgelegt. Sie bildet die erweiterte Grundlage für die Aufarbeitungsanstrengungen des Bundes. Entsprechend dieser Zuständigkeit lag die Federführung bei der Erstellung des vorliegenden Berichts bei BKM.

Für die politische Bildungsarbeit auf Ebene des Bundes liegt die Zuständigkeit schwerpunktmäßig beim BMI. Dementsprechend gehört die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) zu dessen Geschäftsbereich. Diese Zuständigkeit umfasst auch die Themen Extremismusprävention und Förderung demokratischer Teilhabe. Für die politische Jugendbildung im Besonderen ist das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zuständig.

Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur beinhaltet auch die Rehabilitierung und Entschädigung von Menschen, die in der SBZ und der DDR Verfolgung ausgesetzt waren. Die Zuständigkeiten hierfür liegen seitens des Bundes beim Bundesministerium der Justiz (BMJ) und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS).

Für Einrichtungen zur wissenschaftlichen Erforschung der SBZ und der DDR, die vom Bund gefördert werden, ist das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zuständig. Für den Bereich der Militärgeschichte liegt hier die Zuständigkeit beim Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) mit seinen nachgeordneten Dienststellen Militärgeschichtliches Forschungsamt (MGFA) und Militärhistorisches Museum der Bundeswehr (MHM).

Im BMI ist der Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer angesiedelt. Neben wirtschaftlichen Aspekten des Aufbaus Ost spielen auch Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in seinem Aufgabenspektrum eine große Rolle. Mit Blick auf die Stärkung der Demokratie sieht der Beauftragte in der weiteren Aufarbeitung des SED-Unrechts einen wesentlichen Schwerpunkt seiner Tätigkeit. Das beinhaltet sowohl eine vertiefte historische Analyse als auch die Würdigung, Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern der SED-Diktatur. Praktische Beispiele dafür sind u. a. die Regelungen des Strafrechtlichen

Rehabilitierungsgesetzes (besondere Zuwendung für Haftopfer) und der Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“.

Länder

Wichtige Aufgaben für die Aufarbeitung von fast 45 Jahren kommunistischer Diktatur in SBZ und DDR nehmen die Länder wahr. Bei ihnen liegt die Zuständigkeit für den Schulunterricht und die universitäre Forschung sowie für die Durchführung der Rehabilitierungsgesetze, des Vermögensrechts und der strafrechtlichen Aufarbeitung. Auch die Gedenkstättenförderung ist nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes in erster Linie eine Angelegenheit der Länder. Des Weiteren unterhalten die Länder für die Aufarbeitung wichtige Einrichtungen wie die Landeszentralen für politische Bildung. Den neuen Ländern und dem Land Berlin, die auch die Behörden der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR unterhalten (Brandenburg: Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur), kommt hier naturgemäß eine besondere Rolle zu. Aber auch die westlichen Länder tragen erheblich zu den Anstrengungen zur Überwindung der Folgen der SED-Diktatur bei. So unterhalten etwa Hessen und Niedersachsen eigene Beratungsangebote für die Opfer kommunistischen Unrechts.

2. Grundlagen und Entwicklung der Aufarbeitung

Das folgende Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten seit der Friedlichen Revolution 1989/90 unternommenen Initiativen und Maßnahmen, die die Grundlagen zur Aufarbeitung des kommunistischen Unrechts, zur Würdigung, Rehabilitierung und Entschädigung seiner Opfer sowie zur Erforschung der Geschichte der SBZ und der DDR bilden.

Die Friedliche Revolution in der DDR 1989 und die Wiedervereinigung Deutschlands 1990

Im Herbst 1989 geriet die Diktatur der SED in der DDR durch den doppelten Druck von Ausreise und vor allem Bürgerprotesten ins Wanken, um schließlich durch die Friedliche Revolution überwunden zu werden. Das Streben nach freier Selbstbestimmung hatte sich durchgesetzt. Die kommunistische Diktatur hinterließ

eine ruinöse Bilanz: Mehr als 250.000 Menschen wurden zwischen 1945 und 1989 in der SBZ und der DDR aus politischen Gründen verhaftet. Mehr als drei Mio. Menschen flohen bis zum 13. August 1961 in den westlichen Teil Deutschlands. Bis zu ihrem Fall am 9. November 1989 kostete die Berliner Mauer 136 Menschen das Leben.

Zum Erhalt ihrer Herrschaft hatte die SED-Diktatur einen gewaltigen Sicherheitsapparat aufgebaut, an dessen Spitze das Ministerium für Staatssicherheit stand. Aber selbst dieser Apparat sah sich nicht in der Lage, den Sturz der SED-Herrschaft im Herbst 1989 zu verhindern. Auch wirtschaftlich stand die DDR 1989 am Ende und vermochte den Ansprüchen der Bevölkerung nicht mehr zu genügen.

1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei, 1980 erneut in Polen – immer wieder hatten die Menschen gegen die kommunistischen Diktaturen aufbegehrt. Seit Ende der 1970er Jahre hatte sich auch in der DDR eine neue Bürgerrechtsbewegung formiert. Unter Führung von Michail Gorbatschow, seit 1985 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, setzte sich in Moskau die Einsicht durch, dass ein Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das wesentlich auf Zwang beruht, auf Dauer nicht stabil und produktiv sein kann.

Die ersten Löcher im Eisernen Vorhang – zunächst in Ungarn – sowie die Fälschung der Ergebnisse der Kommunalwahl vom 7. Mai 1989 lösten in der DDR eine Doppelbewegung von Ausreise und Protest im Innern aus. Sie steigerte sich im Herbst zu Massendemonstrationen mit einem ersten Höhepunkt am 9. Oktober in Leipzig, als über 70.000 Menschen friedlich demonstrierten, ohne dass die Sicherheitsorgane einschritten. Dem Fall der Mauer in Berlin am 9. November 1989 sollten bald der Sturz der SED-Diktatur und der Ruf nach Wiedervereinigung folgen. Die Demonstranten, die zunächst skandiert hatten „Wir sind das Volk“, riefen nun „Wir sind ein Volk“.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl nahm diesen Ruf auf. Mit dem „Zehn-Punkte-Programm“ vom 28. November 1989 ergriff der Bundeskanzler die Initiative und setzte die Deutsche Einheit auf die nationale und internationale politische Tagesordnung. Die SED versuchte unterdessen, ihre Herrschaft durch Wechsel an der Staats- und Parteispitze – von Erich Honecker über Egon Krenz zu Hans Modrow – in die neue Zeit zu retten. Doch der friedliche Umbruch in der DDR ging schließlich über die Partei hinweg. An den überall im Land entstandenen „Runden Tischen“ wurde der friedliche Protest in konkrete Politik umgesetzt. Auch der Versuch der SED, ihr Herrschaftsinstrument MfS als „Amt für nationale

Sicherheit“ (AfNS) zu erhalten, konnte vom Zentralen Runden Tisch verhindert werden. Hier erzwangen die Vertreter der Oppositionsgruppen am 15. Januar 1990 die Auflösung des AfNS. Das MfS hatte bereits Ende November 1989 begonnen, seine umfangreichen Akten über die Menschen in der DDR zu vernichten. Die Opposition verhinderte die völlige Vernichtung der Akten durch die Besetzung fast aller Bezirks- und Kreisdienststellen des MfS in den ersten Tagen des Dezembers. Nur in der Zentrale in der Berliner Normannenstraße gingen Überwachungsarbeit und Aktenvernichtung zunächst weiter. Am Tag des Beschlusses zur Auflösung des MfS/AfNS, dem 15. Januar 1990, stürmten dann tausende Demonstranten die Geheimdienstzentrale in Berlin-Lichtenberg und verhinderten so die weitere Vernichtung der Geheimdienstakten.

Im Jahr 1990 überstürzten sich die Entwicklungen. In den Städten der DDR demonstrierten die Menschen weiter für demokratische Veränderungen. Dabei wurde die Forderung nach einer Wiedervereinigung immer lauter. Das Tempo und die Dynamik der Ereignisse machten schnell anfängliche Vorstellungen eines über längere Zeit gestreckten, etappenweisen Vorgehens oder auch einer von manchen erhofften dauerhaften Zweistaaten-Lösung obsolet. Den Wahlkampf für die ersten freien Volkskammerwahlen in der DDR am 18. März 1990 sollte diese Stimmung maßgeblich beeinflussen. Der Wahlsieg der Allianz für Deutschland, ein Wahlkampf Bündnis aus der CDU (Ost), der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA), war gleichbedeutend mit dem Ende der DDR, setzten sich doch die Kräfte durch, die sich eindeutig für eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen hatten. Die neue Koalitionsregierung der DDR aus CDU (Ost), SPD (Ost), DSU, DA und dem Bund Freier Demokraten begann, gemeinsam mit der Bundesregierung auf das Ziel der staatlichen Einheit hinzuarbeiten.

Angesichts der finanziellen und wirtschaftlichen Probleme der DDR und eines weiter ungebremsten Übersiedlerstroms hatte die Bundesrepublik der DDR bereits im Februar 1990 eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Aussicht gestellt. Die neue Regierung der DDR unter Lothar de Maizière legte nun zusammen mit der Bundesregierung den Zeitplan fest. Am 18. Mai 1990 wurde in Bonn der Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unterzeichnet, die am 1. Juli 1990 in Kraft trat.

Unmittelbar im Anschluss wurden am 6. Juli 1990 die innerdeutschen Verhandlungen über einen Einigungsvertrag aufgenommen. Die frei gewählte Volkskammer stimmte ihm und damit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes in der

Nacht zum 23. August 1990 nach einer turbulenten Sitzung mit der nötigen Zweidrittelmehrheit zu. So konnte der Einigungsvertrag am 31. August 1990 in Berlin unterzeichnet werden. Am 20./21. September 1990 folgte die Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag bzw. die Volkskammer.

Zeitgleich zu den Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten mussten auch international die Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung geschaffen werden. Dass dies der Bundesregierung tatsächlich gelang, ging vor allem auf die Unterstützung durch den amerikanischen Präsidenten George Bush sowie eine Änderung der Haltung Moskaus zurück. Lange bestand die sowjetische Führung auf einen Austritt des vereinigten Deutschlands aus der NATO (North Atlantic Treaty Organization). Diese Position überschattete zunächst die Zwei-plus-Vier-Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs, die den außenpolitischen Rahmen für die Einheit schaffen sollten. Der Durchbruch gelang der deutschen Seite Mitte Juli 1990 bei einem Treffen von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Gorbatschow im Kaukasus. Dabei sicherte der sowjetische Präsident dem vereinigten Deutschland nicht nur die sofortige volle Souveränität zu, sondern gab überraschend auch seine Einwände gegen eine gesamtdeutsche NATO-Mitgliedschaft auf. Nach dem erfolgreichen deutsch-sowjetischen Gipfel im Kaukasus nahm der Vereinigungsprozess weiter an Fahrt auf. Am 20. September 1990 wurde in Moskau der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet, der den Weg für die Deutsche Einheit und die volle Souveränität des wiedervereinigten Deutschlands frei machte. Mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrags am 3. Oktober 1990 war die Einheit Deutschlands nach Jahrzehnten der Teilung wiederhergestellt.

Der Umgang mit den Stasi-Akten

In den Monaten nach der Besetzung der MfS-Dienststellen entstand eine kontroverse Diskussion, wie mit den von der Stasi unrechtmäßig erhobenen Daten umzugehen sei. Bürgerrechtler setzten sich dafür ein, die Unterlagen des MfS für Strafverfolgung, Rehabilitierung und Aufarbeitung zugänglich zu machen. Jeder Bürger sollte Zugang zu „seiner Akte“ erhalten. Die am 18. März 1990 in der einzigen freien Volkskammerwahl neugewählte Regierung der DDR plante die Akten zunächst unter Verschluss zu halten und teilweise zu vernichten, um innenpolitische Konflikte zu vermeiden. Am 24. August 1990 sprachen sich die Abgeordneten der Volkskammer hingegen nahezu einstimmig dafür aus, die MfS-Unterlagen unter Wahrung des

Persönlichkeitsschutzes zu öffnen, und verabschiedeten das „Gesetz zur Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen MfS/AfNS“. In den Verhandlungen zum Einigungsvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik einigte man sich zunächst darauf, die Akten in das Bundesarchiv zu überführen. Dort wären sie allerdings wegen der archivrechtlichen Schutzfristen zunächst nicht zugänglich gewesen. Öffentliche Proteste und eine erneute Besetzung der ehemaligen MfS-Zentrale im September 1990 führten dazu, dass die Öffnung der Stasi-Unterlagen in der Durchführungsvereinbarung zum Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR vom 18. September 1990 verankert wurde. Die Vereinbarung sah vor, dass bei einer zukünftigen gesetzlichen Regelung die Grundsätze des Volkskammergesetzes zu berücksichtigen seien. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die MfS-Unterlagen der Verwahrung durch einen Sonderbeauftragten unterstellt.

Am 28. September 1990 wählte die Volkskammer den Abgeordneten Joachim Gauck zum „Sonderbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes“. Die Bundesregierung sicherte die Akzeptanz der Zuständigkeit Gaucks über den 3. Oktober hinaus zu. Folgerichtig wurde Gauck von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl am 3. Oktober 1990 in seiner Funktion bestätigt.

Das Amt des „Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes“ erteilte Auskünfte zur Wiedergutmachung und Rehabilitierung, für die Überprüfung von Abgeordneten und Beschäftigten der öffentlichen Verwaltung sowie zur Verfolgung von Straftaten auf Basis einer vorläufigen Benutzerordnung.

Am 14. November 1991 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Stasi-Unterlagen-Gesetz (StUG), das am 29. Dezember 1991 in Kraft trat. Das Parlament schuf damit den rechtlichen Rahmen für den weiteren Umgang mit den Unterlagen des MfS. Mit dem StUG war der Weg für die Errichtung der Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ frei. Das StUG wurde seit 1991 im Zuge seiner Weiterentwicklung insgesamt achtmal novelliert, zuletzt 2011.

Insgesamt gingen seit 1991 rund 6,7 Mio. Ersuchen und Anträge beim BStU ein, darunter 2,83 Mio. Anträge von Bürgern auf Auskunft, Akteneinsicht und Herausgabe (vgl. Seite 64ff).

Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer

Während der Friedlichen Revolution in der DDR und des anschließenden Wiedervereinigungsprozesses wurde die Notwendigkeit offenbar, Unrechtsakte der SED-Diktatur aufzuheben und den Opfern Hilfe und Versorgung zukommen zu lassen. Die Aufhebung von Gerichtsurteilen war in der DDR jedoch nur auf dem Wege der Kassation durch das Oberste Gericht der DDR möglich. Dies änderte sich, als die Volkskammer am 6. September 1990 ein Rehabilitierungsgesetz verabschiedete, das die strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung regelte. Eine praktische Bedeutung erlangte das Gesetz vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 allerdings nicht mehr. Das Thema fand aber Eingang in den Einigungsvertrag, dessen Artikel 17 vorsah, dass alle Personen rehabilitiert werden konnten, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder sonst einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden waren.

Den ersten Schritt zur Umsetzung dieses Artikels des Einigungsvertrags stellte das am 4. November 1992 in Kraft getretene Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) als Teil des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes dar. Es ermöglicht die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen deutscher Gerichte in der DDR und zuvor in der SBZ über Freiheitsentziehung und damit die Rehabilitierung der Betroffenen durch Gerichtsbeschluss.

Am 1. Juli 1994 traten dann das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) als Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft. Das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz ermöglicht die Aufhebung elementar rechtsstaatswidriger Verwaltungsakte der DDR-Organen oder die Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit dieser Maßnahmen. Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz knüpft an das Strafrechtliche und das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz mit der Zielsetzung an, noch heute spürbare Auswirkungen verfolgungsbedingter Eingriffe in den Beruf oder die Ausbildung auszugleichen – insbesondere zum Ausgleich von Nachteilen in der Rentenversorgung verfolgter Personen.

Am 29. August 2007 wurde die besondere Zuwendung für Haftopfer, die sogenannte SED-Opferrente, gemäß § 17a des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes als Drittes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR eingeführt. Wirtschaftlich bedürftige Haftopfer erhalten damit eine regelmäßige monatliche Zuwendung.

Seit 1. Juli 2012 besteht der vom Bund und den ostdeutschen Ländern gemeinsam errichtete Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ mit einem Volumen von insgesamt 40 Mio. Euro. Daraus stehen ehemaligen DDR-Heimkindern, die in den Jahren 1949 bis 1990 in einem Heim der Jugendhilfe oder einem Dauerheim für Säuglinge und Kleinkinder untergebracht waren und denen Unrecht und Leid zugefügt wurde, Hilfen und Unterstützungsleistungen bei heute noch vorhandenen Folgeschäden und/oder bei Minderung von Rentenansprüchen zur Verfügung.

Eine detaillierte Darstellung der gesetzlichen Grundlagen zu Rehabilitierung und Entschädigung findet sich in den Kapiteln 3 und 5.

Die Aufarbeitung im Deutschen Bundestag – die Enquête-Kommissionen zur SED-Diktatur

Mit seinem Beschluss vom 12. März 1992, eine Enquête-Kommission „Zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ einzusetzen, reagierte der Deutsche Bundestag auf hitzige öffentliche Debatten nach der deutschen Wiedervereinigung: Seit Inkrafttreten des Stasi-Unterlagen-Gesetzes am 29. Dezember 1991 hielt die Öffnung der Stasi-Akten Politik und Öffentlichkeit in Atem. Spekulationen über mutmaßliche Stasi-Mitarbeiter dominierten die Schlagzeilen, da auch immer wieder Politiker oder Prominente als inoffizielle Mitarbeiter (IM) des MfS enttarnt wurden – ob tatsächlich oder vermeintlich, blieb oft nur den Gerichten zu klären.

Der politische Handlungsbedarf war also groß: Geschlossen stimmte der Bundestag für die Einrichtung einer Enquête-Kommission, die sich dem belastenden Erbe der SED-Diktatur widmen sollte. Schwierigkeiten ergaben sich aber bereits bei der Benennung der Aufgaben. SPD, CDU/CSU und FDP sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN drangen in eigenen Anträgen darauf, die „Unterdrückung in der DDR“ und die „SED-Diktatur“ politisch aufzuarbeiten. In der Nachfolgepartei der SED, der PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus), erhoben sich hingegen Stimmen, die sich gegen eine pauschale Vorverurteilung der DDR wehrten. Nach längeren Beratungen konnte eine Einigung herbeigeführt werden und die Kommission am 20. Mai 1992 ihre Arbeit aufnehmen. Mit ihren 43 Mitgliedern war die Enquête-Kommission die bislang größte in der deutschen Geschichte. Auch ihr Ziel beinhaltete ein Novum:

Zum ersten Mal beschäftigte sich eine Kommission des Deutschen Bundestags mit einem zeithistorischen Thema und seinen Auswirkungen auf die Gegenwart.

Nach zwei Jahren intensiver Arbeit legte die Kommission am 31. Mai 1994 ihren ersten, sehr umfangreichen Bericht vor (Bundestagsdrucksache 12/7820), der am 17. Juni 1994 im Plenum des Bundestags beraten wurde. Die Aufgabe der Kommission, dem Parlament Handlungsanweisungen zu geben, wurde allerdings als nicht erfüllt angesehen. Aufgrund der Komplexität des Themas und seiner allgemeinen Bedeutung stimmte der Bundestag schließlich für die Einrichtung der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“, die die Arbeit der ersten Kommission in der 13. Legislaturperiode von 1995 bis 1998 fortsetzte. Ihre zentrale Empfehlung an die Politik lautete schließlich in einem am 8. Oktober 1997 vorgestellten Bericht (Bundestagsdrucksache 13/11000), eine bundeseigene Stiftung zu gründen, die langfristig die Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der SED-Diktatur fördern sollte. Ergebnis war die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die am 2. April 1998 per Gesetz errichtet wurde. Dem Errichtungsgesetz stimmte eine große Mehrheit des Bundestags zu. Bereits im November 1998 nahm die „Bundesstiftung Aufarbeitung“ ihre Arbeit auf (vgl. Seite 49ff).

Die Gedenkstättenkonzeptionen des Bundes und ihre Fortschreibung 2008

Die Bundesrepublik Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und für die Folgen des Zweiten Weltkrieges. Seit der Wiederherstellung der Deutschen Einheit ist es zudem ihre Aufgabe, die Erinnerung an das Leid der Opfer der kommunistischen Diktatur wachzuhalten.

Nach der Wiedervereinigung bekannten sich der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung zu der gesamtstaatlichen Verantwortung des Bundes zugunsten der Gedenkstätten in den neuen Ländern und in Berlin. Die hierauf gründende „Gesamtkonzeption zur Beteiligung des Bundes an Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland“ nahm ab 1993 insgesamt elf national bedeutsame Gedenkstätten zur Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur – zunächst auf zehn Jahre befristet – in die institutionelle Förderung auf.

Im Jahr 1999 systematisierte die Bundesregierung ihre Unterstützung für Gedenkstätten auf der Grundlage der Gesamtkonzeption von 1993 und unter

Berücksichtigung der Empfehlungen der Enquête-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestags in der „Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes“ (Bundestagsdrucksache 14/1569). Die Befristung der institutionellen Förderung entfiel. Unterstrichen wurde, dass die Gedenkstätten im gesellschaftlichen Kontext neben der Funktion als Gedenkorte eine herausragende Bedeutung als Lernorte besitzen. Breit gefächerte pädagogische Angebote sind daher unerlässlich, um den Besuchern Informationen zu den mit den Gedenkorten verbundenen historischen Ereignissen zu vermitteln.

Der Koalitionsvertrag für die 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestags vom 11. November 2005 sah eine Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes unter „angemessener Berücksichtigung der beiden Diktaturen in Deutschland“ vor. Das Ergebnis ist die von BKM unter dem Titel „Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen“ vorgelegte Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption (Bundestagsdrucksache 16/9875), die 2008 vom Bundeskabinett beschlossen und vom Deutschen Bundestag mit großer Mehrheit gebilligt wurde.

Die Fortschreibung der Konzeption basiert auf den Eckpunkten und Grundsätzen der Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 1999. Des Weiteren fanden die Ergebnisse der Anhörung zur Gedenkstättenkonzeption vor dem Kulturausschuss des Deutschen Bundestages im Februar 2005 Berücksichtigung. Einbezogen wurden auch Überlegungen der in der 15. Legislaturperiode von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission zur Schaffung eines „Geschichtsverbunds zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

Die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption sieht vor, auch die Zusammenarbeit aller Einrichtungen zur Geschichte der SBZ und der DDR verstärkt zu fördern. Dabei wird den einzelnen Institutionen die für ihre Arbeit notwendige Freiheit gelassen, bewährte Strukturen werden gestärkt, neue Wege der Zusammenarbeit beschritten und Kooperationsprojekte ermöglicht. So hat BKM etwa das Internet-Kooperationsprojekt „Orte der Repression in SBZ und DDR“ angestoßen und finanziert, an dem unter Federführung der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mehr als 40 Gedenkstätten beteiligt waren (vgl. Seite 204f).

Eine vertiefte Zusammenarbeit bietet allen Einrichtungen die Chance, Herausforderungen gemeinsam zu meistern. Der Kooperationsgedanke bildet

deshalb seit 2008 ein eigenes Kriterium für die Förderwürdigkeit von Projekten von Gedenkstätten und Erinnerungsorten.

Die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption legt die verstärkte Aufarbeitung der SED-Diktatur unter besonderer Würdigung von Widerstand und Opposition fest. So wurden weitere national bedeutsame Gedenkstätten in die Förderung durch BKM aufgenommen. Institutionell werden derzeit die folgenden Einrichtungen mit thematischem Bezug zur kommunistischen Diktatur auf Beschluss des Deutschen Bundestages durch BKM gefördert:

- Gedenkstätte Bautzen (Stiftung Sächsische Gedenkstätten)
- Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen
- Stiftung Berliner Mauer (Gedenkstätte Berliner Mauer und Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde)
- Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora (sowjetisches Speziallager)
- Gedenkstätte Münchner Platz in Dresden (Stiftung Sächsische Gedenkstätten)
- Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn (Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt)
- Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth
- Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam
- Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen (Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten) (sowjetisches Speziallager)
- Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau (Stiftung Sächsische Gedenkstätten).

Die institutionelle Förderung von Gedenkstätten wird durch Projektförderungen des BKM ergänzt, die klar definierten und zeitlich begrenzten Arbeitsvorhaben dienen. Voraussetzung ist auch hier eine angemessene Beteiligung des Sitzlandes der jeweiligen Gedenkstätte. Ein Expertengremium spricht gegenüber BKM Empfehlungen über die Förderwürdigkeit der beantragten Projekte aus.

Die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption thematisiert darüber hinaus eine Fülle herausragender Maßnahmen, deren Umsetzung seit 2008 bereits abgeschlossen werden konnte:

- „Tränenpalast“ am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin: Hier zeigt die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seit September 2011 unter dem Titel „GrenzErfahrungen“ eine Dauerausstellung zum Alltag der deutschen Teilung.

- Stiftung Berliner Mauer: Am 20. Jahrestag des Mauerfalls am 11. November 2009 konnte das Besucherzentrum in der Bernauer Straße eröffnet werden. Die Open-Air - Ausstellung auf dem ehemaligen Mauerstreifen mit dem „Fenster des Gedenkens“ ist seit dem 21. Mai 2010 für die Öffentlichkeit freigegeben. Am 13. August 2011 folgte im Rahmen der zentralen Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Baus der Berliner Mauer die Einweihung des zweiten Abschnitts des Gedenkareals.

- Haus 1/Normannenstraße: Hier befand sich bis 1989 die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit. Das marode Gebäude wurde 2010/11 mit Mitteln des Konjunkturprogramms II der Bundesregierung denkmalgerecht instandgesetzt und grundsaniert. Seit Januar 2012 ist dort das STASI MUSEUM der Antistalinistischen Aktion (ASTAK) und des BStU für die Öffentlichkeit zugänglich.

- Forschungsprojekt „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961 – 1989“: Die Gedenkstätte Berliner Mauer und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam haben in einem gemeinsamen Projekt die genaue Zahl, Identität und das Schicksal der Todesopfer, die das DDR-Grenzregime zwischen 1961 und 1989 an der Mauer in und um Berlin forderte, ermittelt und in einer Publikation dargestellt.

- Stelenprojekte in Berlin und Leipzig: In beiden Städten wurden an Orten, die für die Friedliche Revolution 1989/90 Bedeutung erlangten – insbesondere in Hinblick auf Opposition und Widerstand – , entsprechende Informationstafeln errichtet.

Die genannten Projekte werden im Bericht in den jeweiligen Kapiteln bzw. unter der mit der Umsetzung betrauten Einrichtung ausführlich behandelt. Dies gilt auch für folgende Vorhaben, die gegenwärtig umgesetzt werden:

- Umbau und Sanierung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie Einrichtung einer Dauerausstellung
- Einrichtung einer Dauerausstellung zur Geschichte des Alltags in der SED-Diktatur durch die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in der Kulturbrauerei im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg
- Errichtung der Denkmäler für Freiheit und Einheit in Berlin und Leipzig.

Nach dem erfolgreichen Vorbild der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes haben auch Brandenburg und Thüringen in Grundsatzpapieren zur Erinnerungskultur Leitlinien zum Umgang u.a. mit dem Erbe der SED-Diktatur festgelegt.

Freiheit und Einheit – das Jubiläum von Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung 2009/2010

In den Jahren 2009 und 2010 feierte die Bundesrepublik Deutschland die 20. Jahrestage des Mauerfalls und der Deutschen Einheit. Anlässlich dieses Jubiläums fand mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung und unter maßgeblicher Beteiligung der Einrichtungen des Bundes eine Vielzahl von Veranstaltungen statt, die die historischen Ereignisse 1989 und 1990 würdigten. Sie reichten von Ausstellungen wie beispielsweise der von BKM geförderten großen Open-Air-Präsentation der Robert-Havemann-Gesellschaft über die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung auf dem Berliner Alexanderplatz (Mai 2009 bis Oktober 2010) über das vom BMI und allen Ländern finanzierte Zeitzeugenportal der Bundesstiftung Aufarbeitung bis hin zur „Deutschlandtour“ des Bundespresseamtes, die als mobile Ausstellung im Sommer 2010 bis zum Tag der Deutschen Einheit an 50 Orten im ganzen Land über die Wiedervereinigung informierte. Das Deutsche Historische Museum zeigte die Sonderausstellung „1990 – Der Weg zur Einheit“ (Juni 2010 bis Januar 2011). In der Erinnerungsstätte des Bundesarchivs für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt konnte die Dauerausstellung um einen Schwerpunkt zu den Freiheitsbewegungen in der DDR erweitert werden (November 2009).

Der damalige Bundespräsident Horst Köhler erinnerte am 9. Oktober 2009 in Leipzig im Rahmen eines Festakts an die entscheidende Demonstration in der Stadt 20 Jahre zuvor. Die Bundesregierung und die anderen Verfassungsorgane begingen die Jubiläen mit Festakten am 9. November 2009 – zusammen mit dem Land Berlin – am Brandenburger Tor und am 3. Oktober 2010 am Tag der Deutschen Einheit in Bremen. Anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Einigungsvertrags hatten zuvor Bundeskanzlerin Angela Merkel, der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière und der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, am 31. August 2010 am historischen Ort der Unterzeichnung im Berliner Kronprinzenpalais eine Gedenktafel enthüllt.

Die Jubiläen von Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung führten durch die vielseitigen Veranstaltungen und eine breite mediale Begleitung zu einem gesteigerten Interesse an den Ereignissen von 1989/90 und an der Geschichte der DDR allgemein. Sie wirkten damit im Sinne der Aufarbeitung des SED-Unrechts, da die Beschäftigung mit diesen Themen das Wissen der Bürgerinnen und Bürger über die DDR und ihren Diktaturcharakter verbreiterte und vertiefte.

3. Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer

Die Rehabilitierungsgesetze sollen die Opfer der SED-Diktatur würdigen, rehabilitieren und entschädigen. Dazu hat der Gesetzgeber auf der Grundlage von Artikel 17 des Einigungsvertrages das Strafrechtliche, das Verwaltungsrechtliche und das Berufliche Rehabilitierungsgesetz geschaffen. Die Gesetze stellen sicher, dass alle Personen rehabilitiert werden können, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder einer sonstigen rechtsstaats- und verfassungswidrigen Entscheidung in der DDR bzw. zuvor in der SBZ waren. Die Betroffenen haben dadurch die Möglichkeit erhalten, sich vom Makel persönlicher Diffamierung zu befreien. Der Gesetzgeber hat die Rehabilitierungsgesetze mit angemessenen Entschädigungsregelungen verbunden. Die Rehabilitierungsgesetze sind damit ein wichtiger Baustein bei der rechtsstaatlichen Aufarbeitung des von der SED-Diktatur begangenen Unrechts.

Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz

Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz vom 29. Oktober 1992 ermöglicht die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen von deutschen Gerichten in der DDR bzw. zuvor in der SBZ über Freiheitsentziehung und damit die Rehabilitierung der Betroffenen durch Gerichtsbeschluss. Die strafrechtliche Rehabilitierung begründet Ansprüche auf soziale Ausgleichsleistungen wie beispielsweise die Kapitalentschädigung für rechtsstaatswidrige Haftzeiten in Höhe von 306,78 Euro je Haftmonat und Versorgungsleistungen bei haftbedingten Gesundheitsschäden. Wirtschaftlich Bedürftige erhalten Unterstützungsleistungen oder – seit 2007 – eine besondere Zuwendung für Haftopfer in Höhe von monatlich 250 Euro, wenn sie in der DDR eine mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbare Freiheitsentziehung von mindestens 180 Tagen erlitten haben, die sogenannte SED-Opferrente. Diese Leistungen stehen auch Verfolgten zu, die bereits vor Inkrafttreten des StrRehaG als politische Häftlinge der SED-Diktatur nach dem Häftlingshilfegesetz anerkannt worden sind. Die strafrechtliche Rehabilitierung ist zudem Voraussetzung für die Rückgabe von Vermögenswerten, die im Zusammenhang mit der aufgehobenen Entscheidung eingezogen worden sind, oder für eine entsprechende Entschädigung.

Das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz

Gegenstand des Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes vom 23. Juni 1994 ist die Aufhebung elementar rechtsstaatswidriger Verwaltungsmaßnahmen der DDR-Organen oder die Feststellung der Rechtsstaatswidrigkeit dieser Akte. Bis heute fortwirkende Folgen werden durch soziale Ausgleichsmaßnahmen gemildert, soweit die Verwaltungsmaßnahmen zu einer gesundheitlichen Schädigung, zu einem Eingriff in die Vermögenswerte oder in den Beruf geführt haben. Die Betroffenen können dann ggf. Ansprüche nach dem Bundesversorgungsgesetz (Beschädigtenversorgung), nach dem Vermögensgesetz (Rückübertragung oder Entschädigung) bzw. dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz geltend machen.

Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz

Das Berufliche Rehabilitierungsgesetz vom 23. Juni 1994 hat das Ziel, noch heute spürbare Auswirkungen verfolgungsbedingter Eingriffe in den Beruf oder die Ausbildung auszugleichen. Es knüpft an das Strafrechtliche und das Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz an. Kernstück des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes ist der Ausgleich von Nachteilen in der Rente. Darüber hinaus sieht das BerRehaG in § 8 Ausgleichsleistungen für Verfolgte vor, die in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind.

Die Aus- und Durchführung dieser drei Rehabilitierungsgesetze obliegt den Ländern. Zum Vollzug der Gesetze wurden in den neuen Ländern Rehabilitierungsbehörden eingerichtet, die über Anträge auf berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung entscheiden. Die strafrechtliche Rehabilitierung obliegt den Gerichten.

Die Bundesregierung ist darauf bedacht, das System der Rehabilitierung und Entschädigung von SED-Unrecht laufend zu überprüfen und offenbarem Regelungsbedarf Rechnung zu tragen. So wurde die rehabilitierungsrechtliche Situation der Betroffenen in der 14. und 15. Legislaturperiode zum Teil erheblich verbessert; Bund und Länder haben die entsprechenden Mittel aufgestockt. Das Dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR hat in der 16. Legislaturperiode die besondere Zuwendung für Haftopfer eingeführt, die sogenannte SED-Opferrente (siehe oben Seite 30).

Weitere Verbesserungen brachte das in der laufenden Legislaturperiode in Kraft getretene Vierte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR. Im Bereich der besonderen Zuwendung für Haftopfer ist jetzt u.a. ein Kinderfreibetrag vorgesehen; zusätzlich bleibt das Kindergeld anrechnungsfrei. Weiterhin gilt die Härtefallregelung des StrRehaG jetzt auch für die besondere Zuwendung. Zudem wurde ausdrücklich klargestellt, dass das StrRehaG auch auf Personen Anwendung findet, die zum Zwecke der politischen Verfolgung oder aus sonstigen sachfremden Gründen in Kinderheimen oder Jugendwerkhöfen der DDR untergebracht waren. Darüber hinaus hat das Gesetz verschiedene Verfahrensverbesserungen gebracht und die Antragsfristen in allen drei Rehabilitierungsgesetzen letztmalig bis zum 31. Dezember 2019 verlängert. Die besondere Zuwendung für Haftopfer kann jedoch nach wie vor unbefristet beantragt werden.

Nach dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz sind seit Inkrafttreten 10.400 positive Bescheide ergangen; Anträge nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz wurden seit Inkrafttreten in 67.398 Fällen positiv beschieden (Stand jeweils 31.12.2011).

Am 31.12.2011 bezogen 47.434 Personen die besondere Zuwendung für Haftopfer. Seit Inkrafttreten des StrRehaG haben Bund und Länder bis zu diesem Stichtag rund 1,2 Milliarden Euro für die Zahlung von Kapitalentschädigung und besonderer Zuwendung für Haftopfer aufgewendet. Ein signifikanter Rückgang der Antragszahlen auf strafrechtliche Rehabilitierung ist bislang nicht festzustellen: Zwischen 2002 und 2011 (einschließlich) haben 38.477 Betroffene die gerichtliche Rehabilitierung beantragt.

Für die Durchführung der Rehabilitierungsgesetze haben Bund und Länder in den Haushaltsjahren 1993 bis einschließlich 2011 insgesamt rund 1,4 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.

Die Beschädigtenversorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz

Betroffene nach dem Strafrechtlichen und dem Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, die infolge der Freiheitsentziehung eine gesundheitliche Schädigung erlitten haben, sowie deren Hinterbliebene können wegen der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Schädigung Versorgungsleistungen

in entsprechender Anwendung des Bundesversorgungsgesetzes (BVG) erhalten. Das BVG wurde ursprünglich für die Kriegsoffer und deren Hinterbliebene geschaffen, sein Leistungsspektrum wurde jedoch in den letzten Jahrzehnten auf weitere Personenkreise übertragen, z.B. auf Wehr- und Zivildienststopfer und Opfer von Gewalttaten.

Kennzeichnend für dieses Leistungssystem ist, dass sich die Versorgung nach Umfang und Schwere der Schädigungsfolgen und dem jeweiligen Bedarf aus mehreren Einzelleistungen zusammensetzt und so in schweren Schadensfällen zu beachtlichen Leistungen kumulieren kann, die im Prinzip einem vollen Ausgleich des gesundheitlichen Schadens gleichkommen. Die Rentenleistungen an Geschädigte und Hinterbliebene werden ohne Berücksichtigung des Einkommens gezahlt, während die Höhe anderer Leistungen vom Einkommen des Berechtigten abhängig ist.

In den Vordergrund der Leistungen hat das Gesetz die Heilbehandlung wegen der Folgen der gesundheitlichen Schädigung einschließlich der medizinischen Rehabilitation gestellt. Die Heilbehandlung soll die Gesundheitsstörung beseitigen oder bessern, ihre Zunahme verhüten, körperliche Beschwerden beheben und die Folgen der Schädigung erleichtern. Sie wird daher – ihrem Zweck entsprechend – auch bei nur vorübergehenden Gesundheitsstörungen erbracht. Ein Anspruch auf Rentenleistungen liegt vor, wenn die Gesundheitsstörung mindestens sechs Monate andauert und der Grad der Schädigungsfolgen beim Geschädigten im Durchschnitt in dieser Zeit mindestens 25 beträgt. Sind Maßnahmen zur medizinischen oder beruflichen Rehabilitation erfolgversprechend und zumutbar, so kommt die Zahlung von Renten, die für den Lebensunterhalt zur Verfügung stehen, wie z.B. Ausgleichsrente und Berufsschadensausgleich, erst nach Abschluss dieser Maßnahmen in Betracht.

Das BVG nimmt den Geschädigten die Mehraufwendungen ab, die diese durch die gesundheitlichen Folgen der Schädigung haben, und sichert ihnen und den Hinterbliebenen, wenn der Ersatz des Schadens nicht ausreicht, einen angemessenen Lebensunterhalt.

Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“

Die Jugendminister und Jugendministerinnen der ostdeutschen Bundesländer und der Deutsche Bundestag haben im Mai bzw. Juli 2011 Beschlüsse zur Würdigung

und Anerkennung des Leids ehemaliger Heimkinder aus der DDR gefasst. Als ersten Schritt zur Umsetzung dieser politischen Vorgaben haben die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Beauftragte der Bundesregierung für die Angelegenheiten der Neuen Bundesländer und die Jugendministerinnen und Jugendminister der ostdeutschen Bundesländer unter Beteiligung der Betroffenen im März 2012 den Bericht „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ vorgelegt. Er basiert auf drei vom Beauftragten der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer initiierten Expertisen (Rechtsfragen, Erziehungsvorstellungen, Traumatisierungen). Als Gesamtergebnis wird im Bericht festgehalten, dass die Heimerziehung in der DDR insgesamt kein Unrechtssystem darstellt. Dennoch gehörten Zwang und Gewalt für viele Säuglinge, Kinder und Jugendliche in den Heimen zum Alltag. Noch heute leiden sie an den Konsequenzen. Vor allem in den Spezialheimen und Jugendwerkhöfen der Jugendhilfe wurden Menschenrechte massiv verletzt. Die Beschreibungen der Betroffenen reichen von fehlender menschlicher Zuwendung über mangelnde schulische und berufliche Bildungsangebote, unsachgemäßen Arbeitseinsatz bis hin zu drastischen Strafen, die sich auch gegen elementarste Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen richteten. Typisch für die Heimerziehung in der DDR war eine an den Strafvollzug erinnernde Organisation in vielen Einrichtungen. Der ausgeübte Zwang und die Gewalt stützten sich in starkem Maße auf den politischen Auftrag einer „Umerziehung“ im Kollektiv zu „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeiten“. Die Erlebnisse in den Heimen führten bei vielen Betroffenen zu massiven Beeinträchtigungen der Lebenschancen und Entwicklungspotenziale, die zusammen mit den Heimerlebnissen bis heute traumatisch nachwirken.

Seit 1. Juli 2012 besteht der vom Bund und den ostdeutschen Ländern gemeinsam errichtete Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ mit einem Volumen von insgesamt 40 Mio. Euro. Daraus stehen ehemaligen DDR-Heimkindern, die in den Jahren 1949 bis 1990 in einem Heim der Jugendhilfe oder einem Dauerheim für Säuglinge und Kleinkinder untergebracht waren und denen Unrecht und Leid zugefügt wurde, Hilfen und Unterstützungsleistungen bei heute noch vorhandenen Folgeschäden und/oder bei Minderung von Rentenansprüchen zur Verfügung. Der Bund und die ostdeutschen Länder haben damit auf Grundlage ihres o. g. Berichtes Hilfsangebote entwickelt, die sich an den Vorschlägen des „Runden Tisches Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ für ehemalige Heimkinder in Westdeutschland orientieren. Die Möglichkeit einer Rehabilitierung nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz bleibt davon unberührt.

Informationen zu konkreten Hilfsangeboten, zum Verfahren für die Vereinbarung von Leistungen und die Kontaktdaten der regionalen Anlauf- und Beratungsstellen in den Ländern, an die Betroffene sich wenden können, stehen auf der Website www.fonds-heimerziehung.de zur Verfügung.

4. Opferverbände

Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.

In der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), 1992 gegründet, sind mehr als 30 Verbände aus der gesamten Bundesrepublik organisiert, deren gemeinsames Ziel darin besteht, an das Leid der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu erinnern. Zweck des Vereins ist als Dachverband die Förderung, Koordinierung und Unterstützung der ihm angeschlossenen Opferorganisationen. Weiter sieht die UOKG ihre Aufgabe in der Klärung des Schicksals Verschleppter, in der Aufklärung und Aufarbeitung kommunistischer Verbrechen, in der Beratung und Unterstützung der Opfer sowie in der Vertretung ihrer Forderungen bei Parlamenten und Regierungen.

Dies betrifft etwa die besondere Zuwendung für Haftopfer (SED-Opferrente), bei der die Stichtagregelung von 180 Tagen und die Koppelung an wirtschaftliche Bedürftigkeit (siehe oben Seite 30) bemängelt werden. Die Opferrente solle, so die Auffassung der UOKG, zu einer „Ehrenpension“ umgestaltet werden, die nicht nur jedem früheren politischen Häftling zugutekommen soll, sondern allen, die unter politischer Verfolgung in der DDR gelitten haben. Diese sei besonders deshalb notwendig, da die Träger und Funktionäre der SED-Diktatur vom Bundesverfassungsgericht ihre Systemrenten zugesprochen bekommen hätten. Im Interesse der sozialen Gerechtigkeit sei deshalb ein entsprechender Ausgleich für die Opfer herzustellen. Darüber hinaus plädiert die UOKG für die Einführung einer Beweislastumkehr bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden.

Die UOKG setzt sich dafür ein, dass an einem zentralen Platz in Berlin ein Mahnmal zum Gedenken an alle Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland errichtet wird. BKM unterstützt die vertiefte wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskussion über ein solches zentrales Mahnmal projektbezogen.

Die UOKG hat ihren Sitz im Gebäude Haus 1 des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Berlin-Lichtenberg. Gemeinsam mit dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V. gibt sie, gefördert durch die Bundesstiftung Aufarbeitung, die Informationszeitschrift „der stacheldraht“ heraus.

Mitglieder und Assoziierte der UOKG:

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen
- Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945 –1950 e.V.
- Bellevue-Gruppe e.V.
- Bund der Vertriebenen e.V.
- Bürgerkomitee Sachsen-Anhalt e.V.
- Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
- DDR-Museum in Pforzheim
- Doping-Opfer-Hilfe e.V.
- Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.
- Forum zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
- Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen
- Freiheit e.V. Erfurt
- Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus Berlin
- Initiative verfolgter Schüler und Studenten (Berlin)
- Initiativgruppe „Lager X Berlin-Hohenschönhausen“
- Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.
- Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.
- Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/Oberschlesien 1945
- Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)
- Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
- Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e.V.
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)
- Lagergemeinschaft Workuta / Gulag Sowjetunion
- Menschenrechtszentrum Cottbus
- OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsoptionen
- Pro Universitätskirche e.V., Leipzig
- SED-Opferhilfe e.V.
- Stasiopfer-Selbsthilfe e.V.
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK)
- VOK Deutschland e.V. - Vereinigung der Opfer des Kommunismus

- Ehemalige politische Häftlinge in der CDU
- Ehemalige politische Häftlinge in der SPD

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) wurde am 9. Februar 1950 von den aus sowjetischem Gewahrsam zurückgekehrten Kriegsgefangenen, Internierten und in der SBZ und der DDR zu Haftstrafen Verurteilten in Berlin gegründet. Aus dieser Zeit stammt der Name des Vereins, dem später die Bezeichnung „Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge“ vorangestellt wurde. Die VOS war bis zum Untergang der DDR Zielobjekt der Ausspionierung und versuchten Unterwanderung durch die Staatssicherheitsorgane der DDR.

Öffentlichkeitsarbeit sowie Betreuung und Beratung der Mitglieder stellen neben den Aktivitäten zur Durchsetzung von Forderungen nach Wiedergutmachung von Schäden aus politischer Verfolgung die Schwerpunkte der Tätigkeit der VOS dar. Die VOS ist in den einzelnen Ländern in Landes- und Bezirksgruppen vertreten, deren Geschäftsstellen Beratung für Opfer der SED-Diktatur anbieten. Die Vereinigung gibt das Mitteilungsblatt „Freiheitsglocke“ heraus und verfügt über ein umfangreiches Archiv, das ihr jahrzehntelanges Wirken sowie besondere Opferschicksale dokumentiert.

Die langjährig in Bonn ansässige Bundesgeschäftsstelle der VOS ist im Juli 1998 wieder an den Gründungsort nach Berlin zurückgezogen.

5. Beratung

Bundesweite Beratungsangebote für die Opfer des SED-Unrechts

In der gesamten Bundesrepublik bestehen Beratungsangebote, die zumeist ehrenamtlich von Initiativen, Vereinen und Verbänden auf der lokalen Ebene getragen werden. Eine Zusammenstellung bietet die Publikation „Übersicht über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR“ der Bundesstiftung Aufarbeitung. Die Broschüre bietet einen Überblick über Beratungs- und Hilfsangebote in allen 16 Ländern und führt insgesamt 112 Vereine und Institutionen auf, die für Betroffene zur Verfügung stehen. Mit der fünften Auflage

2010 wurden bisher insgesamt über 20.000 Exemplare dieses Hilfsmittels gedruckt und von Ratsuchenden sowie Ämtern und Vereinen genutzt.

In Berlin besteht darüber hinaus die aus privater Initiative gegründete Beratungsstelle Gegenwind, die als einzige Einrichtung der Opferberatung bundesweit tätig ist. Die Beratungsstelle Gegenwind für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur wurde 1998 nach einer fünfjährigen Projekt- und Aufbauphase für Menschen eröffnet, die unter der Herrschaft der SED politischer Verfolgung, Inhaftierung und psychischer Zersetzung ausgesetzt waren. Die Bestrebungen zur Gründung einer eigenständigen Beratungsstelle entwickelten sich aus der Arbeit einer Kontakt- und Beratungsstelle in Berlin-Moabit, dem damaligen „Treffpunkt Walzstraße“, der 1979 gegründet wurde. Der Treffpunkt wurde über die Jahre zu einem Anlaufpunkt für Menschen aus der DDR, die mit den psychischen und sozialen Belastungen ihrer Verfolgungserfahrung zu kämpfen hatten.

Gegenwind ist bundesweit die einzige psychosoziale Einrichtung speziell für politisch Traumatisierte der DDR. Seit Bestehen des Beratungsangebots kam es bundesweit zu ca. 10.000 Beratungskontakten. Insgesamt schätzt ein Expertengutachten im Auftrag der Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR die Anzahl der durch politische Repression in der DDR latent oder manifest psychisch beeinträchtigten bzw. gestörten Personen auf wenigstens 300.000.²

Die psychosoziale Beratungsarbeit von Gegenwind sah sich nach einer Anschubfinanzierung und weiteren Teilfinanzierung durch den Berliner Landesbeauftragten, den Berliner Senat und die Bundesstiftung Aufarbeitung über viele Jahre einer unsicheren Projektförderung und wiederholter Schließungsgefahr ausgesetzt. Nach 17 Jahren psychosozialer Arbeit erfolgte 2010 die Zusage einer finanziellen Grundsicherung für einen Zeitraum von sieben Jahren. Aus Mitteln des Mauergrundstückfonds werden rund 80.000 Euro jährlich durch den Berliner Senat bereitgestellt und durch Mittel des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ergänzt.

Drei Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit psychotherapeutischen, sozialpädagogischen und psychologischen Qualifikationen bieten in der

² Freyberger, Harald J.; Frommer, Jörg; Maercker, Andres; Steil, Regina: Gesundheitliche Folgen politischer Haft in der DDR. Dresden: Konferenz der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 2003.

Beratungsstelle psychosoziale Begleitung und psychotherapeutische Hilfen im Umgang mit den anhaltenden Folgen politischer Traumatisierung an. Das Angebot ist niedrigschwellig und kostenfrei, d.h., es ist keine Überweisung durch einen Arzt oder Kostenübernahme durch die Krankenkassen erforderlich.

Das Angebot der Beratungsstelle umfasst die Unterstützung in entschädigungs- bzw. versorgungsrechtlichen Fragen, psychotherapeutische Hilfen bei Folgeerkrankungen nach politischer Haft und Zersetzungsmaßnahmen, die Beratung von Angehörigen, die Initiierung von Selbsthilfegruppen und die Anleitung von Gruppen zur Verarbeitung von traumatischen Erlebnissen. Die Beratungsarbeit wird durch wissenschaftliche Untersuchungen und Veröffentlichungen fundiert. Des Weiteren unterstützt die Beratungsstelle Einrichtungen zur Beratung ehemals politisch Verfolgter mit Weiterbildungsangeboten und Supervision. Gutachten zum medizinisch-psychologischen Nachweis von haftbedingten Gesundheitsschäden werden auf Anfrage von Versorgungsämtern oder Sozialgerichten erstellt. Die Angebote vor Ort werden größtenteils von Berlinern und Brandenburgern genutzt. Telefonische Beratungen, Email- und Briefanfragen erfolgen bundesweit.³

Gegenwind schätzt anhand der Anfragen in der Beratungsstelle das bundesweite Beratungs- und Betreuungsangebot als bislang unzureichend ein. Spezialisierte psychosoziale und psychotherapeutische Angebote fehlten demnach in der Fläche. Weiter verhindere der politische Verfolgungskontext der traumatischen Erfahrungen in der Regel, dass die Betroffenen in die psychiatrisch-psychotherapeutische Regelversorgung integriert werden könnten, so die Beratungsstelle.

Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige DDR-Heimkinder

Seit 1. Juli 2012 besteht der vom Bund und den ostdeutschen Ländern gemeinsam errichtete Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ (vgl. Seite 33ff). Für die Information und Betreuung Betroffener sowie die Vereinbarung von konkreten Hilfen und Unterstützungsleistungen sind in den ostdeutschen Ländern regionale Anlauf- und Beratungsstellen eingerichtet worden. Die Vereinbarungen werden in einem gemeinsamen Beratungsgespräch getroffen. Die Kontaktdaten der

³ Ca. die Hälfte der Anfragen an die Berliner Beratungsstelle Gegenwind erfolgt gegenwärtig aus dem gesamten Bundesgebiet. Insbesondere die Gruppe der Ratsuchenden aus den alten Ländern nimmt in jüngster Zeit deutlich zu und äußert umfassende psychosoziale Beratungsanliegen - von grundlegenden Rehabilitierungsfragen bis hin zu psychotherapeutischem Versorgungsbedarf aufgrund jahrelang verschleppter chronifizierter Traumafolgen mit häufig krisenhaften Zuspitzungen.

regionalen Anlauf- und Beratungsstellen in den Ländern, an die Betroffene sich wenden können, stehen auf der Website www.fonds-heimerziehung.de zur Verfügung.

Beispielhafte Beratungsangebote der Länder für die Opfer des SED-Unrechts

Da die Aus- und Durchführung der Rehabilitierungsgesetze den Ländern obliegt, wurden zum Vollzug der Gesetze in den neuen Ländern Rehabilitierungsbehörden eingerichtet. Damit verbunden sind auch Beratungsangebote für Opfer der SED-Diktatur. Diese bestehen für die Bereiche der Rehabilitierung und der Einsicht in die Unterlagen des MfS als auch für psychosoziale und medizinische Beratung. Über die neuen Länder hinaus existieren Beratungsangebote auch in Hessen und Niedersachsen. Der Bund beteiligt sich über die Bundesstiftung Aufarbeitung an der Finanzierung unterschiedlicher Beratungsangebote. So hat die Bundesstiftung seit 1998 etwa zwei Mio. Euro für die Unterstützung von Beratungstätigkeit, insbesondere auch bei den Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, zur Verfügung gestellt.

Berlin

In Berlin bietet der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Beratungsangebote für Bürgerinnen und Bürger an, und zwar zur Antragstellung auf Auskunft, Einsicht und Herausgabe von Stasi-Akten nach dem Stasi-Unterlagengesetz, zur Rehabilitierung und Entschädigung nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen, zur Rente, zur Behandlung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden und zu den Archiven, in denen sich wichtige Unterlagen aus der Zeit der DDR befinden. Behörden werden zu Fragen der Bewertung einer Tätigkeit für das MfS in der Einzelfallprüfung und zur einschlägigen Rechtsprechung beraten.

Brandenburg

Die Mitarbeiter der Rehabilitierungsbehörde in Brandenburg haben bereits mit Aufnahme ihrer Tätigkeit im Jahre 1994 einen Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Beratung von politisch Verfolgten gesehen. Gerade in der Anfangszeit der Behörde war die Nachfrage nach Beratung durch die Betroffenen sehr hoch, denn viele Erlebnisse waren noch sehr frisch und nicht aufgearbeitet. Besonders nach einer

möglichen Wiedergutmachung der erlittenen Verfolgungsschäden wurde gefragt. Gleichzeitig war es erforderlich, sich in die neue Rechtsmaterie der Rehabilitierungsgesetze und auch in angrenzende Rechtsgebiete wie z.B. das allgemeine Sozialrecht, das Rentenrecht, das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz, das Häftlingshilfegesetz und das Recht offener Vermögensfragen einzuarbeiten, um die Antragsteller umfassend beraten zu können. Zur Unterstützung der genannten Beratungen hat die Behörde schon im ersten Jahr ihres Bestehens eine Informationsbroschüre herausgegeben, die immer auf aktuellem Stand gehalten wird. Pressemitteilungen informieren über Gesetzesänderungen.

Eine Beratung für die Opfer der SED-Diktatur wird über die Rehabilitierungsbehörde hinaus durch verschiedene Behörden bzw. Institutionen angeboten: Die mit Rehabilitierungsangelegenheiten betrauten Mitarbeiter im Ministerium des Innern beraten sowohl in laufenden Rehabilitierungsverfahren als auch insbesondere im Vorfeld, um den Betroffenen bei der Antragstellung zu helfen. Zur Aufarbeitung des persönlichen Schicksals der von der SED-Diktatur Verfolgten arbeitet das Ministerium des Innern auf der Grundlage einer Vereinbarung vom 2. Februar 2001 erfolgreich mit dem Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zusammen. Außerdem hat die Landesregierung im Jahr 2010 dem hohen Bedarf an Beratung auf Seiten der Opfer der SED-Herrschaft Rechnung getragen, indem sie das Amt der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) beim Präsidenten des Landtages Brandenburg eingerichtet hat.

Hessen

Die Beratung und Durchführung im Rahmen der SED-Unrechtsbereinigungsgesetze, soweit es die Gewährung von Leistungen betrifft, obliegt in Hessen den Entschädigungsbehörden bei den drei Regierungspräsidenten und, soweit gesundheitliche Schädigungen eingetreten sind, den sechs Hessischen Ämtern für Versorgung und Soziales.

In Ausführung eines Beschlusses des Hessischen Landtages vom April 2010, der das Ziel verfolgt, die Beratung von Opfern der SED-Diktatur in Hessen weiter zu verbessern, hat die Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen ergriffen bzw. umgesetzt. So werden u.a. von der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung regelmäßig Fortbildungen unter Einbeziehung von Betroffenen und Experten

angeboten, die Landesbedienstete in der Beratung von SED-Opfern noch stärker für ihre Aufgabe sensibilisieren sollen.

Seit Januar 2010 steht auf der Internetseite des Hessischen Sozialministeriums ein Informationsangebot zur SED-Opferentschädigung zur Verfügung. Hier wird zum einen auf die nach den Rehabilitierungsgesetzen möglichen Leistungen hingewiesen, zum anderen werden Zuständigkeiten und Kontakte benannt. Die entsprechenden Informationen der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung sind verlinkt. Das Regierungspräsidium Gießen hat eine Facharztstelle Neurologie/Psychologie eingerichtet, die sich schwerpunktmäßig um die Begutachtung von Folgeschäden durch die SED-Diktatur und das entsprechende Qualitätsmanagement kümmert.

Auch das Schwerpunktprojekt „Politisch-historische Aufarbeitung der SED-Diktatur“ bei der Landeszentrale für Politische Bildung versteht sich als Anlaufstelle für SED-Opfer in Hessen und schafft ihnen damit eine Möglichkeit, mit ihren Fragen und Nöten Gehör zu finden.

Mecklenburg-Vorpommern

Die Geschäftsstelle der Landesbeauftragten Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Schwerin steht Bürgern bei Fragen zur Akteneinsicht, zu möglichen Rehabilitierungsverfahren, zur sogenannten SED-Opferrente oder auch bei allgemeinem Gesprächsbedarf zum Thema DDR-Vergangenheit und Staatssicherheit zur Verfügung. Fester Bestandteil ihres Beratungsangebotes sind die monatlichen Beratungstage in Rostock sowie externe Beratungstage. Eine Übersicht über Beratungstage im laufenden Jahr findet sich auf der Homepage der Geschäftsstelle.

Niedersachsen

Auch das Land Niedersachsen sieht in der Aufarbeitung des SED-Unrechts und der Anerkennung seiner Opfer ein herausragendes politisches Anliegen. Im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport wurde deshalb eine eigene Beratungsstelle für Opfer der SED-Diktatur eingerichtet. Die Beratungsstelle ist Anlaufstelle für die zahlreichen Opfer der SED-Diktatur, die hier leben.

Um im Flächenland Niedersachsen möglichst viele betroffene Personen zu erreichen, werden regelmäßig Beratungstage in verschiedenen Städten durchgeführt. Die Beratungen finden in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Sachsen-Anhalt statt;

auch Vertreter der in Niedersachsen organisierten Opferverbände bzw. des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer als Betroffene nehmen an diesen Beratungen teil, um mit ihrer Fachkompetenz die Veranstaltungen zu unterstützen.

Das Niedersächsische Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, zuständig für die Anerkennung von Gesundheitsstörungen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und dem Häftlingshilfegesetz, ist bei den Beratungstagen in der Fläche ebenfalls vertreten. Bei der Entscheidung über die Anerkennung von Gesundheitsstörungen stellt die niedersächsische Landessozialverwaltung einen hohen Qualitätsanspruch an die ärztlichen Gutachterinnen und Gutachter und beauftragt ausschließlich Medizinerinnen und Mediziner, die mit den Problemen der Haftumstände in der DDR vertraut sind.

Sachsen

In Sachsen bestehen Beratungsangebote durch den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu Fragen der Rehabilitation von SED-Unrecht. Beratungsgespräche finden in Dresden und an wechselnden Orten statt, eine Übersicht ist auf der Homepage des Landesbeauftragten zu finden.

Sachsen-Anhalt

Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR führt Beratungstage an verschiedenen Orten in Sachsen-Anhalt durch. Die Beratungsgespräche werden durch einen oder zwei Berater aus der Behörde des Landesbeauftragten und einen oder zwei Berater des Caritasverbandes für das Bistum Magdeburg e.V. übernommen, unterstützt von bis zu zwei Mitarbeitern des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR aus den Außenstellen Halle oder Magdeburg. Anträge auf strafrechtliche Rehabilitation, berufliche Rehabilitation und Anträge an die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge in Bonn erforderten einen erheblichen Beratungsbedarf. Fast alle beratenen Personen stellten einen Antrag auf Einsicht in „ihre“ Stasi-Akte.

In mehreren Fällen wurde eine weiterführende psychosoziale Beratung gewünscht. Dieses zusätzliche Angebot – ermöglicht durch den Einsatz der Berater der Caritas

auch über die Beratungstage hinaus – konnte im Jahr 2010 erstmals in dieser Form der „Niederschweligen Langzeitberatung“ angeboten werden. Sie wurde stark nachgesucht.

In Zusammenarbeit mit der Behörde des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen bietet die Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie in Magdeburg eine psychosoziale Beratung für SED-Verfolgte an.

Thüringen

Um die Beratung der Betroffenen von SED-Unrecht zu gewährleisten, bildet die Förderung der Opferverbände und der Beratungsinitiative (siehe unten) durch die Landesregierung eine wichtige Grundlage. Entsprechend der Richtlinie zur Gewährung von Zuschüssen für Angebote zur Beratung, Betreuung und Aufarbeitung von SED-Unrecht vom 9. Juli 2012 bezieht sich die Förderung bei den Verbänden auf Sachausgaben der bestehenden Beratungsstellen sowie Projekte und Betreuungsmaßnahmen. Darüber hinaus werden bei der Beratungsinitiative Sach- und Personalausgaben gefördert.

Insgesamt wurden bisher für die Förderung der Opferverbände und der Beratungsinitiative Landesmittel in Höhe von über 1,2 Mio. Euro verausgabt.

Thüringer Beratungsinitiative

Das Thüringer Sozialministerium und der Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR hatten 2002 die Beratungsinitiative gestartet, um SED-Opfer nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen zu betreuen. Die Beratungsinitiative ist beim Caritasverband für das Bistum Erfurt e.V. und beim Bürgerkomitee angesiedelt und wird vom Thüringer Sozialministerium und der Bundesstiftung Aufarbeitung finanziert. Letztere übernimmt seit dem Jahr 2002 eine Kofinanzierung in Höhe von jährlich 25.000 Euro.

In der Arbeit der Beratungsinitiative insgesamt verlagert sich zunehmend der Schwerpunkt. Es werden vorrangig nicht nur die Antragsverfahren zu den Rehabilitierungsgesetzen, sondern zunehmend auch soziale Beratung und Betreuung bis hin zu Informationen zu Therapieangeboten nachgefragt. Unter

diesem Fokus muss auch die Weiterentwicklung der Beratungsinitiative betrachtet werden.

6. Offene Vermögensfragen und Restititionen in den neuen Ländern

Die politischen Veränderungen während der Friedlichen Revolution in der DDR 1989/90 waren mit dem Bedürfnis verbunden, materielles Unrecht wieder gutzumachen, das während der NS-Terrorherrschaft, der Besatzungszeit und der SED-Diktatur verursacht worden war. Noch die Volkskammer der DDR erarbeitete das Gesetz, das die Wiedergutmachung von Vermögensschäden regelt: Das Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen (Vermögensgesetz – VermG –). Es trat mit dem Einigungsvertrag in Kraft. Zentraler Gedanke dieses Gesetzes ist die Wiedergutmachung von grob rechtsstaatswidrigen Unrechtsmaßnahmen (§ 1 Absatz 1 bis 4 VermG). Eine vollständige Rückabwicklung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung war mit diesem Gesetz aber nicht vorgesehen. Neben der Wiedergutmachung von DDR-Unrecht ist dort auch eine entsprechende Wiedergutmachung von Vermögensunrecht aus der Zeit der NS-Terrorherrschaft auf dem Gebiet der DDR vorgesehen (§ 1 Absatz 6 VermG). Dies erwies sich als erforderlich, weil eine effektive Wiedergutmachung von materiellem NS-Unrecht in der DDR nie erfolgt war.

Um den Grundstücksverkehr in den neuen Ländern nicht auf unabsehbare Zeit damit zu belasten, dass an Vermögensgegenständen Rückgabeansprüche geltend gemacht werden können und um möglichst bald Rechtsfrieden einkehren zu lassen, wurde für die Anmeldung von Rückgabeansprüchen eine Schlussfrist gesetzt: Anträge mussten bis zum 31. Dezember 1992 (für bewegliche Sachen: bis zum 30. Juni 1993) eingereicht werden. Begleitend beschloss der Deutsche Bundestag Rechtsvorschriften, die dringend erforderliche Investitionen auch auf Grundstücken ermöglichten, die von Rückgabeansprüchen betroffen waren.

Die Wiedergutmachung erfolgt vorrangig dadurch, dass der entzogene Vermögenswert dem Geschädigten oder seinem Rechtsnachfolger zurückgegeben wird. Soweit das aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht möglich ist, hat der Berechtigte Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung. Eine Besonderheit gilt für Vermögenswerte, deren Entzug in der Zeit zwischen 1945 und 1949 auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage erfolgte. Für diese Fälle gilt das Vermögensgesetz nicht, die Betroffenen haben Anspruch auf Zahlung einer Entschädigung (Ausgleichsleistung nach dem Ausgleichsleistungsgesetz). Mit

der Entscheidung der großen Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte vom 30. März 2005 zu den Bodenreform- und Industrieenteignungen wurde in diesem Bereich endgültig Rechtsklarheit hergestellt. Der Gerichtshof hat die bestehende Rechtslage, wonach diese Enteignungen im Regelfall nicht rückgängig gemacht werden, ebenso wenig beanstandet wie die Bestimmungen über die Höhe der Entschädigungsleistungen für die Besatzungsenteignungen und die Enteignungen nach Gründung der DDR.

Die Durchführung des Vermögensrechts ist Sache der Länder. Auf der Grundlage des Gesetzes hatten die Länder Ämter und Landesämter zur Regelung offener Vermögensfragen zu errichten, die sowohl über die Rückgabe als auch darüber, in welcher Höhe eine Entschädigung zu erfolgen hat, entscheiden. Zur Entlastung dieser Behörden wurde ab dem Jahr 2004 die Zuständigkeit für Entscheidungen über die Rückgabe und Entschädigung von Vermögensgegenständen, die in der Zeit der NS-Terrorherrschaft entzogen worden waren, dem heutigen Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) übertragen.

Von den Anträgen auf Rückgabe waren – ohne die Anträge von NS-Verfolgten – über 2,2 Mio. Flurstücke erfasst. Zum 31. Dezember 2011 waren insgesamt 99,4 Prozent der Rückübertragungsanträge entschieden. Im Entschädigungsbereich sind von den über 557.000 Ansprüchen auf Entschädigung oder Ausgleichsleistung über 517.000 erledigt; dies entspricht einer Erledigungsquote von 93 Prozent.

Ansprüche auf Rückgabe und Entschädigung wegen Vermögenseingriffen in der Zeit der NS-Terrorherrschaft betreffen fast 224.000 Vermögenswerte. Die Erledigungsquote beträgt in diesem Bereich bislang 63 Prozent. Diese Verfahren haben sich als rechtlich und tatsächlich sehr kompliziert erwiesen. Hinzu kommt, dass die Ansprüche auf Rückübertragung von Unternehmen zunächst der Konkretisierung bedürfen, wobei festzustellen ist, welche Vermögenswerte im Einzelnen von einem Antrag erfasst sind. Mitunter verbirgt sich beispielweise hinter einem Antrag auf Rückgabe eines in der Zeit von 1933 bis 1945 entzogenen Unternehmens, dass dieser sich heute auf hunderte von ehemaligen Unternehmensgrundstücken bezieht.

Aus dem Entschädigungsfonds wurden bis zum Ende des Jahres 2011 insgesamt 1,927 Mrd. Euro als Entschädigung für nicht zurückgegebene Vermögenswerte an NS-Verfolgte und 1,560 Mrd. Euro an Entschädigungs- und Ausgleichsleistungen für die Enteignungen nach 1945 geleistet.

7. Strafrechtliche Aufarbeitung

Die strafrechtliche Aufarbeitung, d.h. die Bestrafung der Verantwortlichen, stellt neben der Rehabilitation und Entschädigung der SED-Opfer und neben dem Themenfeld „Restitutionsen und offene Vermögensfragen“ die dritte Komponente der rechtlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur dar. Für die strafrechtliche Bewältigung des SED-Unrechts, der sogenannten Regierungskriminalität, sind in erster Linie die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte der Länder zuständig. Sie stehen dabei vor der schwierigen Aufgabe, ein in 40 Jahren entstandenes staatliches Unrecht mit den Mitteln des Rechts aufzuarbeiten. Schwierigkeiten ergeben sich insbesondere daraus, dass das Strafrecht der Bundesrepublik Deutschland auf die Bewältigung staatlichen Unrechts in der DDR nicht zugeschnitten war und ist: Im Rechtsstaat sanktioniert das Strafrecht individuelle Verstöße des Einzelnen gegen die Rechtsordnung, während sich die Verantwortung für staatliches Unrecht in der DDR häufig auf viele behördliche Stufen erstreckt. Nachträglich ein neues „passendes“ Strafrecht für die Regierungskriminalität zu schaffen, hätte gegen die engen verfassungsrechtlichen Grenzen, denen das Strafrecht unterliegt, verstoßen. Denn nach Artikel 103 Absatz 2 des Grundgesetzes darf sich das Strafrecht keine rückwirkende Geltung beimessen und nur das ahnden, was bereits bei Tatbegehung durch das Gesetz mit Strafe bedroht ist. Dieses Justizgrundrecht ist unter anderem Ausprägung verschiedener, durch die Ewigkeitsgarantie des Artikels 79 Absatz 3 des Grundgesetzes besonders geschützter Garantien (Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit) und Einschränkungen daher nur bedingt zugänglich. Gleichwohl steht das Strafrecht den Taten der Verantwortlichen eines Unrechtsstaates keineswegs hilflos gegenüber. Es sind nur realistisch die Grenzen zu sehen, die einer rechtsstaatlichen Justiz bei der Bewältigung ihrer Aufgaben gesteckt sind.

Das Strafrecht konnte nach diesen rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht das System als Ganzes aburteilen, sondern musste die Zusammenhänge aufklären, in denen einzelne Menschen innerhalb des Systems für gravierendes Unrecht individuell verantwortlich waren. Die Justiz hat sich dabei vorrangig auf schwere Menschenrechtsverletzungen insbesondere an der innerdeutschen Grenze konzentriert. Die Strafverfahren haben die Individualität von Tätern und Opfern öffentlich wahrnehmbar gemacht. Die Schuldigen sind benannt und bis auf wenige Ausnahmen nach dem Maßstab ihrer individuellen Schuld bestraft worden, ganz gleich an welcher Stelle der Hierarchie sie gestanden haben. Die Strafverfahren haben außerdem deutlich gemacht, dass für begangenes Unrecht nicht abstrakte Systeme und Apparate, sondern Menschen verantwortlich waren und dass es auch für die Mächtigen keinen straffreien Raum gibt.

Die Strafverfahren zur Aufarbeitung von in der SBZ bzw. in der DDR staatlich begangenen Unrecht haben nach einer Mitteilung der betroffenen Länder – bei verschiedenartiger Erfassung und Einordnung – im Wesentlichen folgende Ergebnisse erbracht:

- Berlin:

335 Anklagen, davon 111 Anklagen wegen Gewalttaten an der Grenze (verurteilt wurden 119 Personen), 159 Anklagen wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Totschlag oder Freiheitsberaubung (verurteilt wurden 53 Personen) und 194 Anklagen wegen vereinigungsbedingter Wirtschaftsdelikte (verurteilt wurden 163 Personen).

- Brandenburg:

Anklagen gegen 124 Beschuldigte, davon 80 Urteile, davon zwölf Verurteilungen von Bediensteten ehemaliger Strafvollzugseinrichtungen wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung.

- Mecklenburg-Vorpommern:

60 Anklagen, 27 Beschuldigte wurden verurteilt.

- Sachsen:

279 Ermittlungsverfahren (mit Anklageerhebung oder Antrag auf Erlass eines Strafbefehls) gegen 306 Beschuldigte, davon 13 Verfahren gegen 28 Beschuldigte wegen Wahlfälschung (28 Verurteilungen), 136 Verfahren gegen 126 Beschuldigte wegen Rechtsbeugung (90 Verurteilungen), 59 Verfahren gegen 65 Beschuldigte wegen Körperverletzung – ohne Doping – (33 Verurteilungen), neun Verfahren wegen Doping (neun Beschuldigte, sechs Verurteilungen), sieben Verfahren gegen zehn Beschuldigte wegen Urkundsdelikten (drei Verurteilungen), zwei Verfahren wegen politischer Verdächtigung (zwei Beschuldigte, eine Verurteilung), 41 Verfahren gegen 50 Beschuldigte wegen „MfS-Delikten“ (14 Verurteilungen), drei Verfahren gegen fünf Beschuldigte wegen Untreue (vier Verurteilungen) und neun Verfahren gegen elf Beschuldigte wegen Tötungsdelikten (sechs Verurteilungen).

- Sachsen-Anhalt:

79 Anklagen, davon 37 Anklagen wegen Tötungsdelikten an der innerdeutschen Grenze und sechs Anklagen wegen Körperverletzungen im DDR-Strafvollzug.

- Thüringen:
103 Anklagen, 92 Angeklagte sind verurteilt worden.

Heute lässt sich feststellen, dass die strafrechtliche Aufarbeitung des DDR-Unrechts in der öffentlichen Diskussion kaum noch eine wahrnehmbare Rolle spielt. Das hat auch mit dem inzwischen bewältigten Arbeitspensum zu tun. Die Staatsanwaltschaft II bei dem Landgericht Berlin, die für alle Ermittlungen zur Regierungs- und Vereinigungskriminalität zuständig war, hat 1999 ihre Arbeit beendet. Die strafrechtliche Auseinandersetzung ist weitgehend abgeschlossen. Prozesse, die für eine größere Öffentlichkeit von Interesse wären, finden nicht mehr statt. Außerdem ist zu beachten, dass im Regelfall bei den in Rede stehenden Delikten – mit Ausnahme besonders schwerer Delikte – inzwischen die absolute Verjährung eingetreten und eine Strafverfolgung daher ausgeschlossen ist.

8. Gesellschaftliche Aufarbeitung und politische Bildung

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fördert seit 1998 die umfassende, kontinuierliche und pluralistische Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der deutschen und europäischen Teilung. Mit ihrer Projektförderung garantiert die Bundesstiftung nicht nur den Fortbestand zivilgesellschaftlicher Aufarbeitung insbesondere in Ostdeutschland. Die von der Stiftung bundesweit geförderten Vorhaben sowie ihre vielfältigen eigenen Angebote tragen zudem wesentlich dazu bei, die Geschichte der SED-Diktatur in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur zu verorten und die Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur wach zu halten. Die Bundesstiftung kommt so ihrem Gesetzauftrag nach, den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft zu stärken. Die Bundesstiftung Aufarbeitung fördert die historisch-politische Bildung, das Opfergedenken, die internationale Zusammenarbeit und die Wissenschaft nicht nur materiell und ideell durch vielfältige Impulse und Dienstleistungen. Die Bundesstiftung verfügt auch über ein Archiv sowie eine Spezialbibliothek, die Dokumente und Publikationen zur Geschichte von Repression und Opposition in der SBZ und der DDR sowie in den kommunistischen Diktaturen sammeln und zugänglich machen.

Entstehung und Struktur der Bundesstiftung Aufarbeitung

Zwischen 1992 und 1998 beschäftigten sich zwei Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestages mit der Geschichte der SED-Diktatur sowie ihren Folgen für die Deutsche Einheit. Auf Empfehlung der zweiten Kommission verabschiedete der Deutsche Bundestag am 2. April 1998 das Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Regierungs- und Oppositionsfraktionen stimmten zu, lediglich die PDS enthielt sich der Stimme. Die Überparteilichkeit des Gründungskonsenses wurde zum Grundsatz der Bundesstiftung Aufarbeitung, die im Herbst 1998 ihre Arbeit aufnehmen konnte.

Mit der Entscheidung, die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur einer bundesunmittelbaren Stiftung des öffentlichen Rechts zu übertragen, hatte sich das Parlament für eine Rechtsform entschieden, die der Bundesstiftung Aufarbeitung ein Höchstmaß an Autonomie gewährt. An der Spitze der Stiftung steht der Stiftungsrat, der über Grundsatzfragen sowie insbesondere über den Stiftungshaushalt entscheidet. Das oberste Stiftungsorgan setzt sich zusammen aus je einem Vertreter der im Bundestag befindlichen Fraktionen sowie je einer von jeder Fraktion benannten Person, die in Fragen der Aufarbeitung der SED-Diktatur besonders engagiert und qualifiziert ist, die vom Bundestag alle fünf Jahre gewählt werden. Darüber hinaus entsendet die Bundesregierung entsprechend der Zahl der Fraktionen Mitglieder in den Rat, in dem auch das Land Berlin mit einem Mitglied vertreten ist. Die Stiftung bedient sich der Expertise zweier namhaft besetzter Fachbeiräte, die die Stiftung zum einen in Fragen der gesellschaftlichen Aufarbeitung und des Opfergedenkens, zum anderen im Bereich Wissenschaftsförderung beraten. Die Rechtsaufsicht über die Bundesstiftung Aufarbeitung obliegt seit Anfang 2005 BKM, vorher lag sie beim BMI.

Das Rückgrat der Stiftungsarbeit bildet die Geschäftsstelle mit derzeit 22,5 Stellen. 2011 betrug der Jahresetat der Bundesstiftung rund 5,5 Mio. Euro, der sich aus einem Bundeszuschuss in Höhe von rund 2,8 Mio. Euro und dem Ertrag eines Stiftungskapitals in Höhe von rund 77 Mio. Euro speiste. Von dem angelegten Stiftungskapital hat der Bund 75 Mio. Euro aus Mitteln des sogenannten früheren SED-Parteivermögens (PMO-Mittel) zur Verfügung gestellt.

Die Arbeit der Stiftung

Die Bundesstiftung Aufarbeitung ist gleichermaßen Impulsgeberin und Förderin der gesellschaftlichen Aufarbeitung, der historisch-politischen Bildungsarbeit, der schulischen Bildung sowie der Wissenschaft, Koordinatorin der internationalen Zusammenarbeit bei der Auseinandersetzung mit Diktaturen wie auch Fürsprecherin der Opfer der SED-Diktatur, indem sie etwa bei Fragen der Opferentschädigung Gutachten und Empfehlungen formuliert. Besondere Bedeutung misst die Bundesstiftung Aufarbeitung der Erinnerung an Widerstand und Opposition in der SBZ und der DDR und dem Gedenken an die Opfer der Diktatur bei.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat seit 1998 bundesweit rund 32 Mio. Euro an Projektpartner ausgereicht. Mit ihrer Unterstützung konnten seitdem im Rahmen von bislang 2.236 Projekten Archivbestände erschlossen, Dokumentarfilme gedreht, Bücher und Doktorarbeiten geschrieben und gedruckt, Ausstellungen erarbeitet und gezeigt, Seminare und Konferenzen realisiert, Bildungsmedien erstellt, die Arbeit der Verbände der Opfer der SED-Diktatur fortgesetzt, Gedenkstätten weiterentwickelt und Museen ausgebaut sowie zeithistorische Internetangebote online gestellt werden. Mit seit 1998 rund 450 eigenen Veranstaltungen und mehr als 200 seitdem vorgelegten Publikationen aller Art setzt die Bundesstiftung einerseits Themen und fungiert andererseits als Dienstleisterin und – im besten Sinne – als Lobbyistin in Sachen Aufarbeitung. Die Vernetzung der unterschiedlichsten Institutionen der Aufarbeitung im In- und Ausland zählt weiterhin zu den Schwerpunkten der Stiftungsarbeit. Die in der internationalen Zusammenarbeit praktizierten Grenzüberschreitungen betreffen Kooperationen der Wissenschaft, der schulischen und außerschulischen Bildung, Museen und Gedenkstätten, die von der Bundesstiftung direkt oder indirekt auf dem Wege der Projektförderung unterstützt werden.

Die erfolgreiche Arbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung wurde 2003 auch durch eine erste größere Zustiftung gewürdigt. Das Ehepaar Gerda und Hermann Weber hat im Frühjahr 2003 die unselbstständige und gemeinnützige Stiftung „Gerda-und-Hermann-Weber-Stiftung“ in Treuhänderschaft der Bundesstiftung errichtet. Die Gerda-und-Hermann-Weber-Stiftung will die Auseinandersetzung mit der Geschichte des deutschen und internationalen Kommunismus im 20. Jahrhundert in Wissenschaft und politischer Bildung befördern und dazu beitragen, die Ursachen, Geschichte und Wirkung der SED-Diktatur zu erhellen und diese in die Gesamtgeschichte des Kommunismus einzuordnen.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1998 zur zentralen, überparteilich agierenden Institution des Bundes zur Aufarbeitung der Geschichte und Folgen der kommunistischen Diktatur sowie der deutschen und europäischen Teilung entwickelt. Sie gewährleistet mit ihrer Projektförderung bundesweit die kontinuierliche, pluralistische und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema.

Eine gesamtgesellschaftliche Beschäftigung mit der SBZ und der DDR kann nicht vom Staat zentral verordnet und geleistet werden. Sie gelingt nur durch die Aktivitäten und das Zusammenwirken der zahlreichen Aufarbeitungsinstitutionen auf Bundes-, Landes-, regionaler und kommunaler Ebene in öffentlicher und freier Trägerschaft. Erst die enge Verbindung unterschiedlicher Ansätze, verschiedener Motivationen und Interessen führt dabei zu einer Gesamtheit, die die Vielfalt der gesellschaftlichen Aufarbeitung dokumentiert. Es ist vor allem der Arbeit von Universitäten und Forschungsinstituten, Bildungseinrichtungen, Museen und Gedenkstätten, staatlichen und unabhängigen Archiven, Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbänden geschuldet, dass diese Thematik nach wie vor starke öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. Die Bundesstiftung Aufarbeitung leistet durch die finanzielle Unterstützung vieler dieser Einrichtungen sowie die enge Zusammenarbeit mit den Institutionen der Aufarbeitung dazu einen ganz wesentlichen Beitrag.

Die Projektförderung der Bundesstiftung war und ist der Garant für die Existenz zivilgesellschaftlich verwurzelter Institutionen der DDR-Aufarbeitung insbesondere in Ostdeutschland und Berlin. Mit dem Förderangebot verband die Bundesstiftung zugleich die Forderung an ihre Antragsteller, die eigene Arbeit kontinuierlich zu professionalisieren. Professionalisierung und temporäre Existenzsicherung wurden vielfach zur Voraussetzung dafür, dass sich eine steigende Zahl an Ländern und Kommunen in die Pflicht nehmen ließ, besonders herausragende Einrichtungen der zivilgesellschaftlichen Aufarbeitung mittel- und/oder langfristig zumindest ansatzweise finanziell abzusichern. Mit dem über die Bundesstiftung Aufarbeitung vorgehaltenen Förderangebot trägt der Bund der Bedeutung Rechnung, die er der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und der deutschen Teilung sowie deren Folgen beimisst.

Dem Gedenken an die Opfer der Diktatur in SBZ und DDR sowie deren moralische und materielle Rehabilitation widmet die Bundesstiftung Aufarbeitung besondere Aufmerksamkeit. Dies spiegelt sich in der kontinuierlichen Förderung der Vereinigungen wider, in denen sich insbesondere Häftlinge von Lagern und Gefängnissen zusammengeschlossen haben. Die Bundesstiftung Aufarbeitung

gewährleistete mit ihrer Projektförderung nicht nur deren Betreuungs- und Bildungsarbeit, sondern auch den Fortbestand der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft als deren Dachverband, der sich auf nationaler und internationaler Ebene für die Interessen der Opfer einsetzt. Insgesamt stellte die Stiftung den Opferverbänden bislang rund drei Mio. Euro für ihre verschiedenen Projektvorhaben zur Verfügung. Novellierungen der Unrechtsbereinigungsgesetze sowie die 2007 eingeführte sogenannte SED-Opferrente (vgl. Seite 30) gingen auf die gemeinsame Beratungs- und Lobbytätigkeit der Bundesstiftung und der Opferverbände zurück, die hierzu durch die Stiftungsförderung überhaupt erst finanziell in die Lage versetzt wurden. Zur moralischen Rehabilitation der Diktaturopfer zählt die Arbeit wider das Vergessen, die von der Bundesstiftung Aufarbeitung durch die umfangreiche Förderung von Ausstellungen, Gedenkstättenarbeit, Publikationen, Filmen und wissenschaftlichen Forschungsarbeiten als Querschnittsaufgabe der gesamten Stiftungstätigkeit betrieben wird.

Das Fundament der Erinnerung sind die historischen Fakten und ihre wissenschaftliche Erforschung. Die Bundesstiftung Aufarbeitung konzentriert sich in diesem Bereich auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und befördert durch die Bereitstellung von Sachmitteln den Wissenstransfer innerhalb der Forschung sowie von dort in die Gesellschaft. Durch die Vergabe von mittlerweile über 90 Promotionsstipendien vermochte die Bundesstiftung nicht nur junge Akademiker an das Thema DDR-Geschichte und deutsche Teilung heranzuführen, sondern auch gewichtige Beiträge zur Grundlagenforschung zu leisten. Mit Druckkostenzuschüssen und der Förderung von Tagungen sorgt die Bundesstiftung zudem kontinuierlich dafür, dass die Erträge der Wissenschaft diskutiert und verbreitet werden. Besonderen Stellenwert haben dabei Forschungen, die sich mit Opposition und Widerstand sowie deren Verfolgung durch die SED-Diktatur befassen. Auf diese Weise befruchtet auch die Wissenschaftsförderung die Initiativen der Stiftung im Bereich der Erinnerungskultur. Der Wissenstransfer innerhalb und außerhalb der scientific community wird von der Bundesstiftung insbesondere auch durch Fachtagungen und Vortragsreihen befördert. Von der Stiftung u.a. am Institut für Zeitgeschichte, an der Humboldt-Universität Berlin und am Hannah-Arendt-Institut (Dresden) geförderte Tagungen und Konferenzen bilanzierten die Forschungen zur SED-Diktatur sowie zum geteilten wie auch zum vereinten Deutschland. Starke Publikumszusprüche fanden Vortragsreihen zur Geschichte der SED (2010, gemeinsam mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung und dem Institut für Zeitgeschichte) sowie zur Geschichte des stalinistischen Terrors (2011, gemeinsam mit dem Lehrstuhl Prof. Jörg Baberowski, Humboldt-Universität Berlin). 2003

erschien im Schöningh-Verlag der Sammelband „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung“, dessen Autoren eine systematische Gesamtschau der zeithistorischen Forschung zur SED-Diktatur und zur deutschen Teilung vornahmen.

Die heutigen Schülergenerationen verfügen über keinerlei persönliche Erinnerung an die Zeit der Teilung und den fundamentalen Systemgegensatz der westdeutschen Demokratie und der ostdeutschen Diktatur nach 1945. Mit ihren Studien zum Schülerwissen sowie zu Lehrplänen stieß die Bundesstiftung nicht nur Folgeprojekte an, sondern auch eine bis heute anhaltende Debatte über den Stellenwert des Themas DDR-Geschichte im Unterricht. Zur Beförderung der vielfältigen Bildungsarbeit trägt auch das seit 2008 von der Bundesstiftung mit finanzieller Unterstützung von Bund und Ländern auf- und mit Mitteln von BKM ausgebaute Online-Zeitzeugenportal (www.zeitzeugenbuero.de) bei, in dem nicht nur 200 Zeitzeugen angesprochen werden können, sondern auch vielfältige weiterführende Angebote, wie didaktische Materialien, Sachinformationen sowie Links zu Partnerinstitutionen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus beteiligt sich die Bundesstiftung Aufarbeitung am Koordinierenden Zeitzeugenbüro (ein ausführlicher Beitrag hierzu findet sich am Ende von Kapitel 8). Der „Bildungskatalog“, eine Datenbank der Stiftung, verzeichnet mittlerweile über 220 didaktische Materialien, die ausdrücklich für den Einsatz in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit zur Geschichte der SBZ/DDR und deutschen Teilung sowie deren Überwindung, die Friedliche Revolution und Deutsche Einheit erstellt wurden und bundesweit von den verschiedensten Anbietern vorgehalten werden (www.stiftung-aufarbeitung.de/bildungskatalog). Die Stiftung bietet derzeit sechs themenspezifische Fortbildungsseminare an, die von Kultusministerien, Schulverwaltungen und Lehrerfortbildungseinrichtungen „gebucht“ und von der Stiftung jeweils vor Ort für Lehrerinnen und Lehrer und andere Multiplikatoren ausgerichtet werden können. Seit Mitte des Jahres 2009 fanden bundesweit mehr als dreißig Veranstaltungen statt, an denen rund 800 Lehrkräfte teilnahmen. Weitere themenspezifische Seminare werden derzeit entwickelt, darunter ein methodisches Angebot, das sich an Lehrkräfte richtet, die in Schulklassen mit hohem Migrationsanteil unterrichten.

Vielfältig gestalten sich mittlerweile die Materialangebote der Bundesstiftung Aufarbeitung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Diese richten sich zuvorderst an Multiplikatoren, also an Mittler der politischen Bildung sowie an Institutionen der Lehrerfort- und -weiterbildung. Lehrer bzw. Schulen besitzen mit der Stiftung aber auch einen direkten Ansprechpartner und finden auf der Stiftungswebsite die unterschiedlichsten Materialangebote, die rege abgefragt werden. Als ein besonders innovatives Bildungsangebot erwies sich das Konzept,

zeitgeschichtliche Ausstellungen in hoher Auflage in Plakatform zu drucken und nicht nur bundesweit, sondern auch international zu verbreiten. Hatte die Deutschlандаuflage der Schau zu „20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ noch eine Auflage von 500 Exemplaren und die gemeinsam mit dem Magazin Stern 2010 verbreitete Exposition zum Alltag in der DDR bereits 1.500 Exemplare gezählt, übertraf die Ausstellung „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“ 2011 im fünfzigsten Jahr des Mauerbaus die Erwartungen bei weitem. Bis Herbst 2011 konnten rund 4.000 Ausstellungsexemplare vor allem an Schulen im gesamten Bundesgebiet abgegeben werden. Zu allen zeithistorischen Ausstellungen stellt die Bundesstiftung umfangreiche didaktische Begleitmaterialien sowohl für die schulische als auch außerschulische Bildungsarbeit zur Verfügung. Derlei Handreichungen finden sich auch im ROM-Teil der DVD-Edition, in der die Bundesstiftung zwischenzeitlich 15 von ihr in der Vergangenheit geförderten TV-Dokumentationen für die Bildungsarbeit zugänglich macht. Flankiert werden diese Bildungsangebote durch eine Broschürenreihe, die die Bundesstiftung Aufarbeitung gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung Thüringens verlegt. Mittlerweile sind in dieser Reihe über 14 Hefte erschienen, die jeweils auf rund 100 Seiten Fragen an die DDR-Geschichte auf anschauliche und gut lesbare Weise beantworten.

Das papierne Gedächtnis insbesondere von Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur zu wahren, das Schrifttum zu diesem Thema zu sammeln und zu präsentieren sowie die Aufarbeitung der SED-Diktatur seit 1990 zu dokumentieren, besitzt für die Bundesstiftung Aufarbeitung besonderen Stellenwert. Sie unterhält dafür einerseits ein eigenes Archiv (mit 750 lfm Archivgut und rund 800.000 Fotos), eine Bibliothek (mit rund 45.000 Medieneinheiten) sowie eine Dokumentationsstelle, die nicht nur die Medienberichterstattung zu Fragen der Aufarbeitung sammelt, sondern auch Selbstdarstellungen, Veranstaltungsprogramme u.ä. Dokumente anderer Einrichtungen, die sich mit dem Themenfeld der Stiftung befassen. Andererseits fördert die Bundesstiftung insbesondere Archive, die aus der DDR-Bürgerbewegung hervorgegangen sind und die in Berlin und Ostdeutschland Dokumente der Opposition sammeln und archivieren. Die Bundesstiftung ist zu einer Schnittstelle zwischen dem staatlichen Archivwesen und den Archiven und Sammlungen zivilgesellschaftlicher Initiativen geworden, die sie kontinuierlich nicht nur materiell, sondern auch auf dem Wege der Archivberatung unterstützt. Zu den herausragenden Archivbeständen der Bundesstiftung zählen das Schriftgut der beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (12. und 13. Wahlperiode), das Archiv unterdrückter Literatur, eine Reihe von Vorlässen (u.a. von Markus Meckel, Rainer Eppelmann und Prof. Dr. Dr.

h.c. Hermann Weber), der bildkünstlerische Nachlass von Roger Loewig sowie das Bildarchiv des vormaligen Spiegel-Fotografen Klaus Mehner und zahlreiche Zeitzeugeninterviews.

Ziel der Bundesstiftung Aufarbeitung ist es, die Geschichte der Teilung, der kommunistischen Diktatur in Deutschland, deren Opfer und insbesondere des Widerstandes und der Opposition gegen diese Diktatur im historischen Bewusstsein der Ost- und (!) der Westdeutschen als Thema von gesamtdeutscher Bedeutung zu verankern. Zu diesem Zweck hat die Bundesstiftung seit 2001 mit beständig wachsender Systematik und Wirksamkeit historische Jahrestage dafür genutzt, öffentliche Aufmerksamkeit auf ihr Thema zu lenken: 40 Jahre Mauerbau im Jahre 2001, 50 Jahre Volksaufstand vom 17. Juni 2003, fünfzehn Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit 2004/2005, deren 20. Jahrestage 2009 und 2010.

Mit den seit 2008 stattfindenden Geschichtsmessen hat die Bundesstiftung ein jährliches Forum etabliert, das die bundesweite Netzwerkbildung und Kooperation fördert. Die Geschichtsmesse, die im Frühjahr 2012 zum fünften Mal in Suhl stattgefunden hat, versammelte 300 Träger der kommunalen Bildungs- und Kulturarbeit, Lehrer, Vertreter von Museen und Gedenkstätten, Mittler der historisch-politischen Bildungsarbeit sowie Medienvertreter und ist mittlerweile zu einem zentralen jährlichen Forum der „Public History“ in Deutschland geworden. Ganz im Sinne einer klassischen Messe werden vor Ort neue Ausstellungen präsentiert, „best-practice-Beispiele“ innovativer Bildungsangebote vorgestellt und zur Nachahmung bzw. Adaption empfohlen sowie Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen angeboten, die den Kontext zu bevorstehenden Jahrestagen sowie Themenschwerpunkten der Aufarbeitung vermitteln.

Generell legt die Bundesstiftung Aufarbeitung kontinuierlich einen Schwerpunkt auf die Vermittlung historischer Sachverhalte sowie der vielfältigen Projektergebnisse, die aus ihrer Eigentätigkeit sowie ihrer Förderung resultieren. Dreimal jährlich erscheint ihr Newsletter „Bundesstiftung Aufarbeitung Aktuell“, der 2010 aus dem seit 1994 erscheinenden Newsletter „Aktuelles aus der DDR-Forschung“ hervorgegangen ist. Mit ihrem Historischen Kalenderdienst informiert die Stiftung sechs Mal im Jahr die Medien über große und kleine historische Jahrestage. Die von der Stiftung über Jahre aufgebaute historische Datenbank ist Grundlage ihres Taschenkalenders „Erinnerung als Auftrag“. Dieser erscheint alljährlich in einer Auflage von fünf- bis zehntausend Exemplaren, die zum Teil von verschiedenen Institutionen mitgedruckt und verteilt werden, so etwa vom Bundespresseamt. In diesem Taschenkalender findet sich jeweils eine Tageschronik, so etwa des Jahres des Mauerbaus 1961 im

Kalender 2011 und des Jahres des DDR-Volksaufstand 1953 im Kalender 2013. Die Bundesstiftung hat sich als ein verlässlicher Ansprechpartner der Medien etabliert, die in jährlich mehr als 200 Anfragen Unterstützung bei Recherchen sowie der Suche nach Zeitzeugen erhalten und kontinuierlich über Pressemitteilungen über die Arbeit der Stiftung und die Ergebnisse der von ihr geförderten Projekte informiert werden.

Im Verlauf eines Jahrzehnts konnte die Bundesstiftung Aufarbeitung ein Instrumentarium und ein Bildungsangebot entwickeln, mit dem nicht nur auf Bundes- und Länderebene Veranstaltungen und Wortmeldungen aller Art angestoßen werden, sondern mittlerweile buchstäblich tausende von Kommunen und vor allem Schulen dafür gewonnen werden, sich mit kommunistischen Diktatur in Deutschland, der deutschen Teilung, der Friedlichen Revolution und dem vereinigten Deutschland aktiv auseinanderzusetzen – und zwar in Ost- und in Westdeutschland.

Die Bundeszentrale für politische Bildung

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Zeitgeschichte gehört seit jeher zu den Kernaufgaben der Bundeszentrale für politische Bildung, einer Behörde im Geschäftsbereich des BMI. Insofern nimmt auch die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur sowie der deutschen Teilung und Vereinigung und damit auch deren Aufarbeitung eine zentrale Stellung in der Arbeit der BpB ein.

Die Arbeit der BpB seit 1989

Seit dem Mauerfall am 9. November 1989 hat sich die Bundeszentrale für politische Bildung zunächst noch in der DDR, dann in den neuen Ländern engagiert. Die BpB stellte zunächst Buchpakete zur Verfügung, die an alle Schulen und Bibliotheken der DDR verschickt wurden. Sie umfassten Materialien zu Aufbau und Struktur des parlamentarischen Regierungssystems der Bundesrepublik Deutschland, zur Funktionsweise der sozialen Marktwirtschaft sowie zu Aufbau und Funktionsweise der Kommunen, aber auch allgemeine Nachschlagewerke, Handbücher zu Geschichte und Politik sowie zahlreiche Ausgaben der Informationen zur politischen Bildung.

Des Weiteren wurden Seminare und Tagungen für Multiplikatoren und interessierte Bürger sowie für Politiker und ehrenamtlich Tätige angeboten, die sich beim Aufbau einer neuen kommunalen Infrastruktur engagieren wollten. Zusätzlich wurden

beachtliche Zuwendungen (finanzielle Sondermittel) an die freien Träger erteilt, die mit Seminaren oder Beratungsangeboten den Aufbau der Demokratie von unten begleiteten. Spezielle Seminare wurden auch für Lokaljournalisten entwickelt, um sie mit ihrer neuen Rolle im Meinungsbildungsprozess vertraut zu machen und Unterstützung für den journalistischen Alltag zu leisten.

Im Rahmen des föderativen Wiederaufbaus der fünf neuen Länder standen die BpB und die Landeszentralen für politische Bildung den Ministerpräsidenten beratend zur Seite. Dabei wurde vor allem die Notwendigkeit unterstrichen, die Schaffung von Landeszentralen für politische Bildung in den fünf neuen Ländern voranzutreiben. Bald verfügte jedes neue Bundesland über eine eigene Landeszentrale.

Im Zentrum der Aktivitäten der BpB stand außerdem die Qualifizierung von Lehrern für das Fach Sozialkunde/politische Bildung/Gesellschaftskunde. Nachdem die ehemaligen Lehrkräfte für Staatskunde der DDR keinen Unterricht mehr erteilen durften, wurde politische Bildung in den neuen Ländern fachfremd unterrichtet, d.h. von Lehrern, die für dieses Fach nicht ausgebildet waren. Die Frage nach einer berufsqualifizierenden Lehreraus- und -weiterbildung war somit von zentraler Bedeutung für die politische Bildung in den neuen Ländern. Aus diesem Grund führte die BpB in enger Abstimmung mit den Kultusministerien der neuen Länder und in Kooperation mit verschiedenen Universitäten Fernstudienkurse von vier Semestern (in Brandenburg sechs Semester) durch. Diese Kurse vermittelten eine neue Lehrbefähigung und orientierten sich an den fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Standards einer grundlegenden Lehrerausbildung. Sie endeten mit einer Examensprüfung zu Fachlehrern für das Fach Sozialkunde/politische Bildung/Gemeinschaftskunde.

Die BpB beteiligte sich außerdem konzeptionell und finanziell an den in den ersten Jahren der Einheit praktizierten Schulpartnerschaften. Hier ging es darum, dass sich Schulklassen aus den alten und den neuen Länder mehrfach trafen und ein gemeinsames Projekt (z.B. zum Thema Umwelt) erarbeiteten. Auf diese Weise wurde der Austausch zwischen Schülern aus Ost und West gefördert.

Speziell für die Lehrkräfte des Faches Sozialkunde/politische Bildung/Gemeinschaftskunde wurde eine neue Reihe mit dem Titel „Thema im Unterricht“ entwickelt. Der Inhalt dieser Hefte wurde im Rahmen von Autorenkonferenzen, an denen Lehrer aus den alten und den neuen Ländern teilnahmen, erarbeitet. War diese Reihe auch zunächst auf die Lehrkräfte in den neuen Ländern ausgerichtet, so wurde sie in den folgenden Jahren auch in den alten

Ländern gerne genutzt. So wurde beispielsweise das Heft „Grundgesetz für Einsteiger“ mittlerweile in einer Auflage von rund drei Mio. abgefragt.

Neben den Maßnahmen, die darauf ausgerichtet waren, den Bürgerinnen und Bürgern der neuen Länder Kenntnisse über das neue politische und wirtschaftliche System zu vermitteln, wurden dann auch Angebote mit Blick auf die gesamte Bevölkerung entwickelt. Denn das Ziel, der Bevölkerung in Ost und West gegenseitiges Wissen zu vermitteln, gemeinsame Lernprozesse zu organisieren und damit Verständnis zu erzeugen, sollte in den Folgejahren Priorität erlangen.

Im Jahr 1998 wurde eine neue Buchreihe unter dem Titel „Deutsche Zeitbilder“ entwickelt. Sie griff zentrale Themen der DDR-Geschichte, der deutsch-deutschen Beziehungen, des Weges zur Einheit und des Vereinigungsprozesses auf. Die einzelnen Ausgaben sollten für einen breiten Nutzerkreis eine übersichtlich strukturierte, fachlich seriöse, leicht verständliche und anschauliche Lektüre bieten und damit einen Beitrag zur inneren Einheit leisten. Bei den Westdeutschen sollte diese Reihe vor allem das Verständnis für die Situation der Menschen fördern, die in der DDR gelebt haben.

In den vergangenen Jahren hat die BpB in nahezu allen Produktparten und Formaten – von Print über Online bis hin zu Veranstaltungen – ein umfassendes Standardangebot zur Aufarbeitung der Geschichte der DDR entwickelt, das kontinuierlich ausgebaut und aktuellen Anlässen entsprechend angepasst wird. Wichtiges Anliegen ist es, insbesondere auch junge Menschen, die die Zeit der deutschen Teilung selbst nicht erlebt haben, für das Thema zu interessieren, um durch die Herstellung historischer Bezüge das Bewusstsein für Freiheit, Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zu stärken.

Die Angebote der BpB zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Das heutige Angebot der BpB zur Aufarbeitung der SED-Diktatur lässt sich wie folgt beschreiben:

- Durch umfassende Online-Dossiers auf der Homepage der BpB www.bpb.de sowie durch die externen Websites www.chronik-der-mauer.de, www.jugendopposition.de und www.wir-waren-so-frei.de werden für eine breite Öffentlichkeit Ton-, Film- und Textdokumente sowie historische und politische

Fachbeiträge zur Verfügung gestellt, die dazu beitragen, DDR-Geschichte zu dokumentieren und Hintergründe neu zu interpretieren.

- Im Rahmen des breit angelegten Programms an Printpublikationen wird das Thema in nahezu jedem Format aufgegriffen: in der Schriftenreihe, den Informationen zur politischen Bildung, dem Jugendformat fluter, in der niedrigschwelligen Pocket-Reihe und den didaktischen Reihen. Auf diese Weise werden sehr unterschiedliche Zielgruppen erreicht.
- Durch zielgruppengerechte Formate unter Einbeziehung von Musik, Film und Ausstellungen werden auch junge Leute für das Thema interessiert. Ebenso wurde gemeinsam mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. und dem Deutschlandradio eine App für iPhone, iPad und Android-Geräte entwickelt, die die Geschichte vom Mauerbau bis zum Mauerfall multimedial darstellt und den Nutzer auf Grund der Verknüpfung mit entsprechenden Geodaten am ehemaligen Verlauf der Mauer entlangführen kann.
- Ein vielseitiges Angebot an DVDs zu unterschiedlichen Aspekten der SED-Diktatur ist mit didaktischen Materialien ausgestattet, die für eine multimediale Unterrichtsgestaltung genutzt werden können.
- Im Rahmen der in der Gedenkstättenkonzeption des Bundes forcierten Zusammenarbeit zur Aufarbeitung der SED-Diktatur wird gemeinsam mit der Bundesstiftung Aufarbeitung und dem BStU die Seite www.projekttag-deutsche-geschichte.de betrieben. Hier werden Angebote und Anregungen für die Ausgestaltung eines Projekttages 9. November an Schulen vorgestellt. Die Kultusministerkonferenz der Länder hat dazu aufgerufen, in jedem Jahr am 9. November einen Projekttag in Schulen durchzuführen. Ziel dieses Projekttags ist es, eine vertiefte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts anzuregen und damit zur Demokratieerziehung beizutragen. Auch auf anderen Arbeitsfeldern kooperieren die drei Einrichtungen. So stellt der BStU für unterschiedliche Projekte der BpB Akten- und Filmmaterialien zur Verfügung, mit der Bundesstiftung Aufarbeitung wird bei verschiedenen Publikationen und Veranstaltungen zusammengearbeitet.
- Durch ihre wissenschaftlichen Publikationen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sowie „Deutschland Archiv-Online“ bietet die BpB eine permanente Plattform zur Präsentation und Diskussion neuer Forschungsergebnisse aus diesem Themenspektrum.

- Durch die Einbeziehung von Zeitzeugen in Veranstaltungen, Internetangebote, DVDs und Printprodukte werden Videointerviews und Zeitzeugenberichte angesammelt und einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Auf diese Art und Weise entsteht im Laufe der Zeit ein Archiv der Erinnerung.
- Die BpB nutzt regelmäßig die große öffentliche Aufmerksamkeit, die sich im Zusammenhang mit zeitgeschichtlichen Jahrestagen ergibt, um das Thema in Veranstaltungen und anderen Produkten aufzugreifen und zielgruppengerecht umzusetzen. Im Jahr 2009 war dies das 20. Jubiläum der Friedlichen Revolution, 2010 der 20. Jahrestag der Deutschen Einheit und 2011 das Gedenken an 50 Jahre Mauerbau.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Die gesellschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur ist entscheidend von der Öffnung der Stasi-Akten geprägt worden. Der Gesetzgeber wollte mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz sicherstellen, dass die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit und damit des zentralen Repressionsorgans der SED-Diktatur unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze für die Aufarbeitung verwendet werden können.

Die Struktur der Behörde

Bei der Festlegung der Organisationsstruktur konnte kaum auf das Vorbild anderer bundesdeutscher Behörden zurückgegriffen werden. Dennoch gab es vorgegebene Bedingungen wie die Gliederung in eine Zentralstelle in Berlin und Außenstellen in den neuen Ländern. Entsprechend dieser später in das Stasi-Unterlagen-Gesetz übernommenen Vorgaben entstanden in der Zentralstelle der Behörde die Abteilungen:

AR – „Archivbestände“ – hier werden die Unterlagen des MfS erfasst, verwahrt, verwaltet und erschlossen. Auf Anforderung der anderen Arbeitsbereiche werden von hier aus alle Recherchen in den Karteien vorgenommen, Akten und sonstige Unterlagen zur Nutzung vorbereitet und bereitgestellt.

AU – „Verwendung der Unterlagen“ – die Abteilung bearbeitet die Anträge einzelner Personen auf Akteneinsicht. Sie erteilt je nach Antrag Auskunft aus diesen

Unterlagen, stellt sie nach entsprechender Vorbereitung zur Einsichtnahme zur Verfügung, gibt Kopien davon heraus und bearbeitet Anträge zur Entschlüsselung von Decknamen inoffizieller Mitarbeiter. Bearbeitet werden hier ebenso Ersuchen öffentlicher und nicht-öffentlicher Stellen, beispielsweise zur Überprüfung auf eine frühere Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit oder Ersuchen der zuständigen Ämter zu Rehabilitierungsfragen. Hinzu kommen Anträge externer Forscher, aus dem Bereich der politischen Bildung und von Medienvertretern.

BF – „Bildung und Forschung“ – erforscht Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes und unterrichtet die Öffentlichkeit durch Publikationen, Vorträge, Ausstellungen u.ä. über ihre Forschungsergebnisse.

ZV – „Zentral- und Verwaltungsaufgaben“ – nimmt die üblichen Verwaltungsaufgaben einer Behörde auf den Gebieten Personal, Organisation, Haushalt, Informationstechnik, Innerer Dienst, Beschaffung, Sicherheit usw. wahr.

Die gegenwärtig zwölf Außenstellen des Bundesbeauftragten haben, in verkleinertem Maßstab, eine im Wesentlichen analog aufgebaute Struktur.

Die Entwicklung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im November 1991 löste der erste gesamtdeutsche Bundestag eine Verpflichtung des Einigungsvertrages ein: Er schuf ein rechtsstaatliches Verfahren zur Verwendung von Unterlagen, die im Kernbereich des DDR-Repressionsapparates entstanden und für die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Überwindung ihrer Folgen unerlässlich sind.

Der Gesetzgeber entschied, die Unterlagen des MfS zu öffnen und sie der Öffentlichkeit sofort – und damit vor Ablauf der in Archiven üblichen Schutzfristen – zur Verfügung zu stellen. Allerdings sollte kein für jedermann zugängliches Archiv etwa nach den Regelungen des BArchG entstehen. Da die vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR gespeicherten Daten zum großen Teil unter Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze gewonnen wurden, musste der Zugang zu ihnen eingeschränkt und an bestimmte Zwecke gebunden werden. Größten Wert legte der Gesetzgeber darauf, den Einzelnen davor zu schützen, dass er durch den Umgang mit den vom MfS zu seiner Person gespeicherten Informationen in seinem

Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird. Dementsprechend unterscheidet sich das StUG in seiner Zielrichtung und in seiner methodischen Herangehensweise von den Archiv- und sonstigen Informationszugangsgesetzen des Bundes und der Länder, um einen Aktenzugang zu begründen. Während beispielsweise das BArchG ein grundsätzliches Zugangsrecht für jedermann anbietet, das – je nach Schutzwürdigkeit der betreffenden Unterlagen – durch (unterschiedlich lange) Schutzfristen eingeschränkt wird, verfolgt das StUG als Opferschutzgesetz den Ansatz eines generellen Zugangsverbots, das durch – nach Personengruppen differenzierte – Erlaubnisvorbehalte durchbrochen wird.

Das StUG ist die Arbeitsgrundlage des BStU. Es bestimmt detailliert sowohl seine Aufgaben und Befugnisse als auch die Zugangsrechte zu den von der Staatssicherheit hinterlassenen Unterlagen. Seit seinem Inkrafttreten im Jahre 1991 ist das StUG mehrfach novelliert worden. Insgesamt sind bislang acht Stasi-Unterlagen-Änderungsgesetze in Kraft getreten. Das Gesetz in seiner sachlichen Substanz entspricht zwar heute noch der Fassung zum Zeitpunkt seiner Verabschiedung und hat sich in der Praxis sehr gut bewährt. Insbesondere praktische Erfahrungen und die aktuelle Rechtsprechung gaben in der Zwischenzeit jedoch immer wieder Anlass, einerseits erprobte Verfahren fortzuschreiben, den Gesetzestext andererseits an einigen Stellen aber auch zu modifizieren.

Zu nennen ist beispielsweise ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 8. März 2002, mit dem eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin vom 4. Juli 2001 bestätigt und einer Klage des Altbundeskanzlers Dr. Helmut Kohl stattgegeben wurde: In dem Verfahren ging es um die die Frage, inwieweit personenbezogene Unterlagen über Personen der Zeitgeschichte, Inhaber politischer Funktionen oder Amtsträger Vertretern der Forschung und der Medien zum Zwecke der politischen und historischen Aufarbeitung durch den BStU zur Verfügung gestellt werden dürfen. Das BVerwG hatte eine Verwendung von Unterlagen zu Helmut Kohl als Person der Zeitgeschichte bzw. als Funktions- und Amtsträger ohne Einwilligung auf der Grundlage des Wortlauts der damaligen Fassung des § 32 insgesamt für unzulässig erklärt und dem BStU damit eine neue – datenschutzrechtlich eingeschränkte – Auslegung der Regelung vorgegeben. Diese war daraufhin im Zuge des Fünften Gesetzes zur Änderung des StUG, das am 2. September 2002 in Kraft trat, entsprechend geändert worden.

Auch heute – mehr als zwanzig Jahre nach der Deutschen Einheit – gehört der Zugang zu den Stasi-Unterlagen nach wie vor zu den wichtigsten Instrumenten der Aufarbeitung des SED-Unrechts. Das Interesse an einer Einsichtnahme in die Stasi-

Akten ist bei Bürgern, Wissenschaftlern und Journalisten nach wie vor groß. In der öffentlichen Debatte hat sich gezeigt, dass der gesellschaftliche Bedarf an Überprüfungen bestimmter Personengruppen auch in den kommenden Jahren andauern wird. Um das notwendige Vertrauen in öffentliche Institutionen und politische Gremien zu stärken, ist weiterhin Transparenz erforderlich.

Mit der zuletzt durchgeführten 8. Novelle des StUG im Jahre 2011 wurde deshalb nicht nur die Frist für die Überprüfungsmöglichkeiten nunmehr bis Ende 2019 verlängert, sondern auch der Kreis der überprüfbaren Personen erweitert: Künftig sind beispielsweise auch ehrenamtliche Bürgermeister und entsprechende Vertreter für einen Gemeindeteil, Beschäftigte des öffentlichen Dienstes ab Besoldungsgruppe A 9 sowie ehrenamtliche Mitarbeiter und Gremienmitglieder von Aufarbeitungseinrichtungen auf eine frühere Stasi-Mitarbeit überprüfbar. Außerdem wurde der Aktenzugang für Wissenschaft und Forschung sowie für nahe Angehörige von Vermissten und Verstorbenen weiter verbessert. Auf Initiative der Koalitionsfraktionen regelt das Gesetz künftig zudem die Versetzung ehemaliger Stasi-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zurzeit beim BStU beschäftigt sind.

Nach der Verabschiedung durch den Deutschen Bundestag am 30. September 2011 hat der Bundesrat die 8. Novelle des Stasi-Unterlagengesetzes am 4. November 2011 gebilligt. Das Gesetz ist am 31. Dezember 2011 in Kraft getreten.

Die Verwendung der Unterlagen

Akteneinsicht

Seit 20 Jahren gibt der BStU Bürgerinnen und Bürgern auf Grundlage des Stasi-Unterlagen-Gesetzes Auskunft über und Einsicht in die Unterlagen, die das MfS zu ihnen angelegt hat. Es beinhaltet den Rechtsanspruch jedes Einzelnen auf Einsicht in die zur eigenen Person vom MfS geführten Unterlagen, auf die Herausgabe von Duplikaten sowie die Bekanntgabe der Klarnamen von inoffiziellen Mitarbeitern, die an der Bespitzelung des Betroffenen beteiligt waren. 1,8 Mio. Menschen haben bislang „ihre Akte“ gelesen; das sind 1,8 Mio. Entscheidungen gegen das Schweigen. Zusammen mit Wiederholungsanträgen, Anträgen auf Herausgabe von Kopien und Bekanntgabe von Namen inoffizieller Mitarbeiter wurden insgesamt rund 2,83 Mio. Anträge bearbeitet.

In den ersten Jahren ging bei der Behörde eine Flut von Anträgen im Zusammenhang mit der Akteneinsicht ein. Die Annahme, nach einiger Zeit werde das Interesse an Akteneinsichten deutlich nachlassen, wurde in einem unerwarteten Ausmaß widerlegt. In den letzten fünf Jahren lag die Zahl der jährlichen Anträge im Bereich der Akteneinsicht bei durchschnittlich etwa 92.000. Welche Bedeutung der Akteneinsicht für einzelne Personen zukommt, hat der BStU im Laufe der Jahre in mehreren Umfragen untersucht. Jede dieser Erhebungen machte deutlich, dass die Akteneinsicht Möglichkeiten zu einer komplexen Verarbeitung eigener Erfahrungen eröffnet. Manchmal werden bestimmte Aspekte der eigenen Biografie durch die Aktenlektüre überhaupt erst bekannt und damit für den Betreffenden einordbar. Konspirative Machenschaften, die einschneidende Folgen für den eigenen Lebenslauf gehabt haben können, werden deutlich. Auf der anderen Seite können aber auch Tendenzen zur Überbewertung des Einflusses des Staatssicherheitsdienstes auf bestimmte Entwicklungen oder Ereignisse abgebaut werden.

Die durch die Akteneinsicht ermöglichte Begegnung mit der eigenen Geschichte ist für viele Menschen ein sehr persönlicher und bewegender Prozess. Die Mitarbeiter der Behörde wissen das und beantworten nicht nur die Fragen der Betroffenen, sondern stehen ihnen oft auch einfühlsam zur Seite. Dies ist besonders wichtig, wenn sich aus den Akten ergibt, dass das MfS weitreichend in das Leben eingegriffen hat oder wenn jemand von einem nahe stehenden Menschen verraten wurde. Oft reagieren Menschen mit großer Erleichterung auf die Akteneinsicht, wenn sie erfahren, dass Vertrauen nicht enttäuscht wurde. Chronisches Misstrauen – eine schmerzhaft Begleiterscheinung des Lebens in Diktaturen – hatte ihnen das Leben schwer gemacht.

Das gesetzlich verbrieftete Recht auf persönliche Akteneinsicht ist über die individuelle Dimension hinaus zu einem wichtigen Baustein gesellschaftlicher Aufarbeitung geworden. Was auch immer sich über den Einzelnen in den Archiven findet, allein die Entscheidung einen Antrag zu stellen, gehört zum Prozess der Aufarbeitung. Die erfolgte Akteneinsicht ist wiederum ein Impuls, das Gelesene und die dabei erlebten Eindrücke anderen mitzuteilen und damit zu verarbeiten. Noch nie haben sich so viele Menschen anhand von Akten eines Geheimdienstes einer Diktatur derart intensiv mit der Vergangenheit beschäftigt. Die langfristigen Auswirkungen eines solchen massenhaften Prozesses der persönlichen Geschichtsaneignung sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen. Als gesichert kann allerdings gelten, dass die Beschäftigung mit der „eigenen“ Akte persönlichen wie politischen Legendenbildungen entgegenwirkt. Sie fördert die kritische Sicht auf die Diktatur und

sensibilisiert für Tendenzen repressiver oder manipulativer Herrschaftsausübung. Nur wenige Maßnahmen der politischen Bildung dürften im Hinblick auf die Stärkung der Zivilgesellschaft ähnlich wirkungsvoll sein.

Ein Vergleich mit den Erfahrungen anderer Staaten mit diktatorischer Vergangenheit und den dort über lange Jahre geführten innenpolitischen Debatten zeigt auch, dass der schnelle Schlussstrich unter die Vergangenheit immer trügerisch ist.

Überprüfungen

Der Aufbau demokratischer Institutionen in den neuen Ländern sollte erfolgen, ohne dass ehemalige Mitarbeiter und Zuträger des Staatssicherheitsdienstes wichtige Positionen in Staat und Gesellschaft behalten bzw. einnehmen konnten. Die freigeählte Volkskammer der DDR und später der erste gesamtdeutsche Bundestag schufen deshalb die Voraussetzungen dafür, dass die MfS-Unterlagen zur Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst sowie von Funktionsträgern in anderen wichtigen Bereichen der Gesellschaft verwendet werden konnten.

Während die im StUG enthaltenen Zugangsrechte zu den Unterlagen in den meisten Bereichen unbefristet gelten, wurde die Verwendung der Unterlagen im Zusammenhang mit Überprüfungen zunächst auf 15 Jahre (bis zum 28. Dezember 2006) begrenzt, mit der 7. Novellierung des StUG dann, bezogen insbesondere auf herausgehobene Funktionen in Politik, Verwaltung und Sport, um fünf Jahre verlängert. Mit der 2011 verabschiedeten 8. Novelle des StUG wurde eine Verlängerung von Überprüfungsmöglichkeiten bis Ende 2019 festgeschrieben und der Kreis der überprüfbaren Personen erweitert.

Seit Bestehen des BStU wurden im Zusammenhang mit Überprüfungen über 3,3 Mio. Ersuchen bearbeitet. Etwas über die Hälfte (ca. 1,75 Mio.) bezogen sich auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst, davon fast alle aus den neuen Ländern einschließlich Berlin. Der Umfang der in den neuen Ländern erfolgten Überprüfungen war sehr unterschiedlich. Die Länder Thüringen und Sachsen und mit geringem Abstand dahinter auch Sachsen-Anhalt überprüften ihre im öffentlichen Dienst Beschäftigten recht umfassend. Das Land Brandenburg überprüfte seine Beschäftigten in einem erheblich geringeren Ausmaß, die wenigsten Nachfragen gingen aus dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern in der Behörde ein. Das Land Berlin lag hier im Mittelfeld. Auch sonst gab es ein unterschiedliches Bild: In manchen Behörden und überprüfbaren Institutionen gab es vollständige und

wiederholte Personalüberprüfungen, in anderen wurden Überprüfungen auf bestimmte Mitarbeitergruppen beschränkt. Einzelne öffentliche Arbeitgeber verzichteten ganz auf eine Auseinandersetzung mit möglichen MfS-Verstrickungen ihrer Mitarbeiter. Von Bedeutung ist zudem nicht nur die reine Anzahl der überprüften Personen, sondern die Frage, nach welchen inhaltlichen Kriterien und mit welcher Konsequenz bei nachgewiesener Tätigkeit für das MfS personelle Konsequenzen gezogen worden sind.

Von öffentlichen Stellen der alten Länder wurde Personal in der Regel nur dann überprüft, wenn es sich um Beschäftigte handelte, die zu irgendeinem Zeitpunkt ihren Wohnsitz in der ehemaligen DDR hatten. Bundesbürger, die nie in der DDR wohnten und auch nicht nach 1990 in die neuen Länder zogen oder dort tätig wurden, sind bis auf wenige Ausnahmen nicht überprüft worden.

Ähnliches gilt für den privaten Sektor, bei dem ohnehin nur Spitzenpositionen überprüft werden durften. Kritisch bleibt hier festzuhalten, dass durch diese unterschiedlichen Regelungen erhebliche Schieflagen, z.B. im Bereich der Medien, entstanden: Während Mitarbeiter öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten überprüft werden konnten, war dies in den Redaktionen von Printmedien und privaten Sendern nicht möglich – es sei denn, die Unternehmensleitung legte darauf Wert, dass die Mitarbeiter Anträge auf Selbstauskunft stellten, was vereinzelt der Fall war. Bis zum 28. Dezember 2006 waren neben den Beschäftigten im öffentlichen Dienst noch im Wesentlichen Rechtsanwälte und Notare sowie leitende Personen in Wirtschaft, Verbänden und Parteien überprüfbar.

Anders als häufig angenommen, gab es im öffentlichen Dienst nie eine „Regelanfrage“, d.h. eine Verpflichtung der Arbeitgeber zur Überprüfung aller Beschäftigten auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit dem MfS. Vielmehr lag und liegt es beim Arbeitgeber oder Dienstherrn zu entscheiden, ob, in welchem Umfang und in welchem Verfahren Überprüfungen vorgenommen werden. Entgegen weit verbreiteter Meinung werden solche Überprüfungen auch nicht vom BStU veranlasst und durchgeführt. Aufgabe der Behörde ist es lediglich, auf zulässige Ersuchen hin mitzuteilen, ob in Bezug auf eine überprüfte Person Hinweise auf eine hauptamtliche oder inoffizielle Tätigkeit für das MfS vorhanden sind. Der BStU bewertet diese Unterlagen nicht, sondern stellt die Informationen den überprüfenden Stellen zur Verfügung. Diese Stellen haben dann die oft schwierige Entscheidung zu treffen, ob unter sachgerechter Berücksichtigung der Hinweise aus den MfS-Unterlagen im Einzelfall arbeitsrechtliche Konsequenzen zu ziehen sind.

Vor allem im Zusammenhang mit der Entlassung von Personen, denen eine frühere Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst vorgeworfen wurde, sind im Laufe der Jahre in vielen Überprüfungsfällen Mitteilungen des BStU indirekt Gegenstand von Entscheidungen der Verwaltungs- und Arbeitsgerichte geworden. In der Regel akzeptierten dabei insbesondere die Verwaltungsgerichte die Vorgehensweise des BStU als rechtmäßig, auch wenn die vom betreffenden Arbeitgeber ergriffene dienst- oder arbeitsrechtliche Maßnahme zum Teil nicht bestätigt wurde. In nicht wenigen Fällen zeigte sich, dass die Aussagekraft von MfS-Unterlagen von Gerichten unterschiedlich eingeschätzt wird.

Von großer Bedeutung für die Integrität gewählter politischer Mandatsträger ist die weiterhin bestehende und intensiv genutzte Möglichkeit, die Abgeordneten von Bundestag und Landtagen, die Angehörigen kommunaler Vertretungskörperschaften sowie die kommunalen Wahlbeamten zu überprüfen. Seit 1990 hat es dazu insgesamt über 80.000 Ersuchen gegeben.

Durch den sachgerechten Umgang mit den Überprüfungen im öffentlichen Dienst sowie in anderen von diesem Verfahren betroffenen Bereichen der Gesellschaft gelang es in vielen Fällen, belastete Personen aus Funktionen fernzuhalten, die für das demokratische Gemeinwesen wichtig sind, ohne unverhältnismäßig in Persönlichkeitsrechte einzugreifen. Dies trug wesentlich zum Aufbau eines demokratisch und rechtsstaatlich geprägten öffentlichen Dienstes in den neuen Ländern bei, der das Vertrauen der Bevölkerung genießt. Die Regelungen des Stasi-Unterlagen-Gesetzes haben sich auch im Bereich der Überprüfungen als normative Grundlage für die Aufarbeitung der Hinterlassenschaft der SED-Diktatur bewährt.

Eine Schwäche der personellen Erneuerung ist in den zurückliegenden Jahren allerdings deutlich geworden: Durch die Möglichkeit der Überprüfungen auf frühere Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst und die daraus folgenden Konsequenzen sind andere Formen der Mittäterschaft gelegentlich aus dem Blick geraten. Während mancher „kleine“ inoffizielle Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz verlor, hatten ehemalige Parteifunktionäre und andere Personen in Schlüsselstellungen nichts zu fürchten. Dieses Ungleichgewicht darf allerdings nicht dem Stasi-Unterlagen-Gesetz angelastet werden. Es ist Aufgabe der Gesellschaft, bei der Aufarbeitung der Diktatur in der DDR verstärkt die anderen Bereiche des politischen Systems, vor allem die führende Rolle der SED, in den Blick zu nehmen. Hier gibt es noch Nachholbedarf.

Rehabilitierung und Wiedergutmachung

Viele Menschen haben in der DDR durch Verfolgung und durch Inhaftierung Unrecht erlitten oder mussten, weil sie sich der Willkür von SED und Staat nicht beugten, massive Nachteile hinnehmen. MfS-Unterlagen bieten insoweit einen unverzichtbaren Beitrag zur Aufarbeitung des SED-Unrechts. Die Rehabilitierung von Betroffenen und die Wiedergutmachung in Form von sozialen Ausgleichsleistungen stehen deshalb zu Recht an vorderster Stelle der vom Stasi-Unterlagen-Gesetz genannten Zwecke zur Verwendung von Unterlagen, denn sie waren wesentliche Intentionen des Gesetzgebers bei der Öffnung der Archive des MfS.

Mit dem Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz wurden die Grundlagen für Rehabilitierung und Wiedergutmachung geschaffen. Darin vorgesehene Regelungen sorgen zudem dafür, dass niemand zu Unrecht in den Genuss von sozialen Ausgleichsleistungen kommt, wenn er zwar einerseits zum Kreise von staatlichen Willkürmaßnahmen Betroffener gehört, sich jedoch andererseits Verstößen schuldig gemacht hat, die das eigene erlittene Unrecht überwiegen. Die für die entsprechenden Verfahren zuständigen Stellen können bei ihren Entscheidungen Unterlagen der Staatssicherheit einbeziehen. Sie fragen beim BStU an, ob sich Nachweise für eine politisch motivierte Verfolgung oder eine berufliche Benachteiligung, für Haftzeiten und Gesundheitsschäden finden. Es wird ferner geprüft, ob sich Tatbestände finden, die die Gewährung von sozialen Ausgleichsleistungen ausschließen.

Generell ist festzustellen, dass viele zur Rehabilitierung und Wiedergutmachung Berechtigte erst bei der Zusammenstellung ihrer Unterlagen für die Rentenbeantragung feststellen, dass ihnen Belege (etwa zum Nachweis von Haftzeiten oder Entlohnungen für Arbeit in der Haft) fehlen. Es ist davon auszugehen, dass bisher bei weitem nicht alle Bürger, denen durch eine politische Verfolgung in der DDR Nachteile entstanden, von der Möglichkeit einer Rehabilitierung Gebrauch machten. Unter anderem deshalb sind die Fristen für die Beantragung einer strafrechtlichen Rehabilitierung im vergangenen Jahr noch einmal verlängert worden – nun bis zum 31. Dezember 2019. Das trifft auch auf die Antragsfristen im Verwaltungsrechtlichen und im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz zu.

Nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz ist es möglich zu beantragen, dass eine strafrechtliche Entscheidung eines Gerichts der ehemaligen DDR für rechtsstaatswidrig erklärt und aufgehoben wird. Dies ist als Vorstufe für eventuelle

Wiedergutmachungsleistungen nach diesem Gesetz erforderlich. Insgesamt haben den BStU bisher mehr als 96.600 Ersuchen zum Zweck der strafrechtlichen Rehabilitation erreicht.

Der Begriff der Wiedergutmachung, zu deren Zweck MfS-Unterlagen ebenfalls genutzt werden, ist weit gefasst. Hiervon abgedeckt werden nicht nur soziale Ausgleichsleistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz wie die Kapitalentschädigung oder die besondere Zuwendung für Haftopfer (sogenannte SED-Opferrente). Auch Leistungen an Betroffene aus einer ganzen Reihe anderer Gesetze fallen hierunter. Im Sinne der Wiedergutmachung wird der BStU tätig in Bezug auf das Berufliche und Verwaltungsrechtliche Rehabilitierungsgesetz, das Bundesversorgungsgesetz, das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, das Häftlingshilfegesetz und das Vermögensgesetz.

Nach dem Inkrafttreten des Dritten Gesetzes zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR vom 21. August 2007 hatte die Behörde in kürzester Zeit eine sehr hohe Zahl von Ersuchen im Zusammenhang mit der beantragten Zahlung der sogenannten SED-Opferrente zu bewältigen. Insgesamt gingen bisher knapp über 41.000 Nachfragen ein.

Wer in der DDR infolge staatlicher Repression an der Ausübung seines Berufs oder einer angestrebten Tätigkeit gehindert wurde, wer einer politischen Verfolgung ausgesetzt war oder durch rechtsstaatswidriges Verwaltungshandeln Schaden erlitt, kann nach den Grundsätzen des Beruflichen oder Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes entschädigt werden. In diesen Fällen ersuchen die zuständigen Behörden bei dem BStU um Unterlagen, die diese Sachverhalte belegen können. Außerdem wird nach Hinweisen auf Gründe angefragt, die Leistungen nach diesen Gesetzen ausschließen können.

Die Nutzung der Unterlagen des MfS für die externe Forschung, die Medien und Einrichtungen der politischen Bildungsarbeit

Eine der wichtigsten Aufgaben des BStU ist die Bereitstellung von MfS-Unterlagen für die externe Forschung und für Medien zu Zwecken der politischen und historischen Aufarbeitung der Diktatur in der DDR wie auch der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (§ 32 bis 34 StUG); ohne diese

Dienstleistung für Externe ist eine Aufarbeitung der SED-Diktatur nicht denkbar. Bis Ende 2011 sind in diesem Bereich 26.300 Anträge eingegangen.

Der BStU ist auch in dem Sinne Dienstleister, dass er Journalisten und Forscher intensiv berät und unterstützt. Bei der Recherche und Auswahl von Unterlagen sind die Nutzer der MfS-Unterlagen viel stärker auf die Unterstützung der BStU-Mitarbeiter angewiesen, als dies in „klassischen“ Archiven notwendig ist. Ein Mitarbeiter des BStU übernimmt bei der Antragsbearbeitung aus rechtlichen Gründen viele Rechenschritte. Dies ist notwendig, da bereits die zahlreichen Karteien und Verzeichnisse des MfS sowie die von der Behörde erstellten Datenbanken schutzwürdige Personenangaben enthalten, die Dritten nicht ohne weiteres offenbart werden dürfen. Die Mitarbeiter des BStU recherchieren auf Antrag in den Beständen der MfS-Überlieferungen, führen die Ergebnisse themenbezogen zusammen und stellen Unterlagen dann unter Berücksichtigung gegebenenfalls kollidierender Belange des Persönlichkeitsrechts und Datenschutzes zur Verfügung. Dies ist notwendig, weil das StUG für die Herausgabe von bestimmten personenbezogenen Informationen die Abwägung vorgibt, „ob die Informationserhebung erkennbar auf einer Menschenrechtsverletzung beruht“ (§ 32 Ziffer 1 Abs. 2 Satz 2).

Die MfS-Unterlagen sind der entscheidende Quellenbestand, wenn es um die Aufarbeitung der Unterdrückung in der DDR geht, insbesondere wenn der Staatssicherheitsdienst Instrument dieser Unterdrückung war. Aber auch in Fällen, in denen die Rolle der SED, der Strafjustiz, der Volkspolizei, anderer staatlicher oder beispielsweise sowjetischer Stellen im Vordergrund stand, können die in den Archiven der Behörde lagernden Unterlagen Aufschlüsse über Tatbestände, Hintergründe und Verantwortlichkeiten geben; denn das MfS hat über alle politischen und gesellschaftlichen Bereiche Informationen gesammelt und maßgeblichen Einfluss genommen. Viele Todesfälle an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze mit zum Teil bis dahin unbekanntem Opfern wären beispielsweise ohne die Unterlagen des MfS nicht aufzuklären gewesen. Für die Untersuchung und Aufklärung der gegen die Staatsgrenze gerichteten „staatsfeindlichen Handlungen“ war das MfS zuständiges Untersuchungsorgan.

Die Behörde bearbeitet Anträge in großer Bandbreite: von Hochschulen und Universitäten, Institutionen sowie privaten Forschern bis hin zu Schülern. Nicht zu vergessen sind die Anträge kirchlicher Einrichtungen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR und zunehmend auch aus den alten Ländern.

Auch für den Bereich des Leistungssports gibt es ein seit Jahren ungebrochenes Interesse, war doch der internationale Sport laut SED „ein wichtiges Feld der Klassenauseinandersetzung“ sowohl im Weltmaßstab als auch zwischen den beiden deutschen Staaten. Heute wissen wir, dass hier nicht nur mit methodischen Trainingsprogrammen gearbeitet wurde, sondern auch unerlaubte Hilfsmittel genutzt wurden. Neben der Bspitzelung ist das Doping im Sport ein immer wiederkehrendes Antragsthema. Im Lauf der Jahre wurden über 1.000 Anträge zum Thema Sport allein von externen Forschern und den Medien gestellt. So waren die Erkenntnisse aus den MfS-Unterlagen auch eine wichtige Grundlage für die Tätigkeit der Unabhängigen Dopingkommission.

Während das Wirken der Staatssicherheit in der DDR gut dokumentiert ist, sieht es bei der Westarbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland und Westberlin deutlich anders aus. Die entsprechenden Unterlagen, vor allem jene der für Spionage zuständigen Hauptverwaltung Aufklärung, sind nahezu vollständig vernichtet worden.

Zu den wichtigen Überlieferungen zählen zwei Karteien der HV A, die sogenannte „Rosenholz“-Datei⁴ sowie das elektronische „Posteingangsbuch“ der HV A, die SIRA-Datenbank, in der von Agenten beschaffte Informationen verzeichnet sind. Diese Unterlagen erlauben immerhin das Erkennen von Personen und inhaltlichen Konturen der Westarbeit der HV A. Vor allem auf diese Überlieferungen heben Berichte in den Medien und in wissenschaftlichen Veröffentlichungen ab, was zuverlässig anzeigt, wie aktuell die Thematik bis heute ist. Gleichwohl waren die Erwartungen der Öffentlichkeit, der Medien und Forscher an die überlieferten „Rosenholz“-Unterlagen überzogen. Die von manchen prognostizierte Enthüllungswelle über bundesdeutsche Agenten ist ausgeblieben – nicht nur wegen der lückenhaften Überlieferung, sondern auch, weil die Erwartungen auf teilweise rege Spekulationen gegründet waren.

Trotz dieser Einschränkungen tragen die vom BStU für die Westarbeit zur Verfügung gestellten Unterlagen zur Erhellung dieses wichtigen Teils der deutsch-deutschen Geschichte bei. Medien- und Forschungsanträge zum Einfluss des Staatssicherheitsdienstes auf den Deutschen Bundestag, hier vor allem die 6., 10. und 11. Legislaturperiode, haben große öffentliche Aufmerksamkeit erregt.

⁴ Bei der „Rosenholz“-Datei handelt es sich um mikroverfilmte Karteien der HV A, die während der Friedlichen Revolution unter nicht geklärten Umständen in den Besitz der US-amerikanischen Central Intelligence Agency (CIA) gelangten und bis März 2003 der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt wurden.

Nicht selten haben Anträge zu einzelnen Personen des öffentlichen Lebens den Anstoß für eine weiter greifende Aufarbeitung der DDR-Geschichte gegeben: Nach der Landtagswahl in Brandenburg im September 2009 ist die dortige Landespolitik von Stasi-Fällen in der Linksfraktion erschüttert worden. MfS-Verstrickungen einzelner Abgeordneter der Linksfraktion sind durch Medienvertreter offengelegt worden. Durch deren Anträge beim BStU und die sich anschließende Herausgabe von entsprechenden Unterlagen an die Medien ist eine Debatte im Land Brandenburg angestoßen worden, in der inzwischen die Überprüfungspraxis und die Aufarbeitung überhaupt thematisiert wird. Im März 2010 einigten sich alle Parteien des Landtags auf die Einsetzung einer Enquête-Kommission zur Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur.

Als mit der Öffnung der Archive des MfS sichtbar wurde, dass ein nicht unbedeutender Teil der Bestände Materialien aus der Zeit vor 1945 enthielt, war nicht absehbar, welche Bedeutung dies sowohl für die Erforschung des Nationalsozialismus als auch für die der Geschichte des Umgangs beider deutscher Staaten mit ihrer Vergangenheit haben würde. Unterlagen aus der Zeit des Nationalsozialismus, welche auf dem Gebiet der DDR und auch in Osteuropa aufgefunden wurden, sind durch das MfS übernommen, archiviert, systematisch erfasst und ausgewertet worden. Das MfS instrumentalisierte sie in erheblichem Ausmaß für die Herrschaftssicherung der SED, nutzte und verfälschte zum Teil die dort enthaltenen Informationen über die NS-Vergangenheit von Politikern der Bundesrepublik zur Durchführung von Kampagnen mit dem Ziel, sich als der wahre konsequent antifaschistische Staat darzustellen. Verschwiegen wurde jedoch, dass auch in der DDR in vielen Fällen auf eine Strafverfolgung von NS-Verbrechen verzichtet wurde, wenn es zweckmäßig erschien, das gesammelte Material zu operativen Zwecken zu nutzen. In jüngster Zeit werden die Unterlagen vermehrt genutzt, um auch die NS-Vergangenheit einzelner Institutionen in der Bundesrepublik zu untersuchen. Da die im Archiv vorhandenen Unterlagen zur NS-Zeit eine umfangreiche Materialsammlung zur personellen Besetzung des Justiz- und Behördenapparates im „Dritten Reich“, der NSDAP sowie der Wehrmacht beinhalten, kann für diesen Zweck wichtiges Quellenmaterial zur Verfügung gestellt werden.

In den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes befinden sich zehntausende Film- und Tondokumente, die von Journalisten sehr intensiv für die Vorbereitung von Dokumentar- und Fernsehfilmen genutzt werden. Im ersten Jahrzehnt der Behörde wurde das Thema Staatssicherheit und Unterdrückung in der DDR vor allem in Dokumentationen und zeitgeschichtlichen Darstellungen auf Grundlage der vom BStU bereitgestellten Unterlagen behandelt. In den letzten Jahren nahmen sich dann

häufiger Spielfilme des Themas an. Berühmtestes Beispiel ist der Kinofilm „Das Leben der Anderen“, aber auch für eine Reihe von Kriminalfilmen („Tatort“ u.a.) und für Fernsehserien (z.B. „Weissensee“) wurden die Methoden des Staatssicherheitsdienstes sorgfältig recherchiert, und es dienten tatsächliche Beispiele seiner Arbeitsweise als Hintergrund für die Drehbücher. Ferner helfen Fernsehfilme dabei, bisher weniger beachtete Themen wie etwa das Frauengefängnis Hoheneck in den Blickpunkt zu rücken. Auch wenn bei der Umsetzung des Stasi-Themas immer künstlerische Freiheiten in Anspruch genommen wurden, sind mit Unterstützung des BStU beeindruckende Filme entstanden, die vor dem Hintergrund der fast lückenlosen Überwachung der DDR-Gesellschaft spielen oder sich kritisch mit der Aufarbeitung dieser Zeit auseinandersetzen.

Gegenüber der Anfangszeit der Behörde hat sich die Art der Berichterstattung etwas gewandelt. Zwar betrachten Journalisten immer konkrete Ereignisse, Vorgänge und Einzelpersonen. Aber die Qualität der Berichterstattung und der öffentlichen Diskussion über Stasi-Verstrickungen ist im Laufe der Zeit sachlicher geworden. Die Bereitschaft der Öffentlichkeit nimmt zu, Informationen aus den Stasi-Unterlagen auch im historischen Kontext und mit Blick auf die individuelle Biografie für den Einzelfall zu bewerten.

Politische Bildung beim BStU

Das Stasi-Unterlagen-Gesetz definiert als eine der Kernaufgaben des BStU die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Diesem Auftrag kommt der BStU mit zwei integriert angelegten Arbeitsbereichen Forschung und Bildung innerhalb der Abteilung BF sowie durch Öffentlichkeitsarbeit seitens der Außenstellen und der Behördenleitung nach.

Der Bereich der politischen Bildung hat einen ausdifferenzierten Katalog an Bildungsangeboten entwickelt. Er umfasst Veranstaltungen für die breite Öffentlichkeit, Wechsel-, Wander- und Dauerausstellungen zur Geschichte des MfS, Fortbildungen für Multiplikatoren, Projekttag für Schüler sowie didaktisch aufbereitete Materialien. Die Bildungsangebote basieren auf der Auswertung der MfS-Unterlagen und im Besonderen auf Ergebnissen der originären Forschungstätigkeit; sie greifen aktuelle gesellschaftliche und wissenschaftliche einschließlich geschichtsdidaktischer Diskussionen auf und reagieren auf

bildungspolitische Bedarfe. Mit seinen Angeboten ist der BStU seit Jahren fest in die Bildungslandschaft zur DDR-Geschichte und zur Demokratie-Stärkung integriert.

Ausgehend von der Anbindung an das MfS-Thema, leistet der BStU damit einen Beitrag zur kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Als Bundesbehörde kommt ihm dabei die Aufgabe zu, das Thema für eine breite Öffentlichkeit auch in den alten Ländern aufzubereiten, in denen es nur vereinzelt spezielle Angebote zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gibt. Die Arbeit des Forschungsbereichs des BStU wird in Kapitel 9 (Wissenschaftliche Aufarbeitung) dargestellt.

Veranstaltungen

Mit seinen Veranstaltungen erfüllt der Bundesbeauftragte seit nunmehr 20 Jahren den gesetzlichen Auftrag, die Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Staatssicherheitsdienstes zu unterrichten. Das Angebot reicht von Zeitzeugendiskussionen, Filmabenden, Fachvorträgen, Fortbildungen und Lesungen bis hin zu Theateraufführungen und Ausstellungen. Im Mittelpunkt steht dabei die Information über die Staatssicherheit und ihre Funktion in der SED-Diktatur. Die Herrschafts- und Machtsicherung spielen ebenso eine Rolle wie die vielen Menschen, die von der Staatssicherheit abgehört, verhaftet, ausspioniert oder außer Landes getrieben wurden. Nicht zuletzt sind diejenigen im Blickpunkt, die sich gegen die Herrschaftsmechanismen und die Geheimpolizei auflehnten und letztlich die Diktatur beseitigten.

Veranstaltungshöhepunkte waren über die Jahre hinweg auch hier wichtige Jubiläen, zum Beispiel die jeweiligen Jahrestage der Besetzung von Stasi-Dienststellen, der 40. und 50. Jahrestag des Mauerbaus 2001 und 2011, der 50. Jahrestag der Aufstände am 17. Juni 1953 und selbstverständlich Jahrestage im Zusammenhang mit der Friedlichen Revolution in der DDR. Solche Jahrestage bieten die Möglichkeit, historische Ereignisse herauszustellen, die Forschungsergebnisse des BStU-Wissenschaftsbereichs zu vermitteln und intensiver in den breiten gesellschaftlichen Diskurs einzubringen. Das 20. Jubiläum des Revolutionsjahres 1989, der Auflösung des Staatssicherheitsdienstes und der Öffnung seiner Akten verdeutlichte mit über 750 Veranstaltungen des BStU und seiner Kooperationspartner die Dimension, die die Veranstaltungstätigkeit inzwischen erreicht hat. Dabei standen neben der Freude über die erkämpfte Freiheit und Demokratie auch Informationen über die überwundene Diktatur im Mittelpunkt.

Ausstellungen

Ausstellungen des BStU sind ein wesentlicher Bestandteil seiner politischen Bildungsarbeit. Neben den Dauerausstellungen in den Außenstellen der Behörde wurde eine Reihe von themenspezifischen Wanderausstellungen erarbeitet. Sie werden häufig in Schulen, aber auch in kleineren Museen, Gedenkstätten und öffentlichen Einrichtungen gezeigt und leisten so eine wichtige Unterstützung für regionale Aufarbeitungsbestrebungen.

Mit rund 40 Wanderausstellungen, die auch von Interessenten aus dem gesamten Bundesgebiet ausgeliehen werden können, stellt der BStU ein breites Themenspektrum zur historisch-politischen Bildung in den Regionen zur Verfügung. Viele kleinere Institutionen greifen gern auf diese Angebote zurück, die in der Regel von Begleitveranstaltungen der BStU-Außenstellen ergänzt werden. Die Ausstellungen behandeln u.a. die Themen Flucht, Stasi und Sport, deutsch-deutsche Städtepartnerschaften oder einzelne Ereignisse wie die Reaktionen von Opposition und Stasi auf die Atomkatastrophe in Tschernobyl.

Seit 1996 bietet der BStU eine Wanderausstellung an, die speziell für die alten Länder konzipiert wurde. Die erste Ausstellung mit dem Titel „Staatssicherheit – Garant der SED-Diktatur“ hat gezielt die Bedeutung der SED als Auftraggeberin der Staatssicherheit und die Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit für den Erhalt der SED-Diktatur herausgearbeitet. Von 1996 bis 2008 war die Ausstellung an 86 Orten zu sehen. Die Behörde hat sie auch im Ausland gezeigt, vor allem in ostmitteleuropäischen Städten.

Nach über zehn Jahren Laufzeit wurde eine grundlegende Überarbeitung nötig. Am 3. Oktober 2008 konnte die neue Wanderausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ in Hamburg eröffnet werden. Besondere Aufmerksamkeit lässt sie den Menschen zuteilwerden, die in das Visier des Staatssicherheitsdienstes geraten sind. Ihr Schicksal zeichnet die Ausstellung exemplarisch in biografischen Sequenzen nach. Wie ihre Vorgängerin erfreut auch sie sich großer Nachfrage. Sie war seit ihrer Eröffnung in 18 deutschen Städten sowie an verschiedenen Stationen im europäischen Ausland zu sehen. Insgesamt besuchten bisher rund 420.000 Interessierte die alte und neue Wanderausstellung des BStU.

Informations- und Dokumentationszentren

Seinem Bildungs- und Informationsauftrag kommt der BStU auch mit den Informations- und Dokumentationszentren in Halle, Erfurt, Dresden sowie der Dokumentations- und Gedenkstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft“ in Frankfurt (Oder) und der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Rostock nach. In Verbindung mit den Archiven der örtlichen Außenstellen – als authentischen Orten – sind sie besonders geeignet, jüngere Menschen für die SED-Diktatur zu sensibilisieren und über sie zu informieren. Die Außenstellen ohne eigenes Informations- und Dokumentationszentrum verfügen über Ausstellungen, die über Strukturen, Methoden und Wirkungsmechanismen des MfS Auskunft geben. Schon allein durch die regelmäßigen Führungen durch die Archive geben die Außenstellen einen elementaren Einblick in die Arbeit der Geheimpolizei.

Das erste Informations- und Dokumentationszentrum wurde fast genau fünf Jahre nach der Besetzung der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit 1994 in Frankfurt (Oder) in der dortigen Außenstelle eröffnet, es folgten in den nächsten Jahren Dresden, Halle, Erfurt und Rostock. Neben Dauerausstellungen über die Struktur und Wirkungsweise des MfS mit besonderen Schwerpunkten auf regionalen Besonderheiten werden an diesen Orten Wechselausstellungen zu zeitgeschichtlichen Themen sowie Kunstausstellungen präsentiert.

Seit dem 9. November 1998 betreibt der BStU auch in Berlin ein Informations- und Dokumentationszentrum. Über 364.000 Besucher haben die erste Dauerausstellung „Staatssicherheit – Machtinstrument der SED-Diktatur“ gesehen. Nach der brandschutzbedingten Schließung der Ausstellungsräume im Mai 2010 wurde – als Zwischenlösung bis zur Fertigstellung der Ausstellung in Haus 1/Normannenstraße und zur Aufrechterhaltung des Bürgerservices – das neue Bildungszentrum in Berlin-Mitte mit der Dauerausstellung „STASI – Die Ausstellung zur DDR-Staatssicherheit“ eröffnet. Die Ausstellung gibt einen konzentrierten Einblick in die Funktion, Struktur und Tätigkeit des MfS, sie verdeutlicht anhand exemplarischer Biografien die Auswirkungen der geheimpolizeilichen Repression auf das Leben der Betroffenen und zeichnet die Einflussnahme des MfS auf das Alltagsleben der DDR-Bevölkerung nach. Ergänzend zur Ausstellung finden Seminar- und Projekttag für Lehrkräfte und Schüler statt, wechselnde Sonderausstellungen runden das Programm ab. Aus Anlass des 50. Jahrestages des Mauerbaus hat der BStU im August 2011 z.B. die Ausstellung „Täuschen und Vertuschen. Die Stasi und die Mauertoten“ präsentiert, in der u.a. Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes und persönliche Gegenstände von

Maueropfern gezeigt wurden; mit Hilfe dieser Unterlagen konnten Angehörige nach der Friedlichen Revolution endlich Klarheit über die wahren Umstände des Todes ihrer Verwandten erlangen. Das Ausgeliefertsein der Angehörigen gegenüber einem Apparat, der willkürlich Legenden selbst zu Toten produzierte, eröffnete vielen Besuchern tiefe Einblicke in das Wesen dieser Geheimpolizei.

In Haus 1/Normannenstraße auf dem Gelände des Dienstsitzes des ehemaligen Ministers für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg hat der BStU zusammen mit dem Verein ASTAK e.V. im Januar 2012 mit einem gemeinsamen temporären Ausstellungsangebot das „STASI MUSEUM. Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ eröffnet. Eine ausführliche Darstellung dieser Einrichtung befindet sich im Kapitel 10 „Gedenkstätten und Erinnerungsorte“ im Abschnitt „Überwachung und Verfolgung“.

Bildungsangebote für Schulen und Universitäten

Als vor einem Jahrzehnt vermehrt Schulen bei der Behörde in Berlin und in den Außenstellen um Unterstützung nachfragten, reagierte die Behörde im Jahre 2001 mit dem Angebot an die Bildungsminister der neuen Länder und Berlins, Schulen bei der Vermittlungsarbeit zum Thema Staatssicherheit als dem zentralen Machtorgan der SED-Diktatur zu unterstützen. Seit 2002 hat die Behörde mit allen Bildungsministerien der neuen Länder und Berlins feste Vereinbarungen getroffen. Über die Beschäftigung mit dem Ministerium für Staatssicherheit als Geheimpolizei und seiner Rolle für den Machterhalt der SED-Diktatur können Schüler die Wirkungen und Mechanismen der SED-Diktatur kennen und Grundlagen von Demokratie begreifen lernen; der BStU trägt hier zur demokratischen Bildung bei.

Im Jahr 2003 reagierte der BStU auf die stetig steigende Nachfrage nach Veranstaltungen und Materialien sowie die zunehmend zu beobachtenden Defizite in der schulischen Vermittlung zur DDR-Geschichte auch organisatorisch mit der Einrichtung eines neuen Sachgebiets „historisch-politische Bildungsarbeit“. Die Mitarbeiter dort nehmen eine zielgruppenorientierte Aufgabe wahr. Sie sollen die Voraussetzungen für eine noch intensivere Zusammenarbeit mit Schulen schaffen, um den spezifischen Anforderungen der Schulen und den Bedürfnissen des jugendlichen Adressatenkreises besser Rechnung zu tragen.

Seitens vieler Lehrkräfte und anderer Multiplikatoren wurde in der Frühzeit der MfS-Aufarbeitung der Mangel an methodisch-didaktischen Begleitmaterialien beklagt. Diesem Defizit hat der BStU durch schulspezifische Angebote Rechnung getragen, die von regional ausgerichteten Materialsammlungen der Außenstellen über eine

eigene Broschürenreihe „BStU für Schulen“ bis hin zu einem auf den Schulunterricht zugeschnittenen Film über das Ministerium für Staatssicherheit reichen.

Fortbildungsseminare für Lehrkräfte sind für die Bildungsarbeit des BStU auch perspektivisch von großer Bedeutung, können doch motivierte und informierte Lehrkräfte, die das Thema Staatssicherheit als Unterrichtsthema berücksichtigen, ein langfristiges Interesse vieler Schülergenerationen an dem Stoff wecken. Die Weiterbildungsseminare finden sowohl beim BStU in Berlin als auch an den jeweiligen Schulstandorten, vielfach auch in den alten Ländern, statt. Allein 2011 wurden 84 Weiterbildungen mit 2.200 Lehrkräften von der Behörde durchgeführt.

Die Zusammenarbeit mit geschichtsdidaktischen Seminaren an den Universitäten ist dem BStU ebenfalls ein Anliegen, haben inzwischen doch auch die heute Studierenden oft keinerlei biografischen Bezug mehr zur Zeit der DDR und des geteilten Deutschlands. Seminare für angehende Lehrkräfte versprechen aus Sicht des BStU besonders große Nachhaltigkeit. Einzelne Studienseminare haben die Weiterbildungen zur Behandlung des Themas „DDR und MfS im Unterricht“ inzwischen als regelmäßige Veranstaltungen in ihr Programm aufgenommen.

Internationale Zusammenarbeit

Die Behörde hat auch Impulse für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen in Ost- und Mitteleuropa gegeben. Die dort entstandenen Institutionen haben sich teilweise am Modell des BStU orientiert, Vertreter aus einigen dieser Ländern haben sich im Vorfeld eigener Gesetzgebung Rat geholt. Die Zusammenarbeit wurde Ende 2008 durch die Gründung des „Europäischen Netzwerks der für die Geheimpolizeiakten zuständigen Behörden“ verstetigt, dem Behörden aus sieben Ländern angehören. Im Netzwerk findet ein regelmäßiger Austausch zu fachlichen Fragen und zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktaturen Osteuropas statt. Darüber hinaus existieren mit einigen Ländern bilaterale Kooperationsabkommen. Diese Kooperationen und die Einbindung der Behörde in internationale Initiativen haben sich als tragfähige Wege erwiesen, die Auseinandersetzung mit dem Funktionieren von Diktaturen im Allgemeinen und kommunistischen Repressionsapparaten im Besonderen auf breiter Basis zu fördern. Seit vielen Jahren konsultieren auch etliche nichtstaatliche Initiativen und staatliche Einrichtungen, die in anderen Teilen der Welt vergangene Diktaturen aufarbeiten (wollen), den BStU. So sei als jüngstes Beispiel der intensive Kontakt zu Oppositionellen und Menschenrechtlern in Ägypten erwähnt; diese waren zu Gast in

der Behörde und ein Vertreter der Behörde war mehrfach zu Informationsveranstaltungen in Ägypten, um dort über die Erfahrungen im Umgang mit den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes zu berichten.⁵

Die Landeszentralen für politische Bildung

Die Landeszentralen für politische Bildung begannen nach der Wiedervereinigung, flächendeckend Angebote über die DDR und zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur zu entwickeln.

Das Spektrum der entfalteten Aktivitäten zur politischen Bildung ist breit. Bereits während des politischen Umbruchs im Jahr 1989/90 wurden von den Landeszentralen Informationen über das politische System der Bundesrepublik, die anstehenden Wahlen und den gesellschaftlichen Umbruch für die Bürger in der DDR bereitgestellt. Auch unterstützten die westdeutschen Landeszentralen die neuen Länder beim Aufbau ihrer eigenen Einrichtungen zur politischen Bildung. So errichtete zum Beispiel die Hessische Landeszentrale eine Außenstelle in Erfurt und ordnete Personal an die neugegründete Landeszentrale in Thüringen ab.

Die Angebote zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sind in den einzelnen Ländern teilweise unterschiedlich ausgestaltet. Insgesamt ist es die Zielsetzung der politischen Bildungsarbeit, die Menschen, besonders die jungen, in ihrer Entwicklung zu selbstbestimmten, demokratisch handelnden Bürgerinnen und Bürgern zu bestärken. Hierfür steht eine Reihe von Materialien, Angeboten und Maßnahmen zur Verfügung:

- Publikationen: Die Landeszentralen stellen einschlägige Fachliteratur, eigene Publikationen und Unterrichtsmaterialien zur Geschichte der DDR und zu den Folgen der SED-Diktatur zur Verfügung.
- Internetportale: In unterschiedlichem Umfang stehen Unterrichtsmaterialien, Dossiers, Berichte und Literatur auch auf den Internetauftritten der Landeszentralen.
- Fortbildungsangebote: Verschiedene Landeszentralen bieten Fortbildungen, besonders auch für Lehrkräfte, zum Thema SED-Aufarbeitung an.
- Außerschulische Lernorte: Einige Landeszentralen arbeiten eng mit Gedenkstätten, Lern- und Erinnerungsorten zusammen und beziehen diese in

⁵ Auf die bedeutsamen archivischen Aufgaben des BStU wird in Kapitel 12 (Archive) eingegangen.

Veranstaltungen ein bzw. fördern deren Besuch durch Gruppen. Teilweise bestehen auch direkte Zuständigkeiten der Landeszentralen für Gedenkstätten. So ist die Bayerische Landeszentrale für die Weiterentwicklung des Deutsch-Deutschen Museums in Mödlareuth zuständig, die Hessische Landeszentrale arbeitet – wie die Thüringer Landeszentrale – eng mit dem Grenzlandmuseum Schiffersgrund und der Point Alpha Stiftung zusammen. Die Landeszentrale Mecklenburg-Vorpommern betreibt das Dokumentationszentrum für die Opfer der Diktaturen in Deutschland in Schwerin.

- Zeitzugenarbeit: Die Landeszentralen führen regelmäßig Veranstaltungen mit Zeitzugen durch oder vermitteln den Kontakt zu diesen. Es bestehen auch Kooperationen mit Einrichtungen wie beispielsweise der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen oder der Bundesstiftung Aufarbeitung, die eigene Zeitzugenprogramme betreiben.
- Ausstellungen: Im Angebot der Landeszentralen befindet sich auch eine Vielzahl von (Wander-)Ausstellungen, oft auch in Kooperation mit anderen Einrichtungen zur politischen Bildung oder zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
- Veranstaltungen: Besonders zu den Jubiläen in den Jahren 2009 und 2010 führten die Landeszentralen Veranstaltungen in unterschiedlichsten Formaten für alle Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit durch. Darunter befanden sich beispielsweise Seminare, Symposien, Diskussionsveranstaltungen mit Zeitzugen, Schülerwettbewerbe, wissenschaftliche Tagungen sowie Projekttag oder -wochen für Schüler.

Die Landeszentralen für politische Bildung leisten mit ihrer Arbeit einen außerordentlich wichtigen Beitrag, die Auseinandersetzung mit Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in der gesamten Bundesrepublik zu ermöglichen.

Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (LStU) der neuen Länder und Berlin – in Brandenburg Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAKD) – unterstützen den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR bei seiner Arbeit und beraten ihn zu landesspezifischen Besonderheiten bei der Verwendung der Unterlagen. Grundlage hierfür bildet § 38 des StUG. Sie verwalten aber nicht die Akten des MfS, dies ist

Aufgabe der Bundesbehörde. Weiter besteht ihre Aufgabe in der Beratung zu allen Fragen, die sich aus der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit ergeben, insbesondere zu Akteneinsicht und Rehabilitierung. Die Beauftragten werden von den Landesparlamenten gewählt.

Im Einzelnen erstrecken sich die Aufgaben der Landesbeauftragten auf die folgenden Bereiche, wobei ein Schwerpunkt auf der Beratung liegt:

Beratung

Die Landesbeauftragten sind Ansprechpartner für Bürger, die Verwaltung und sonstige Stellen zu Anliegen im Zusammenhang mit dem MfS. Sie beraten zu Fragen der Antragstellung, zum Recht auf Auskunft, zur Einsicht und Herausgabe von Stasi-Akten, zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgung, zur Überprüfung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst sowie zu Archiven, in denen sich wichtige Unterlagen aus der Zeit der DDR befinden. Diese Beratungen, besonders zu den Themen Akteneinsicht und zur Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern werden regelmäßig an verschiedenen Orten in den neuen Ländern abgehalten, oft auch in Zusammenarbeit mit den Außenstellen des BStU.

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Die historisch-politische Bildungsarbeit im schulischen und außerschulischen Bereich hat das Ziel, eine möglichst breite Öffentlichkeit über die Staatssicherheit in der DDR, ihre Rolle im politischen System und die Zusammenhänge ihres Wirkens und die bis heute anhaltenden Folgen zu unterrichten. Dabei liegt ein besonderes Augenmerk auf der Zielgruppe der Jugendlichen, die das Leben in der DDR nur aus Filmen und Büchern, dem Schulunterricht oder aus Erzählungen anderer kennen. Für sie gibt es besondere Angebote, die auf die Bedürfnisse junger Menschen zugeschnitten sind. So werden zum Beispiel Seminare für Schüler in Gedenkstätten angeboten und Zeitzeugengespräche vermittelt.

Ihrem Bildungsauftrag kommen die Behörden der Landesbeauftragten durch eine Vielzahl von Veranstaltungen nach, oft in Zusammenarbeit mit anderen Bildungs- und Aufarbeitungseinrichtungen und Gedenkstätten. Neben den bereits genannten Formaten für Schüler werden regelmäßig Veranstaltungen für alle interessierten Personen durchgeführt, die von Diskussionsabenden mit Zeitzeugen über Buchvorstellungen bis zu Vorträgen und Filmvorführungen reichen.

Weiter bestehen unterschiedliche Fortbildungsangebote für Lehrer, teilweise auch für Rechtsreferendare und Teilnehmer am Freiwilligen Sozialen Jahr.

Forschung

Die Landesbeauftragten unterstützen und begleiten Projekte und Forschungsvorhaben, führen aber auch selbst Forschungsarbeiten durch. Auch hier kooperieren sie mit wissenschaftlichen Einrichtungen, Opferverbänden, Aufarbeitungsinitiativen, Bildungsinstitutionen und Gedenkstätten.

Programme und Projekte zur Politischen Jugendbildung

Die Bundesregierung fördert mit Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes die Arbeit der Träger der Politischen Jugendbildung auf der Bundesebene. Politische Jugendbildung bestärkt junge Menschen in ihrer Entwicklung zu selbstbestimmten, demokratisch handelnden Bürgerinnen und Bürgern. Sie fördert den individuellen und gemeinsamen Meinungsbildungsprozess über gesellschaftliche und politische Vorgänge. Sie schafft Möglichkeiten der friedlichen Auseinandersetzung und macht kompetent für die Mitwirkung in Betrieb oder Schule. Sie zeigt Handlungsmöglichkeiten auf und macht Mut, diese auch zu nutzen. Sie fördert Selbstbewusstsein, Teilhabefähigkeit und die Lust, sich einzumischen. Politische Bildung vermittelt jungen Menschen Kenntnisse über Gesellschaft und Staat, europäische und internationale Politik. Der Begriff des Politischen begründet sich im Gemeinwesen, in der Lebenswelt und im Sozialraum.

Die außerschulische politische Jugendbildung ist ein eigenständiger Teil der Jugendarbeit. Ihre Träger sind Bildungsstätten, Akademien, Bildungswerke und Volkshochschulen. Sie arbeiten auf örtlicher, regionaler, Landes- und Bundesebene. Die bundesweit arbeitenden Träger politischer Jugendbildung außerhalb der Jugendverbände haben sich in der GEMINI (Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung) zusammengeschlossen: die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V. (AKSB), der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. (AdB), der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V. (AL), der Deutsche Volkshochschulverband e.V. (DVV), die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) und der Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum e.V. Die GEMINI ist Teil des Bundesausschusses Politische Bildung (bap), dem Zusammenschluss von rund 30 bundesweit tätigen Trägerverbänden.

Im Bereich der Politischen Jugendbildung haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden, die sich mit der Geschichte der DDR, der Geschichte der beiden deutschen Staaten, dem Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten nach der Vereinigung und somit explizit bzw. im Kontext von Fragen der jüngeren deutschen Zeitgeschichte mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur beschäftigt haben. Dabei wurden die Themen sowohl in Bildungsangeboten in den alten und neuen Ländern, als auch in Kooperationen zwischen Einrichtungen in den alten und den neuen Ländern bearbeitet.

Einige Bildungsträger – wie etwa die ET – haben zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte und der SED-Diktatur einen eigenen zentralen thematischen Schwerpunkt der historisch-politischen Bildung eingerichtet, in dem die Bildungsformate ständig weiterentwickelt werden.

Exemplarische Veranstaltungen und Projekte

Das Projekt Blended Learning DDR

In einem zweijährigen Projekt (2009/10) des AdB zur Verbindung von Online-Lernen und Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte in der politischen Jugendbildung wurden mit Jugendlichen aus Ost- und Westdeutschland die Themen „Die Revolution ist großartig... Aufstand der Jugend in der DDR?“, „Soundtrack zur Freiheit - Musik in der DDR“ und „Von der Wende bewegt“ bearbeitet.

Das Projekt basierte auf der Grundannahme, dass eine Beschäftigung mit dem Thema „DDR-Geschichte“ mehr als eine reine Informationsvermittlung erfordert: Mit den zielgruppenadäquaten Themen bieten sich neue Ansatzpunkte für die Bildungsarbeit; die Einbeziehung neuer Medien erhöht die Attraktivität für Jugendliche. Der Online-Lernprozess unterstützte den Lernprozess im Seminar. Die Teilnehmenden sollten die Existenz und das Scheitern der DDR einordnen und bewerten. Sie sollten erkennen, dass öffentlich geäußerte Kritik und Protest an staatlicher Macht in einer Demokratie legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung sind, und entdecken, dass Bürgerbewegungen erfolgreich Wirkungen für Menschen und für die Verbesserung von Lebensbedingungen entfalten können, wenn sie gewaltfrei demokratischen Zielen folgende Bedingungen erfüllen. In Präsenzseminaren mit Jugendlichen aus Ost- und Westdeutschland, vor- und nachgelagerten Online-Lernphasen mit Kommunikationsangeboten,

Motivationsaufgaben, Umfragen, Arbeitsaufgaben und einer Abschlusstagung wurden die Projektziele umgesetzt.

Grenzerfahrungen – eröffnen Chancen

Das grenzübergreifende Projekt der Kreisvolkshochschule Ludwigslust (DVV) gab Jugendlichen aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern Gelegenheit, sich gemeinsam mit Schicksalen, Entwicklungen und Ansichten der jüngeren deutsch-deutschen Geschichte im grenznahen Raum auseinander zu setzen. Dabei ging es sowohl um geschichtliche Ereignisse und Befindlichkeiten als auch um Entwicklungen und Ansichten nach der deutschen Vereinigung. Neben Interviews mit Zeitzeugen spielten auch Aspekte der Regionalentwicklung eine Rolle, weshalb Exkursionen sowie Begegnungen mit einem Landschaftspflegeverein stattfanden. Über den Zusammenhang der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung verfasste eine Projektgruppe ein Skript, das auch als Unterrichtsmaterial verwendet werden kann. Nach einem von der Projektgruppe entwickelten Drehbuch entstand, unter Einbezug privater historischer Aufnahmen und eines professionellen Drehteam, ein Film, der auf der Internetseite des DVV www.dvv-vhs.de abrufbar ist.

Für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus

Das Engagement für Demokratie und Toleranz ist ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Dazu braucht es Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und damit die Werte unserer Demokratie an die nächste Generation weitergeben.

Zu einer Stärkung des demokratischen Bewusstseins gehört auch die Bereitstellung von zielgruppengenaue Informationen zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte, insbesondere der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur.

Hierzu tragen insbesondere die Angebote und Maßnahmen der Bundeszentrale für politische Bildung wie auch die Bundesprogramme des BMI sowie des BMFSFJ bei. Durch den positiven Ansatz, demokratische Teilhabeangebote zu unterbreiten und hierfür zu qualifizieren, leisten sie auch einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Extremismus. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur stellt dabei jedoch nur bei den Beiträgen der Bundeszentrale für politische Bildung einen Schwerpunkt dar.

Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern

Das BMI fördert mit dem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ seit 2010 Projekte für demokratische Teilhabe und gegen Extremismus in Ostdeutschland. Im Zentrum steht die Umsetzung eines integrativen und ganzheitlichen Förderansatzes für demokratische Teilhabe. Das Programm soll vor allem im Vorfeld möglicher extremistischer Gefährdungen wirken. Dies stärkt die grundlegenden Bedingungen für ein gleichwertiges und gewaltfreies Zusammenleben. Der Entwicklung von Extremismus sowie Vorurteils- und Gewaltkriminalität wird so entgegengewirkt.

Wichtige Zielgruppen des Programms sind Vereine und Verbände sowie Kommunen in ihrer Funktion als Partner der Zivilgesellschaft. In diesen Bereichen entstehen bürgerschaftliches Engagement, Demokratiebildung, Gemeinsinn und die Bildung einer lokalen Identität. Dies alles hilft, eine engagierte, konfliktfähige und pluralistische Gesellschaft zu unterstützen, die über die Fähigkeit der Selbstimmunisierung gegen extremistische Einflüsse verfügt. In diesem Sinne setzen sich in dem Programm verschiedene Einzelprojekte mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur auseinander.

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“

Das Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des BMFSFJ führt seit dem 1. Januar 2011 die erfolgreiche Arbeit der beiden Bundesprogramme „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ unter einem gemeinsamen Dach fort. Es zielt darauf ab, ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz zu fördern. Angesprochen werden sollen besonders Kinder und Jugendliche, aber auch Eltern, Pädagogen, lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure sowie Multiplikatoren. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Förderung Lokaler Aktionspläne. Gerade in den Projekten mit stark regionalem Bezug steht die Aufarbeitung der jüngeren Geschichte im Mittelpunkt.

Das Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“

Das BMFSFJ hat im Rahmen seiner Zuständigkeiten für politische Bildung im Jugendbereich 2010 seine Aktivitäten im Bereich der Extremismusprävention auf die Felder Linksextremismus und islamistischer Extremismus ausgeweitet und diese unter dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie Stärken“ gebündelt.

Dieses Programm setzt – ähnlich wie das Präventionsprogramm des Bundesfamilienministeriums gegen Rechtsextremismus – vorrangig im pädagogischen, integrativen und bildungsorientierten Bereich an.

Die Ursachen von Linksextremismus bei Jugendlichen und jungen Menschen sind in Deutschland bislang wenig erforscht. Das BMFSFJ will hier Abhilfe schaffen durch Beiträge zur Verbesserung der pädagogischen Praxis in Form von modellhaften Präventionskonzepten. Zudem sollen die dafür notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen geschaffen werden.

Ein wichtiger Zugang zum Thema Linksextremismus ist die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur. Gerade für junge Menschen kann die Verdeutlichung der Konsequenzen linksextremer Weltbilder ein wichtiger Beitrag zur Stärkung von Demokratie und Toleranz sein. Dies ist u.a. Ziel des Projekts „Rahmenkonzeption zur Auseinandersetzung mit antidemokratischen gewaltorientierten linksextremistischen Ideologien und Strömungen“ der Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Begegnungsstätte Weimar.

DDR-Geschichte im Schulunterricht

Der Behandlung der DDR-Geschichte im Schulunterricht kommt im Rahmen der Aufarbeitung der SED-Diktatur eine überragende Rolle zu. Hier wird jungen Menschen, die aufgrund ihres Alters keine direkten und persönlichen Erfahrungen mit und in der kommunistischen Diktatur in der DDR gemacht haben, vermittelt, wie das Leben in der DDR 40 Jahre lang vom Herrschaftsapparat der SED bestimmt und kontrolliert wurde. Dieser mittlerweile mehr als 20 Jahre zurückliegende Teil der deutschen Geschichte ist als Lehrinhalt deshalb so wichtig, weil die Schüler durch die Beschäftigung mit der sozialistischen Diktatur die im vereinten Deutschland herrschende Freiheit und Demokratie historisch besser einzuordnen und zu schätzen lernen. Zur Entwicklung eines umfassenden Geschichtsbewusstseins und für die

Demokratieerziehung ist die vertiefte Behandlung der Geschichte der DDR deshalb unerlässlich.

Das Thema DDR-Geschichte findet sich seit der Wiedervereinigung in den Lehrplänen aller Länder. Dass es teilweise nicht ausführlich genug und mit der gebotenen Gewichtung unterrichtet wurde, zeigten verschiedene Studien⁶ in den vergangenen Jahren, die ein teilweise außerordentliches mediales Echo hervorgerufen haben. Demnach ist das Wissen der Schüler in Deutschland über die DDR oft sehr lückenhaft bis schlecht.

Die Studie von Monika Deutz-Schroeder und Klaus Schroeder aus dem Jahr 2008 dokumentierte folgende Befunde, deren alarmierende Tendenz 2012 in einer weiteren Untersuchung des Forschungsverbunds SED-Staat erneut belegt wurde: Die überwiegende Mehrzahl der befragten Schüler glaubte, wenig über die DDR und das geteilte Deutschland zu wissen und darüber in der Schule kaum etwas oder überhaupt nichts zu erfahren. Diese Selbsteinschätzung wurde in der Studie bestätigt. Die große Mehrheit der Jugendlichen konnte die gestellten Wissensfragen nicht richtig beantworten, sie hatten kaum ausgeprägte Kenntnisse über die DDR. Eine Mehrheit wusste nicht, wer die Mauer errichtet hat. Auch die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur waren vielen Schülern nicht bekannt. In Ostdeutschland kennzeichnete nicht einmal jeder Zweite, in Westdeutschland immerhin noch jeder Dritte die DDR nicht ausdrücklich als Diktatur. Eine absolute Mehrheit wusste nicht, ob die DDR-Regierung durch demokratische Wahlen legitimiert war. Insgesamt kam die Studie zu dem Ergebnis, dass das Bild der DDR stark vom Kenntnisstand geprägt wird: Je mehr Schüler über den SED-Staat wussten, umso kritischer fiel ihr Urteil aus, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter und besuchtem Schultyp.

Diese besorgniserregenden Befunde kurz vor den 20. Jahrestagen von Friedlicher Revolution 2009 und der deutschen Wiedervereinigung 2010 führten zu verstärkten Anstrengungen, der DDR-Geschichte im Unterricht an den Schulen den nötigen Platz einzuräumen und sie mit entsprechenden Angeboten für Lehrer und Schüler zu

⁶ Vgl.: DDR-Geschichte im Unterricht. Schulbuchanalyse – Schülerbefragung – Modellcurriculum. Hrsg. von Arnswald, Ulrich; Bongertmann, Ulrich; Mählert, Ulrich; Berlin 2006; Deutz-Schroeder, Monika; Schroeder, Klaus: Soziales Paradies oder Stasi-Staat? Das DDR-Bild von Schülern – ein Ost-West-Vergleich. Stamsried 2008 und Schroeder, Klaus; Deutz-Schroeder, Monika; Quasten, Rita; Schulze Heuling, Dagmar: Später Sieg der Diktatur? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen. Frankfurt am Main 2012.

flankieren. So wurden die Lehrpläne der betroffenen Fächer Geschichte, Sozial- und Gemeinschaftskunde (bzw. Geschichte und politische Bildung, Gesellschaftslehre, Gesellschaftswissenschaften) entsprechend überarbeitet (zum Beispiel in Niedersachsen 2008). Bei anstehenden Überarbeitungen der Lehrpläne (so in Rheinland-Pfalz) sollen die Themen DDR-Geschichte und SED-Aufarbeitung die gebotene Berücksichtigung finden.

Der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur und seiner Geschichte wird in vielen Ländern durch Zeitzeugenprogramme und Gedenkstättenbesuche um eine persönliche Erlebniserfahrung für die Schüler erweitert. Auf diese Weise erhält das für viele abstrakte und historische Thema DDR ein Gesicht, das die Auseinandersetzung mit deren Geschichte und den Bedingungen, unter denen die Menschen dort leben mussten, fördert und erleichtert. Dabei ist bei diesen Maßnahmen die geografische Lage der Gedenkstätten und die Verfügbarkeit von Zeitzeugen ein entscheidender Faktor für die Anwendung solcher Mittel im Unterricht.

Des Weiteren erfolgen verstärkt themenbezogene Fortbildungen für die Lehrkräfte. Diesen steht mittlerweile ein breites Angebot an Unterrichtsmaterialien zur Verfügung, unter anderem vorgelegt von der Bundesstiftung Aufarbeitung, dem BStU, der BpB, den Landeszentralen für politische Bildung und den Beauftragten der Länder für die Stasi-Unterlagen. Einen beständig aktualisierten Überblick über alle derzeit verfügbaren didaktischen Materialien zur SED-Diktatur und zur deutschen Teilung bietet der von der Bundesstiftung Aufarbeitung erarbeitete Bildungskatalog (www.stiftung-aufarbeitung.de/bildungskatalog).

Das Koordinierende Zeitzeugenbüro

Das Koordinierende Zeitzeugenbüro (KZB) ist die Umsetzung eines der im Koalitionsvertrag für die 17. Wahlperiode vereinbarten Prüfaufträge zur Verstärkung der Aufarbeitung der SED-Diktatur durch die Bundesregierung.

Die Zeitzeugenarbeit ist ein besonders wichtiges Instrument, um historisches Wissen, insbesondere zur Diktaturgeschichte, zu vermitteln. Berichte aus dem eigenen und unmittelbaren Erleben ermöglichen einen persönlichen Zugang zu zeithistorischen Themen und ergänzen abstrakte und vergleichsweise nüchterne Untersuchungen und wissenschaftliche Texte. Nicht selten wird bei jungen Menschen durch die Begegnung mit einem Zeitzeugen das Interesse für die jüngere Geschichte überhaupt erst geweckt.

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Stiftung Berliner Mauer arbeiten seit dem 1. Juni 2011 im KZB zusammen. Sie bringen ihre bestehenden Zeitzeugenprojekte und Erfahrungen in diesem Bereich in das KZB ein. Es bestehen zurzeit Kontakte zu 150 Zeitzeugen zu den Themenfeldern „Friedliche Revolution“, „Verfolgung und politische Haft“ sowie „Mauer und Teilung“. Das KZB vermittelt diese über die Internetauftritte www.ddr-zeitzeuge.de und www.zeitzeugenbuero.de und organisiert deren Besuche in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Den einladenden Einrichtungen entstehen durch die Zeitzeugengespräche keine eigenen Kosten, diese werden vom KZB getragen. Seit dem Start des Projekts wurden 537 Zeitzeugenveranstaltungen durchgeführt. Die über 26.000 Teilnehmer waren mehrheitlich Schüler. Die Resonanz auf die Arbeit des KZB ist äußerst positiv. Rückmeldungen von Lehrern und Schülern belegen, dass die Berichte der Zeitzeugen der Verklärung der SED-Diktatur entgegenwirken und zu einer weitergehenden Beschäftigung mit der DDR motivieren.

BKM fördert die Arbeit des KZB jährlich mit 200.000 Euro.

9. Wissenschaftliche Aufarbeitung

Die wissenschaftliche Erforschung der DDR erlebte seit Beginn der 1990er Jahre aufgrund der Öffnung der ehemaligen DDR-Archive und eines überragenden öffentlichen Interesses einen regelrechten Boom. Dabei ging es zunächst, insbesondere in Ostdeutschland, um die offene Thematisierung „weißer Flecken“ und die Entlarvung von Geschichtslegenden der SED, etwa um die sowjetischen Speziallager und um die besonderen Umstände der Zwangsvereinigung von KPD und SPD 1946, aber auch um die Rolle der Geschichte als Wissenschaft unter politischem Primat. Überdies wurden die Herrschaftsstrukturen, die Geschichte von Repression, Widerstand und Opposition genauso thematisiert wie etwas später auch die „Grenzen der Diktatur“, der Alltag und der „Eigen-Sinn“ von Einzelnen und Gruppen in der DDR. Begleitet wurde die wissenschaftliche Auseinandersetzung von Anfang an durch eine starke Tendenz einzelner Medien zur Fokussierung auf skandalöse Vorgänge der DDR-Vergangenheit und insgesamt zur Verengung auf den Komplex Staatssicherheit, juristische Strafverfolgung und Opferproblematik. Anlässlich von Jahrestagen zentraler Ereignisse, die nicht nur für die DDR, sondern auch für die Bundesrepublik von herausragender Bedeutung waren, wurde die DDR-Geschichte immer wieder in der Öffentlichkeit diskutiert.

Gut ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung war die wissenschaftliche Aufarbeitung immer mehr von einer sich professionalisierenden, differenzierten Forschung bestimmt. Das Themenspektrum erweiterte sich wesentlich gegenüber den 1990er Jahren. Angesichts des Vorwurfs, die DDR-Forschung konzentriere sich in „Verinselung“ zu sehr auf die ostdeutsche Diktatur selbst, wurde nun verstärkt über Aussagekraft und -grenzen einer DDR-fokussierten Forschung und ihrer Einbettung in die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts reflektiert, wobei sich besonders Ansätze einer integrierten deutsch-deutschen Geschichte und einer ostmitteleuropäischen Vergleichs- und Transfergeschichte als fruchtbar erwiesen haben.

Die Forschungsförderung der Bundesstiftung Aufarbeitung verdient in diesem Zusammenhang besondere Erwähnung (vgl. Seite 53). Ohne ihre Habilitations- und Promotionsstipendien wäre manche wichtige Arbeit zum Thema nicht entstanden, ohne ihre Druckkostenzuschüsse nicht angemessen publiziert worden. Tagungen und Workshops bieten der Wissenschaft ein wichtiges Forum des Austauschs. Mit dem Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung gibt die Bundesstiftung darüber hinaus ein zentrales Medium zur Aufarbeitung dieser Epoche heraus.

Die fachwissenschaftliche, öffentliche und politische Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte seit 1990 wurde von Beginn an aufmerksam verfolgt und wissenschaftlich untersucht. Diese Aufarbeitung der Aufarbeitung reflektierte auch das in Teilen der ostdeutschen Bevölkerung verbreitete Unbehagen gegenüber den in Politik und Wissenschaft vorherrschenden Deutungen der SED-Diktatur. Der anfangs dominierende Schwerpunkt der Aufarbeitung auf der Herrschafts- und Repressionsgeschichte entsprach in vielen Fällen nicht den individuellen Erinnerungen und wurde als „Geschichte von oben“ empfunden, was zu konträren Deutungsmustern führte (Stichwort „Ostalgie“).

Im Folgenden wird die Arbeit von Einrichtungen vorgestellt, die für die wissenschaftliche Aufarbeitung der DDR-Geschichte von besonderer Relevanz sind, ohne die Bedeutung insbesondere der einzelnen Grundlagenforschung an den verschiedenen Fakultäten der deutschen und internationalen Universitäten zu schmälern.

Das Institut für Zeitgeschichte, München und Berlin

Das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) hat sich bereits seit den 1950er Jahren mit der Geschichte der DDR auseinandergesetzt. Nach der Friedlichen Revolution und der Vereinigung Deutschlands errichtete das IfZ Anfang 1994 eine Abteilung in Potsdam, die ihren Sitz seit 1996 in Berlin hat, um die SED-Diktatur gründlich zu erforschen. Die Berliner Abteilung leistete in den ersten Jahren Grundlagenarbeit für die DDR-Forschung. Lag der Schwerpunkt zunächst auf der sowjetischen Besatzungszone und den Anfangsjahren der DDR, so erstreckt sich die Forschungstätigkeit bereits seit längerem auf die Geschichte der SBZ und der DDR insgesamt. Diese wird freilich nicht isoliert, sondern im deutsch-deutschen, ostmitteleuropäischen und internationalen Kontext sowie als Teil der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert untersucht. Diese Perspektiven sollen grundsätzlich beibehalten werden, auch wenn sich die Forschung tendenziell stärker der Gegenwart nähern wird und neue, der Gegenwart entstammende Fragen an die Geschichte gestellt werden müssen. Vor diesem Hintergrund lässt sich die Arbeit der Abteilung in drei große Schwerpunkte gliedern:

1. Die Geschichte der SBZ und der DDR

Die Abteilung hat sich von Anfang an mit zentralen Aspekten des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems in der SBZ und der DDR beschäftigt. Dazu gehörte insbesondere die Analyse des Justizwesens, der ostdeutschen Planwirtschaft sowie der Vertriebenenintegration. Zurzeit bildet die bisher in der Forschung vernachlässigte SED-Geschichte zwischen 1961 und 1989 einen Forschungsschwerpunkt.

2. Die DDR im osteuropäischen und internationalen Zusammenhang

Seit ihrem Bestehen hat die Abteilung immer wieder grundlegende Studien, Dokumentationen und Handbücher zur Geschichte des sowjetisch-deutschen Verhältnisses zwischen 1945 und 1954 vorgelegt. Darüber hinaus hat sie die DDR in den letzten Jahren immer stärker auch im internationalen System verortet: Zum einen wurde eine umfassende Gesamtdarstellung der DDR-Außenpolitik erarbeitet. Zum anderen beschäftigt sich die Berliner Abteilung des IfZ im Rahmen des Projekts „Der KSZE-Prozess: Multilaterale Konferenzdiplomatie und ihre Folgen“ mit den Wirkungen des KSZE-Prozesses auf die Bevölkerung in den kommunistischen Staaten. Es werden die Interdependenzen von Außen- und Innenpolitik in der DDR untersucht, die aus dem KSZE-Prozess resultierten. Kritik, Dissidenz und Opposition

werden im Spiegel von staatlichen Perzeptionen und Reaktionen analysiert. Die Arbeiten in dieser internationalen Perspektive, die sich auch mit der Frage nach dem Werden des „neuen Europa“ seit den 1970er Jahren verbinden, werden fortgesetzt.

3. Das doppelte Deutschland/Deutschland im Umbruch 1970 bis 2000

Nach dem erfolgreichen Sammelband „Das doppelte Deutschland“ (erschienen 2008 beim Ch. Links Verlag Berlin sowie bei der Bundeszentrale für politische Bildung) setzt die Abteilung ihre Arbeit auch in dieser Richtung fort. In Planung sind nun verschiedene Projekte, die im Rahmen eines neuen Schwerpunktes „Historische Transformationsforschung“ in einer deutsch-deutschen Perspektive Wandlungsprozesse in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft seit den 1970er Jahren thematisieren und bewusst die Zäsur 1989/90 überschreiten („Deutschland im Umbruch 1970-2000“). Wie sehr etwa die Entwicklungen der 1970er Jahre in Ost- und Westdeutschland bis in die Gegenwart hineinwirken, verdeutlicht derzeit kaum ein anderes Thema so gut wie die Finanzierung eines Teils der öffentlichen Haushalte durch Schulden. Darüber hinaus beleuchten Untersuchungen aus diesem Bereich deutsch-deutsche Planungskulturen seit den 1970er Jahren und den gewandelten Umgang mit Sexualität im geteilten und wiedervereinigten Deutschland 1965 bis 2000.

Der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin

Der Zusammenbruch der DDR und die nachfolgende deutsche Wiedervereinigung eröffneten der Geschichtswissenschaft und den Sozialwissenschaften ein breites Forschungsfeld und verdeutlichten gleichzeitig Probleme und Defizite der westdeutschen DDR- und Deutschlandforschung vor 1989/90. Auch die Wissenschaftler der Freien Universität Berlin wurden von den Ereignissen überrascht. Weder die am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung tätigen DDR-Forscher noch FU-Politologen und -Historiker konnten eine den neuen Herausforderungen angemessene Konzeption entwickeln.

Aus einem bestehenden, aber eher unverbindlichen Arbeitszusammenhang von Wissenschaftlern aus verschiedenen Fachbereichen und Instituten, die zur Geschichte der DDR oder zum Vereinigungsprozess arbeiteten, entstand die von Historikern, Politikwissenschaftlern und Soziologen getragene Initiative, die 1992 mit tatkräftiger Unterstützung des FU-Präsidenten zur Gründung des Forschungsverbundes SED-Staat führte. Anfangs stand die Frage nach

Herrschaftsformen und -methoden der SED im Vordergrund der Arbeit. Hinzu kamen Untersuchungen zu Vorgeschichte, Verlauf und Folgen der SED-Diktatur.

Die bisher durchgeführten und laufenden Projekte des Forschungsverbundes SED-Staat konzentrieren sich auf ausgewählte Schwerpunkte der DDR-Geschichte und des deutschen Wiedervereinigungsprozesses sowie um die Kriegsfolgen in der SBZ, Vertreibung und Zwangsarbeit. Allgemein formuliert ging es um die Etablierung, Stabilisierung und Transformierung sozialistischer Diktaturen am Beispiel der DDR. Erste Ergebnisse der verschiedenen Projekte verdeutlichten frühzeitig den inneren Zusammenhang von Geschichte und Gegenwart. Der Vereinigungs- und Transformationsprozess lässt sich ohne Bezug auf Strukturen und Entwicklungslinien der DDR ebenso wenig analysieren wie die Vor- und Gründungsgeschichte der DDR ohne die Berücksichtigung der vorausgegangenen nationalsozialistischen Diktatur und ihrer Zerschlagung durch die Alliierten. Was anfangs Außenstehenden als eine verwirrende Vielzahl eher willkürlich zusammen gewürfelter Projekte erschienen sein mag, erwies sich in der konkreten Arbeit als nutzbringender Vorteil. Synergieeffekte ergaben sich insoweit nicht nur zwischen zeitgeschichtlichen Projekten, sondern speziell auch für Untersuchungen des Transformationsprozesses.

Die Projekte des Forschungsverbundes können systematisch in neun Themenfeldern zusammengefasst werden, wobei sich der innere Zusammenhang aus den genannten forschungsstrategischen Schwerpunkten ergibt:

- Errichtung und Aufrechterhaltung der Diktatur in der DDR durch die SED-Führung und ihren zentralen Parteiapparat
- die Deutschlandpolitik der SED
- die SED-Kirchenpolitik gegenüber der evangelischen Kirche
- die SED in den Systemkrisen des sowjetischen Imperiums
- die Wissenschafts- und Kulturpolitik der SED
- die Medienpolitik von SED und MfS
- widerständiges Verhalten und Opposition im SED-Staat
- Flucht und Vertreibung
- Vereinigungs- und Transformationsprozesse.

Der Forschungsverbund, zunächst als befristete und in regelmäßigen Abständen zu evaluierende Einrichtung konzipiert, finanziert sich von Beginn an überwiegend aus Drittmitteln. In Kooperation mit einigen Landeszentralen für politische Bildung führte der Forschungsverbund seit Mitte der neunziger Jahre eine Vielzahl von Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen zur deutschen Teilungsgeschichte

und zum Vereinigungsprozess durch. Darüber hinaus kooperiert er mit einer Reihe von Institutionen, die sich ebenfalls mit der Aufarbeitung der deutschen Teilungsgeschichte und dem Vereinigungsprozess beschäftigen.

Der Forschungsverbund hat seit seiner Gründung mit seinen zahlreichen Publikationen zu wissenschaftlichen, aber auch zu politischen Kontroversen um die Bewertung der deutschen Teilungsgeschichte, speziell der DDR und des Wiedervereinigungsprozesses, beigetragen. Seinem Selbstverständnis gemäß fühlt er sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit den Werten einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft verpflichtet, die für ihn Maßstäbe bei der Beurteilung der sozialistischen Diktatur DDR sind. Mit seiner Arbeit will der Forschungsverbund gleichzeitig zur Delegitimation jeglicher Diktatur beitragen und junge Menschen gegen links- wie rechtstotalitäre Verführungen immunisieren.

Das Forschungsprojekt „Opfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze“

Im Jahre 2009 erschien das umfangreiche biografische Handbuch über „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961-1989“. Ihm lag ein Forschungsprojekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam und der Stiftung Berliner Mauer zugrunde, das von BKM finanziert wurde (vgl. Seite 116f). Die Veröffentlichung dieses Kompendiums fand eine überaus positive Resonanz im In- und Ausland. Noch nicht hinreichend erforscht ist dagegen das Schicksal der Toten an der früheren innerdeutschen Grenze. Der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin widmet sich in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn den Folgen des DDR-Grenzregimes an diesem Grenzabschnitt. Das Forschungsprojekt hat zum Ziel, alle Todesfälle zwischen 1949 und 1989 im ursächlichen Zusammenhang mit der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze zu untersuchen und die Toten biografisch zu würdigen.

Das Projekt, das im Juli 2012 begonnen hat, soll einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass das von der SED-Diktatur an der deutsch-deutschen Grenze verübte Unrecht nicht in Vergessenheit gerät. BKM und die Länder Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Hessen unterstützen die geplante Untersuchung finanziell. Der Forschungsverbund SED-Staat bringt darüber hinaus beträchtliche Eigenleistungen in das Projekt ein.

Die öffentliche Vorstellung des Forschungsvorhabens in der Gedenkstätte Berliner Mauer am 10. August 2012 löste ein nachhaltiges Echo in den Medien und bei den Einrichtungen der Aufarbeitung des SED-Unrechts aus.

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden

Für die wissenschaftlichen Bedingungen sowie die interne Debatte der bisherigen westlichen bzw. westdeutschen DDR-Forschung stellten die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung 1989/90 eine Art Quantensprung dar. Der jetzt erstmals auf allen Ebenen mögliche Zugriff auf authentische Quellen und Dokumente beseitigte nicht nur Jahrzehnte lang bestehende Beeinträchtigungen der Forschung, sondern forderte gleichzeitig zu einer umfassenden kritischen Aufarbeitung der Geschichte der SBZ und der DDR auf.

Vor diesem seinerzeit politisch aktuellen und zugleich wissenschaftlichen Hintergrund vollzog sich die Gründung des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden (HAIT), das 1993 seine Arbeit aufnahm. Diese wurzelt in der beinahe 60jährigen, doppelten Diktaturerfahrung Ostdeutschlands sowie im aufklärerischen Impuls der Friedlichen Revolution von 1989/90. Kurz nach der Wiedervereinigung und der Gründung des Freistaates Sachsen fasste der Landtag den Beschluss zum Aufbau des Instituts. Die Namensgebung würdigt die deutsch-amerikanische Philosophin und Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt (1906-1975), deren wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Diktaturen zum zentralen Bestand der Totalitarismusforschung gehört. Entsprechend widmet sich das Hannah-Arendt-Institut seither vor allem der systematischen Untersuchung des Sozialismus/Kommunismus und des Nationalsozialismus.

Aufgrund des enormen politischen und öffentlichen Interesses an der Geschichte der DDR ab 1989/90 sowie bedingt durch den Umstand, dass die Gründung des HAIT maßgeblich von DDR-Oppositionellen bewirkt wurde, hat sich das Institut in den inzwischen fast zwei Jahrzehnten seiner Existenz schwerpunktmäßig mit der Geschichte der SBZ und der DDR auseinandergesetzt. Dies fand seinen Niederschlag sowohl in durchweg quellengestützten zeithistorischen Forschungen als auch in politikwissenschaftlich-ideologiekritisch ausgerichteten Analysen, wobei Vergleiche zu anderen totalitären Diktaturen, insbesondere zum Nationalsozialismus immer wieder – soweit es sinnvoll und praktikabel erschien – durchgeführt wurden.

Der Aufbau des sozialistischen Herrschaftssystems, die Machtsicherung und die Kaderpolitik, die praktizierte Repression und die davon betroffenen Opfer sowie die Rekonstruktion und Analyse der Friedlichen Revolution von 1989/90 auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene stellen besondere Forschungsschwerpunkte des Instituts dar. Dabei hat sich das Institut aber auch mehrfach mit einem bis heute von der DDR-Forschung vernachlässigten Themenfeld intensiv befasst: der Entwicklung von Wissenschaft, Forschung und Technik im SED-Staat.

Inzwischen ist die Forschungstätigkeit des HAIT weiter fortgeschritten und hat sich den Folgeproblemen der Friedlichen Revolution, dem Transitions- und dem sich anschließenden Transformationsprozess gewidmet. Insbesondere der spezifische Transformationsprozess in den neuen Ländern im Vergleich zu früheren sozialistischen Staaten wird zurzeit intensiv erforscht.

Das Institut leistet gemäß seiner Satzung Bildungsarbeit auf praktisch allen Ebenen. Dies betrifft die Zusammenarbeit sowohl mit der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen als auch mit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Weiter gehören Vorträge, öffentliche Veranstaltungen, wissenschaftliche Seminare an Universitäten, Buchpräsentationen sowie die Fortbildung von Gymnasial- und Mittelschullehrern zu den Bildungsmaßnahmen des HAIT. Nicht zuletzt ist es ein Anliegen des Instituts, wissenschaftliche Forschungsergebnisse möglichst rasch weiterzugeben, um auf diese Weise zur Stärkung eines demokratischen Bewusstseins beizutragen.

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Das Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) ist ein zeitgeschichtliches Grundlagenforschungsinstitut, das sich mit der deutschen und europäischen Geschichte des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts befasst und in methodisch-theoretischer Hinsicht insbesondere gesellschaftsgeschichtliche Perspektiven verfolgt. Das Institut nimmt übergreifende Funktionen als Impulsgeber und Reflexionsinstanz der fachwissenschaftlichen Zeithistorie wahr, wirkt aber auch als Ansprechpartner für wissenschafts- und forschungspolitische Gegenwartsfragen im öffentlichen und politischen Raum. Über seine Forschungstätigkeit hinaus sieht das Institut einen wichtigen Teil seiner Tätigkeit im forschungsbasierten Service und Wissenstransfer. Es unterhält eine strukturierte Doktorandenausbildung und engagiert sich in der universitären Lehre vor allem der Berliner und Brandenburgischen Hochschulen, mit denen es durch gemeinsame Berufungen und

Kooperationsverträge eng verknüpft ist und einen gemeinsamen Studiengang anbietet (Public History Master an der FU Berlin).

Seit 2009 ist das ZZF Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Mit dieser institutionellen Absicherung durch eine verlässliche Bund-Länder-Finanzierung ging eine thematische Öffnung zu Fragen der europäischen Zeitgeschichte des gesamten 20. Jahrhunderts einher. Hervorgegangen ist das Institut aus dem „Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien“, der 1992 auf Empfehlung des Wissenschaftsrates als eines von sieben neuen Geisteswissenschaftlichen Zentren errichtet wurde, um positiv evaluierte Forschungsprojekte ostdeutscher Fachkollegen mit bundesdeutschen und internationalen Arbeitsvorhaben zusammenzuführen. 1996 erfolgte die Umgründung zum Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V., das die zeithistorische DDR-Forschung mit seiner gesellschaftsgeschichtlichen Perspektive wesentlich prägte. Hierauf aufbauend, dehnte es sein Arbeitsfeld in den Folgejahren rasch über die vergleichende Kommunismus- und Diktaturforschung hinaus auf die jüngere deutsche Zeitgeschichte im internationalen Kontext insgesamt aus.

Das ZZF gliedert sich gegenwärtig in fünf Abteilungen, die folgende Schwerpunkte bearbeiten:

- In der Abteilung I „Kommunismus und Gesellschaft“ konzentrieren sich die Forschungen auf die soziale Praxis der Herrschaft in der DDR und Ost(mittel)europa.
- In der Abteilung II „Wirtschaftliche und soziale Umbrüche im 20. Jahrhundert“ werden sozioökonomische sowie sozialstrukturelle und soziokulturelle Umwälzungen der modernen europäischen Gesellschaften untersucht.
- Die Forschungsvorhaben der Abteilung III „Wandel des Politischen; Rechte, Normen, Semantik“ gehen der Frage nach, ob sich im Rückblick auf das vergangene Jahrhundert ein die Staaten und Machtblöcke übergreifender Wandel erkennen lässt, im Zuge dessen politisches Handeln sich zunehmend an transnationalen Rechten und Normen orientiert.
- In der Abteilung IV „Regime des Sozialen im 20. Jahrhundert. Mobilisierung, Wohlfahrtsstaatlichkeit und Rationalisierung“ werden Fragen nach den Strategien gesellschaftlicher Integration und den Praktiken der Regulierung sozialer Prozesse untersucht.
- Die Forschungsprojekte der Abteilung V „Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft“ analysieren die wachsende Rolle der audiovisuellen Medien in den europäischen Gesellschaften und deren transnationale Entwicklungstendenzen.

Einen besonderen Arbeitsschwerpunkt des Zentrums bilden, ausgehend vom erst geteilten und dann wiedervereinten Deutschland, die Beziehungsgeschichte von Ost- und Westeuropa und die globale Konkurrenz der beiden gesellschaftlichen Großordnungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Einen weiteren Akzent setzt das ZZF mit seinen Untersuchungen zur Geschichte und zum Wandel der europäischen Vergangenheitsvergegenwärtigung im Zeitalter der Erinnerungskultur. Nicht zuletzt bilden regionalgeschichtliche Forschungsansätze zu Berlin und seinem Brandenburger Umland im Ost-West-Konflikt einen weiteren wichtigen Themenschwerpunkt.

Das ZZF unterhält zwei eigene Publikationsreihen. Von den „Zeithistorischen Studien“ im Böhlau-Verlag sind bereits 50 Bände erschienen. Seit 2010 gibt es im Wallstein-Verlag zudem die neue Reihe „Geschichte der Gegenwart“, die übergreifende Signaturen des 20. Jahrhunderts in den Blick nimmt. Über die Forschungs- und Publikationstätigkeit hinaus werden Ausstellungen, Diskussionsveranstaltungen sowie Vortrags- und Filmreihen zur deutschen Zeitgeschichte durchgeführt. In einem gemeinsamen Projekt mit dem Potsdam-Museum erarbeitet das ZZF die wissenschaftlichen Voraussetzungen für die Dauerausstellung in der Gedenkstätte „Lindenstraße 54“, der ehemaligen U-Haftanstalt der Potsdamer Stasi-Bezirksverwaltung. Durch seine Beteiligung an dem von der DFG geförderten Projektverbund Clio-online, die Entwicklung des Fachportals Zeitgeschichte-online und den Launch von Docupedia-Zeitgeschichte hat sich das ZZF zu einem wichtigen Anbieter von zeithistorischen Fachinformationen im Internet entwickelt. Seit 2004 wird am ZZF zudem die elektronische Zeitschrift „Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History“ (<http://www.zeithistorische-forschungen.de>) herausgegeben.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Die BStU-Forschung nimmt seit Jahren einen festen Platz in der Forschungslandschaft zur DDR-Geschichte ein. Die dienstleistungsorientierte Forschung erfüllt die üblichen wissenschaftlichen Standards. Die Aufgaben des Forschungsbereichs bestehen in der Erarbeitung und Veröffentlichung von Grundlagenwissen über die Staatssicherheit zur Unterstützung von Wissenschaft, für Medien und politische Bildung sowie für die interessierte Öffentlichkeit.

Von Anfang an gehörte zu den Merkmalen des Bereichs die Zusammenarbeit mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR-Zeitgeschichtsforschung. Intensiviert hat sich auch der wissenschaftliche Austausch mit den Partnerbehörden in den mittelosteuropäischen Staaten im Netzwerk der Aufarbeitungsinstitutionen und im Rahmen bilateraler Abkommen.

Zur Unterstützung der Behörde bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS und bei der Konzipierung der Forschungsarbeit wurde ein Wissenschaftliches Beratungsgremium eingerichtet, das Anfang des Jahres 2008 seine Arbeit aufnahm. Durch sein Wirken werden einerseits die Forschungsprojekte im kritischen und konstruktiven Diskurs gestärkt und andererseits die Arbeit der Wissenschaftler noch enger an den Wissenschaftsbetrieb und andere Forschungsinstitute angebunden.

Die Schwerpunkte der Forschungsarbeit folgen dem gesetzlichen Auftrag. Sie ergeben sich aus der Analyse der Tätigkeiten des MfS und vor dem Hintergrund aktueller geschichtswissenschaftlicher Debatten. So war einer der ersten Forschungsgegenstände das Verhältnis des Staatssicherheitsdienstes zur herrschenden SED: War das MfS „Staat im Staate“ oder Instrument der Partei? Inzwischen kann es als wissenschaftlicher Konsens bezeichnet werden, dass letztere Hypothese die damalige Realität besser trifft.

Ein weiterer früher Schwerpunkt betraf die Rolle der Staatssicherheit in der politischen Justiz der DDR. Mit dem Band „Konzentrierte Schläge“ wurde die verschärfte Verfolgungsphase zwischen dem 17. Juni 1953 und dem Beginn der Entstalinisierung 1956 erstmals detailliert aufgearbeitet. Für die Spätphase wurde eine Studie zum „Fall Havemann“ vorgelegt. Diese Arbeit legt die modifizierten, scheinrechtsstaatlichen Manipulationen der Ära Honecker offen. Seither wurde die Grundlagenforschung zu den für die politische Justiz maßgeblichen MfS-Bereichen vorangetrieben. So erschien ein Handbuch zur Hauptabteilung XIV, das Handbuch zur Hauptabteilung IX steht vor der Vollendung. Derzeit ist ein Forschungsprojekt zu Rechtsanwälten in der späten DDR in Bearbeitung.

Wendepunkte in der DDR-Geschichte wecken im Zusammenhang mit den entsprechenden Jahrestagen immer besonderes öffentliches Interesse. Mit zahlreichen Tagungen und Veranstaltungen, Sammelbänden, Monografien und Aufsätzen wurde dem hinsichtlich des Aufstandes vom 17. Juni 1953, des Mauerbaus am 13. August 1961 und der Friedlichen Revolution 1989 entsprochen.

Das langfristige Vorhaben im Zusammenhang mit der Aufklärung über Struktur und Methoden des Staatssicherheitsdienstes war und ist die Publikation eines organisationsgeschichtlichen „MfS-Handbuches. Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur, Methoden“, das Grundinformationen zur Entwicklungsgeschichte, zu den wichtigen Zweigen des Apparates, zu den hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeitern, zu Arbeitsprinzipien und deren normativen Grundlagen liefert. Es erscheint in Einzellieferungen, von denen bisher 27 von insgesamt 28 geplanten Beiträgen publiziert worden sind. Das in den letzten Jahren entstandene Fachwissen zum MfS wurde in übersichtlicher Form aufbereitet und in dem im Jahr 2011 erschienenen „MfS-Lexikon“ veröffentlicht.

Ein weiterer Schwerpunkt der Forschung ist seit Jahren die „Westarbeit“ der Staatssicherheit. Dazu wurden die einschlägigen normativen Dokumente der Hauptverwaltung A, der Spionageabteilung des MfS, erstmals veröffentlicht; ein Sammelband war den Spionageaktivitäten der sogenannten Abwehrdienstleistungen gewidmet. Eine umfangreiche Monografie beschäftigt sich mit den „Bundesbürgern im Dienste der Stasi“. Derzeit entsteht ein wissenschaftliches Gutachten für den Deutschen Bundestag über die Versuche der Staatssicherheit, Informationen über die bundesdeutsche Legislative zu erlangen und diese zu beeinflussen.

Mit den Aktivitäten der Staatssicherheit im Westen wie im Osten befasst sich ein Projekt über den KSZE-Prozess und die Staatssicherheit.

Erhebliches öffentliches und wissenschaftliches Interesse besteht an Dokumentationen, in denen Originalquellen zugänglich gemacht werden. Ein systematischer Schritt nach vorn in dieser Servicefunktion war der Start eines Projekts einer auf 37 Bände angelegten Edition „Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung“. Mit der Veröffentlichung der geheimen Berichte, die die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit zur Information der Partei- und Staatsführung der DDR vom Juniaufstand 1953 bis zum Dezember 1989 verfasst hat, wird der Forschung und interessierten Laien eine zeitgeschichtliche Quelle von hohem historischen Wert zur Verfügung gestellt. Hier sind bereits Bände zu den Jahren 1961, 1976, 1977 und 1988 erschienen, die Ausgaben zu den Jahren 1953 und 1960 befinden sich in Vorbereitung.

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt, Potsdam

Das Militärgeschichtliche Forschungsamt ist eine Ressortforschungseinrichtung des Bundes und betreibt seit 1957 im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung militärhistorische Grundlagenforschung von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 erweiterte sich die Forschung des MGFA auf die Militärgeschichte der SBZ und der DDR. Das erste Projekt zur ostdeutschen Militärgeschichte startete 1991. Es bildete die Basis für eine systematische Forschungstätigkeit zur Aufarbeitung der Militärgeschichte der DDR von den Anfängen bis zu ihrem Ende. 1998 wurde ein Forschungsbereich „Militärgeschichte der DDR im Bündnis“ eingerichtet. Mit der in den Gesamtzusammenhang der Geschichte des Kalten Krieges eingebetteten Grundlagenforschung zur Militär- und Sicherheitspolitik sowie zu den bewaffneten Organen der DDR leistet das MGFA nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Militärgeschichte nach 1945, sondern auch zur Geschichte der SED-Diktatur. Die grundlegende Untersuchung der bewaffneten Macht, insbesondere des Militärs als einer wichtigen Stütze des DDR-Regimes, bildet eine entscheidende Voraussetzung, um wesentliche Funktionsmechanismen und Wechselwirkungen der Herrschaftssicherung der SED nach innen und außen verstehen zu können.

Zu den zentralen Fragen der Forschung des MGFA gehören die Funktion der DDR und ihres Militärs im Warschauer Pakt, die Entwicklung der Nationalen Volksarmee (NVA), der Grenztruppen der DDR und anderer bewaffneter Kräfte als Machtinstrumente der SED, ihre Rolle in der Gesellschaft der DDR und der Alltag der Angehörigen der militärischen Organisationen. Militärhistorische Erkenntnisse über den SED-Staat im Ergebnis der quellengestützten Aufarbeitung der DDR-Militärgeschichte sind zum Allgemeingut der DDR-Forschung geworden. Für den Zeitraum der geheimen Aufrüstung in der SBZ/DDR bis 1955/56 sowie für die Aufbau- und Konsolidierungsphase des ostdeutschen Militärs bis 1971 liegen grundlegende Studien vor. Anschlussprojekte beschäftigen sich derzeit mit der ostdeutschen Militärgeschichte in der Ära Honecker. Seit 2001 gibt das MGFA die Reihe „Militärgeschichte der DDR“ heraus, in der in den letzten 10 Jahren mehr als 20 Bände zu relevanten Themen der ostdeutschen Militärgeschichte erschienen sind.

Das MGFA vermittelt seine Erkenntnisse und Forschungsergebnisse im Rahmen der an den Werten des Grundgesetzes ausgerichteten historischen Bildung der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Dabei kommt der Beschäftigung mit den deutschen Diktaturen und deren Streitkräften im 20. Jahrhundert zentrale Bedeutung

zu, da sie wesentlich zum Verständnis von Krieg und Frieden, von Diktatur und Rechtsstaatlichkeit beiträgt. Darüber hinaus stellt das MGFA der breiten Öffentlichkeit historiografische Orientierungshilfen zur Verfügung, die den aktuellen Forschungsstand der DDR-Geschichtsschreibung widerspiegeln. Dazu zählen Bibliografien, Handbücher sowie auch mehrere Online-Datenbanken. Auch wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Buchpräsentationen, Vortragsreihen und andere öffentliche Veranstaltungen dienen der Information der Öffentlichkeit.

Die Entwicklung der DDR zu einer der am stärksten militarisierten Gesellschaften der Welt in den 1970er und 1980er Jahren wird nur aufzuklären sein, wenn die Forschung die Gesamtkonzeption der „sozialistischen Landesverteidigung“ in den Brennpunkt rückt. Nur so kann die gezielte Militarisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als zentrales Anliegen des SED-Regimes sowie als Handlungsfeld und Erfahrungsdimension von Politik und Alltag im SED-Staat freigelegt und begriffen werden. Diese Forschungen werden künftig stärker in den Zusammenhang der gesamtdeutschen Nachkriegsmilitärgeschichte sowie der Geschichte der politischen und militärischen Bündnissysteme eingeordnet.

Die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen („Deutsch-russische Geschichtskommission“)

Zu der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Geschichte des geteilten Deutschlands im Rahmen des Ost-West-Konfliktes leistet auch die Gemeinsame deutsch-russische Kommission (DRGK) ihren spezifischen Beitrag. Seine Besonderheit besteht darin, dass die Veranstaltungen und Projekte dieser Kommission in deutsch-russischer Zusammenarbeit realisiert werden.

Die Kommission geht auf eine Initiative des damaligen Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl von 1993 und ihre positive Aufnahme durch den damaligen Präsidenten Boris Jelzin zurück. Sie wurde 1997 durch einen Grundlagenbriefwechsel der beiden Regierungen auf der Grundlage des deutsch-russischen Kulturabkommens von 1992 errichtet und nahm 1998 ihre Arbeit auf. Sie steht unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin und des russischen Präsidenten.

Ziel der DRGK ist es, mit Hilfe gemeinsamer Kolloquien, Forschungs- und Dokumentationsprojekte die Zusammenarbeit zu verbessern, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen, den Zugang zu den erforderlichen Archivalien zu erleichtern

und einen konstruktiven Meinungsaustausch über Fragen der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung zu führen. Ihre inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte sind das Zeitalter der Weltkriege, die sowjetische Politik im Nachkriegsdeutschland und die deutsche Frage im Rahmen des Ost-West-Konfliktes. Der Kommission gehören auf beiden Seiten je drei Leiter zentraler Archive – auf deutscher Seite Bundesarchiv, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (AA) und Stasi-Unterlagenbehörde – und neun herausragende Fachvertreter an.

Die Kommission wird in ihrer Arbeit durch beide Regierungen unterstützt. Ihr Deutsches Sekretariat wurde in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt und dem AA im BMI errichtet. Es organisiert die in Deutschland stattfindenden Sitzungen und fördert, im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten, die Projekte der Kommission. Die Kommission führt jährlich, abwechselnd in Deutschland und Russland, eine Arbeitssitzung durch, in der vorrangig der Stand der gemeinsamen Projekte beraten wird. Sie hat ein Klima der vertrauensvollen Zusammenarbeit entwickelt, in dem es möglich ist, auch problematische und kontroverse Fragen offen und konstruktiv miteinander zu erörtern.

Die Sitzungen sind im Allgemeinen verbunden mit einem internationalen wissenschaftlichen Kolloquium. Bis 2011 wurden zwölf Kolloquien durchgeführt, unter anderem zu den Themen: Der Moskauer Vertrag von 1970 (Berlin 2000), Die Sowjetunion und die deutsche Wiedervereinigung (Moskau 2003), Opposition und Widerstand im Diktaturenvergleich (München 2004), „Deutsch-sowjetische Freundschaft“ in der DDR – Anspruch und Wirklichkeit (Dresden 2010), Deutschland und die Sowjetunion im Ost-West-Konflikt (St. Petersburg 2011).

Zu den Veröffentlichungen, die aus der Arbeit der Kommission hervorgegangen sind, gehören die von einer deutsch-russischen Redaktionsgruppe beim Institut für Zeitgeschichte bearbeiteten „Mitteilungen“ der Kommission (bisher vier Bände) sowie unter anderem dokumentarische und monografische Publikationen zur Sowjetischen Militäradministration in Deutschland und zur sowjetischen Deutschlandpolitik in den 1940er, 50er, 60er und 80er Jahren. Dank Förderung durch die DRGK war es möglich, die bis in die 90er Jahre gesperrten Akten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) zu erschließen, zu verfilmen und zu digitalisieren. Der Katalog dieser Akten liegt inzwischen elektronisch und gedruckt vor. Er listet rund 95 Prozent aller SMAD-Akten im russischen Staatsarchiv auf. Die Mikrofilmaufnahmen der Akten stehen im Bundesarchiv zur Verfügung.

Im Internet werden fortlaufend zwei Reihen von kommentierten „Schlüsseldokumenten“ zur russisch/sowjetischen und zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert in beiden Sprachen veröffentlicht (auf der Website der Bayerischen Staatsbibliothek). Derzeit bearbeitet die Kommission außerdem in Kooperation mit dem Georg-Eckert-Institut Braunschweig ein auch für den Schulunterricht bestimmtes gemeinsames deutsch-russisches Geschichtsbuch.

Die Editionsgruppe Dokumente zur Deutschlandpolitik im Bundesarchiv

Die vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesarchiv herausgegebene Edition „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ (DzD) stellt für Lehre und Forschung eine dokumentarische Quellengrundlage für die Behandlung der deutschen Frage von den Kriegskonferenzen der Alliierten bis zur Wiedervereinigung bereit.

Die Anfänge der Editionstätigkeit gehen auf das Jahr 1961 zurück. In diesem Jahr begann die Bundesregierung dem großen Interesse der wissenschaftlichen Forschung und der interessierten Öffentlichkeit an der Politik Deutschlands nachzukommen. In bisher insgesamt sechs Reihen (über die Zeitabschnitte 1939-1945; 1945-1955; 1955-1958; 1958-1966; 1966-1969; 1969-1982) sind von 1961 bis heute 32 Bände erschienen; hinzu kommen die Sonderedition „Deutsche Einheit“ (Erscheinungsjahr 1998) und ein erster Band der Sonderedition „Besondere Bemühungen“ der Bundesregierung zur Freilassung politischer Häftlinge (Erscheinungsjahr 2012) sowie neun sogenannte Studien (ehemals Beihefte). Die Bände dokumentieren vornehmlich die Entwicklungen und Entscheidungen aus Sicht der beiden deutschen Staaten sowie auch der vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte.

Die DzD werden von einer Editionsgruppe im Referat G 4 „Dokumente zur Deutschlandpolitik; Historische Forschung“ des Bundesarchivs bearbeitet. Die wissenschaftliche Verantwortung trägt eine „wissenschaftlichen Leitung“, die sich aus renommierten Professoren und dem Leiter der Editionsgruppe zusammensetzt. Für die Dokumentation der innerdeutschen Beziehungen wird seit 1990 auch die Überlieferung der DDR-Führung neben den Akten der Bundesregierung herangezogen. Es wird angestrebt, das Editionsprojekt im Jahr 2020 abzuschließen, wenn insbesondere die 1990 entstandenen Akten des Kanzleramtes und des innerdeutschen Ministeriums mit Ablauf der gesetzlich vorgeschriebenen 30-Jahres-Schutzfrist zugänglich sein werden.

Seit Ende der 90er Jahre laufen die Arbeiten an Reihe VI, welche die Deutschlandpolitik in der Regierungszeit der sozialliberalen Koalition von 1969 bis 1982 behandelt. Ebenfalls in Bearbeitung ist ein weiterer Sonderband über die „Besonderen Bemühungen“ der Bundesregierung im Zeitraum 1970 bis 1990. Eine abschließende VII. Reihe über die Jahre 1982 bis 1990 wird das Editionswerk komplettieren.

10. Gedenkstätten und Erinnerungsorte

Gedenkstätten und Erinnerungsorten kommt eine herausgehobene Bedeutung zu, da sie die Möglichkeit einer besonders intensiven Auseinandersetzung sowohl mit der Geschichte des jeweiligen Ortes als auch mit dem historischen Thema allgemein ermöglichen, so die Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Die folgende Zusammenstellung ist nach den dort vorgenommenen thematischen Gruppierungen alphabetisch nach Orten geordnet.

Teilung und Grenze

Das Grenzmuseum Schifflersgrund, Asbach/Sickenberg

Der historische Ort

Das profilgebende Merkmal des Grenzmuseums Schifflersgrund ist ein sehr langer nahezu authentisch erhaltener Grenzabschnitt, der sich auf Grund topografischer Besonderheiten besonders instruktiv erschließt. Auf einer Fläche von ca. fünf ha sind Originalrelikte der ehemaligen Grenzsperranlagen erhalten. Dazu gehören ca. drei km Grenzzaun mit dazugehörigem Spurensicherungsstreifen und Kolonnenweg. Darüber hinaus ist ein 1982 gebauter Beobachtungsturm sowie ein Erdbeobachtungsbunker zu sehen. Zur Besonderheit des Ortes gehört die Geschichte des hier 1982 tödlich geendeten Fluchtversuchs von Heinz Josef Große.

Aus regionaler Sicht ist der einzige Gebietsaustausch, der nach dem Krieg zwischen der amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone vorgenommen wurde, dokumentiert. Im „Wanfrieder Abkommen“ wurde am 17. September 1945 der Tausch von fünf hessischen Dörfern nach Thüringen mit zwei thüringischen Dörfern

nach Hessen beschlossen, was zu nachhaltigen Konsequenzen für die Menschen der betroffenen Ortschaften führte.

Entstehung und Entwicklung

Das Grenzmuseum Schiffersgrund wurde am 3. Oktober 1991 eröffnet und befindet sich in Trägerschaft des Vereins „Arbeitskreis Grenzinformation e.V.“ Es wird jährlich von über 42.000 Gästen besichtigt.

Ausstellung

Der Außenbereich des Grenzmuseums zeigt neben den Grenzanlagen eine umfangreiche Sammlung von Militärfahrzeugen, die zur Grenzsicherung eingesetzt wurden, sowie ein Fluchtfahrzeug. Die Dauerausstellung thematisiert die Endphase des Zweiten Weltkrieges und die deutsche Nachkriegsgeschichte.

Wechselausstellungen komplettieren das Angebot. Das Grenzmuseum bietet Zugang zu den vorhandenen Originalquellen und stellt seine Ressourcen sowie die Infrastruktur auch für Forschungsarbeiten von Wissenschaftlern verschiedener Universitäten zur Verfügung. Die profilbildenden Merkmale des historischen Ortes Schiffersgrund sollen künftig stärker ins Zentrum der Dauerausstellung gerückt werden. Der Verein strebt daher eine wissenschaftliche und museologische Standards berücksichtigende Neukonzeption an. Dazu sollen auch Kooperationen mit dem Grenzlandmuseum Eichsfeld entwickelt werden, um vorhandene Ressourcen so effizient wie möglich zu nutzen.

Bildungsarbeit

Im Bereich der historisch-politischen Bildung arbeitet das Grenzmuseum mit verschiedenen Bildungsträgern wie den Landeszentralen für politische Bildung Thüringen und Hessen, dem BStU, der Thüringer Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesstiftung Aufarbeitung etc. zusammen. Schwerpunkte legt das Grenzmuseum auf die Zusammenarbeit mit Schulen, der Bundespolizei, der Landespolizei und der Bundeswehr. Für Schulklassen werden altersspezifische Seminare angeboten und von pädagogischen Mitarbeitern begleitet. Mit Hilfe eines für Informationszwecke umgestalteten Kleinbusses besuchen die Mitarbeiter Schulen unter dem Motto „Demokratie - erfahren“. Zeitzeugen referieren im Grenzmuseum über die „Friedliche Revolution“ im Eichsfeld von Sommer bis Herbst 1989.

Die Stiftung Berliner Mauer

Die Stiftung Berliner Mauer ist durch Gesetzesbeschluss Berlins vom 17. September 2008 als rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihre Gründung und die Erweiterung der Gedenkstätte an der Bernauer Straße sind wichtige Schritte zur Realisierung des Gedenkstättenkonzepts des Berliner Senats und des Bundes. Zur Stiftung gehören die Standorte Gedenkstätte Berliner Mauer an der Bernauer Straße und die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde. Bei den beiden Einrichtungen handelt es sich um Orte der Teilung Deutschlands und Gedenkstätten, die der Erinnerung und dem Opfergedenken verpflichtet sind.

Zweck der Stiftung ist es, die Geschichte der Berliner Mauer und der deutsch-deutschen Fluchtbewegung als Teil und Auswirkung der Teilung Deutschlands und des Ost-West-Konfliktes im 20. Jahrhundert zu dokumentieren und zu vermitteln, ihre historischen Orte zu bewahren und ein würdiges Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft zu ermöglichen. Dies geschieht durch die Erarbeitung und Realisierung von Ausstellungen, vielfältige, auf unterschiedliche gesellschaftliche Zielgruppen ausgerichtete Veranstaltungen sowie durch Publikationen und insbesondere die historisch-politische Bildungsarbeit in beiden Häusern.

Die Gedenkstätte Berliner Mauer

Der historische Ort

Die Gedenkstätte Berliner Mauer ist der zentrale Erinnerungsort an die deutsche Teilung, gelegen im Zentrum der Hauptstadt. Am historischen Ort in der Bernauer Straße erstreckt sie sich zukünftig auf 1,4 km Länge über den ehemaligen Grenzstreifen. Auf dem Areal der Gedenkstätte befindet sich das letzte Stück der Berliner Mauer, das in seiner Tiefenstaffelung erhalten geblieben ist und einen Eindruck vom Aufbau der Grenzanlagen zum Ende der 1980er Jahre vermittelt. Anhand der Reste und Spuren der Grenzsperrungen sowie der dramatischen Ereignisse an diesem Ort wird exemplarisch die Geschichte der Teilung nachvollziehbar. Dazu gehört auch die Kapelle der Versöhnung, die genau an dem Ort errichtet wurde, an dem die Versöhnungskirche stand. Seit dem Mauerbau 1961 lag die Kirche der Evangelischen Versöhnungsgemeinde unerreichbar im Todesstreifen. Im Zuge des

stetigen Grenzausbau wurde sie am 22. Januar 1985 von der SED-Diktatur gesprengt. Nach der Wiedervereinigung erhielt die Versöhnungsgemeinde ihr Kirchengrundstück mit der Auflage der Sakralnutzung zurück.

Entstehung und Entwicklung

Die Entstehung der Gedenkstätte Berliner Mauer ist auf bürgerschaftliches Engagement zurückzuführen. Bereits im Januar und Februar 1990 engagierten sich Bürgerinnen und Bürger um den Pfarrer der Versöhnungsgemeinde, Manfred Fischer, sowie einige wenige andere für den Erhalt der Mauer am historischen Ort. Am 2. Oktober 1990 stellte der Ost-Berliner Magistrat den über den Sophienfriedhof verlaufenden Grenzabschnitt und die dort erhaltenen Reste der Sperranlage unter Denkmalschutz. 1994 wurde ein Wettbewerb ausgelobt, der die Gestaltung eines Denkmals für die Opfer des Mauerbaus und in Erinnerung an die Teilung der Stadt zum Ziel hatte. Dieses wurde am 13. August 1998 eingeweiht (vgl. unten S. 238). 1997 gründete sich auf Initiative des Berliner Senats der Verein Berliner Mauer als Trägerverein eines aufzubauenden Dokumentationszentrums, das im Gemeindehaus der Versöhnungsgemeinde zum zehnten Jahrestag des Mauerfalls am 9. November 1999 eröffnet wurde. Die dort gezeigte Ausstellung „Berlin, 13. August 1961“ dokumentiert die Ereignisse, die zum Mauerbau führten und die daraus resultierenden Folgen für die Menschen. Seit 2002 bietet das Dokumentationszentrum eine Aussichtsplattform, die einen eindrucksvollen Blick auf den ehemaligen Grenzstreifen mit den Resten der Grenzanlagen und das heutige erweiterte Gedenkstättenareal gewährt.

Im Jahr 2000 wurde auf dem ehemaligen Grenzstreifen an der Stelle der ehemaligen Versöhnungskirche die Kapelle der Versöhnung eingeweiht. Die drei Elemente – Denkmal, Ausstellung und Kapelle – ermöglichen auf unterschiedlichen Wegen und in unterschiedlicher Form eine Annäherung an die Geschichte und die Folgen der Berliner Mauer: künstlerisch, dokumentarisch und geistig-religiös. Die Besucher können somit ihren eigenen Zugang zum historischen Ort und den Zeugnissen der Vergangenheit wählen.

Im Laufe der Jahre wuchs das Bewusstsein, dass durch den fast vollständigen Abriss der Grenzanlagen nur wenige aussagekräftige Anknüpfungspunkte in Berlin für die Vermittlung der Teilungsgeschichte erhalten geblieben sind. Das im Jahr 2006 vom Berliner Senat verabschiedete Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer sieht deshalb eine Stärkung und Vernetzung der verschiedenen Mauerorte in Berlin

vor. Die Gedenkstätte in der Bernauer Straße wird darauf aufbauend bis voraussichtlich zum Jahresende 2014 zum zentralen Ort des Gedenkens an die Opfer der Berliner Mauer ausgebaut.

Im Rahmen der Gedenkstättenenerweiterung wurde am 9. November 2009 das Besucherzentrum in der Bernauer Straße/Ecke Gartenstraße eröffnet, das als Anlaufpunkt für Gruppen und Einzelbesucher alle Grundinformationen zur Berliner Mauer und zu den Angeboten der Gedenkstätte, darunter zwei Einführungsfilme, bereithält. Bereits im Oktober 2009 war die Eröffnung der Ausstellung „Grenz- und Geisterbahnhöfe im geteilten Berlin“ im Nordbahnhof erfolgt.

Wesentliches Erweiterungselement ist die ständig zugängliche Außenausstellung auf dem ehemaligen Mauerstreifen an der Südseite der Bernauer Straße. Dieser 1,4 km lange und 4,4 ha große Freiraum wird nach einem Entwurf der Berliner Büros sinai und ON architektur zu einer neuartigen Erinnerungslandschaft umgestaltet. Die bestehenden Reste und Spuren der Berliner Mauer werden dabei erhalten, die bisherigen Gedenkstattelemente miteinander gestalterisch verbunden und die dramatische Ereignisgeschichte der Bernauer Straße wird erlebbar. Das Konzept wurde beim Deutschen Städtebaupreis 2010 ausgezeichnet.

Die entstehende Dauerausstellung nutzt die hohe Spuren- und Ereignisdichte an der Bernauer Straße, um exemplarisch am historischen Ort und auf ihn bezogen über Zweck und Funktion der Berliner Mauer zu informieren. Vor allem werden die Geschichten derjenigen Menschen erzählt, deren Leben durch die Mauer eingeschränkt war, die ihr weichen mussten oder die sie zu überwinden trachteten. Das historische Gelände mit den originalen Relikten, die denkmalgerecht konserviert werden, wird durch vier Ausstellungsebenen erschlossen:

- Die originalen Relikte der Grenzanlagen werden, wo sie verlorengegangen sind, durch Nachzeichnungen aus Cortenstahl wieder sichtbar gemacht, ergänzt durch Nachzeichnungen der Fluchttunnel und der abgerissenen Grenzhäuser.
- Mit Ereignismarken werden besondere Ereignisse am Ort des Geschehens markiert, deren nähere Umstände in einem Feldbuch nachzulesen sind.
- Archäologische Fenster zeigen teils ältere Schichten der Grenzanlagen, teils Spuren der Stadt, wo sie von Mauer und Grenzstreifen verdrängt worden sind.
- Eine multimediale Ausstellung im Grenzstreifen erläutert den Ort, die wichtigsten Ereignisse und die historischen Zusammenhänge.

Im Mai 2010 wurde der erste Bereich des Ausstellungsareals, der sich dem Thema „Die Mauer und der Todesstreifen“ widmet, der Öffentlichkeit übergeben. Zentrales Element dieses Bereichs ist das „Fenster des Gedenkens“ auf einem Teil des ehemaligen Sophienfriedhofs: ein würdiger Gedenkort für die Todesopfer an der Berliner Mauer, der auch ein individuelles Gedenken ermöglicht.

Am 13. August 2011 wurden im Rahmen der zentralen Gedenkveranstaltung des Landes Berlin und des Bundes zum 50. Jahrestag des Mauerbaus zwei weitere Ausstellungsbereiche eröffnet, in denen „Die Zerstörung der Stadt“ und „Der Bau der Mauer“ thematisiert werden. Texttafeln sowie Audio- und Videostelen informieren exemplarisch über das Schicksal der Menschen, die in den Grenzhäusern an der Bernauer Straße lebten.

Der vierte und letzte Bereich des Ausstellungsareals, der sich von der Brunnenstraße bis zur Oderberger Straße erstreckt, wird derzeit erarbeitet. Ein erster Teilabschnitt zwischen Ruppiner und Wolliner Straße konnte im Juni 2012 eröffnet werden.

Als wesentlicher Baustein der Gedenkstättenenerweiterung stehen noch der Umbau des Dokumentationszentrums in der Bernauer Straße 111 sowie die damit einhergehende Einrichtung einer neuen Dauerausstellung an. Für den Abschluss dieser Arbeiten wird momentan der Herbst 2014 angenommen.

Zeitzeugenarbeit

Zum Jahresende 2010 umfasste das Zeitzeugenarchiv der Gedenkstätte Berliner Mauer insgesamt 161 Audiointerviews mit 165 Zeitzeugen. Anlässlich der Jahrestage „20 Jahre Mauerfall“ 2009 und „50 Jahre Mauerbau“ 2011 gab es eine Vielzahl von Medienanfragen aus dem In- und Ausland mit der Bitte um die Vermittlung von Zeitzeugen. Auch für künstlerische Projekte und Schülerprojekte erfolgte eine umfangreiche Beratung und Vermittlung von Ansprechpartnern.

Auf der Internetseite der Gedenkstätte Berliner Mauer präsentiert die Abteilung Zeitzeugenarbeit in der Rubrik „Zeitzeugengeschichten“ Kurzporträts ausgewählter Zeitzeugen, Fotos, Dokumente und Interviewausschnitte. Zudem bringt sich die Gedenkstätte in das von BKM finanzierte Projekt des Koordinierenden Zeitzeugenbüros mit ein (vgl. Seite 89f).

Bildungsarbeit

Seit 2009 ist ein auffällig starker Anstieg von Führungen und Seminaren für Schüler zu verzeichnen. Gründe für die stärkere Anfrage sind u.a. die Jahrestage „20 Jahre Mauerfall“ und „50 Jahre Mauerbau“, die stärkere Betonung der deutsch-deutschen Geschichte im Geschichtsunterricht der Länder Berlin und Brandenburg, das erhöhte Interesse von Lehrkräften sowie Kinder- und Jugendgruppen an der Vermittlungsarbeit der Gedenkstätte, die Stellung der Gedenkstätte im Berliner Mauer-Gedenkkonzept und das wachsende Interesse von Berlin-Besuchern an den Themen „Bau der Mauer“, „deutsche Teilung“ und „Fall der Mauer“. 2011 gab es 1.473 Führungen, davon 854 für Schülergruppen, und 96 Seminarveranstaltungen, davon 63 für Schüler.

Besucherzahlen

Die Besucherzahlen der Gedenkstätte Berliner Mauer wiesen in den vergangenen Jahren ein außergewöhnliches Wachstum auf. So verzeichnete das Dokumentationszentrum einen Anstieg von 67.000 Besuchern im Jahre 2004 auf 447.000 im Jahr 2011. Auf Besucherbefragungen basierte Hochrechnungen zeigen, dass die Gesamtbesucherzahl 2011 bei 650.000 lag. Diese Zahl umfasst das Dokumentationszentrum, das Besucherzentrum und das Außengelände der Gedenkstätte.

Die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde

Der historische Ort

Die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde ist der zentrale Erinnerungsort in Deutschland zum Thema Flucht und Ausreise aus der DDR. Hier durchliefen rund 1,35 Mio. Ostdeutsche das Notaufnahmeverfahren. Wie kaum ein anderer Ort beleuchtet sie die Verschränkung von ost- und westdeutscher Geschichte: Die Abwanderung aus der DDR in die Bundesrepublik hatte massive Auswirkungen auf die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung in beiden deutschen Staaten. Im Notaufnahmelager Marienfelde – einst an der Nahtstelle der konkurrierenden Systeme gelegen – geraten beide Seiten der Grenze in den Blick. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte spiegelt sich aber nicht nur in Politik und Gesellschaft. Sie zeigt sich auch und vor allem in den Lebenswegen der

Flüchtlinge und Übersiedler, deren Erfahrungen Ost und West umfassen. Marienfelde ist also nicht nur ein politischer, sondern für die vielen betroffenen und beteiligten Menschen ein ganz persönlicher Erinnerungsort.

Entstehung und Entwicklung

Die Existenz der Erinnerungsstätte ist bürgerschaftlichem Engagement und insbesondere der Initiative von ehemaligen Flüchtlingen und Mitarbeitern des Notaufnahmelagers sowie interessierten Wissenschaftlern zu verdanken. Kurz nachdem die Aufnahme von Flüchtlingen und Übersiedlern aus der DDR im Juli 1990 geendet hatte, begannen sie damit, Gegenstände, Dokumente und Informationen zum Leben und zur Arbeit in Marienfelde zu sammeln. Im Oktober 1993 gründeten sie den Verein „Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde“ mit dem Ziel, die Geschichte des Notaufnahmelagers und der deutsch-deutschen Fluchtbewegung zu erforschen, zu dokumentieren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der Verein wurde 1994 als gemeinnützig anerkannt. Bereits vor seiner offiziellen Gründung eröffnete der Verein zusammen mit dem Landesamt für Zentrale Soziale Aufgaben im August 1993 eine erste Ausstellung in einem der Wohnblocks auf dem Lagergelände. Im Jahr 1998 wurde diese Ausstellung von der Enquête-Kommission „Überwindung der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages als Gedenkstätte von gesamtstaatlicher Bedeutung eingestuft.

Im Oktober 2003 wurde mit der Erarbeitung einer neuen Ausstellung begonnen, die seit 2005 im ehemaligen Haupthaus des Aufnahmelagers zu sehen ist. In der ständigen Ausstellung „Flucht im geteilten Deutschland“ können die Besucher die Geschichte der deutschen Teilung und der deutsch-deutschen Fluchtbewegung von 1949 bis 1990 entdecken. Auf rund 450 qm und mit über 900 Exponaten – ergänzt durch zahlreiche Zeitzeugenberichte – erzählt sie anschaulich von Fluchtmotiven, Fluchtwegen sowie von Chancen und Problemen beim Neubeginn in der Bundesrepublik. Außerdem ist die Geschichte des Aufnahmelagers von den Anfängen bis heute dargestellt: vom Ablauf des Aufnahmeverfahrens über den Alltag der Bewohner bis hin zur Observierung durch die DDR-Staatssicherheit. Eine original eingerichtete Flüchtlingswohnung rundet das Bild ab. Das Themenspektrum der ständigen Ausstellung wird regelmäßig durch Sonderausstellungen ergänzt und vertieft.

Zeitzeugenarbeit

Ein Hauptinteresse der Arbeit der Erinnerungsstätte richtet sich auf die Zeitzeugen und ihr Leben in der DDR, die Ursachen und Gründe für ihr Weggehen, ihre Flucht oder Ausreise, ihr Ankommen im Westen und ihre Aufnahme in der westdeutschen Gesellschaft. Das Zeitzeugenarchiv der Erinnerungsstätte umfasst derzeit Daten von 516 Zeitzeugen mit grundlegenden Angaben zu ihrer Person sowie ihrer Geschichte und 80 lebensgeschichtliche Interviews. Darüber hinaus liegen im Archiv zu zahlreichen Zeitzeugen weitere Materialien vor (z.B. Lebensberichte, Dokumente im Original oder in Kopie).

In das Archiv aufgenommen werden Personen, die aus der DDR geflohen oder ausgereist sind oder im Aufnahmelager Marienfelde bzw. bei dort ansässigen Organisationen gearbeitet haben. Die Dauerausstellung und wechselnde Sonderausstellungen ermutigen immer wieder Besucher, sich als Zeitzeugen bei der Erinnerungsstätte zu melden.

Bildungsarbeit

Das Bildungsprogramm der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde wurde seit Eröffnung der neuen Dauerausstellung 2005 kontinuierlich ausgebaut und differenziert. Auch in der Erinnerungsstätte erfuhr seit 2009 die Nachfrage nach den Bildungsangeboten einen signifikanten Zuwachs. Insgesamt verzeichnete die Erinnerungsstätte eine Steigerung von mehr als 70 Prozent bei den jungen Besuchern. 2011 gab es 252 Führungen, davon 131 für Schülergruppen. Neben den öffentlichen Führungen bietet die Erinnerungsstätte einmal im Monat eine spezielle Kinderführung für Neun- bis Dreizehnjährige an, die ebenfalls sehr gut angenommen wird. Zudem werden Formate angeboten, die gemeinsam mit der Gedenkstätte Berliner Mauer durchgeführt werden.

Besucherzahlen

Die Erinnerungsstätte verzeichnet in den letzten Jahren eine wachsende Zahl an Besuchern. Die positive Entwicklung der Besucherzahlen mit einem Niveau von über 10.000 Besuchern stieg 2011 auf rund 12.000. Die Besucherzahlen setzen sich jeweils fast zur Hälfte aus Einzelbesuchern und zur etwas größeren Hälfte aus

angemeldeten Gruppen zusammen. Bei etwa 20 Prozent der Besucher handelt es sich um Schüler.

Die Umsetzung des Stiftungsauftrags basiert in beiden Häusern im Wesentlichen auf den folgenden inhaltlichen Säulen:

Ausstellungen

Unter Federführung der Stiftung Berliner Mauer werden die „Mauer-Informationsorte“ („Galeriewände“) an der Schwedter Straße und am Checkpoint Charlie betrieben.

Im Rahmen des Gedenkjahres „50 Jahre Mauerbau“ veranstaltete die Stiftung Berliner Mauer die Sonderausstellung „Hinter der Mauer. Glienicke – Ort der deutschen Teilung“ im Schloss Glienicke von 18. Juni bis zum 3. Oktober 2011. Die Ausstellung zeigte die Sondersituation des Ortes Klein-Glienicke, einer Exklave der DDR auf West-Berliner Gebiet, die nahezu vollständig von der Mauer umgeben war. Insgesamt weit mehr als 10.000 Besucher sahen die Präsentation.

In Kooperation mit der Gedenkstätte Bautzen leitete die Gedenkstätte Berliner Mauer 2011 das Ausstellungsprojekt „Der weiße Strich. Vorgeschichte und Folgen einer Kunstaktion an der Berliner Mauer“. Die Wanderausstellung, die von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert wurde und sich besonders an Jugendliche richtete, war bis zum 31. Oktober 2011 in der Gedenkstätte Bautzen zu sehen. Danach wird sie in Berlin gezeigt, bevor sie „auf Wanderschaft“ geht.

Forschung

Die Erforschung der Geschichte der Mauer und die der Menschen, die in Ost und West unter ihr gelitten haben oder – auf der anderen Seite – zu ihrer Erhaltung beitragen, ist eine wichtige Aufgabe der Stiftung Berliner Mauer und Basis für jegliche Vermittlungsarbeit.

Die Tätigkeit dieses Arbeitsbereichs ist eine doppelte: einerseits die Forschungstätigkeit, andererseits der Auf- und Ausbau der hauseigenen Sammlungen. In diesem Zusammenhang erfolgen die Recherche und die Aufbereitung von Material für die Zwecke der Gedenkstätten, der Aufbau einer öffentlichen Bibliothek, einer Mediathek und eines Forschungsarchivs sowie die

Übernahme bzw. Ankäufe von Sammlungsgut wie Objekte, Dokumente, Karten und Fotos.

Zu den Aufgaben des Arbeitsgebiets gehört des Weiteren die Mitarbeit an den laufenden Projekten und allgemeinen Aufgaben der Gedenkstätte bzw. der Erinnerungsstätte, die Betreuung von historischen und sonstigen Projekten Dritter (Diplomarbeiten etc.) sowie die Bearbeitung inhaltlicher Anfragen der Medien und Öffentlichkeit.

Ein Abbild der Forschungstätigkeit in der Stiftung Berliner Mauer zeigt sich in ihren Publikationen: Neben zahlreichen Einzelveröffentlichungen der Mitarbeiter der Stiftung, die regelmäßig in einschlägigen Publikationen erscheinen, verfügt die Stiftung Berliner Mauer seit Frühjahr 2011 über zwei Publikationsreihen, die im Christoph Links Verlag in Berlin erscheinen.

Derzeit stehen zwei weitere Forschungs- und Publikationsprojekte kurz vor dem Abschluss: Im September 2009 startete ein Forschungsprojekt zu den Todesopfern an den Grenzen in Berlin zwischen 1948/49 und 1961, das von der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie von der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin gefördert wird. Diese Studie wird auch grundlegende Informationen zum Grenzregime der DDR an den Berliner Grenzen in der Zeit 1948 bis 1961 liefern, die bislang in der Forschungsliteratur weitgehend fehlen. Das zweite Forschungsprojekt widmet sich der Rolle und Funktion antikommunistischer Nichtregierungsorganisationen im bundesrepublikanischen Notaufnahmeverfahren, das Flüchtlinge und Ausreisende aus der DDR durchlaufen mussten. Diese Untersuchung wird ebenfalls von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert.

Das Forschungsprojekt „Die Todesopfer an der Berliner Mauer 1961 – 1989“

Zahl, Identität und Schicksal der Todesopfer, die das DDR-Grenzregime zwischen 1961 und 1989 an der Mauer in und um Berlin forderte, waren lange Zeit nicht vollständig bekannt. Die Gedenkstätte Berliner Mauer und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. haben in einem mehrjährigen, von BKM geförderten Forschungsprojekt die genaue Anzahl der Todesopfer ermittelt. Ziel des Projektes war es ebenso, die Lebensgeschichten und Todesumstände aller Mauertoten in biografischen Porträts zu dokumentieren, in den zeitgeschichtlichen Kontext einzubetten und in der Topografie der geteilten Stadt zu verorten.

Entscheidend für die Benennung als Todesopfer an der Berliner Mauer war die Verbindung des Todesfalls mit einer Fluchtaktion oder unmittelbaren Auswirkungen des Grenzregimes. Die Überprüfung der erfassten Verdachtsfälle und die Erarbeitung der Biografien erfolgten auf breitester Quellengrundlage. Ausgewertet wurden die Akten der Staatsanwaltschaften aus den „Mauerschützenprozessen“ wie auch die Bestände der einschlägigen Archive. Um Erkenntnisse zu den Beweggründen und Lebensumständen der Toten unabhängig von Darstellungen der DDR-Behörden und des MfS zu erhalten, wurde der Kontakt zu Familienangehörigen und Freunden gesucht. Auf diesem Weg konnten auch private Erinnerungen und der familiäre Kontext in die Biografien einfließen. Die Biografien der Todesopfer verdeutlichen DDR-typische Alltags- und Repressionserfahrungen, geben aber auch Einblick in die Situation der Menschen im geteilten Deutschland.

Die Ergebnisse des Projektes und die 136 Biografien der Todesopfer sind in deutscher und englischer Sprache publiziert worden. Darüber hinaus wurden sie im Internet auf www.chronik-der-mauer.de und www.berliner-mauer-gedenkstaette.de öffentlich zugänglich gemacht. Auf Grundlage der Forschungsergebnisse konnten das „Fenster des Gedenkens“ (vgl. Seite 111) in der Gedenkstätte Berliner Mauer errichtet und Erinnerungszeichen für die Todesopfer entlang des Berliner Mauerwegs in der Nähe der Todesorte aufgestellt werden.

Veranstaltungen

Die Stiftung organisiert an ihren beiden Standorten regelmäßig öffentliche Veranstaltungen, Lesungen, Vorträge und Diskussionen, Filmpräsentationen, Gedenkveranstaltungen und Tagungen. Das umfangreiche Veranstaltungsprogramm anlässlich des Gedenkjahres „50 Jahre Mauerbau“ sei gesondert aufgeführt:

Die Gesamtveranstaltung „50 Jahre Mauerbau in Berlin“ umfasste neben der zentralen Gedenkveranstaltung am 13. August 2011 mit einem großen Rahmenprogramm auf dem Gelände der Gedenkstätte Berliner Mauer eine Vielzahl von Veranstaltungen unter Einbindung anderer Institutionen, weiterer Veranstaltungsorte und Aktionsflächen an historisch bedeutsamen Mauerorten der gesamten Stadt Berlin. Zur Organisation der Gesamtveranstaltung ist die Stiftung Berliner Mauer eine Kooperation mit der gemeinnützigen Landesgesellschaft Kulturprojekte Berlin GmbH eingegangen, welche die Gesamtkoordination für die außerhalb der Gedenkstätte liegenden Orte übernahm.

Ausgangspunkt des Programms war die Erinnerung an die Opfer von Mauer und Stacheldraht sowie der SED-Diktatur. Die zentrale Gedenkfeier und das stadtweite Rahmenprogramm zum 50. Jahrestag des Mauerbaus sollten daran erinnern, dass der Bau der Mauer den Menschen in der DDR das höchste Gut genommen hat, dessen sich ein Volk glücklich schätzen kann: Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung. Durch die Einbindung von Zeitzeugen, die von dem Erlebten berichteten, und durch die Integration von jungen Menschen, Schülern und Jugendlichen in die Programmgestaltung sollte erreicht werden, dass Demokratie und Freiheit als Grundwerte unserer Gesellschaft verstanden werden, die es zu verteidigen gilt.

Im Mittelpunkt aller Veranstaltungen stand die zentrale Gedenkfeier am 13. August 2011 in der Bernauer Straße, die live in der ARD und über die Deutsche Welle weltweit übertragen wurde. Sie ermöglichte den Opfern von Mauer und Teilung ein würdiges Gedenken und stellte die Erfahrungen und Erinnerungen der Menschen in der geteilten Stadt in den Mittelpunkt. Während der Gedenkfeier, der Vertreter aller Verfassungsorgane beiwohnten, sprachen neben dem Bundespräsidenten auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, die Zeitzeugin Freya Klier und der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann. Im Anschluss eröffneten der Bundespräsident und die Bundeskanzlerin den zweiten Teil des neu gestalteten Ausstellungsareals. In einer ökumenischen Andacht in der Kapelle der Versöhnung wurde der Opfer der Mauer gedacht. Zu ihren Ehren wurden anschließend Kränze am Denkmal niedergelegt. Eine stadtweite Schweigeminute folgte.

Am Nachmittag bot sich den Besuchern auf dem Ausstellungsgelände und der Bernauer Straße ein vielfältiges Angebot. Auf der Straße präsentierten sich Aufarbeitungsinitiativen, (Grenz-)Museen, Vereine und Organisationen auf einer „Info-Meile der Zeitgeschichte“. Auf der Hauptbühne und in einem Zeitzeugen-Café berichteten Zeitzeugen in verschiedenen moderierten Podien über ihre Erinnerungen an den 13. August 1961. Am Abend klang die Gedenkveranstaltung mit der Aufführung diverser Filme in einem Open-Air-Kino aus, in dessen Rahmen bereits an den beiden Vorabenden Filme zur deutschen Teilung gezeigt wurden. Weit mehr als 20.000 Besucher nahmen an diesem Tag das Areal der Gedenkstätte in der Bernauer Straße in Besitz.

Zeitzeugenarbeit

Die Lebensgeschichten von Menschen, die durch die Teilung Deutschlands in besonderem Maße betroffen oder aktiv in sie involviert waren, verdeutlichen die Unmenschlichkeit der Mauer. Gleichzeitig dokumentieren sie unterschiedliche Lebenserfahrungen, Reaktionen und Verarbeitungsmöglichkeiten der Menschen in Bezug auf historisch-politische Ereignisse. Es wird nachvollziehbar, unter welchen Bedingungen die Bewohner in Ost- als auch West-Berlin leben mussten und welche Handlungsoptionen und Erfahrungshorizonte es für sie gab. Auf dieser Grundlage sind sie als Quellen für die Ausstellungsarbeit und die historisch-politische Bildungsarbeit unerlässlich. Die Zeitzeugenarbeit der Stiftung sammelt diese wertvollen Quellen in Interviews, um sie zu bewahren und gleichzeitig der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Bildungsarbeit

Der historisch-politischen Bildungsarbeit der Stiftung Berliner Mauer liegt die Maxime des exemplarischen Lernens an historischen Orten zugrunde. Zusammenhänge wie Ursachen und Folgen des Mauerbaus im Jahr 1961 werden am Beispiel der Bernauer Straße und der Erinnerungsstätte Notaufnahme Marienfelde erläutert. Hauptadressaten der Bildungsangebote sind Kinder, Jugendliche und Gruppen der Erwachsenenbildung. Für jede dieser Gruppen gibt es speziell zugeschnittene Bildungsangebote.

Mit Hilfe der vielschichtigen Angebote der politischen Bildungsarbeit können grundlegende Fragen der Diktatur (und deren Überwindung) ebenso wie Grundfragen der Demokratie dargestellt und erörtert werden. Nicht zuletzt durch die kontrollierte und stets begleitete Einbindung von Zeitzeugen sind beide Häuser der Stiftung Orte individueller Geschichten, die eine multiperspektivische Herangehensweise und Methodik garantieren.

Das Zusammenwachsen der beiden Häuser der noch jungen Stiftung zeigt sich insbesondere im Bereich der Bildungsarbeit: Aufbauend auf dem ohnehin schon breiten Angebot konzipierten die Bildungsabteilungen im Jahr 2010 einen neuen Projekttag mit dem Thema „Flucht im geteilten Deutschland“ für Schüler der Klassen 4 bis 7, um der wachsenden Nachfrage nach einem Angebot für Neun- bis Dreizehnjährige gerecht zu werden. Im Rahmen des Projekttagess spüren die Schüler

an beiden Orten der Geschichte von Flucht im geteilten Deutschland nach und begeben sich auf die Spuren von DDR-Flüchtlingen.

Mit speziellen Fortbildungsveranstaltungen wendet sich die Stiftung an Lehrer, um über die Themen der Stiftung Berliner Mauer und ihr Bildungsprogramm zu informieren.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Stiftung Berliner Mauer bringt die Geschichte der Berliner Mauer und der deutsch-deutschen Fluchtbewegung als Teil und Auswirkung der deutschen Teilung und des Ost-West-Konfliktes im 20. Jahrhundert in die Öffentlichkeit und bereitet so den Boden für eine intensive und nachhaltige Beschäftigung der Medien und Öffentlichkeit mit diesen Themen. Vor allem die Gründung der Stiftung Berliner Mauer und das Jubiläumsjahr „20 Jahre Mauerfall“ 2009 sowie das Gedenkjahr „50 Jahre Mauerbau“ 2011 haben zu einer verstärkten öffentlichen Wahrnehmung der Arbeit der Stiftung geführt.

Das Informationsportal Berliner Mauer am Brandenburger Tor

Im U-Bahnhof Brandenburger Tor (Passerelle, Treppenhaus und Bahnsteig) informiert eine Ausstellung über die Geschichte des Brandenburger Tors als Symbol für die Teilung Deutschlands und die Wiedervereinigung. Sie verweist auf die Informationsangebote zur Berliner Mauer im Stadtgebiet. Die Stiftung Berliner Mauer unterstützte 2009 die Einrichtung dieses Informationsportals, das im Gesamtkonzept Berliner Mauer des Berliner Senates vorgesehen war, und übernahm im Anschluss die technische Pflege.

Europäisches Kulturerbe-Siegel

Auf Initiative der Kultusministerkonferenz der Länder wurden 2009 zwei Initiativen („Eiserner Vorhang“ und „Stätten der Reformation“) ausgewählt, für die das „Europäische Kulturerbe-Siegel“⁷ beantragt werden sollte. Die Stiftung Berliner

⁷ Beim „Europäischen Kulturerbe-Siegel“ handelt es sich um eine europäische Initiative, mit der Kulturerbestätten ausgezeichnet werden, die die europäische Einigung sowie die Ideale und die Geschichte der Europäischen Union symbolisieren und verdeutlichen. Sie wurde im Jahr 2006 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Europäische Union ihren Bürgerinnen und Bürgern durch Verbesserung der Kenntnisse über die europäische Geschichte und ihre Rolle und Werte näher zu bringen.

Mauer hat sich maßgeblich für die Auszeichnung ausgewählter, repräsentativer Orte des „Eisernen Vorhanges“ mit dem „Europäischen Kulturerbe-Siegel“ engagiert. Die Europäische Union stimmte den beiden deutschen Vorschlägen zu, sodass die Bundesrepublik seit Januar 2011 am „Europäischen Kulturerbe-Siegel“ beteiligt ist. Auf Initiative der Stiftung Berliner Mauer und in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung – Oberste Denkmalschutzbehörde erfolgte dann im August 2011 die offizielle Auszeichnung der zwölf Stätten des „Eisernen Vorhanges“. Diese verbinden sich seitdem im Netzwerk „Europäisches Kulturerbe-Siegel – Eiserner Vorhang“. Damit sind beide zur Stiftung gehörenden Stätten mit dieser neuen europäischen Auszeichnung honoriert worden.

Der „Checkpoint Bravo“ (Grenzübergang Dreilinden) und die ehemalige Grenzübergangsstelle Drewitz

Mit dem erhaltenen Kommandoturm der ehemaligen Grenzübergangsstelle Drewitz befindet sich in Brandenburg neben einem Gedenkstein in Kleinmachnow ein Erinnerungsort, der eindrücklich auf die Geschichte des Grenzregimes und der deutschen Teilung verweist. Der auf West-Berliner Seite gelegene Alliierte Kontrollpunkt „Checkpoint Bravo“ (Grenzübergang Dreilinden) mit seinem charakteristischen Brückenhaus, zwei Tankstellen und einer Raststätte steht ebenfalls unter Denkmalschutz. Der Verein „Checkpoint Bravo“ hat sich die Restaurierung, den Ausbau und die Pflege des denkmalgeschützten Turms zur Aufgabe gemacht. Dank der Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung und des Landes Brandenburg dient er als Veranstaltungsort der politischen Bildung insbesondere für Schüler und junge Erwachsene sowie als Begegnungsstätte für Menschen mit unterschiedlichen deutschen Biografien.

Die Gedenkstätte Point Alpha, Geisa

Der historische Ort

Der Name des vormaligen östlichsten US-Beobachtungspostens Point Alpha steht für einen der Brennpunkte des Kalten Krieges. Die dauerhafte militärische Bedrohung im Ost-West-Konflikt wird durch die erhalten gebliebenen Beobachtungstürme auf

beiden Seiten der Grenze markant unterstrichen. Dort, wo bis 1989 ein Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes jederzeit erwartet wurde, wird heute an die Rolle der USA bei der Verteidigung der Freiheit an der ehemaligen Grenze und an ihren Beitrag zur Deutschen Einheit erinnert. Das Konzept dieses bedeutenden Geschichtsortes schließt auch die erhaltenen bzw. zum Teil rekonstruierten Grenzanlagen der DDR sowie ein Museum zur Erinnerung an das Leiden der ostdeutschen Bevölkerung unter dem DDR-Grenzregime im Sperrgebiet mit ein.

Entstehung und Entwicklung

Die Gedenkstätte Point Alpha wurde 1997 vom Verein Grenzmuseum Rhön „Point Alpha“ gegründet. Den hessischen Trägerverein unterstützte der thüringische Partnerverein „Mahn-, Gedenk- und Bildungsstätte e.V.“ Die Gedenkstätte wird seit 2008 von der Point Alpha Stiftung getragen. Diese wurde im Dezember 2007 als selbstständige Stiftung bürgerlichen Rechts von den Ländern Thüringen und Hessen, den Landkreisen Wartburgkreis und Fulda sowie den Anrainergemeinden Geisa und Rasdorf und den beiden Vereinen gegründet. Im Juni 2009 trat der Bund als Stifter hinzu.

Die Stiftung und die Gedenkstätte Point Alpha verzeichnen jährlich um die 100.000 Besucher.

Ausstellung

Die Dauerausstellung auf dem Gelände der Gedenkstätte Point Alpha legt besonderes Gewicht auf die Verdeutlichung der internationalen Dimension der Teilung, die Blockkonfrontation sowie die militärische Gefahr des Kalten Krieges. Original erhaltene Bauten, eine Fahrzeughalle und eine militärtechnische Fahrzeugsammlung vermitteln einen authentischen Eindruck des ehemaligen amerikanischen Stützpunktes. In unmittelbarer Nähe zum Point Alpha, im „Haus auf der Grenze“, befindet sich eine Dauerausstellung über das Grenzregime der DDR und den Einfluss der Grenze auf das Leben der Menschen im Sperrgebiet. Eine multimediale Darstellung der Friedlichen Revolution und ihres gewaltlosen Kampfs um Freiheit und Bürgerrechte zusammen mit dem Skulpturenprojekt „Weg der Hoffnung“ komplettieren die Dauerausstellung. Für die Dauerausstellung im „Haus auf der Grenze“ hat die Stiftung eine grundlegende Neukonzeption in Auftrag gegeben. Die Stiftung beabsichtigt, in den nächsten zwei Jahren die Ausstellungsneugestaltung nach aktuellen Standards auszuführen.

Forschung

Neben der Geschichte der Blockkonfrontation im Kalten Krieg soll die Vorgeschichte der Friedlichen Revolution mit Blick auf den Beitrag der europäischen Nachbarn einer der Schwerpunkte der Forschungsarbeit der Stiftung werden, die vom wissenschaftlichen Beirat der Stiftung initiiert und begleitet wird.

Bildungsarbeit

Neben Führungen durch die Gedenkstätte bietet die Point Alpha Stiftung Zeitzeugengespräche, Grenzwanderungen sowie Workshops zu unterschiedlichen Themen an. In erfolgreichen Kooperationen mit Schulen, Institutionen und Behörden führt die Stiftung junge Menschen auch jenseits des Unterrichts im Fach Geschichte an die Ereignisse des Kalten Krieges heran. In der Vor- und Nachbereitung des Gedenkstättenbesuches unterstützen die Mitarbeiter der Gedenkstätte Schulen und Lehrer durch die Bereitstellung von Materialien oder den Entwurf eines speziell am Wissensstand der Schüler ausgerichteten Programms.

Mit einem vielseitigen Veranstaltungsprogramm leistet die Stiftung Bildungsarbeit für Erwachsene in der Region. Die Ereignisse von 1989 werden in einen gesamteuropäischen Zusammenhang eingebettet, um die Friedliche Revolution in der DDR als Teil eines langfristigen, übernationalen und bei allen Rückschlägen letztlich erfolgreichen Widerstandsprozesses begreifbar zu machen und junge Menschen zu motivieren, sich mit der Geschichte der mittel- und osteuropäischen Nachbarländer, der europäischen Dimension der Freiheitsbewegung und mit den gemeinsamen, historisch gewachsenen Wertgrundlagen zu beschäftigen.

Die Stiftung eröffnete im September 2011 mit der Point Alpha Akademie eine ihr angeschlossene Weiterbildungseinrichtung. Dafür engagierte sich die Stadt Geisa, indem sie ein historisches Gebäude zur Verfügung stellte, das sie im Rahmen des Konjunkturprogramms II zweckdienlich um- und ausbauen ließ. Das Bildungsangebot der Point Alpha Stiftung wird unter dem Dach der Akademie wesentlich erweitert. Insbesondere mit Blick auf Weiterbildung und internationale Projekte geht es hier um die Entwicklung und Etablierung weiterführender Angebote auf wissenschaftlicher Grundlage.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn

Der historische Ort

Am 1. Juli 1945 richteten die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges an der Reichsautobahn Berlin – Hannover auf Höhe der Demarkationslinie zwischen britischer und sowjetischer Besatzungszone den Alliierten Kontrollpunkt Marienborn-Helmstedt ein. 1950 übernahm die DDR das Kommando auf der Grenzübergangsstelle (GÜSt) Marienborn/Autobahn. Da diese sich dem steigenden Verkehrsaufkommen auf der Transitstrecke zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin nicht gewachsen zeigte, ließ die Partei- und Staatsführung hier Anfang der 1970er Jahre eine neue GÜSt errichten. Diese war mit ca. 1.000 Beschäftigten die größte und bedeutendste an der innerdeutschen Grenze. Mit der Einstellung der Grenzkontrollen zum 1. Juli 1990 verlor die GÜSt ihre Funktion.

Entstehung und Entwicklung

Am 13. August 1996 eröffnete der damalige Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reinhard Höppner, die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn als Gedenkstätte im Aufbau. Zur Orientierung auf dem Gelände diente ein provisorisch errichtetes Besucher-Informationssystem, das den damaligen Kenntnisstand repräsentierte. Die seither verfolgte Konzeption setzt bewusst auf den Einsatz moderner Ausstellungs- und Vermittlungsmethoden am historischen Ort mit seinen authentischen Überresten. Deshalb wurde jeweils eine Funktionseinheit der ehemaligen Grenzübergangsstelle Marienborn exemplarisch im Ausbauzustand November 1989 denkmalgerecht saniert. Anhand der konkreten Sachzeugen werden die Gesamtdimension der ehemaligen GÜSt, deren Funktionen sowie entsprechende Funktionsabläufe erlebbar.

Am 21. Juli 1998, anlässlich eines Besuchs des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, erhielt die Gedenkstätte ein wissenschaftlich fundiertes Besucher-Informationssystem, das auf Tafeln an 23 Standorten die Funktion und Geschichte der früheren GÜSt erläuterte.

Zwischen 1998 und 2003 erfolgte die denkmalgerechte Sanierung des Gedenkstättenengeländes. Exemplarisch wiederhergerichtet wurde jeweils eine der sogenannten Funktionseinheiten der DDR-Grenzübergangsstelle, d.h. die Abfertigungstrakte der Passkontrollereinheit für in die DDR einreisende PKW und LKW, der Zollbereich sowie der Kommandoturm als Führungsstelle der

Grenztruppeneinheit. Parallel dazu begann die Gedenkstätte mit der Schulung ehrenamtlicher Besucherbegleiter, um die immer zahlreicher werdenden deutschen und ausländischen Gäste auf begleiteten Rundgängen über das Gelände der ehemaligen GÜSt zu betreuen. Um die gedenkstättenpädagogische Arbeit weiter zu entwickeln, wurde am 30. Juni 2000 im ehemaligen Stabsgebäude ein Informations- und Dokumentationszentrum eingerichtet mit Dauer- und Sonderausstellungsbereich, Seminarräumen und Bibliothek, Magazin- und Büroräumen und einem Besucherleitsystem.

Am 1. Januar 2004 wurde das bisher von der Kommune und ihrem Grenzdenkmalverein gemeinsam betreute Grenzdenkmal Hötensleben, das auf einer Länge von etwa 350 m den pioniertechnischen Ausbau der DDR-Grenzanlagen (Stand 1989) dokumentiert, Bestandteil der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Mit dieser Zuordnung bekannte sich das Land zu der Absicht, nicht nur die westdeutsche Erinnerung an die schikanösen Grenzkontrollen zu vergegenwärtigen, sondern auch die ostdeutsche Seite der Erfahrung des Eingesperrtseins zu dokumentieren. Über „Grenzenlos - Wege zum Nachbarn e.V.“ sind die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn und das Grenzdenkmal Hötensleben mit dem Zonengrenzmuseum Helmstedt verbunden.

Aufgrund ihrer anerkannten gesamtstaatlichen Bedeutung erhält die Gedenkstätte seit 2009 eine jährliche institutionelle Förderung durch BKM.

Im August 2011 wurde der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn das Europäische Kulturerbe-Siegel „Eiserner Vorhang“ verliehen (vgl. Seite 120).

Die im Zeitraum 1972 bis 1974 errichtete Grenzübergangsstelle ist trotz denkmalgerechter Sanierung des ehemaligen Stabsgebäudes und weiterer Funktionseinheiten im Zusammenhang mit der ersten Dauerausstellung im Jahr 2000 an vielen Stellen weiter sanierungsbedürftig. Das Land Sachsen-Anhalt hat in den Jahren 2011 und 2012 die Sanierung des Grenzdenkmals Hötensleben sowie die Planung und Sanierung weiterer Bereiche in der Gedenkstätte Marienborn gefördert. Die Baumaßnahmen sollen in den nächsten Jahren fortgesetzt werden.

Ausstellung

Seit 2000 informiert die Dauerausstellung „Die Grenzübergangsstelle Marienborn: Bollwerk – Nadelöhr – Seismograph“ über die historischen Zusammenhänge und

Auswirkungen der deutschen Teilung am Beispiel des historischen Ortes. Als weitere Dauerausstellung wurde 2007 im denkmalgerecht sanierten Zollbereich der Grenzübergangsstelle die Dauerausstellung „Zoll der DDR Marienborn“ eingerichtet, die über die Ausbildung der Zöllner, deren Lebensbedingungen, Aufgaben der Zollverwaltung, Kontrollablauf, Wirtschaftsfaktor Zoll sowie das Thema „Zöllner als kontrollierte Kontrolleure“ informiert. Sie bezieht auch jene zwei Garagen ein, in denen verdächtig erscheinende Fahrzeuge eingehenden Kontrollen unterzogen wurden. Darüber hinaus entstanden auf Initiative der Gedenkstätte diverse Sonderausstellungen, die in der Gedenkstätte und an anderen Standorten gezeigt wurden und z.T. noch werden.

Die Dauerausstellung der Gedenkstätte wird zwar sehr gut angenommen, ist aber mittlerweile über zehn Jahre alt. Auf Grund neuer Forschungen und der Weiterentwicklung der Gedenkstättenpädagogik muss in den nächsten Jahren bis 2016 eine neue Dauerausstellung eingerichtet werden. Sie wird in engem Zusammenhang mit der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg entwickelt, um die Verfolgung von Flüchtlingen und Ausreiseantragstellern zu dokumentieren, und orientiert sich an den zukünftigen inhaltlichen Schwerpunkten der Gedenkstättenarbeit:

- Geschichte des historischen Ortes
- Grenzopfer und Repression im Zusammenhang mit dem Grenzregime
- Auswirkungen der Diktatur in SBZ und DDR auf die Bundesrepublik
- europäische Dimension, insbesondere die westeuropäischen Solidaritätsbewegungen mit der Opposition in Osteuropa
- Demokratieerziehung.

In Kooperation mit der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Zeitgeschichte, wird sich die Gedenkstätte folgenden Forschungsschwerpunkten widmen:

- Wirken der Grenztruppen
- Alltag im Grenzgebiet
- Grenzopfer
- Zeitzeugenarchiv
- Internationale Bedeutung
- Zusammenarbeit der westdeutschen und europäischen Solidaritätsbewegung mit der Opposition in der DDR.

Besucherzahlen

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn wird jährlich von gut 170.000 Menschen besucht. Pro Jahr finden 500 bis 800 begleitete Rundgänge in verschiedenen Sprachen statt. Darüber hinaus werden Sonderausstellungen, Veranstaltungen, Schülerprojektstage und -wochen, Lehrerfortbildungen und weitere Bildungsmöglichkeiten angeboten.

Das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth

Der historische Ort

Mödlareuth erlangte als „Little Berlin“ weltweit traurige Berühmtheit. Mit dem Ministerratsbeschluss der DDR vom 26. Mai 1952 und der einen Tag später in Kraft getretenen Polizeiverordnung des MfS senkte sich auch in Mödlareuth der „Eiserne Vorhang“. Im Juni 1952 wurde mit der Errichtung eines übermannshohen Bretterzaunes die totale Abgrenzung der beiden Ortsteile eingeleitet. Jahrhundertealte wirtschaftliche, gesellschaftliche und familiäre Verbindungen über den Tannbach hinweg kamen damit ziemlich abrupt zum Erliegen. In den folgenden fast vier Jahrzehnten wurden die Sperranlagen in Mödlareuth immer weiter ausgebaut und perfektioniert. 1966, fünf Jahre nach dem Mauerbau in Berlin, folgte der Bau der 700 m langen, 3,30 m hohen Betonspermauer durch das 50 Einwohner zählende Dorf. Am 9. Dezember 1989, genau einen Monat nach dem Fall der Mauer in Berlin, wurde der Fußgängerübergang in Mödlareuth eröffnet. Am 17. Juni 1990 riss auf Initiative des Töpener Bürgermeisters ein Bagger die trennende Mauer im Ortskern nieder. Mit dem Fall der Mauer entstand die Idee, am historischen Ort ein Museum zur Geschichte der deutschen Teilung zu errichten.

Entstehung und Entwicklung

Getragen von bürgerschaftlichen Engagement und mit Akzeptanz der ortsansässigen Bevölkerung erfolgte am 3. September 1990 in einer Mödlareuther Scheune die Gründung des Vereins „Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth e.V.“ Seine Zielsetzung ist die Darstellung der Geschichte der deutschen Teilung in ihrer Gesamtheit. Nicht nur Mauer und Stacheldraht, sondern auch die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und alltagsgeschichtlichen Aspekte dieser Teilung werden thematisiert und neben allgemeinen Einführungen wenn möglich

exemplarisch anhand regionaler und lokaler Beispiele erläutert. Der zeitliche Rahmen beginnt 1944/45 mit der Festlegung der Besatzungszonen und dem Ende des Zweiten Weltkrieges und endet mit der Friedlichen Revolution 1989 und der Wiedervereinigung 1990 und ihren aktuellen Auswirkungen bis in die Gegenwart. Inhaltliche Schwerpunkte bilden dabei die Themenbereiche Sperranlagen, Grenzüberwachungsorgane, Zwangsaussiedlungen, Grenzübergangsstellen, illegale Grenzübertritte/Flucht, wirtschaftliche/verkehrstechnische Auswirkungen, Alltag an der Grenze sowie Friedliche Revolution und Wiedervereinigung unter Berücksichtigung des jeweiligen historisch-politischen Kontextes in nationaler und europäischer Dimension.

An diesem für die Geschichte der deutschen Teilung bedeutsamen historischen Ort sind Teile der 700 m langen Betonspermauer und des Metallgitterzaunes sowie der Beobachtungsturm im Original erhalten geblieben. Die heutige Gedenkstätte verfügt über ein Freigelände, einen (Sonder-)Ausstellungsbereich, museumspädagogische Räume sowie eine museale Infrastruktur mit Medienarchiv, Archiv, Bibliothek und Depots und ist auf allen Feldern der klassischen Museumsarbeit (Sammeln, Bewahren, Dokumentieren, Forschen, Vermitteln) tätig. Ihr Zweck besteht darin, ein Zeugnis für die Verbrechen der SED-Diktatur, ein Ort der Erinnerung an die deutsche Teilung und des Gedenkens an deren Opfer sowie ein außerschulischer Lernort für gegenwärtige und zukünftige Generationen im Rahmen der historisch-politischen Bildungsarbeit zu sein.

Der Verein „Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth e.V.“ übte zunächst die Trägerschaft bis 2005 aus. Ab Januar 2006 übernahm der länderübergreifende kommunale Zweckverband „Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth“ die Einrichtung. Dem Zweckverband gehören der Landkreis Hof (Freistaat Bayern), der Landkreis Saale-Orla (Freistaat Thüringen), der Vogtlandkreis (Freistaat Sachsen) sowie die Gemeinde Töpen (für die bayerische Seite Mödlareuths) und die Stadt Gefell (für die thüringische Seite Mödlareuths) an.

Die investive Förderung erfolgt seit 1991 durch den Freistaat Bayern sowie seit 1993 durch den Freistaat Thüringen. Bezüglich der länderübergreifenden Finanzierung wurde 1994 ein gemeinsamer Kabinettsbeschluss der Freistaaten Bayern und Thüringen verabschiedet. Insgesamt wurden bislang über 2,2 Mio. Euro investiert.

Zusätzlich erhielt das Museum Mödlareuth über 700.000 Euro an zweckgebundenen Projektförderungen u.a. von der Bundesstiftung Aufarbeitung, der Oberfrankenstiftung, der Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern, der

Bayerischen Landesstiftung, der Stiftung Kreis- und Stadtparkasse Hof sowie finanzielle Zuwendungen durch die Lottogesellschaft Thüringen und durch das Landgericht Hof in Form von Bußgeldzahlungen an gemeinnützige Einrichtungen.

An der Finanzierung der Betriebskosten in Höhe von ca. 300.000 Euro jährlich beteiligen sich der Bund (seit 1995 im Rahmen der Gedenkstättenförderung), der Freistaat Bayern (seit 2006), der Freistaat Thüringen (seit 2005), der Bezirk Oberfranken, der länderübergreifende kommunale Zweckverband (Verbandsumlage der Zweckverbandsmitglieder Landkreis Hof, Landkreis Saale-Orla, Vogtlandkreis, Gemeinde Töpen, Stadt Gefell) sowie das Museum selbst in Form von Einnahmen (Eintritt, Führungen, Museumsshop) in Höhe von ca. 100.000 Euro jährlich.

Von 1999 bis 2003 wurden durch Umbau- und Sanierungsmaßnahmen zwei Film- und Vortragsräume, ein Sonderausstellungsraum sowie Infothek/Museumsshop geschaffen. Im Sonderausstellungsraum werden jährlich zwei bis drei Sonder-/Wanderausstellungen präsentiert.

Ausstellung

Freigelände

Das Freigelände wurde von 1992 bis 1994 geschaffen. Es vermittelt auf einer Fläche von ca. 8000 qm in einer Rekonstruktion die Gliederung des Grenzgebietes der DDR in Sperrzone und Schutzstreifen, Aufbau und Zusammenwirken der verschiedenen Sperranlagen sowie die „offene Grenze“ von Seiten der Bundesrepublik (Zeitstand 1989). Ein zweiter Teilbereich zeigt die vorderen Sperranlagen von Mödlareuth auf einer Länge von 100 m im Original, wie sie das Dorf vom Mauerbau 1966 bis zur Grenzöffnung 1989 teilten.

Geschichts-Lehrpfad

Ein ca. vier km langer Geschichts-Lehrpfad ergänzt das Freigelände. Im Gegensatz zur komprimierten Darstellung im Freigelände werden hier für den Besucher die Weitläufigkeit und räumliche Dimension der (vorderen) Sperranlagen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze erfahrbar. 1995 folgten die Ausgrabungen der „Unteren Mühle“ Mödlareuths im Rahmen eines Jugend-Workcamps mit 17 Studenten aus neun Nationen. Das Flächendenkmal stellt eine Stätte der Erinnerung

und Mahnung bezüglich der Themenkomplexe Grenzregime und Zwangsaussiedlung dar.

Sammlung

Zum Aufbau einer musealen Infrastruktur erfolgte im Herbst 1992 der Ankauf von Wirtschaftsgebäuden des ehemaligen Rittergutes Mödlareuth. Nach zweijährigen Planungs- und Baumaßnahmen wurden im Herbst 1994 die Räumlichkeiten für Verwaltung, Medienarchiv, Archiv, Bibliothek und Depots in Betrieb genommen. Konservatorische wie auch restauratorische Maßnahmen wurden bei mehreren Großexponaten (Fahrzeuge) sowie bei einigen Sperranlagen im Freigelände (z.B. Betonspermauer) durchgeführt.

Das Medienarchiv umfasst neben Filmen und biografischen Zeitzeugenbefragungen einen Fotobestand von ca. 60.000 Fotos, die größtenteils digital vorliegen und über eine Datenbank erschlossen sind. Das Archiv verfügt über einen Bestand von etwa 10.000 Aktenseiten, überwiegend Reproduktionen aus den Beständen des Bundesarchivs/Militärarchivs Freiburg, des BStU Berlin und seiner Außenstellen Chemnitz und Gera, des Bundesgrenzschutzes und der Bayerischen Grenzpolizei.

In der über zwanzigjährigen Sammeltätigkeit konnten bislang etwa 20.000 Objekte zur Geschichte der deutschen Teilung den Museumsdepots zugeführt werden. Die museumseigene Sammlung ergänzen drei hinzuerworbene Privatsammlungen. Bislang wurden etwa 14.000 Objekte wissenschaftlich in einer Datenbank inventarisiert, zum Teil auch fotografisch dokumentiert und nach konservatorischen Gesichtspunkten gelagert.

Die Erweiterung der bestehenden Depotbereiche erfolgte in den Jahren 1997/98 durch den Neubau eines Kfz-Depots, das 2008 als „begehbare Depot“ konzipiert wurde und, mit Deckenbannern als Informationsträger versehen, ganzjährig den Besuchern zu den regulären Öffnungszeiten zur Verfügung steht. Derzeit werden über 30 Fahrzeuge der ehemaligen westlichen und östlichen Grenzüberwachungsorgane präsentiert.

Bildungsarbeit

Im Rahmen der historisch-politischen Bildungsarbeit wurden 635 Gruppenführungen (davon 225 Schülergruppen) betreut. Zwei Räumlichkeiten stehen für Filmvorführungen, Seminare und Vorträge zur Verfügung.

Seit Februar 2010 stellt das Kultusministerium Bayern eine Lehrerstelle in Form einer Teilabordnung von drei Lehrkräften (Mittel-/Hauptschule, Realschule, Gymnasium) als gedenkstätten- und museumspädagogisches Personal insbesondere für die Betreuung von Schulklassen zur Verfügung. Seit September 2011 unterstützt auch das Kultusministerium Thüringen mit einer halben Lehrerstelle (Teilabordnung) die gedenkstättenpädagogische Arbeit des Museums Mödlareuth. In Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit finden viermal jährlich ein dreitägiges Schülerseminar mit jeweils einer Schulklasse aus Bayern und Thüringen oder Sachsen statt. Ferner werden Seminare und Projekttag für Schulklassen angeboten, Fach-, Diplom-, Magister- und Doktorarbeiten zur Geschichte der deutschen Teilung vom Museum Mödlareuth betreut.

Im Rahmen einer Lehrerfortbildung, an der Lehrkräfte von Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien teilnahmen, entstand 1997 ein Medienpaket zum Thema „Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands“, das auch über die Landesbildstelle Nordbayern vertrieben wurde.

Die vier Gedenkstättenpädagogen entwickelten zusätzliche Module, die lehrplanorientiert die Aufarbeitung der SED-Diktatur ermöglichen und ergänzend zu den Führungen angeboten werden.

Besucherzahlen

Im Zeitraum 1994 bis 2005 bewegten sich die Besucherzahlen zwischen 30.000 und 50.000 jährlich. Eine genaue Besucherstatistik wurde seinerzeit aber nicht geführt. Seit 2006 (55.523 Besucher) stieg die Zahl der Besucher um mehr als ein Drittel auf 76.548 im Jahr 2011.

Das Grenzlandmuseum Eichsfeld e.V., Teistungen

Der historische Ort

Das Grenzlandmuseum Eichsfeld bewahrt und dokumentiert die Geschichte der deutschen Teilung unter besonderer Berücksichtigung der geteilten Region Eichsfeld. Es befindet sich am Ort des ehemaligen Grenzübergangs Duderstadt – Worbis, an der heutigen Grenze der Länder Thüringen und Niedersachsen. Durch den Erhalt wesentlicher Teile des Straßenübergangs und 1,1 km zum Teil vollständig erhaltener Grenzsperranlagen kann der sogenannte „kleine Grenzverkehr“ authentisch dokumentiert werden. Als Besonderheit tritt der Themenschwerpunkt „Grünes Band“ hinzu. Das Grenzlandmuseum verfügt seit dem Jahr 2000 über eine eigene, dem Museum angeschlossene Bildungsstätte.

Entstehung und Entwicklung

Das Grenzlandmuseum Eichsfeld in Teistungen wurde 1990 durch einen Initiativkreis unter Federführung des Museumsverbundes Südniedersachsen gemeinsam mit der Gemeinde Teistungen, der Stadt Duderstadt und den Landkreisen Worbis und Göttingen gegründet. Es wird seit 1996 vom Grenzlandmuseum Eichsfeld e.V. getragen.

Das Museum sieht sich als wichtiger Partner des „Grünen Bands Deutschland“⁸ und darüber hinaus des „Grünen Bands Europa“ („European Green Belt“). Das Grenzlandmuseum arbeitet hier eng mit der Heinz Sielmann Stiftung auf Gut Herbigshagen bei Duderstadt und der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst in Göttingen zusammen.

⁸ Das Grüne Band Deutschland ist ein Naturschutzprojekt zur Schaffung eines Grüngürtels auf dem fast 1400 km langen Geländestreifen entlang der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze. Das Grüne Band umfasst den Bereich zwischen dem sogenannten Kolonnenweg und ehemaligen Staatsgrenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Es reicht von Travemünde an der Ostsee bis zum ehemaligen Dreiländereck bei Hof. Das Grüne Band Deutschland ist Teil des mitteleuropäischen Abschnitts des Grünen Bands Europa. Dieses hat eine Gesamtlänge von über 8500 km und reicht vom Eismeer im Norden Norwegens bis zum Schwarzen Meer an der bulgarisch-türkischen Grenze und durchläuft dabei 24 europäische Staaten entlang des „Eisernen Vorhangs“.

Das Grenzlandmuseum konnte in den fast 17 Jahren seines Bestehens rund 900.000 Besucher verzeichnen. 500 Führungen pro Jahr registriert das Museum mit Besuchern aus ganz Deutschland und dem Ausland.

Ausstellung

In den ehemaligen Gebäuden des früheren Grenzübergangs Duderstadt – Worbis, die durch einen modernen Anbau ergänzt wurden, dokumentiert eine in den Jahren 2008 bis 2011 völlig neu gestaltete Ausstellung auf rd. 1.200 qm Fläche mit mehr als 4.000 Exponaten sowohl die Geschichte der innerdeutschen Grenze vom ersten Grenzzaun in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bis zur nahezu perfekten Abschottung in den 1980er Jahren als auch die Folgen der Teilung für Menschen und Natur im Grenzgebiet. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt dabei auf der Region Eichsfeld. Um auch jüngeren Besuchern Rechnung zu tragen, wurde der Ausstellungs- eine Vermittlungskonzeption beige stellt, die wesentliche pädagogische und methodisch-didaktische Kontaktpunkte zur Auseinandersetzung mit deutsch-deutscher Geschichte aus den vielfältigen Erfahrungen der letzten Jahre aufnimmt und professionalisiert liefert. Die Neukonzeption der Ausstellung wurde von Thüringen, der Niedersächsischen Sparkassenstiftung und von BKM gefördert. Der Bund beteiligte sich mit insgesamt rund 1,3 Mio. Euro.

Weitere wesentliche Bausteine des Museums sind ein 6,8 km langer Grenzlandweg, der am authentischen Ort zu den Originalgrenzsperranlagen sowie der früheren Grenzinformation auf „westlicher“ Seite führt, eine Dokumentation der Milderung der Teilungsfolgen durch die Einrichtung des Grenzübergangs Duderstadt – Worbis sowie ein 8 km langes „Grünes Band“ vom Museum bis zur Heinz Sielmann Stiftung.

Eine Ausstellung im Erdgeschoss des „Mühlenturms“ – dem „technischen Zentrum“ des ehemaligen Grenzübergangs – sowie Infotafeln auf dem „Grenzlandweg“ informieren über den Weg hin zum „Grünen Band“ von ersten Kartierungen Mitte der 1970er Jahre über Heinz Sielmanns Film „Tiere im Schatten der Grenze“ bis in die Gegenwart. Mit einem neu zu errichtenden Ausstellungsmodul in Form eines halb in die Erde gebauten Pavillons auf dem Museumsgelände will das Museum seine Gäste in die Zukunft des „Grünen Bandes“ führen und zugleich auf dessen mittlerweile gesamteuropäische Dimension („European Green Belt“) hinweisen. Hier sollen aktuelle Projekte entlang des ehemaligen „Eisernen Vorhangs“ in ganz Europa mit Sachstand und Zielvorstellung dokumentiert werden. Die Umsetzung ist in Planung.

Bildungsarbeit

In vielfältiger Form sind das Grenzlandmuseum Eichsfeld und die Bildungsstätte vernetzt mit den Schulen der Umgebung sowie mit den Universitäten Göttingen, Kassel und Oldenburg. Das Projekt „Erinnerungskultur und regionale Identität“ der Europäischen Union wurde zusammen mit den Universitäten Kattowitz (Polen) und Opava (Tschechien) durchgeführt und erfolgreich abgeschlossen.

In der dem Grenzlandmuseum angeschlossenen Bildungsstätte finden jährlich etwa 150 Veranstaltungen mit über 3.000 Teilnehmern statt. Hinzu kommen unterschiedliche Bildungsangebote für Schüler/Jugendliche sowie Erwachsene/Senioren.

Die Bildungsarbeit, zu der Workshops, Seminare, Lesungen, Vorträgen, Grenzlandgespräche und Erzählcafés gehören, wird eng mit der neuen Dauerausstellung verknüpft. Dem dient ein eigens entwickeltes „Lernlabor“. Eine besondere Position nimmt hierbei das neu entwickelte Vermittlungskonzept ein, welches etwa 40 Seminarbausteine der Bildungsstätte (Schwerpunkte: Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Demokratie in Deutschland, Ökologie und Umwelt) beinhaltet.

Das Niedersächsische Kultusministerium unterstützt die Bildungsarbeit, die sich an Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte wendet, durch die Teilabordnung einer Lehrkraft.

Überwachung und Verfolgung

Vorbemerkung zu den sowjetischen Speziallagern

Auf der Konferenz von Jalta kamen die Alliierten im Februar 1945 überein, Nationalsozialisten und Kriegsverbrecher in Lagern zu internieren. Am 18. April 1945 erließ das sowjetische NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) den Befehl, zur „Säuberung“ des von der Roten Armee eroberten Gebietes „feindliche Elemente“ in Lagern zu inhaftieren. Damit gelangte das sowjetische Lagersystem des Gulag (Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager) auch nach Deutschland. Als „Speziallager“ dienten vor allem ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager, Kriegsgefangenenlager und Strafanstalten. Sie unterstanden

zunächst dem NKWD, ab 1946 dem Ministerium für innere Angelegenheiten (MWD). Ihre Verwaltung oblag der Abteilung Speziallager bei der Sowjetischen Militäradministration in Berlin-Karlshorst.

In den insgesamt zehn Lagern wurden ohne jedes rechtsstaatliche Verfahren zunächst vorwiegend einfache Mitglieder und Funktionäre der NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) der unteren Ebene, aber auch Repräsentanten der staatlichen Verwaltung festgehalten. Auch viele Jugendliche wurden inhaftiert, wobei von offizieller Seite meistens der Verdacht, Mitglied der nationalsozialistischen Partisanenorganisation „Werwolf“ gewesen zu sein, als Grund genannt wurde, oftmals ganz unabhängig von den wahren Begebenheiten. Ebenfalls interniert wurden ehemalige Wehrmatsangehörige, bevor sie in Kriegsgefangenenlager kamen, sowie sowjetische Staatsangehörige, die das Misstrauen der Besatzungsbehörden erregt hatten. Unter den Eingesperrten befanden sich viele Denunzierte. Nicht selten waren die Festnahmen reine Willkürakte der sowjetischen Besatzungsmacht.

Ab 1946 kamen vermehrt von Sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilte hinzu – oft auf Grundlage des Artikels 58 des russischen Strafgesetzbuches, dessen breite und schwammige Tatbestandsformulierungen von „konterrevolutionären Aktivitäten“ letztlich als Vorwand für fast jegliche Verhaftung herangezogen werden konnten. Darüber hinaus gelangten zunehmend Personen in die Speziallager, die eine offene oder vermutete kritische Haltung gegenüber den Verhältnissen in der SBZ einnahmen. Selbst Angehörige des Widerstands gegen den Nationalsozialismus fanden sich in den Lagern wieder. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Speziallager keineswegs nur der Internierung von Nationalsozialisten dienten, sondern einen wesentlichen Teil der stalinistischen Herrschaftsmethoden in der SBZ darstellten.

Die Lebensbedingungen in den Speziallagern waren katastrophal. Hunger, Krankheiten wie Tuberkulose, Typhus und Fleckfieber sowie Monotonie – gearbeitet wurde nicht – dominierten den Haftalltag. Alle Lager waren vielfach überbelegt. Viele Inhaftierte wurden in Straflager in der Sowjetunion überstellt, wo sie dann Schwerstarbeit leisten mussten. Insgesamt waren in den Speziallagern ca. 176.000 Häftlinge interniert, von denen etwa jeder Dritte den Tod fand. Im Sommer 1948 kamen fast 30.000 Häftlinge auf Beschluss des sowjetischen Ministerrates frei. Die letzten drei Speziallager Buchenwald, Bautzen und Sachsenhausen wurden Anfang 1950 aufgelöst. Die sowjetischen Instanzen übergaben die SMT-Verurteilten an die Strafvollzugseinrichtungen der DDR. Wer bis dahin ohne Gerichtsurteil in den

Speziallagern festgehalten worden war, kam zur Aburteilung in den „Waldheimer Prozessen“ vor ein Gericht der DDR.

Bis zur Friedlichen Revolution waren die Speziallager in der DDR ein Tabuthema. Öffentlich wurde nicht über ihre Existenz gesprochen. Deren Anerkennung hätte in einem fundamentalen Gegensatz zur konstruierten „antifaschistischen“ Gedenkkultur der DDR gestanden. Diese wurde mit „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern umgesetzt, die den „Sieg des Antifaschismus über den Faschismus“ symbolisieren sollten. In ihnen wurde ein einseitiges Geschichtsbild vermittelt, das die Verfolgung der Antifaschisten durch die Nationalsozialisten hervorhob und die NS-Terrorherrschaft in die bestehende ideologische Auseinandersetzung mit dem Westen einordnete. Diese Stätten entstanden mit Buchenwald und Sachsenhausen gerade auch in den Konzentrationslagern, die ab 1945 als sowjetische Speziallager genutzt worden waren.

Erst nach 1989 wagten viele ehemalige Häftlinge, die „Schweigelager“ zu thematisieren. Sie sahen sich mit der fortwirkenden Propaganda der SED konfrontiert, zu Recht als vermeintliche Nationalsozialisten inhaftiert gewesen zu sein. Erste Funde von Massengräbern 1989/1990 führten zur öffentlichen Diskussion über das Schicksal der Inhaftierten.

In einer Denkschrift vom Juli 1990 bestätigte das sowjetische Innenministerium die Existenz der Speziallager.

Die Gedenkstätte Bautzen

Der historische Ort

Der Name „Bautzen“ steht im kollektiven Gedächtnis der Ost- und Westdeutschen für „DDR-Gefängnis“, politische Verfolgung und die Staatssicherheit der SED-Diktatur. Mit Bautzen verbinden sich dunkle Bilder von Mauern, Gittern und Stacheldraht. Bei dieser schlagwortartigen Erinnerung an Bautzen spielen die konkrete Geschichte der Haftstätten und insbesondere die Tatsache, dass es in Bautzen zwei sehr unterschiedliche Gefängnisse gab, keine Rolle. Die Geschichte des historischen Ortes ist verwickelter, als es das Symbol vermuten lässt, und existiert in der Realität gleich zweimal, als Bautzen I, das „Gelbe Elend“, und als Bautzen II, der „Stasi-Knast“.

Bautzen I wird wegen seiner gelben Klinker, aus denen es erbaut ist, umgangssprachlich als „Gelbes Elend“ bezeichnet. Bautzen I wurde 1904 am Stadtrand Bautzens als Königlich Sächsische Landesstrafanstalt für 1.100 männliche Häftlinge eingeweiht. Unter der NS-Terrorherrschaft diente die Anstalt zur Inhaftierung politischer Gegner. Vornehmlich waren es Kommunisten und Sozialdemokraten, später dann auch Häftlinge, die der rassistischen Verfolgung der Nationalsozialisten zum Opfer fielen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges richtete das sowjetische NKWD in Bautzen I das Speziallager Nr. 4 ein, das von Mai 1945 bis zur Auflösung im Februar 1950 insgesamt 27.000 Gefangene durchliefen. Rund 3.000 von ihnen starben aufgrund der unmenschlichen Haftbedingungen.

Nach Gründung der DDR wurde die Haftanstalt mit knapp 6.000 Insassen, die durch die Sowjetischen Militärtribunale verurteilt worden waren, an die Deutsche Volkspolizei übergeben. Von Februar 1950 bis zum Ende der DDR unterstand Bautzen I dem Ministerium des Innern der DDR. Nach Entlassung der letzten dieser Verurteilten Ende der fünfziger Jahre wurden in erster Linie mehrfach vorbestrafte und wegen schwerer Delikte langzeitverurteilte Kriminelle inhaftiert. Bautzen I blieb bis zum Ende der DDR aber auch immer ein Gefängnis für politische Häftlinge: vor allem für „Republikflüchtlinge“, „Saboteure“, „Boykotthetzer“ und Zeugen Jehovas. Mit der Friedlichen Revolution 1989 endete die Geschichte des „Gelben Elends“ als Ort politischer Verfolgung.

Bautzen II, direkt im Zentrum gelegen, war 1906 als Untersuchungsgefängnis für 200 Häftlinge in Betrieb genommen worden. Während der NS-Terrorherrschaft befanden sich auch hier politische Gefangene in Untersuchungshaft. Die sowjetische Geheimpolizei nutzte Bautzen II ab 1945 als sogenanntes Operativgefängnis. Nach der Übergabe des Hauses an die sächsischen Behörden 1949 diente Bautzen II als Außenstelle von Bautzen I zunächst dem allgemeinen Strafvollzug.

Seit August 1956 war Bautzen II inoffiziell dem Geheimdienst der SED-Diktatur unterstellt. Das Ministerium für Staatssicherheit nutzte das Gefängnis für „besonders gefährliche Staatsverbrecher“. Zwischen August 1956 und Dezember 1989 waren in Bautzen II insgesamt 2.350 Strafgefangene inhaftiert. Ihre Verurteilungen hatten bis zu 95 Prozent einen politischen Hintergrund. Unter den Gefangenen waren vor allem politische Gegner der SED-Führungsspitze, ausländische Häftlinge, die wegen Spionage oder Fluchthilfe verurteilt worden waren, aber auch straffällig gewordene

Funktionäre aus dem DDR-Herrschaftsapparat. Mit dem Untergang der SED-Diktatur kamen bis Dezember 1989 alle politischen Häftlinge aus Bautzen II frei.

Ende 1989 wurde Bautzen I zu einer modernen Justizvollzugsanstalt ausgebaut, die bis heute in Betrieb ist, Bautzen II als Außenstelle noch bis 1992 weitergenutzt.

Entstehung und Entwicklung

Die Initiative, einen Gedenkort einzurichten, ging von der Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge der Bautzener Gefängnisse aus. Am 40. Jahrestag der Gefangenenrevolte in Bautzen I am 31. März 1990 schlossen sie sich im Opferverein „Bautzen-Komitee“ zusammen. Ziel des Vereins ist die „Mitwirkung bei der Aufklärung, Aufarbeitung und Bewältigung der unter der kommunistischen Gewaltherrschaft begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Das Komitee forderte seit 1990 die Freigabe der Haftgebäude für eine Gedenkstättennutzung. Im Juli 1993 beschloss der Sächsische Landtag nach langen politischen Auseinandersetzungen schließlich, dass die ehemalige Haftanstalt Bautzen II zu einer Stätte werden sollte, die „der Opfer politischer Justiz in den beiden Bautzener Haftanstalten“ gedenkt und an sie erinnert.

Seit 1994 steht der historische Ort für Besucher offen. Die Gedenkstätte Bautzen arbeitet unter dem Dach und in Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und wird aufgrund ihrer bundesweiten Bedeutung zur Hälfte aus Mitteln des Bundes finanziert. Sie dokumentiert die Geschichte politischer Verfolgung in den beiden Bautzener Haftanstalten während der NS-Terrorherrschaft und der kommunistischen Diktatur in der SBZ und der DDR.

Bei der Aufarbeitung der sehr komplexen Geschichte der Bautzener Haftorte ergeben sich drei thematische Schwerpunkte für die Gedenkstättenarbeit:

- Die Geschichte der Gefängnisse Bautzen I und Bautzen II im Nationalsozialismus, 1933 bis 1945
- Die Geschichte des sowjetischen Speziallagers (Bautzen I), 1945 bis 1956
- Die Geschichte des Stasi-Gefängnisses Bautzen II, 1956 bis 1989.

Vom konkreten historischen Ort und von konkreten Personen ausgehend, klärt die Gedenkstätte über die historischen Zusammenhänge und die jeweiligen politischen Hintergründe der drei Verfolgungsperioden auf.

Ausstellung

Die Besucher der Gedenkstätte Bautzen lernen das fünfstöckige historische Gebäude Bautzen II weitgehend im vorgefundenen Zustand der späten achtziger Jahre kennen. Die Kernbereiche des Stasi-Gefängnisses wie der Hauptzellentrakt, die Freiganghöfe, der Isolationsbereich und die Arrestzellen, die sogenannten „Tigerkäfige“, sind den Besuchern zugänglich und werden ihnen in Form von „Ortstelen“ erläutert. Die Stelen markieren den jeweiligen Ort und erklären seine Funktion und Nutzung in der Zeit zwischen 1956 und 1989. Zwanzig sogenannte Biografiestelen auf den Fluren der Haftanstalt vermitteln anhand exemplarischer Haftschicksale die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft von Bautzen II und zeigen, wie verschieden die Wege in den „Stasi-Knast“ verliefen. Vereinzelt Zellenrekonstruktionen veranschaulichen den Wandel der Haftbedingungen.

Über das Erfahren der „Raumdokumente“ hinaus wird den Besuchern die Möglichkeit gegeben, sich über die Geschichte der politischen Verfolgung zu informieren. Dazu wurden vier größere Ausstellungsräume geschaffen, die sich auch in ihrer Formensprache deutlich als neutrale Orte von den übrigen Originalräumen abgrenzen. Die Trennung der Orte in „historisch Original“ und „neutral“ ist unerlässlich, um den Besuchern das Verständnis der komplexen Verfolgungsgeschichte an den zwei Orten in drei Verfolgungsperioden überhaupt zu ermöglichen. In diesen Ausstellungsräumen werden Dokumente zur Geschichte Bautzens präsentiert: Exponate, Akten, Ton- und Filmmaterial erläutern und veranschaulichen Besuchern die politische Verfolgung im historischen Kontext.

Neben den Dauerausstellungen erarbeitet die Gedenkstätte Bautzen Wander- und Sonderausstellungen, so z.B. die gemeinsam mit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erarbeitete Ausstellung „Gewalt hinter Gittern. Gefangenenmisshandlungen in der DDR“. Zudem präsentiert die Gedenkstätte Bautzen im Rahmen ihres Veranstaltungsprogramms wechselnde Ausstellungen anderer Einrichtungen.

Sammlung

Die Gedenkstätte Bautzen sammelt und bewahrt sämtliche noch vorhandenen Spuren des in Bautzen erlittenen Unrechts. Die historische Sammlung umfasst rund 2.000 Sachzeugnisse: Vom Hauptausstellungsstück, dem historischen Gebäude,

über die Wanze in der Fußleiste, die Häftlingsuniform aus den achtziger Jahren und den Gefangenentransportwagen bis zum bestickten Salzsäckchen, der aus Draht gefertigten Nähnadel und der aus Brot gefertigten Schachfigur, die aus dem Speziallager überliefert sind. Archiviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden zudem mehrere Tausend Blatt Schriftgut, das aus den Haftanstalten erhalten ist wie beispielsweise interne Anweisungen, Lageberichte, Brigadebücher, Baupläne, Formulare und Fotos. Der wichtigste Bestandteil der Sammlung ist das Zeitzugezeugenarchiv, in dem die Erinnerungen und persönlichen Dokumente von ehemaligen Häftlingen bewahrt werden. Es zählt derzeit mehr als 1.000 Personendossiers, rund 80 lebensgeschichtliche Interviews, Fotos, die ersten Postkarten aus dem Speziallager an Angehörige, Haftunterlagen, Entlassungsscheine und vieles Persönliches mehr.

Forschung

Grundlage der Gedenkstättenarbeit ist die solide wissenschaftliche Forschung. Neben klassischen Archivrecherchen in staatlichen Archiven, vor allem dem Bundes- und dem Sächsischen Hauptstaatsarchiv, dem russischen Staatsarchiv, dem Stadtarchiv Bautzen und in Partei- und Kirchenarchiven, dem Archiv der JVA (Justizvollzugsanstalt) Bautzen und beim BStU sind insbesondere auch die Arbeiten des Zeitzugezeugenbüros der Gedenkstätte im Bereich der Biografieforschung zu nennen. Die Ergebnisse der Recherchen und Forschungen werden der Öffentlichkeit in den verschiedensten Formen bekannt gemacht: in Vorträgen, Fachaufsätzen, Monografien oder auch in Form eines Totenbuches der im Bautzener Speziallager Gestorbenen, in den Dauer- und Sonderausstellungen. Nicht zuletzt fließen die Arbeitsergebnisse umgehend auch in geführte Rundgänge und Schülerprojekte der Gedenkstätte ein.

Bildungsarbeit

Die Gedenkstätte Bautzen steht als „offener Lernort“ im ständigen Austausch mit der Öffentlichkeit und bietet ein vielfältiges Informations- und Bildungsangebot für eine breite Zielgruppe an. Im Sommer 2012 konnte der einmillionste Besucher empfangen werden. Die Gedenkstätte bietet sowohl Überblicksführungen als auch geführte Rundgänge mit den thematischen Schwerpunkten „Speziallager“, die „Literarische Führung: Auf den Spuren Walter Kempowskis“, „Stasi-Gefängnis“ und „Spurensuche“ an.

Eine neue Möglichkeit, die Gedenkstätte Bautzen kennen zu lernen, ist die „Spurensuche“. Sie verbindet Projektarbeit mit einem geführten Rundgang durch die ehemalige Stasi-Haftanstalt Bautzen II. In Kleingruppen können die Teilnehmer den historischen Ort erkunden. Die Besucher wählen selbst die für sie besonders interessanten, unerklärlichen und spektakulären Orte aus. Mit dem pädagogischen Begleiter werden die markierten Orte aufgesucht und Fragen beantwortet. Gleichzeitig rückt er die Inhalte in den historischen Kontext. Die Präsentation von Objekten und Fotos vertieft die Berichte. „Spurensuche“ ist besonders für Gruppen geeignet, die über kein historisches Grundwissen verfügen.

Ferner bietet die Gedenkstätte für Schülergruppen derzeit sieben Projekte an. In Kleingruppen erschließen sich die Schüler mithilfe von Dokumenten, Verordnungen, Fotos und Häftlingsschilderungen die Inhalte des jeweiligen Themas selbstständig. Thematisch reichen die Projekte von der „Politischen Haft im Nationalsozialismus“ und dem „Heimtückegesetz im Nationalsozialismus“ über die „Geschichte des sowjetischen Speziallagers“, „Weggesperrt. Politische Haft in Bautzen II“, „Geschichte des Stasi-Gefängnisses“, „Spitzel hinter Gittern – Häftlinge als IM der Staatssicherheit“ bis zur „Friedlichen Revolution in Bautzen“.

Bis 2009 konnte nur spekuliert werden, ob die pädagogische Vermittlungsarbeit der Gedenkstätte die Zielgruppe erreicht und inwieweit der Besuch nachhaltig ist. Hier setzte eine Studie im Auftrag der Stiftung Sächsische Gedenkstätten an, die in der Gedenkstätte Bautzen durchgeführt wurde. Insgesamt lässt sich im Ergebnis von Schülerbefragungen vor und nach dem Besuch sagen, dass viele Schüler ihren Kenntnisstand erweitern konnten und angeregt wurden, über die unterschiedlichen Informationen zu reflektieren. Viele Schüler erhielten Denkanstöße und wurden zur Auseinandersetzung mit vergangenem Unrecht ermutigt.

Die Gedenkstätte Bautzen bietet jährlich mehr als fünf Lehrerfortbildungen zu den Themenbereichen der Gedenkstätte an. Bei der Einführung neuer Schülerprojekte gehört eine Lehrerfortbildung zur Standardetablierung des neuen Angebots. Eine regelmäßige Zusammenarbeit findet mit der Sächsischen Bildungsagentur, Regionalstelle Bautzen, den Fachberatern im Fach Geschichte, der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung in Dresden, dem Sächsischen Bildungsinstitut in Meißen und der Sächsischen Landesstelle für Museumswesen in Chemnitz statt.

Bereits zweimal fanden in Kooperation mit dem Deutsch-Sorbischen Volkstheater besondere Vermittlungsprojekte statt. 2002 wurde ein Theaterstück zum Thema „Politische Haft in Bautzen“ konzipiert. „Romeo und Julia auf Bautzen II“ – so der

Titel – erzählt die Geschichte eines Liebespaares, das zu Beginn der 1980er Jahre plant, aus der DDR zu fliehen und in Bautzen II inhaftiert wird. Bis Anfang 2004 wurde das Stück insgesamt 71 Mal im Hauptzellentrakt des ehemaligen Stasi-Gefängnisses aufgeführt. Das Theaterstück erregte weit über die Region hinaus Aufsehen. Es erschloss der Gedenkstätte völlig neue Besuchergruppen und baute insbesondere bei den Bautzenern Hemmschwellen gegenüber der ehemaligen Haftanstalt ab. 2009 fand in der Gedenkstätte Bautzen die Inszenierung eines neuen Theaterstückes statt: „Antigone in Bautzen. Ein theatrales Trainingscamp für Freiheitsdrang“.

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Der historische Ort

Im Mai 1945 beschlagnahmte die sowjetische Besatzungsmacht das Gelände an der Genslerstraße in Berlin-Hohenschönhausen, auf dem sich seit 1939 eine Großküche der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt befunden hatte. Die Sowjets nutzten das Gelände als Internierungslager: das Speziallager Nr. 3. Es unterstand dem NKWD und diente in erster Linie als Sammel- und Durchgangslager, von dem aus über 15.000 Gefangene in andere sowjetische Lager transportiert wurden. Neueste Untersuchungen der Gedenkstätte haben ergeben, dass von Juli 1945 bis Oktober 1946 mindestens 889 Häftlinge ums Leben kamen. Ihre Leichen wurden auf einem Schuttablageplatz und in Bombentrichtern verscharrt.

Ende 1946, Anfang 1947 richtete die sowjetische Besatzungsmacht ihr zentrales Untersuchungsgefängnis für Deutschland am Ort des inzwischen geschlossenen Speziallagers Nr. 3 ein. Im März 1951 übernahm das Ministerium für Staatssicherheit das sowjetische Gefängnis und nutzte es von nun an als seine zentrale Untersuchungshaftanstalt. Im folgenden Jahrzehnt wurden hier über 10.000 Menschen inhaftiert, die der kommunistischen Diktatur im Weg standen oder gegen diese Widerstand leisteten. Die Liste der Gefangenen reicht von Streikführern des Aufstands vom 17. Juni 1953 bis zu kritischen Reformkommunisten. Ende der 1950er Jahre mussten Häftlinge des benachbarten Arbeitslagers im hinteren Teil des Geländes ein neues Gebäude mit über 200 Zellen und Vernehmerzimmern errichten, welches das alte Kellergefängnis als zentrale Untersuchungshaftanstalt ablöste. Nach dem Mauerbau am 13. August 1961 wurden hier vor allem Menschen festgehalten, die aus der DDR fliehen oder ausreisen wollten.

Die physische Gewalt der 1950er Jahre wurde seit den 60er Jahren durch raffinierte psychologische Methoden der Geständnis-erpressung ersetzt. Über den Ort ihrer Haft ließ man die Gefangenen bewusst im Unklaren. Systematisch gab man ihnen das Gefühl, einem allmächtigen Staat ausgeliefert zu sein. Von der Außenwelt hermetisch abgeschnitten und von den Mitgefangenen meist streng isoliert, wurden sie durch gut ausgebildete Vernehmer oft monatelang verhört, um sie zu belastenden Aussagen zu bewegen.

Im Januar 1990 wurde die Haftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen an das Ministerium für Inneres übergeben und mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 für immer geschlossen.

Entstehung und Entwicklung

Ehemalige Häftlinge setzten sich Anfang der 1990er Jahre dafür ein, am Ort der Haftanstalt eine Gedenkstätte zu errichten. 1992 wurde das Gefängnisareal daraufhin unter Denkmalschutz gestellt, 1994 erstmals für Besucher zugänglich gemacht. Im Dezember 1995 bildete die Berliner Senatsverwaltung für Kultur eine „Stiftung in Gründung“, mit der die institutionalisierte Arbeit der Gedenkstätte ihren Anfang nahm. Bund und Land beteiligten sich zu gleichen Teilen an den Kosten. Eine Arbeitsgruppe von Wissenschaftlern erarbeitete eine Rahmenkonzeption für die künftige Arbeit. Auf dieser Grundlage verabschiedete das Abgeordnetenhaus von Berlin im Juni 2000 das Gesetz zur Errichtung der Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“. Deren Aufgabe ist es, „die Geschichte der Haftanstalt Hohenschönhausen in den Jahren 1945 bis 1989 zu erforschen, über Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen zu informieren und zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung und Unterdrückung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Am Beispiel dieses Gefängnisses ist zugleich über das System der politischen Justiz in der Deutschen Demokratischen Republik zu informieren“ (§ 2 Stiftungerrichtungsgesetz).

Die Stiftung wird institutionell je zur Hälfte vom Land Berlin und vom Bund, vertreten durch BKM, gefördert.

Ausstellung

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen regt mit Ausstellungen zur kritischen Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Verfolgung in der kommunistischen Diktatur an. Das größte und wichtigste Ausstellungsobjekt bildet nach wie vor die ehemalige Untersuchungshaftanstalt, die im Rahmen eines ausgedehnten musealen Rundgangs besichtigt werden kann. Darüber hinaus werden regelmäßig Sonderführungen durch das frühere Haftkrankenhaus des Ministeriums für Staatssicherheit und durch einen Original-DDR-Gefangenenwaggon angeboten. Die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zeigt ständige Ausstellungen und Wechselausstellungen zu unterschiedlichen Aspekten der SED-Diktatur.

Ständige Ausstellungen

Stark frequentiert ist das Info-Center der Gedenkstätte, das im März 2007 eröffnet wurde. Die dort gezeigte ständige Ausstellung „Inhaftiert in Hohenschönhausen. Zeugnisse politischer Verfolgung 1945-1989“ dient als Zwischenlösung bis zur Fertigstellung der zentralen Dauerausstellung. Nach einer Einführung in die Geschichte des Haftortes wird der Weg beschrieben, den die Häftlinge von ihrer Verhaftung und Einlieferung bis zur Verurteilung nahmen. Ausgewählte Häftlingsbiografien ergänzen die Schau. Ein dreidimensionales Modell im Maßstab 1:200 zeigt die Gefängnisanlage zum Zeitpunkt der Friedlichen Revolution im Herbst 1989.

Zentrale Dauerausstellung

Mit der künftigen Dauerausstellung wird das Angebot für die Besucher der Gedenkstätte erweitert und zugleich attraktiver und flexibler. Während die Besichtigung des Gefängnisses bislang nur im Rahmen von Gruppenführungen möglich war, schafft die begehbare Ausstellung im Altbau erstmals die Möglichkeit, sich das System politischer Verfolgung in der SED-Diktatur individuell und selbstständig zu erschließen. Da etwa die Hälfte aller Besucher Schüler- und Jugendgruppen sind, ist ein zusätzliches Lern- und Informationszentrum in der ersten Etage vorgesehen. Im Rahmen von – zunehmend nachgefragter – Projekt- und Seminararbeit sowie durch den Einsatz multimedialer Anwendungen können dort aktives Lernen und nachhaltiges Verstehen gefördert werden. Die neue Dauerausstellung soll nach derzeitiger Planung im Frühjahr 2013 eröffnet werden, wenn die Umbau-, Sanierungs- und Renovierungsarbeiten an der Gedenkstätte

abgeschlossen sind. Das Land Berlin und der Bund finanzieren die Kosten der Einrichtung der Dauerausstellung und die Baumaßnahmen in Höhe von rund 16 Mio. Euro je zur Hälfte.

Sammlung

Die Gedenkstätte unterhält eine Reihe von Sammlungen und Archiven mit Materialien zur Geschichte des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen und zum System der politischen Justiz in der DDR. In der Objektsammlung werden dreidimensionale Gegenstände aus der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt und angrenzenden Themenbereichen aufbewahrt. Daneben verfügt die Gedenkstätte über ein Fotoarchiv, ein Zeitzeugenarchiv und ein Dokumentenarchiv. Schließlich gehören eine Bibliothek und eine Mediathek zur Ausstattung. Sämtliche Sammlungen sind über Datenbanken erschlossen.

Die Gedenkstätte unterhält die bundesweit größte Sammlung von Exponaten zum Haftregime in Ostdeutschland. Ein großer Teil des Bestandes stammt aus der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen und wurde nach der Schließung des Gefängnisses zurückgelassen. Dazu gehören insbesondere Häftlingskleidung, Geschirr, Küchengeräte, Möbel und technische Apparaturen (Telefone, Überwachungskameras etc).

Forschung

Trotz umfangreicher Bemühungen um die Aufarbeitung der politischen Justiz in der SBZ und der DDR ist die Geschichte des Haftortes Berlin-Hohenschönhausen bisher nur unzureichend erforscht. Quellengeschützte Schätzungen gehen von insgesamt über 40.000 Gefangenen in den unterschiedlichen Hafteinrichtungen aus. Vergleichsweise wenig Information gibt es immer noch über die soziale Herkunft, über Repressionswellen, die Haftgründe und Haftzeiten sowie über die Entwicklung der Vernehmungsmethoden und des Haftregimes. Obgleich fast alle prominenten politischen Gefangenen der DDR im Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen inhaftiert waren, sind auch ihre Verfolgungsschicksale bisher nur selten ausführlich dokumentiert.

In den vergangenen Jahren war es der Gedenkstätte möglich, wesentliche Quellen ausfindig zu machen, zu erschließen und für die Zukunft zu sichern. Archivmaterial

wird im Zeitzeugen-, Dokumenten- und Fotoarchiv gesammelt. Materialien zu bekannten Häftlingen der Gedenkstätte werden nicht nur in einem physischen Archiv gesammelt, sondern auch in einer Datenbank erfasst.

Systematisch hat die Gedenkstätte auch nach Richtern und Staatsanwälten recherchiert, die an politischen Strafverfahren beteiligt waren. Sie werden in einer gesonderten Datenbank erfasst. Diese enthält Angaben zu über 3.300 politischen Prozessen zwischen Oktober 1949 und Oktober 1989. Des Weiteren wurde nach biografischen Angaben und den Kaderunterlagen der in Hohenschönhausen beschäftigten MfS-Mitarbeiter recherchiert. Eine interne Datenbank enthält etwa 100.000 Datensätze aus dem Zeitraum 1959 bis 1989. Hinsichtlich der Aktenrecherche liegt der Schwerpunkt beim Gefängnispersonal und den Vernehmern.

Mit Hilfe der Bundesstiftung Aufarbeitung und einer Beschäftigungsgesellschaft konnte bis September 2003 ein einjähriges Forschungsprojekt zum ehemaligen Sperrgebiet Berlin-Hohenschönhausen finanziert werden, aus dem mehrere Veröffentlichungen hervorgingen. Weiter wurde von der Bundesstiftung Aufarbeitung das Projekt „Erstellung eines Totenbuches zum Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen“ unterstützt. Dabei geht es darum, alle im sowjetischen Lager 1945/46 Verstorbenen namentlich zu identifizieren, was angesichts der schlechten Quellenlage eine außerordentlich schwierige Aufgabe darstellt.

Veranstaltungen

Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag hat die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt, um zur Auseinandersetzung mit den Formen und Folgen politischer Unterdrückung in der kommunistischen Diktatur anzuregen. Das weit gefächerte Angebot umfasst Ausstellungseröffnungen, Buchvorstellungen und wissenschaftliche Vorträge bis hin zu mehr kulturell orientierten Theater-, Film- oder Literaturveranstaltungen. Große Bedeutung hatte auch das Opfergedenken, namentlich an historischen Jahrestagen wie dem 17. Juni (Volksaufstand in der DDR), dem 13. August (Bau der Berliner Mauer) oder dem 9. November (Mauerfall). Am 24. Oktober findet jedes Jahr eine Gedenkfeier für die Opfer des sowjetischen Speziallagers Nr. 3 statt.

Mit dem jährlich stattfindenden Hohenschönhausen-Forum hat die Gedenkstätte eine neue Veranstaltungsreihe etabliert. Die wissenschaftliche Tagung zu aktuellen

Themen der Aufarbeitung wird seit 2008 mit der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführt. Dazu konnten renommierte Referenten aus dem In- und Ausland gewonnen werden. Beim 1. Hohenschönhausen-Forum am 1./2. Oktober 2008 ging es um das Thema „Nach dem Ende des Kommunismus – Die Weitergabe von Diktaturerfahrungen an die junge Generation“. Im Jahr 2009 stand das Forum unter dem Thema „Auferstanden aus Ruinen – Droht eine Renaissance des Kommunismus?“. Das 3. Hohenschönhausen-Forum im November 2010 trug den Titel „Unvergleichbar? – Nationalsozialismus und Kommunismus im 20. Jahrhundert“. 2011, beim 4. Forum in Hohenschönhausen, lautete das Thema der Veranstaltung „Vom Verrat der Intellektuellen – Diktaturverklärung gestern und heute“.

Zwei Jubiläen konnte die Gedenkstätte im Jahr 2010 feiern: das zehnjährige Bestehen der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen sowie die endgültige Schließung des Untersuchungsgefängnisses vor 20 Jahren. Aus diesem Anlass hatte die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen 100 frühere Häftlinge zu einem Festakt nach Hohenschönhausen eingeladen – stellvertretend für alle politischen Gefangenen der DDR. Um den Bogen zur jungen Generation zu schlagen, kamen am Folgetag 100 Berliner Schüler, die jeweils von einem Häftling persönlich durch das einstige Stasi-Gefängnis geführt wurden. Insgesamt nahmen mehr als 350 Menschen an der zweitägigen Veranstaltung teil.

Die Gedenkstätte hat auch durch verschiedene kulturelle Angebote zur Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland angeregt. Lesungen und Filmvorführungen bildeten eine wichtige Ergänzung zu den faktenorientierten Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Auf diese Weise war es möglich, die für Nicht-Betroffene nur schwer nachvollziehbare Erfahrung politischer Verfolgung anschaulich zu machen und neue Zielgruppen anzusprechen.

Zeitzeugenarbeit

Die Sicherung historischer Quellen über den Haftort Hohenschönhausen umfasst nicht nur die Recherche nach amtlichen Unterlagen aus den verschiedenen Zeitperioden. Eine wichtige Rolle spielt auch die Erschließung von Häftlingserinnerungen, für die das Zeitzeugenbüro der Gedenkstätte zuständig ist. Dieses hat die Aufgabe, Kontakte zu ehemals Inhaftierten aufzunehmen, zu pflegen und ihre persönliche Haftgeschichte zu dokumentieren. Dazu sammelt es amtliche Unterlagen, persönliche Haftberichte, Veröffentlichungen, Fotos und illustrierende Objekte. Außerdem hat es bislang über 500 ausführliche Interviews geführt, die in

Ton und Bild dokumentiert werden. Für ehemalige Häftlinge oder deren Angehörige, die sich mit Fragen, Hinweisen oder Wünschen an die Gedenkstätte wenden, fungiert es als erste Anlaufstelle.

Im Zeitzeugenarchiv werden die personenbezogenen Unterlagen zu allen ehemaligen Häftlingen gesammelt, die der Gedenkstätte bislang bekannt geworden sind. Zu jedem Zeitzeugen wird eine Akte geführt, in der neben historischen Unterlagen auch der Kontakt zur Gedenkstätte sowie eventuelle Veröffentlichungen dokumentiert werden. Die Materialien dienen als Grundlage für Recherchen, Publikationen und Ausstellungen. Unter Berücksichtigung des Datenschutzes wurden sie aber auch externen Wissenschaftlern, Journalisten oder anderen Interessierten zur Verfügung gestellt. Im Rahmen einer Kooperation mit der Archivhochschule in Potsdam wurde der gesamte Bestand des Zeitzeugenarchivs ab Juni 2008 gesichtet und einheitlich verzeichnet. Richtschnur bildeten dabei die Ergebnisse einer Evaluation durch die Fernuniversität Hagen.

Mit Unterstützung der Europäischen Union wurde im Oktober 2008 im Rahmen des Programms „Aktive europäische Erinnerung“ das Projekt „Das zentrale Untersuchungsgefängnis des kommunistischen Staatssicherheitsdienstes in Deutschland im Spiegel von Opferberichten“ begonnen. Es verfolgte unter anderem den Zweck, die transkribierten Häftlingsinterviews in eine Datenbank einzubinden und zu verschlagworten. In einem zweiten Schritt wurden die Aussagen inhaltlich analysiert, um die Haftbedingungen in den unterschiedlichen Zeiten genauer zu beschreiben.

Angesichts der erschreckenden Umfrageergebnisse über die fehlenden Kenntnisse von jungen Menschen über die SED-Diktatur vermittelt die Gedenkstätte auch ehemalige politische Häftlinge für Veranstaltungen an Schulen. Die Erfahrungen der Gedenkstättenarbeit haben gezeigt, dass die direkte Begegnung mit einem Betroffenen die Schüler oftmals überhaupt erst für das abstrakte Thema vergangener Diktaturen zugänglich macht. Deshalb rief die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen eine bundesweite Zeitzeugenbörse ins Leben, die es Schulen und Bildungseinrichtungen ermöglicht, ehemalige politische Häftlinge in den Unterricht einzuladen. Insbesondere Jugendliche, die bisher noch keine Gelegenheit hatten, die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen zu besuchen, sollen auf diese Weise über das politische Unrecht der SED-Diktatur informiert werden. Das Angebot ist für Schulen und Bildungseinrichtungen kostenlos. Seit August 2010 gibt es auf der Homepage der Gedenkstätte ein spezielles Onlineportal – www.ddr-zeitzeuge.de –,

über das Schulen und Bildungseinrichtungen Zeitzeugen für Gespräche und Veranstaltungen anfragen können.

Seit Juni 2011 ist die Organisation des Koordinierenden Zeitzeugenbüros bei der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen angesiedelt. In dessen Rahmen setzt die Stiftung gemeinsam mit der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Stiftung Berliner Mauer die bundesweite Vermittlungsarbeit von Zeitzeugen an Schulen und andere Bildungseinrichtungen erfolgreich fort. Finanziert wird das KZB von BKM (ein ausführlicher Beitrag hierzu findet sich in Kapitel 8).

Bildungsarbeit

Besonders intensiv widmet sich die Gedenkstätte der Arbeit mit Schülern. Viele Lehrer kommen inzwischen regelmäßig mit ihren Klassen. Sie haben die Erfahrung gemacht, dass der Besuch des ehemaligen Stasi-Gefängnisses ihren Schülern ein ebenso lebendiges wie beeindruckendes Bild der jüngsten deutschen Geschichte vermittelt.

Da viele Schüler nur über geringes oder gar kein Vorwissen verfügen, bedarf es besonderer pädagogischer Anstrengungen, das System politischer Verfolgung in der kommunistischen Diktatur verständlich zu machen. Die Betreuung der Schüler erfolgt deshalb nach einem abgestimmten didaktischen Konzept. Je nachdem, wie viel Zeit die Gruppen mitbringen, können sie zwischen Führungen, Seminaren oder Projekttagen wählen. Bei den Führungen lernen die Schüler sowohl die verschiedenen Haftepochen seit 1945 als auch die wichtigsten Stationen eines politischen Gefangenen in der DDR kennen. In der Regel werden sie von einem ehemaligen Häftling durch das Gefängnis geführt, wodurch der Rundgang besonders anschaulich und nachvollziehbar wird.

Außer den Führungen hat die Gedenkstätte verschiedene Seminartypen entwickelt, die Schülern eine weitergehende Beschäftigung mit dem Thema erlauben. In der Regel gehört dazu ein ausführliches Gespräch mit einem Zeitzeugen, der über seine Erfahrungen in der DDR, die Gründe seiner Verhaftung und seinen weiteren Lebensweg berichtet. Darüber hinaus werden Kontextinformationen vermittelt und, je nach Aufbau des Seminars, auch Texte und Medien eingesetzt.

Um auch über heutige Formen des Linksextremismus zu informieren, entwickelte die Gedenkstätte mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Familie,

Senioren, Frauen und Jugend 2011 ein neues Bildungsangebot für Schüler unter dem Titel „Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute“. Die entsprechenden Seminare sollen sowohl in der Gedenkstätte als auch vor Ort in der jeweiligen Schule durchgeführt werden.

Als weiteres pädagogisches Angebot hat die Gedenkstätte mit finanzieller Hilfe des BKM einen ehemaligen DDR-Gefangenentransporter in ein Mobiles Learning Center umgebaut. Das rollende Gefängnis ist mit Hörstationen, Monitoren sowie einer Ausstellung ausgestattet und soll jene Schüler erreichen, die nicht in die Gedenkstätte kommen.

Für die Betreuung von Schülern und Lehrern betreibt die Gedenkstätte eine pädagogische Arbeitsstelle. Drei Berliner Lehrer wurden dazu mit 50 Prozent ihrer Arbeitszeit abgeordnet. Die Arbeitsstelle bietet nicht nur speziell vorbereitete Seminare und Projekttag an, sondern betreut auch Schüler, die sich über einen längeren Zeitraum mit der SED-Diktatur und dem Staatssicherheitsdienst beschäftigen. Außerdem führt sie Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer durch.

Besucherzahlen

Die Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen hat den gesetzlichen Auftrag, am Beispiel der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit über das System der politischen Justiz in der DDR zu informieren. Einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung dieser Aufgabe leistet die Besucherbetreuung. Qualifizierte Referenten führen das ganze Jahr interessierte Gäste durch das ehemalige Stasi-Gefängnis und informieren über seine Funktion, das DDR-Justizsystem und die Haftbedingungen. Das Interesse am ehemaligen Stasi-Gefängnis ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Seit Öffnung der Gedenkstätte hat sich die Zahl der Besucher mehr als ver Hundertfacht. Während 1994 rund 3.100 Besucher gezählt wurden, waren es 2011 über 342.000 Gäste. Im November 2010 konnte die Stiftung ihren zweimillionsten Besucher begrüßen.

Das STASI MUSEUM in Haus 1/Normannenstraße, Berlin

Der historische Ort

Die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg war bis 1989 ein hermetisch abgeriegelter Ort. Der knapp zwei Quadratkilometer große Komplex zerschnitt ein historisch gewachsenes Wohngebiet. In der streng bewachten Stadt innerhalb der Stadt waren vor 1989 bis zu 7.000 Geheimdienstmitarbeiter beschäftigt.

Das Haus 1 im Gebäudekomplex Normannenstraße wurde Ende der 1950er Jahre als Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit der DDR erbaut. Erich Mielke residierte in dem Gebäude bis zum November 1989 und leitete von dort aus im Auftrag der SED das MfS. „Haus 1“ gilt insofern als das Symbol für den repressiven Machtapparat der SED-Diktatur.

Am Abend des 15. Januar 1990, nach dem Beschluss zur Auflösung des MfS durch den Zentralen Runden Tisch, nahmen Demonstranten die Zentrale des Ministeriums für Staatssicherheit in Besitz und verhinderten so die weitere Vernichtung der dort eingelagerten Akten. Ab dem Sommer 1990 richtete der Verein „Antistalinistische Aktion“ in „Haus 1“ eine Forschungs- und Gedenkstätte inklusive einer Dauerausstellung ein. Im Lauf der folgenden Jahre bezogen weitere Vereine und Verbände zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in „Haus 1“ Quartier:

- BSV-Förderverein für Beratung e.V.
- Bürgerkomitee „15. Januar“ zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit e.V.
- FORUM zur Aufklärung und Erneuerung e.V.
- HELP e.V. - Hilfsorganisation für die Opfer politischer Gewalt in Europa
- Osteuropa-Zentrum Berlin
- Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.

Entstehung und Entwicklung

1998 wies die Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ in ihrem Abschlussbericht auf den herausragenden Stellenwert des historischen Ortes „Haus 1“ als ehemaligem Dienstsitz des Ministers für Staatssicherheit hin. Sie forderte die Erarbeitung eines Konzepts zur Nutzung von „Haus 1“ als Gedenkstätte, in der der BStU und die im „Haus 1“ ansässigen Aufarbeitungsinitiativen kooperieren sollten.

2008 wurde das Thema von BKM in der Fortschreibung des Gedenkstättenkonzepts des Bundes erneut aufgegriffen und konkretisiert. Die Kernvorgabe lautete, dass der BStU und die ASTAK in „Haus 1“ eine gemeinsame Dauerausstellung einrichten sollen. Vor diesem Hintergrund fanden seit 2009 unter der Federführung von BKM Gespräche des BStU und der ASTAK statt, um einen integrierten Ansatz für eine gemeinsame Ausstellung zu entwickeln. 2011 unterzeichneten der BStU und die ASTAK eine Kooperationsvereinbarung.

Ausstellung

Nach Beendigung der mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm II der Bundesregierung in Höhe von 11 Mio. Euro finanzierten denkmalgerechten Instandsetzung und Grundsanierung von „Haus 1“ haben der BStU und die ASTAK im Januar 2012 zunächst Übergangsausstellungen eröffnet. Im Laufe des Jahres 2013 wird die neue gemeinsame Dauerausstellung des STASI MUSEUMS „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“ eröffnet. Integraler Bestandteil der Ausstellung sind die überlieferten Räume der sogenannten „Mielke-Suite“: die Diensträume des Ministers für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke.

Die Dokumentationsstelle Zuchthaus Brandenburg an der Havel

Der historische Ort

Die für ca. 1.800 Gefangene ausgelegte Strafanstalt Brandenburg-Görden wurde zwischen 1927 und 1935 errichtet. Unter der NS-Terrorherrschaft diente die als „Muster für einen humanen Strafvollzug“ konzipierte Strafanstalt als Instrument zur Verfolgung von politischen Gegnern, Andersdenkenden und sonstigen missliebigen Personen. 1940 wurde das Zuchthaus Brandenburg-Görden auch zur Hinrichtungsstätte. Bis zum 20. April 1945 wurden dort 2.743 Menschen exekutiert.

Im April 1945 wurde das nationalsozialistische Zuchthaus in Brandenburg durch die Rote Armee befreit und bis 1947 von den sowjetischen Militärbehörden und dem NKWD u.a. als Untersuchungsgefängnis genutzt. Nachdem die Justizverwaltung der DDR das Zuchthaus im Jahr 1949 übernommen hatte, diente es erneut als Strafanstalt, in der neben tatsächlichen Kriminellen, NS-Tätern und Kriegsverbrechern viele politische Oppositionelle, gescheiterte „Republikflüchtlinge“,

Zeugen Jehovas und Homosexuelle inhaftiert waren. 1947 war auf dem Friedhof am Marienberg im Auftrag der Stadt Brandenburg an der Havel ein Denkmal für die Befreiung des Zuchthauses errichtet worden. Seit 1990 wird das ehemalige Zuchthaus als Justizvollzugsanstalt betrieben.

Entstehung und Entwicklung

1975 wurden am Ort der ehemaligen Hinrichtungsstätte Gedenkräume eingerichtet. 1992 löste die Landesregierung Brandenburg die „Nationale Mahn- und Gedenkstätte Brandenburg“ aus DDR-Zeiten auf. Ihr folgte die Dokumentationsstelle Brandenburg, die 1993 Bestandteil der neu gegründeten Stiftung Brandenburgische Gedenkstätte wurde. Eine – inzwischen aufgelöste – Ausstellung im Vorraum informierte bisher über Biografien der Inhaftierten aus der NS-Zeit. Eine Überarbeitung dieser Ausstellung, ggf. in neuen Räumen, wird angestrebt. Die Dokumentationsstelle verfügt seit diesem Jahr im sogenannten „Alten Zuchthaus“ am Nicolaiplatz über Räume für das Archiv und die Gedenkstättenpädagogik. Schulpädagogische Angebote werden auch von der „Projektwerkstatt Robert Havemann“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport angeboten. Der Geschichte von Havemanns Widerstand gegen den Nationalsozialismus, seiner Rolle bei der Befreiung des Zuchthauses, seiner weiteren Entwicklung in der SBZ und in der DDR sowie seinem Einfluss auf die Opposition in der DDR kommt dabei eine große Bedeutung zu.

Die Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

Der historische Ort

Das ehemalige „Königliche Zentralgefängnis Cottbus“ wurde vor über 150 Jahren in Betrieb genommen und diente in fünf Perioden – der Kaiserzeit, der Weimarer Republik, der NS-Zeit, der DDR und nach der Friedlichen Revolution bis zum Jahr 2002 – als Gefängnis. Nach dem Wiederaufbau des im Krieg stark beschädigten ehemaligen Frauengefängnisses 1945 wurde es zunächst durch die Justizverwaltung als Zentralgefängnis für 600 Häftlinge weiter betrieben. Nach einer Justizreform 1951 wurde das Gefängnis wie alle anderen Gefängnisse der DDR auch dem Ministerium des Innern unterstellt und von der Volkspolizei betrieben. Zu diesem Zeitpunkt waren hier 794 Menschen unter katastrophalen Bedingungen inhaftiert. Im Zusammenhang des Volksaufstandes am 17. Juni 1953 wurden die Haftarbeitslager Preschen und

Drewitz geräumt und die Häftlinge in die Haftanstalt Cottbus gebracht. Die Folge war eine zwischenzeitliche Belegung von 2.500 Menschen. Für die späten 1960er und frühen 1970er Jahre wird die Anzahl der aus politischen Gründen Inhaftierten auf 600 von 800 bis 1.200 Häftlingen geschätzt. Die Haftgründe lauteten unter anderem auf „Staatsverleumdung“ und „staatsfeindliche Hetze“. An diesem Ort wird die Kriminalisierung des Verlassens der DDR als „Republikflucht“ besonders deutlich, da sich in den 1980er Jahren viele Ausreisewillige unter den Häftlingen befanden. Die meisten von ihnen gelangten schließlich durch „Freikauf“ in die Bundesrepublik Deutschland.

Ab 1990 wurde das Objekt vom Land Brandenburg als Justizvollzugsanstalt genutzt und 2002 schließlich geschlossen.

Entstehung und Entwicklung

Die Stadt Cottbus hat das Vorhaben der Sanierung des Gebäudes der ehemaligen Haftanstalt und die Einrichtung einer Gedenk- und Bildungsstätte in Abstimmung mit dem Trägerverein „Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.“ im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes INSEK für eine EFRE-Förderung der Europäischen Union beim Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung vorangetrieben und wird dabei durch das Land unterstützt. Zweck des im Jahr 2007 gegründeten Vereins Menschenrechtszentrum Cottbus und der beim Bund und Land Brandenburg eingereichten Förderanträge ist es, die Unrechtsgeschichte während der NS-Terrorherrschaft und der kommunistischen Diktatur aufzuarbeiten und erlebbar zu machen. Das Vorhaben, eine Gedenk- und Begegnungsstätte mit einer Dauerausstellung in einem ehemaligen Hafthaus auf dem früheren Gefängnisareal zu errichten, soll innerhalb einer dreijährigen Projektlaufzeit realisiert werden, beginnend im Januar 2011. Das Gesamtvolumen der Bundes- und Landesmittel für die Teilprojekte „Liegenschaftserwerb“, „Baumaßnahmen Hafthaus 1“ und „Dauerausstellung“ beläuft sich auf mehr als 2 Mio. Euro. Nach einer Teileröffnung der Einrichtung im September 2012 ist die Eröffnung der Gedenkstätte einschließlich einer Dauerausstellung für den Herbst 2013 vorgesehen.

Die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

Der historische Ort

Die Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung (BV) Dresden des Ministeriums für Staatssicherheit in der Bautzner Straße ist heute eine Gedenkstätte. Sie ist die einzige weitestgehend original erhaltene MfS-Untersuchungshaftanstalt (UHA) im Freistaat Sachsen. Zur Gedenkstätte gehört auch ein ehemaliger sowjetischer Haftkeller, der von 1945 bis Mitte der 1950er Jahre vom NKWD/MWD für politische Untersuchungshäftlinge und Internierte genutzt wurde. In diesen Zellen wurden später vom MfS Häftlinge des Strafgefangenenarbeitskommandos untergebracht. Der Keller ist jedoch in seiner ursprünglichen Gestalt noch erkennbar und ein Zeugnis für den Beginn der politischen Verfolgung durch die sowjetische Besatzungsmacht. Neben diesen Gebäudeteilen gehört zur Gedenkstätte auch der ehemalige MfS-Festsaal mit seiner originalen Einrichtung, der heute für größere Veranstaltungen der Gedenkstätte genutzt wird. Die darüber liegenden Etagen des MfS-Verwaltungsgebäudes umfassen Büros der ehemaligen Bezirksverwaltung; künftig sollen sie als Ausstellungsbereich genutzt werden. Unter anderem werden dort das Büro und der Versammlungsraum des letzten Chefs der BV, Generalmajor Horst Böhm, zu sehen sein.

Entstehung und Entwicklung

Am 5. Dezember 1989 riefen das Neue Forum und die Gruppe der 20 zur Teilnahme an einer Demonstration vor dem Dresdner Stasi-Komplex auf, um die geplanten staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen zur Aktenvernichtung zu unterstützen. Aus dieser Protestaktion entwickelte sich die friedliche Besetzung der Bezirksverwaltung des Amtes für Nationale Sicherheit durch ca. 5.000 Dresdner Bürger, woraufhin ein spontan gebildetes Bürgerkomitee und die Volkspolizei die Kontrolle des Gebäudes übernahmen. Ende 1992 bis Mitte 1994 erfolgte der Umzug des gesamten Archivguts in das Bürozentrum Riesaer Straße. Im Dezember 1994 wurde die ehemalige UHA erstmals wieder für Besucher geöffnet. Innerhalb von zwei Tagen kamen mehrere Tausend Besucher. Unter dem Eindruck des außerordentlich starken Besucherinteresses wurden Forderungen laut, einen Teil des Gebäudes zu einem Museum oder einer Gedenkstätte umzubauen. Der damalige Sächsische Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Siegmund Faust, übernahm 1997 die Initiative zur Gründung des Vereins „Erkenntnis durch Erinnerung e.V.“, der die Trägerschaft der künftigen Gedenkstätte des U-Haft-Gebäudes übernehmen sollte.

1999/00 schloss der Verein einen Nutzungsvertrag mit der Stadt Dresden, die das Gebäude dem Verein mietfrei zur Verfügung stellte. Ab 1999 übernahmen Vereinsmitglieder und Mitarbeiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten (StSG) Führungen für Gruppen und Einzelpersonen. Im Juni 2001 beschloss der Stiftungsrat der StSG entsprechend dem Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetz die Förderung der Gedenkstätte in der Bautzner Straße.

2004 bis 2007 wurde das Haftgebäude aus Mitteln der Stadt Dresden und des Freistaats Sachsen saniert. Im Dezember 2010 teilte das sächsische Finanzministerium mit, dass 1,9 Mio. Euro aus Rückflüssen des Vermögens von Parteien und Massenorganisationen (PMO-Mittel) der ehemaligen DDR für die Erweiterung der Gedenkstätte „Bautzner Straße Dresden“ freigegeben werden. Mit den Mitteln soll die Gedenkstätte um ein MfS-Verwaltungsgebäude erweitert werden, das zuvor saniert werden muss. Am 2. Juli 2012 haben bei laufendem Gedenkstättenbetrieb die Sanierungsarbeiten für die Erweiterung der Gedenkstätte begonnen. Die Einweihung des Hauses mit einem grundsätzlich neuen Konzept für Führungen und dem ersten Teil einer neuen Dauerausstellung soll 2013 erfolgen, damit einhergehend die Gedenkstätte zu einer Begegnungs- und Bildungsstätte erweitert werden. Die Gedenkstätte besuchen jährlich ca. 10.000 Interessierte.

Ausstellung

„4 Tage im Dezember“

Die Dauerausstellung dokumentiert die Dresdner Ereignisse der Tage vom 3. bis zum 6. Dezember 1989 anhand von Interviews mit Zeitzeugen. Der Schwerpunkt liegt auf der Besetzung der Dresdner Staatssicherheitszentrale und den wichtigen Ereignissen im Vorfeld. Ergänzend zur Ausstellung wird das einzige vorhandene Videodokument zur Besetzung am 5. Dezember 1989 gezeigt.

„Bedenken“

Jugendliche haben im Schüler-Freizeit-Projekt BEDENKEN von 2009 bis 2011 Schicksale von politischen Häftlingen des sowjetischen NKWD/MWD in Dresden aufgearbeitet. Entstanden ist eine Ausstellung, welche die authentischen Kellerzellen von diesen Schicksalen sprechen lässt – neben zahlreichen und informativen Ausstellungsbannern sind auch acht von den Schülern selbst geführte und

bearbeitete Interviews mit den Zeitzeugen zu sehen. BEDENKEN wurde mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Freistaates Sachsen gefördert. Ein Folgeprojekt startete bereits im Oktober 2011.

„Untersuchungshaft des MfS in Dresden“

Auf Schautafeln werden Haftalltag und Haftschicksale in der ehemaligen UHA veranschaulicht. Eine Neukonzeption wird mit der Sanierung des Hauses 2 und der damit verbundenen Erweiterung der Ausstellungsfläche erfolgen.

„Diktatur und Widerspruch – DDR-Geschichte im Fokus“

Die Ausstellung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen bietet in acht Kapiteln einen Überblick über die Geschichte der DDR. Sie beleuchtet dabei das Wechselverhältnis von staatlicher Repression und Widerstand. Die Darstellung umfasst zentrale Ereignisse der DDR-Geschichte und öffnet zugleich den Blick für weniger bekannte Aspekte. Gleichzeitig bietet sie einen Einblick in das politische System der DDR. In der Gedenkstätte Bautzner Straße werden zunächst die Kapitel „Der SED-Staat“ und „Die DDR-Staatssicherheit“ präsentiert. Nach dem Abschluss der Umbaumaßnahmen wird dann die Ausstellung vollständig in der Gedenkstätte zu sehen sein.

Sammlung

Die Gedenkstätte verfügt über Zeitzeugenmaterialien und einige Nachlässe sowie unerfasste Bibliotheks- und Sammlungsbestände. Diese sollen in den nächsten zweieinhalb Jahren erfasst, geordnet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Forschung

Das Forschungsprojekt „Geschichte des Haftortes U-Haftanstalt Bautzner Straße und der BV Dresden des MfS 1945-1990“ dient der wissenschaftlichen Erforschung und Aufarbeitung der Arbeitsweisen, Strukturen und Verflechtungen des sowjetischen Geheimdienstes sowie des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Im Mittelpunkt des Vorhabens stehen die Reflexionen des historischen Ortes und des historischen Geschehens, der Umstände von Repressalien und Verfolgung in der Lebensgeschichte einzelner Menschen und die Verortung im zeitgeschichtlichen Kontext. Ein Ziel ist es, Grundlagen für eine Dauerausstellung und für eine

Publikation zu erarbeiten. Ermöglicht durch die Projektförderung der Bundesstiftung Aufarbeitung werden 30 Interviews mit Menschen durchgeführt, die zwischen 1945 und 1971 inhaftiert waren.

Die Gedenkstätte Münchner Platz, Dresden

Der historische Ort

Als repräsentativer Justizbau für das Dresdner Landgericht zwischen 1902 und 1907 erbaut, diente das Gebäude nach 1933 auch sächsischen Sondergerichten und dem Volksgerichtshof als Ort für Schauprozesse, als Haftanstalt und Exekutionsstätte. Zwei Drittel der annähernd 1.400 hier hingerichteten Opfer der NS-Terrorherrschaft waren Tschechinnen und Tschechen.

Nach 1945 tagten am Münchner Platz sowjetische Militärtribunale, der Gebäudekomplex beherbergte ein Sammel- und Durchgangsgefängnis. Von 1952 bis 1956 fungierte der Ort als zentrale Hinrichtungsstätte der DDR. Etwa die Hälfte der mindestens 66 Getöteten waren Regimegegner und andere Opfer politischer Strafjustiz. 1957 wurde das Gebäude von der Technischen Universität Dresden übernommen, 1959 eine erste „Mahn- und Gedenkstätte des antifaschistischen Widerstandskampfes“ eingerichtet. 1986 folgte eine Erweiterung, so wurde u.a. eine Dauerausstellung eröffnet. Diese Ausstellung beschränkte sich jedoch auf die Zeit des Nationalsozialismus und konzentrierte sich im Sinne des von der SED vorgegebenen Antifaschismuskonzeptes im Wesentlichen auf den kommunistischen Widerstand.

Neuere Forschungen konnten hingegen nicht nur das viel breitere Spektrum der an diesem Ort Verurteilten und Hingerichteten sowie die Rolle des Justizortes Dresden für die Errichtung und Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Terrorherrschaft in Sachsen und den angrenzenden besetzten Gebieten belegen. Sie zeigten auch die überregionale Bedeutung des Gerichts-, Haft- und Hinrichtungsortes in der SBZ und der frühen DDR.

Entstehung und Entwicklung

In den neunziger Jahren erfolgte eine Neukonzeption der Gedenkstätte. 1994 kam sie unter das Dach der neu gegründeten „Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur

Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft“, seit 1999 arbeitet sie in unmittelbarer Trägerschaft der Stiftung. Nach der Schließung des „Museums des antifaschistischen Widerstandskampfes“ wegen gravierender inhaltlicher Mängel im Oktober 1996 organisierte die Gedenkstätte Veranstaltungen und Wechsellausstellungen zur Widerstands- und Justizgeschichte. Seit 1999 gewährleistet der Bund durch BKM gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen durch eine anteilige institutionelle Förderung die Arbeit der Gedenkstätte als Ort mit einer „doppelten“ Vergangenheit. Die Gemengelage ist am Münchner Platz ähnlich wie in Bautzen und Torgau, da es sich um einen Ort mit mehrschichtiger Vergangenheit, mit Bezug zur NS-Terrorherrschaft und zur kommunistischen Diktatur handelt. Anders als Bautzen und Torgau kann der Münchner Platz indes auf eine Geschichte als Gedenkstätte zu Zeiten der DDR zurückblicken. Dadurch tritt die Auseinandersetzung mit der Geschichtskultur der DDR an diesem Ort stärker ins Blickfeld. Gleichzeitig steht angesichts der spezifischen Geschichte des nationalsozialistischen Justizunrechts mit internationaler Ausstrahlung in die benachbarten osteuropäischen Länder an dieser Stätte die NS-Geschichte gegenüber der Nachkriegsgeschichte im Vordergrund.

Ausstellung

Die Gedenkstätte Münchner Platz hat in den Jahren nach 2000 in drei eigenen Ausstellungen auch den Bezug zur Nachkriegsgeschichte des Ortes hergestellt: Während sich die Ausstellungen „Dr. Margarete Blank – Justizmord und Erinnerungspolitik“ (2000) sowie „Kunst und Widerstand. Das Künstlerpaar Eva Schulze-Knabe und Fritz Schulze“ (2004) mit der Gedenkpolitik und dem Umgang mit dem Antifaschismus in der DDR beschäftigte, hatte die Ausstellung „NS-„Euthanasie“ vor Gericht. Der Prozess am Landgericht Dresden 1947“ (2007 in Kooperation mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein und dem Psychiatriemuseum Leipzig) die spezifische Bedeutung Dresdens als Ort der Auseinandersetzung mit nationalsozialistischem Unrecht nach 1945 zum Inhalt. Zu allen drei Ausstellungen wurden ein Rahmenprogramm mit Filmen, Vorträgen und Führungen angeboten sowie jeweils Begleitpublikationen erarbeitet.

Für die Jahre 2011 und 2012 wurde von BKM ein Projektantrag der Gedenkstätte bewilligt, der es ermöglicht, in einer ständigen Ausstellung auch die Nutzung des Justizkomplexes am Münchner Platz in der SBZ und frühen DDR bis 1956 sowie die Geschichte der Gedenkstätte angemessen darzustellen. Die dazu benötigten

Ausstellungsräume konnten mit Mitteln des Konjunkturprogramms II des Bundes ausgebaut werden.

Sammlung

Bis zum heutigen Tage konnten 19 Audio- und Videozeitzeugeninterviews zum Themenbereich Verfolgung in der SBZ und der DDR aufgenommen werden. Nach Recherchen in einschlägigen Archiven bzw. Informationen von Betroffenen und Angehörigen wurden 686 Personen in die Datenbank für Häftlinge aus den Jahren nach 1945 eingegeben. Zu 319 Personen wurden Dossiers angelegt. Auch die Informationen über Juristen, die nach 1945 in der Strafjustiz zum Einsatz kamen, ebenso wie über das Personal der Dresdner Haftanstalten der Jahre nach 1945 konnten erweitert werden. Mehr als 1.500 Fotografien mit Bezug zu den Jahren 1945-89 wurden in die entsprechende Datenbank aufgenommen und nach fotoarchivalischen Grundsätzen gelagert. Auch der Ankauf bzw. die Leihnahme von Nachlässen bzw. Nachlassteilen von in Dresden Hingerichteten bzw. Verstorbenen konnte zuletzt forciert werden.

Bildungsarbeit

Die Gedenkstätte bietet thematische Rundgänge zur Geschichte des Ortes nach 1945 an, beispielsweise:

- Entnazifizierung und juristische Aufarbeitung nach 1945
- Verfolgung und Haft unter der sowjetischen Besatzungsmacht
- Politische Strafjustiz in der DDR
- Jugendwiderstand in der DDR.

Diesem Zeitabschnitt widmen sich auch übergreifende Themen wie:

- Doppelt verfolgt: Widerstand in zwei Diktaturen
- Todesstrafe in der NS-Diktatur und in der DDR
- Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der DDR.

Anhand ausgewählter Einzelschicksale und dazugehöriger Dokumente (Fotos, Justizakten, Briefe, Zeitungsartikel) setzen sich die Schüler während des Projekttages „In den Fängen politischer Strafjustiz“ mit den Verfolgungsmechanismen des politischen Strafrechts der DDR auseinander. Ausgehend von den konkreten

Biografien werden den Schülern historische Zusammenhänge und politische Hintergründe vermittelt. Während des Projekttages „Spurensuche“ gehen die Schüler selbst auf die Suche nach architektonischen Spuren und erkunden den Ort mit verschiedenen Materialien, Hilfestellungen und Aufgaben. Die Fragen und Antworten der Schüler stehen im Mittelpunkt des sich anschließenden, von den Schülern selbst gestalteten Rundgangs. Ziel ist es, den historischen Ort kennen zu lernen und sich anhand von Einzelschicksalen mit der Machtübernahme und der Machtsicherung in Diktaturen zu beschäftigen.

Die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Erfurt

Der historische Ort

Das 1874 bis 1879 entstandene Gerichtsgefängnis an der Erfurter Andreasstraße wurde von 1952 bis 1989 auch von der benachbarten Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit genutzt. Das oberste Geschoss des Westflügels der Strafanstalt, zeitweise auch das darunterliegende, diente als Untersuchungshaftanstalt des MfS. Nach der Friedlichen Revolution und dem Mauerfall am 9. November besetzten am 4. Dezember 1989 Erfurter Bürger die Stasi-Bezirkszentrale. Auch die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit wurde an diesem Tag besetzt.

Entstehung und Entwicklung

An diesem historischen Ort am Domplatz wird derzeit die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße eingerichtet, die im Kernbereich des ehemaligen Zellenbaus der MfS-Untersuchungshaftanstalt entsteht. Das Konzept ist mehrdimensional auf Repression, Friedliche Revolution und Demokratieerziehung hin ausgerichtet. Trägerin ist die „Stiftung Ettersberg. Europäische Diktaturforschung – Aufarbeitung der SED-Diktatur – Gedenkstätte Andreasstraße“. Hier errichtet Thüringen an zentraler Stelle in der Landeshauptstadt Erfurt eine der MfS-Haft und Opposition und Widerstand gewidmete Gedenkstätte sowie eine zeitgeschichtliche Ausstellung zur SED-Diktatur und deren Überwindung durch die Friedliche Revolution in Thüringen. Die Trägerstiftung wirkt mit den örtlichen Opfer- und Zeitzeugenvereinen, die sich entscheidend für die Errichtung der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße engagiert haben, vertraglich zusammen.

Kernstück der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße ist die neue Dauerausstellung. Sie soll eine komplexe Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur bieten, die die Verbindung von Herrschaft, Repression, Opposition, Widerstand und Alltag in der Diktatur aufzeigt. Ergänzt wird die sich selbst erklärende Exposition durch Seminare, Führungen und Exkursionen, Sonderausstellungen, Projektwochen oder -tage, öffentliche Diskussionen, Gedenkveranstaltungen und Zeitzeugengespräche am historischen Ort.

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur und BKM fördern Entwicklung und Gestaltung der Dauerausstellung mit jeweils 839.250 Euro.

Die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft 1933–1989“, Frankfurt an der Oder

Der historische Ort

Die Gedenk- und Dokumentationsstätte befindet sich in einem 1812 errichteten Polizei- und Gerichtsgefängnis in Frankfurt/Oder, das im Laufe der Zeit mehrfache bauliche Erweiterungen erfuhr. Nach 1933 wurde das Gefängnis von der Geheimen Staatspolizei übernommen, die dort auch Hinrichtungen durchführte.

Bis das Ministerium für Staatssicherheit das Gebäude 1950 als Untersuchungshaftanstalt übernahm, war es den sowjetischen Sicherheitsorganen unterstellt. In den Jahren 1950 bis 1952 diente das Gefängnis auch als Hinrichtungsstätte. Nach dem Umzug der UHA des MfS in ein neues Gebäude in der Otto-Grotewohl-Straße 53 (heute Robert-Havemann-Straße 11) wurde das Gebäude 1969 an die Volkspolizei übergeben, die das Gefängnis bis zum Ende der DDR als Untersuchungshaftanstalt führte.

Entstehung und Entwicklung

Nach 1990 wurde der größte Teil des Gebäudes für die Frankfurter Musikschule und die Stadt- und Regionalbibliothek umgebaut. Auf Initiative einer Arbeitsgruppe des Runden Tisches Frankfurt/Oder eröffnete in einigen seiner Räume am 17. Juni 1994 die Gedenk- und Dokumentationsstätte „Opfer politischer Gewaltherrschaft 1933–1989“. 2004 schlossen die Stadt Frankfurt/Oder und der BStU einen Kooperationsvertrag, auf dessen Grundlage der BStU die Gedenkstätte betreibt und die Stadt Trägerin der Einrichtung ist. Während die BStU-Außenstelle Frankfurt/Oder

die Darstellung der Geschichte der SBZ und DDR verantwortet, hat das Museum Viadrina die Ausstellung zur Gefängnisgeschichte im Nationalsozialismus realisiert. Darüber hinaus gibt es seit 2006 eine weitere Dauerausstellung unter dem Titel „Eingesperrt – Untersuchungshaft bei der Staatssicherheit in Frankfurt (Oder)“. In der Gedenkstätte und der Projektwerkstatt für Schüler besteht die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit der politischen Justiz im Nationalsozialismus sowie während der sowjetischen Besatzungszeit und in der DDR.

Die Gedenkstätte Ketschendorf – Sowjetisches Speziallager Nr. 5, Fürstenwalde

Der historische Ort

Bereits im April 1945 und damit als erstes sowjetisches Lager in Brandenburg überhaupt errichtete die sowjetische Besatzungsmacht in Fürstenwalde das Speziallager Nr. 5 in der ehemaligen Arbeitersiedlung der Deutschen Kabelwerke (DEKA). Bis zu seiner Auflösung im Frühjahr 1947 wurden insgesamt rund 10.500 Häftlinge ohne Urteil und Einzelfallüberprüfung festgehalten und anschließend in andere Lager verlegt. Die Gebäude wurden wieder als Wohnhäuser genutzt, die Siedlung um weitere Bauten ergänzt. In der kurzen Zeit seines Bestehens starben im Speziallager Ketschendorf über 4.600 Menschen. Bei Bauarbeiten in den Jahren 1952/53 stieß man auf Massengräber mit Opfern des Lagers. Die Gebeine der dort verscharrten Toten wurden bis auf wenige Ausnahmen exhumiert und in einer von der SED-Diktatur geheim gehaltenen Aktion auf den Waldfriedhof Halbe (Dahme-Spreewald) überführt. In Sammelgräbern wurden sie auf den Feldern IX bis XI zur letzten Ruhe gebettet.

Entstehung und Entwicklung

Im Jahr 1990 gründete sich die Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf. Sie setzte sich zum Ziel, über die Geschichte des Speziallagers aufzuklären. Zum Gedenken an die Opfer hatten Überlebende bereits 1990 eine Erinnerungsstätte errichtet. Sie wurde 1995 aus Mitteln des Landes Brandenburg und in Zusammenarbeit mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der auch Träger der Gedenkstättenarbeit in Halbe ist, zu einem Gedenkhain erweitert. Darüber hinaus ist die Geschichte des Lagers Bestandteil der ständigen Ausstellung im Stadtmuseum Fürstenwalde. Ein Zeitdokument von Überlebenden des Lagers ist

eine 2008 gestaltete Wanderausstellung zur Geschichte des Lagers Ketschendorf, initiiert von der Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.

Die Gedenk- und Begegnungsstätte im Torhaus, Gera

Der historische Ort

Das 1874 erbaute Gerichtsgefängnis in der Straße Amthordurchgang (damals Schloßstraße) wurde während des Nationalsozialismus von der Geheimen Staatspolizei genutzt. Nach dem Zweiten Weltkrieg richtete die sowjetische Besatzungsmacht ein regionales Auffanggefängnis ein. Viele Gefangene wurden von hier in das sowjetische Speziallager Nr. 2 nach Buchenwald verlegt. 1947 wurde das Gefängnis dann wieder der deutschen Gerichtsbarkeit unterstellt.

Von 1952 bis 1990 befand sich in dem Gebäude die Untersuchungshaftanstalt der MfS-Bezirksverwaltung Gera, die über 36 Zellen für 78 Untersuchungshäftlinge verfügte. 1981 starb der dreiundzwanzigjährige Matthias Domaschk unter bis heute ungeklärten Umständen nach einem Verhör durch das MfS in der Haftanstalt. Von 1991 bis 1999 wurde das Gefängnis als Untersuchungshaftanstalt durch den Freistaat Thüringen genutzt, der größte Teil des Gefängnisses 1999 abgerissen.

Entstehung und Entwicklung

Der im Herbst 1997 gegründete Verein „Gedenkstätte Amthordurchgang“ e.V. betreibt die am 18. November 2005 eröffnete Gedenk- und Begegnungsstätte im Verwaltungsgebäude der ehemaligen Haftanstalt in Gera, das zuvor saniert worden war.

Die Gedenkstätte ROTER OCHSE, Halle (Saale)

Der historische Ort

Im Jahre 1842 wurde die königlich-preußische Straf-, Lern- und Besserungsanstalt zu Halle eröffnet. Die architektonische Anordnung des Gebäudes und die beim Bau verwendeten Materialien (Porphyrt und rötliche Ziegelsteine) führten dazu, dass sich im Volksmund bald der Name „Roter Ochse“ durchsetzte. Als Resultat der Revolution von 1848/49 gelangten erstmals aus politischen Gründen Verurteilte in die

Strafanstalt. Der Gebäudekomplex, zu dem auch die heutige Gedenkstätte gehört, unterlag im Laufe der Zeit diversen baulichen Veränderungen.

Die Gedenkstätte befindet sich seit 1995 in einem mehr als 100 Jahre zuvor gebauten Lazarettgebäude, das später als Hinrichtungsstätte der NS-Justiz diente, danach von sowjetischen Geheimdiensten als Haftort genutzt wurde und schließlich als Wirtschafts- und Vernehmergebäude der Untersuchungshaftanstalt der Bezirksverwaltung Halle des MfS Verwendung fand.

Entstehung und Entwicklung

Als Ergebnis einer ersten Bestandsaufnahme der regionalen Gedenkstätten durch das Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt wurde 1993 beschlossen, in der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt Halle des MfS eine Gedenkstätte einzurichten. Im Frühjahr 1994 berief der damalige Innenminister eine Sachverständigen-Kommission ein, um eine Konzeption für die Gedenkstätte zu erarbeiten. Während der Recherchen vor Ort wurde deutlich, dass der ehemalige NS-Hinrichtungsbereich (1942-1945) nahezu das gesamte Erdgeschoss des Gedenkstättengebäudes einnahm, das wiederum durch mehrfache Umnutzung nach dem Krieg bis zur Unkenntlichkeit überformt worden war. Für die weiteren konzeptionellen Arbeiten war insofern zu klären, wie mit der Problematik der Doppelnutzung von Räumen des Hauses aktuell und perspektivisch umzugehen sei.

Ausstellung

Die ersten Ausstellungstafeln im heutigen Gedenkstättengebäude erarbeiteten 1995/96 externe Historiker und die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt. Im ersten Obergeschoss erhielten die Besucher der Gedenkstätte, die seit dem 15. Februar 1996 für die Öffentlichkeit eingeschränkt zugänglich war, auf insgesamt ca. 20 provisorischen Ausstellungstafeln Einblicke in die Geschichte der Haftanstalt sowie in die politische Justiz zwischen 1933 und 1989. Der NS-Bereich wurde 1998 durch zusätzliche Tafeln, die Mitarbeiter der Gedenkstätte erstellten, ergänzt.

Am 15. Februar 2006 konnte die neue Dauerausstellung in der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) eröffnet werden. Die Ausstellung erstreckt sich auf zwei Etagen des Gedenkstättengebäudes und nimmt mehr als 800 qm Grundfläche ein. Neben Ausstellungstexten beinhaltet sie Videoangebote, Hörsequenzen und

Vertiefungsangebote vielfältiger Art. Entsprechend der Konzeption ist die Exposition in zwei getrennte Ausstellungsbereiche gegliedert. Die Dokumentation zur politischen Justiz im Nationalsozialismus ist im Erdgeschoss untergebracht, die für die Zeit der SBZ und der DDR bzw. zum Wirken des MfS im zweiten Obergeschoss. Sie umfasst auch einige Räume im ersten Obergeschoss. In dieser Etage entstand jedoch vor allem ein Bereich für Sonder- und Wechselausstellungen.

Das Besondere an der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) innerhalb der regionalen Gedenkstättenlandschaft ist die Verortung von NS-Terrorherrschaft und kommunistischer Diktatur in der SBZ und in der DDR am gleichen historischen Ort. Das Vermitteln der jeweils spezifischen Aspekte bleibt eine wesentliche Aufgabe der Gedenkstätte.

Sammlung

Im Zeitzeugenbüro werden zum Teil umfangreiche Unterlagen, die durch Opfer der politischen Justiz oder deren Angehörige sowie Opferverbände in die Gedenkstätte gelangten, archiviert und für pädagogische Zwecke sowie für verschiedene Präsentationen aufbereitet. Hierbei handelt es sich nicht nur um Opferakten, denn seit Eröffnung des Hauses besteht ein Ziel der Forschungsarbeit darin, neben den NS-Tätern auch verantwortlich handelnde Akteure des MfS benennen zu können. Im Fundus der Gedenkstätte steht ein umfassender Objektbestand aus den Hinterlassenschaften des MfS zur Verfügung. Die zum Teil einzigartigen und seltenen Exponate werden im Rahmen von Sonderausstellungen zur Untersuchungshaft und zum Strafvollzug im „Roten Ochsen“ präsentiert.

Das Frauengefängnis Hoheneck

Der historische Ort

Die Burg Hoheneck wurde 1862 erstmals als Sächsisches Weiberzuchthaus erwähnt, später wurde sie als Haftanstalt für Männer und als Reservelazarett genutzt. Den Nationalsozialisten diente Hoheneck im Frühjahr 1933 für den Vollzug sogenannter Schutzhaft („Frühes Konzentrationslager“).

Die Geschichte Hohenecks als zentrales Frauengefängnis der DDR begann 1950 mit der Einlieferung von 1.119 Frauen aus den Speziallagern Bautzen und

Sachsenhausen, die durch sowjetische Militärtribunale in der SBZ verurteilt worden waren. Neben den Frauen befanden sich auch 30 Kleinkinder im Gefängnisbereich, die in den Lagern geboren wurden. Die ersten sechs Jahre des sozialistischen Strafvollzugs in Hoheneck waren geprägt von Entbehrung, Überbelegung und mangelnder Hygiene. Von Ende der 50er Jahre bis 1989 waren in Hoheneck mit unterschiedlicher Gewichtung kriminelle und politische Häftlinge gemeinsam unter oft menschenunwürdigen Umständen inhaftiert. In dieser Zeit war die Strafvollzugsanstalt Hoheneck mehreren Veränderungen unterworfen. Mit dem Passgesetz von 1957 wurde der neue Straftatbestand „Republikflucht“ geschaffen. Auch der Beginn des Häftlingsfreikaufs und die Verabschiedung des ersten Strafvollzugsgesetzes von 1968 waren von Bedeutung. Durchschnittlich waren fast 1.500 Frauen in Hoheneck inhaftiert. Ausgelegt war das Gefängnis für etwa 600 Gefangene. Nach dem Herbst 1989 wurde die Anstalt weiter als JVA für den Strafvollzug genutzt.

Entstehung und Entwicklung

Im April 2001 wurde die JVA Hoheneck endgültig geschlossen und das Gebäude im Juni 2003 an einen privaten Investor verkauft. Es sollte u.a. ein „Erlebnishotel“ entstehen. Nach Protesten der ehemaligen gefangenen Frauen gegen dieses Nutzungskonzept nahm der Investor Abstand von diesen Plänen.

Am historischen Ort besteht noch keine Gedenkstätte. Die Besichtigung des Gefängnisses ist aber im Rahmen von geführten Rundgängen möglich. Die Voraussetzung für eine Erschließung des Ortes als Gedenkstätte war zunächst eine Verständigung zwischen dem Eigentümer, der Stadt Stollberg, dem Freistaat Sachsen über seine Stiftung Sächsische Gedenkstätten und dem Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen e.V. sowie engagierter Stollberger Bürger und der Stollberger Volksvertreter in Land und Bund. Nahziel ist die Erarbeitung einer Konzeption für eine Gedenkstätte im ehemaligen Frauengefängnis; die Eckpunkte stehen fest, die Konzeption soll noch 2012 der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zugehen.

Am 13. Mai 2011 besuchte der damalige Bundespräsident Christian Wulff das ehemalige Gefängnis in der Burg Hoheneck und sprach anlässlich des Festakts zum 20. Jahrestag der Gründung des Frauenkreises der ehemaligen Hoheneckerinnen.

Ausstellung

Am 2. Oktober 2001 wurde in der Stadtbibliothek Stollberg die mit Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung und gemeinsam mit dem Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen erarbeitete ständige Ausstellung „'Ich dachte, es gibt draußen keine andere Welt'. Frauen als politische Gefangene in Hoheneck“ eröffnet. Es ist die bundesweit einzige Ausstellung, die den Strafvollzug im zentralen Frauengefängnis der DDR dokumentiert. In der Ausstellung lassen sich zwölf Zellentüren der ehemaligen Haftanstalt öffnen, hinter denen die Besucher über die Haftgründe und über die Haftbedingungen informiert werden. Ergänzend verdeutlicht eine Zelleninszenierung die Enge der Hafträume.

Zeitzeugenarbeit

Der Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen führt mit Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Leipzig jährlich ein Treffen in Stollberg durch, in dessen Verlauf auch Zeitzeugengespräche in Schulen durchgeführt werden.

Der 2011 ausgestrahlte Fernsehfilm „Es ist nicht vorbei“ führte zu einem erhöhten öffentlichen Interesse am Frauengefängnis Hoheneck und dem Schicksal der dort inhaftierten Frauen.

Die Dokumentationsstätte in Jamlitz/Lieberose – Sowjetisches Speziallager Nr. 6

Der historische Ort

Nach der Auflösung eines Außenlagers des nationalsozialistischen KZ (Konzentrationslager) Sachsenhausen wurde das Gelände in Jamlitz seit September 1945 als sowjetisches Speziallager Nr. 6 genutzt. Insgesamt hatten bis zur Auflösung des Speziallagers im April 1947 etwa 10.300 Häftlinge das Lager Jamlitz durchlaufen, von denen rund 3.400 in der Haft umkamen. Vor allem im Winter 1946/47 war die Sterberate sehr hoch. Die Toten wurden zunächst in Einzel-, später in anonymen Massengräbern in der Nähe der Bahnlinie Frankfurt/Oder nach Cottbus verscharrt. Im Frühjahr 1947 wurden 6.000 Häftlinge aus Jamlitz in die Speziallager Mühlberg und Buchenwald gebracht, auf dem Transport gab es weitere Tote. Bereits

Ende September 1947 riss die Rote Armee die Baracken des Lagers ab. In den 1950er Jahren entstanden hier Eigenheime.

Nachdem Bauarbeiter im Frühjahr 1971 in einer Kiesgrube bei Staakow 577 Skelette, einen Teil der im Jahr 1945 insgesamt 1.342 ermordeten jüdischen Häftlinge des KZ-Außenlagers, entdeckt hatten, wurde eine Urne mit ihrer Asche am Rande des Friedhofs in der fünf Kilometer entfernten Stadt Lieberose beigesetzt und 1973 an dieser Stelle ein „antifaschistisches“ Mahnmal eingeweiht. Die jüdischen Toten wurden für die Staatsdoktrin des Antifaschismus vereinnahmt. Die Gebeine waren entgegen der jüdischen Bestattungsregel eingeäschert worden. Das Zahngold der Toten übernahm das Ministerium für Staatssicherheit und schmolz es ein. 1982 erfolgte unweit dieses Mahnmals die Eröffnung eines auf Initiative der Stadt Lieberose errichteten Museums. Es wird heute durch die ehrenamtliche Tätigkeit des „Vereins zur Förderung des Mahnmals“ betreut. Unterhaltungs- und Pflegekosten für Museum und Mahnmal trägt die Stadt Lieberose. Wenngleich in der mittlerweile überarbeiteten Ausstellung nun auch an die in der DDR zu kommunistischen Widerstandskämpfern umgedeuteten jüdischen Opfer erinnert wird, besteht weiterhin dringender Bedarf an einer Kommentierung des in der Tradition des Antifaschismus errichteten Mahnmals.

Entstehung und Entwicklung

Zum Gedenken an die Opfer des Speziallagers Nr. 6 wurde im Herbst 1995 östlich vom Bahnhof Lieberose (Jamlitz) bei den dort lokalisierten Massengräbern ein Waldfriedhof eingeweiht, der auf dem Gebiet der Gemeinde Schenkendöbern liegt. Er wird durch die Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V. betreut. Für die Friedhofspflege werden nach dem Gräbergesetz Mittel durch das Brandenburgische Ministerium des Innern bereitgestellt. Die Evangelische Kirchengemeinde Lieberose ist Träger von Dokumentationsstätten zur Geschichte sowohl des KZ-Außenlagers wie des Speziallagers. Mit Förderung des Brandenburgischen Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurden im Jahr 2003 zwei separate Freilichtausstellungen auf dem ehemaligen Lagergelände in enger Kooperation mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, dem Zentralrat der Juden in Deutschland und der Initiativgruppe Jamlitz erarbeitet.

Die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker, Leipzig

Die historischen Orte

Das Bürgerkomitee Leipzig e.V. betreut drei historisch bedeutsame Orte im Raum Leipzig:

Die „Runde Ecke“

Nach der Befreiung Leipzigs 1945 bezog die US-Armee für wenige Monate im Gebäude der „Runden Ecke“ – der Name entstand aus der architektonischen Besonderheit des abgerundeten Eckgebäudes – Quartier. Anschließend nutzten das sowjetische NKWD und der MfS-Vorläufer „K5“ die Liegenschaft. 1950 wurde das Gebäude Sitz der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit und blieb es bis 1989. Die „Runde Ecke“ bildete in Leipzig 40 Jahre lang das Symbol für die Unterdrückung durch die SED und die flächendeckende Durchdringung der Gesellschaft mit Misstrauen, psychischer, aber auch physischer Gewalt. Am 4. Dezember 1989 besetzten Leipziger Bürger im Anschluss an eine Montagsdemonstration friedlich die Bezirksverwaltung für Staatssicherheit. Heute nutzt die Außenstelle Leipzig des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR einen großen Teil des Gebäudes.

Der Bunker

In Machern, 30 km östlich von Leipzig, unterhielt der Leiter der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig seine Ausweichführungsstelle (AFüSt). Sie liegt im Naherholungsgebiet Lübschützer Teiche und war einst als eine Ferienanlage des VEB Wasserversorgung und Abwasserbehandlung Leipzig getarnt. Kern der Anlage ist der von 1968 bis 1972 gebaute Bunker. Im sogenannten Spannungs- und Mobilmachungsfall hätten 120 Hauptamtliche Mitarbeiter der Staatssicherheit sowie zwei Verbindungsoffiziere des sowjetischen KGB ihre Tätigkeit aus der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig, der „Runden Ecke“, nach Machern verlagert. Die AFüSt war ein heimlich geschaffener Komplex, durch den sich die Führungsriege des MfS ihren Machtanspruch im Fall eines Ausnahmezustands zu erhalten gedachte.

Die zentrale Hinrichtungsstätte in der Leipziger Südvorstadt

In der Leipziger Südvorstadt, in abgetrennten Räumen der Strafvollzugseinrichtung Alfred-Kästner-Straße, wurden zwischen 1960 und 1981 alle in der DDR verhängten Todesurteile zentral vollstreckt. Die Räume sind weitgehend im originalen Zustand erhalten geblieben. Bis 2002 befand sich hier eine Strafvollzugseinrichtung. Der Hafttrakt im Innenhof des Komplexes wurde inzwischen abgerissen; heute ist das Gebäude Gerichtssitz.

Entstehung und Entwicklung

Das Bürgerkomitee Leipzig e.V. ist Träger der Gedenkstätte mit dem Museum in der „Runden Ecke“ und dem Museum im Stasi-Bunker.

In der Nacht der Besetzung der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit wurde das Bürgerkomitee Leipzig gegründet. Neben der Auflösung des MfS und der Sicherung der Akten stand immer auch die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Funktionsweise der SED-Diktatur im Mittelpunkt der Bemühungen. Mit Objekten und Dokumenten aus den sichergestellten Archiven und den Erkenntnissen aus den Befragungen der Stasi-Offiziere erarbeitete der Verein die deutschlandweit erste Ausstellung über die Staatssicherheit. In den folgenden Jahren hat sich eine Gedenkstätte entwickelt, die in einem Gebäude mit wechselvoller Geschichte über die kommunistische Diktatur aufklärt.

Im Januar 1990 wurde außerdem die Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung in Machern bei Leipzig entdeckt und deren weitere beziehungsweise erneute militärische Nutzung verhindert. Seit 1996 ist das Museum im Stasi-Bunker Teil der Gedenkstätte und bislang einmal im Monat für Besucherverkehr geöffnet. Die Kombination aus früherer Bezirksverwaltung und zugehöriger Ausweichführungsstelle unter dem Dach einer Gedenkstätte ist einmalig. In beiden Einrichtungen befinden sich thematische Ausstellungen am authentischen Ort in größtenteils original erhaltenen Räumen. Der ehemalige Stasi-Bunker in Machern ist darüber hinaus weitgehend original eingerichtet; das Außengelände ist ebenfalls in seinem ursprünglichen Zustand erhalten.

Eine dritte Stätte der Mahnung und des Gedenkens, die vom Bürgerkomitee Leipzig betreut wird, ist die ehemalige zentrale Hinrichtungsstätte in der Leipziger Südvorstadt. Momentan ist die denkmalgeschützten Stätte nur an wenigen Tagen zu

besichtigen. Das Bürgerkomitee arbeitet jedoch gemeinsam mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz daran, sie künftig als justizgeschichtlichen Erinnerungsort regelmäßig zugänglich zu machen.

Das Bürgerkomitee Leipzig e.V. betrachtet es als seine vorrangige Aufgabe, die beschriebenen authentischen Orte für die Zukunft zu erhalten, für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und sie als Stätten der Mahnung, des Gedenkens und der Erinnerung, aber auch der politischen Bildung zu etablieren. Es berücksichtigt dabei sowohl museologische als auch gedenkstättenpädagogische Notwendigkeiten.

Für den Betrieb der Gedenkstätte erhält das Bürgerkomitee Leipzig e.V. eine institutionelle Förderung durch den Freistaat Sachsen und durch BKM – ausgereicht über die Stiftung Sächsische Gedenkstätten – und von der Stadt Leipzig sowie für Projektförderungen u.a. von dem Kulturräum Leipzig und der Bundesstiftung Aufarbeitung. Ein weiterer Teil der Einnahmen besteht aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Entgelten. Insgesamt besuchen weit über 100.000 Menschen im Jahr die Gedenkstätte oder kommen zu einer der rund 30 bis 40 Veranstaltungen.

Ausstellung

Bereits im Frühjahr 1990 eröffnete das Leipziger Bürgerkomitee eine Sonderausstellung zu Struktur und Arbeitsweise der Staatssicherheit auf dem Leipziger Sachsenplatz. Wenige Monate später, ab dem 31. August 1990, wurde diese als Dauerausstellung „Stasi – Macht und Banalität“ in den originalen Räumen der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltung gezeigt. In ihr informiert die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ in einer Gesamtschau über Strukturen, Geschichte und Arbeitsweise der Staatssicherheit.

Wie die Stadt 1989 zum Zentrum der Bürgerbewegung wurde, erzählt seit dem 3. Oktober 2009 eine Sonderausstellung. Mit originalen Flugblättern, Fotos von Demonstrationen, Plakaten und Dokumenten zeichnet die Schau die Entwicklung der Oppositionsgruppen nach und orientiert sich an den konkreten Aktionen des politischen Widerstandes in Leipzig im Jahr 1989. Zum 20-jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit beleuchtet die Ausstellung die Entwicklung von den ersten freien Wahlen in der DDR bis zur Wiedervereinigung 1990.

Seit dem Herbst 2010 markiert eine Stelenausstellung „Orte der Friedlichen Revolution“ im Leipziger Stadtraum Punkte, an denen Aktionen stattfanden, die zum Sturz der SED-Diktatur und zum demokratischen Umbruch beitrugen (vgl. Seite 244).

Zum Themenkomplex Todesstrafe in der DDR hat die Gedenkstätte außerdem eine Werkausstellung entwickelt, die in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ zu sehen ist.

Sammlung

Die Gedenkstätte hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Fachmuseum für das Thema Staatssicherheit entwickelt. Sie verfügt über eine Sammlung mit mehr als 40.000, zum Teil einzigartigen Objekten und hat fast 2.000 davon in einer Online-Datenbank einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die umfassende Sammlung zum Thema Staatssicherheit wird fortlaufend erschlossen. Zahlreiche Objekte und Exponate sind bereits fachgerecht gelagert und inventarisiert, sodass sie für eine museale Nutzung zur Verfügung stehen. Bei der Inventarisierung kommen den Gedenkstättenmitarbeitern die Erkenntnisse aus der Akteneinsicht beim BStU zugute, die nach Möglichkeit kontinuierlich erfolgt. Die Sammlung der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ mit dem Museum im Stasi-Bunker wird außerdem gezielt vervollständigt.

Forschung

Zur Verbesserung seiner Arbeit befasst sich das Bürgerkomitee auch immer wieder mit der Erforschung der SED-Diktatur und der Staatssicherheit. Diese ist besonders im Zuge der geplanten Ausstellungsüberarbeitung von großer Bedeutung und soll in den kommenden Jahren auf- und ausgebaut werden. Beim BStU laufen mehrere Forschungsanträge unter anderem zur Post- und Telefonkontrolle, zur ehemaligen Ausweichführungsstelle, zu den Mobilmachungsplänen des MfS und zu den Themen Opposition und Widerstand in Leipzig. Im Rahmen der Sonderausstellung „Leipzig auf dem Weg zur Friedlichen Revolution“ sind dazu bereits wesentliche Erkenntnisse gewonnen worden, die in den kommenden Jahren vervollständigt werden sollen. Zum Thema Todesstrafe in der DDR laufen ebenfalls Anträge zur Akteneinsicht.

Veranstaltungen

Das Bürgerkomitee Leipzig lädt regelmäßig zu Veranstaltungen in die „Runde Ecke“ ein. Es beteiligt sich an Veranstaltungsreihen wie „Leipzig liest“, der Museumsnacht und dem Tag des offenen Denkmals, organisiert Diskussionsabende mit Bürgerrechtlern, Wissenschaftlern und Politikern und veranstaltet Konferenzen zu aktuellen Themen des Aufarbeitungsprozesses und beteiligt sich an Arbeitsgruppen wie etwa der Initiative Herbst '89 und Stolpersteine Leipzig. Die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ hat sich mit zahlreichen Veranstaltungen als Ort des aktuellen gesellschaftlichen und politischen Diskurses etabliert. Als Veranstaltungsort nutzt das Bürgerkomitee den ehemaligen Stasi-Kinosaal, den es weitgehend authentisch erhalten konnte.

Neben Führungen durch die Dauerausstellung bietet das Bürgerkomitee regelmäßig den Stadtrundgang „Auf den Spuren der Friedlichen Revolution“ an. Dieser führt unter anderem zum Nikolaikirchhof, wo schon im Frühjahr '89 der Ruf nach Freiheit laut wurde, zum Augustusplatz, wo im Herbst Massenkundgebungen stattfanden, und zum Leipziger Ring entlang der Marschroute der Demonstrationen.

Bildungsarbeit

Besonders jungen Menschen, die die DDR nicht mehr aus eigenem Erleben kennen, wird die Geschichte der SED-Diktatur und deren friedlicher Überwindung altersgerecht und anschaulich am authentischen Ort vermittelt und die Bedeutung der Werte Freiheit und Demokratie verdeutlicht. Die „Runde Ecke“ hat sich in den letzten Jahren als außerschulischer Lernort etabliert. Für zahlreiche Schulen und Jugendeinrichtungen gehört ein Besuch in der „Runden Ecke“ zum Standardprogramm und stößt bei den Jugendlichen selbst auf positive Resonanz. Ein Besuch in der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ gehört in vielen Leipziger Schulen zum Lehrplan. Die meisten Klassen kommen zu einer Führung durch die Dauerausstellung. Auf Wunsch bietet die Gedenkstätte zusätzlich dazu Gespräche bzw. Rundgänge mit thematischem Schwerpunkt an. Einige Schülergruppen gestalteten auch ihre Projektstage im Haus. Zusätzlich bewirbt die Gedenkstätte ein neues museumspädagogisches Angebot „Schüler führen Schüler“. Es handelt sich dabei um eine durch Arbeitsmaterialien gestützte Führung durch die Dauerausstellung, bei der die Schüler zunächst einen Überblick erhalten, im zweiten Teil dann selbst aktiv werden und sich anhand dieser Arbeitsmaterialien und der

Ausstellung mit der Thematik beschäftigen, ihr Wissen darüber vertiefen und am Ende jeweils einen Teil der Dauerausstellung ihren Mitschülern präsentieren.

Daneben bietet das Bürgerkomitee für fremdsprachige Schulklassen Führungen an. Außerdem wurden die seit 2008 etablierten Audioguide-Führungen jugendgerecht überarbeitet und erweitert. Sie sind nun in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache möglich.

Die Gedenkstätte Moritzplatz, Magdeburg

Der historische Ort

Das im Jahre 1876 errichtete Gefängnis am Moritzplatz nutzten von 1945 bis 1956 die ostdeutsche Justiz und die Deutsche Volkspolizei als „Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt“. 1958 übernahm das Ministerium für Staatssicherheit der DDR die Einrichtung als Untersuchungshaftanstalt für den Bezirk Magdeburg. Unter menschenunwürdigen Bedingungen inhaftierte es hier über 4.000 Männer und Frauen, viele wegen „versuchter Republikflucht“. Das MfS versuchte ihnen „Geständnisse“ abzupressen, auf Grund derer sie als angebliche Staatsfeinde zu langen Haftzeiten verurteilt wurden. Wie schon am 17. Juni 1953 forderten Demonstranten auch während der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 die Freilassung der politischen Gefangenen. Im Dezember 1989 entließ das MfS die letzten Häftlinge.

Entstehung und Entwicklung

Im März 1990 bot sich Tausenden von Interessierten erstmalig die Möglichkeit, den Gebäudekomplex der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt in Magdeburg zu besichtigen und sich einen ersten Eindruck zu verschaffen, unter welchen Bedingungen der von der SED gesteuerte Geheimdienst mitten im Stadtgebiet Magdeburgs seit Jahrzehnten vermeintliche Staatsfeinde in Haft gehalten hatte.

Schon damals wurde die Forderung erhoben, dass dieser Ort eine Gedenkstätte werden müsse. Im Herbst 1990 zeigten das Bürgerkomitee Magdeburg und Memorial Magdeburg e.V. die Ausstellung „Stasi in Magdeburg“, die in sechs Wochen 23.000 Besucher zählte. Im Dezember 1990 beschloss die Stadtverordnetenversammlung am historischen Ort eine Gedenkstätte einzurichten.

Angebunden war die Gedenkstätte an die Städtischen Museen Magdeburg. Das Land Sachsen-Anhalt übernahm 1994 mittels Verwaltungsvereinbarung mit der Kommune die Trägerschaft und finanzierte die Gedenkstätte bis einschließlich 2006 zu 95 Prozent. Seit 2007 ist die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt Trägerin der Einrichtung.

Die Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg erinnert an die während der Sowjetischen Besatzungsherrschaft und in der DDR durch die Justiz, die Deutsche Volkspolizei und das MfS aus politischen Gründen Verfolgten und Inhaftierten. Sie gehört zu den wenigen Gedenkstätten in ehemaligen MfS-Haftanstalten, in denen u.a. das im Original belassene Hafthaus und die „Freistundenzellen“ in die Bildungsarbeit einbezogen werden können. Im Vorderhaus (früheres Vernehmergebäude) sind ein Vernehmerraum, der Besucherkeller und der Flur im authentischen Zustand zu besichtigen.

Im Rahmen von Führungen, Projekttagen, der Präsentation von Ausstellungen, der Durchführung von Veranstaltungen und der Erstellung von Publikationen schafft die Gedenkstätte für Schüler und Erwachsene Angebote auf dem Gebiet der politischen Bildung. Die Arbeit in der Gedenkstätte trägt dazu bei, durch Forschung und historisch-politische Bildung über Strukturen, Wirkungsmechanismen und Auswirkungen der Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR aufzuklären und ein würdevolles Gedenken an die Opfer politischer Gewaltherrschaft zu ermöglichen. Traditionell verstehen sich die Mitarbeiter der Gedenkstätte jedoch auch als Ansprechpartner für ehemalige politische Häftlinge, beraten diese u.a. in ihrem Ringen um die Anerkennung der Folgen ihrer Inhaftierung und zeichnen ihre Lebensberichte auf.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat die Gedenkstätte mehreren Vereinen Räume zur Verfügung gestellt, sowohl Opferverbänden als auch Vereinen, die sich mit Menschenrechtsverletzungen beschäftigen. Noch heute hat der Landesverband Sachsen-Anhalt der Vereinigung der Opfer des Stalinismus seinen Sitz in der Gedenkstätte. Des Weiteren befindet sich seit 1992 das Dokumentationszentrum des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt e.V. im Gebäudekomplex der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt am Moritzplatz.

Ausstellung

Seit Juni 2004 wird die Ausstellung des Bundesjustizministeriums „Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED“ in der obersten Etage des Zellentrakts dauerhaft präsentiert und in die politische Bildungsarbeit einbezogen. Die neue Dauerausstellung „Grundsätzlich kann von jedem Beschuldigten ein Geständnis erlangt werden“ und „Die Untersuchungshaftanstalt Magdeburg-Neustadt 1945 – 1989“ wurde im Januar 2012 eröffnet. Sie gibt in zwölf Räumen im Zellentrakt und im Erdgeschoss des Vorderhauses einen Überblick über die Geschichte des Hauses und die politische Verfolgung durch die ostdeutsche Justiz, die Deutsche Volkspolizei und das MfS im ehemaligen Bezirk Magdeburg. Sie lässt dabei – über Medienstationen – besonders ehemalige politische Häftlinge zu Wort kommen. Die Erstellung der neuen Dauerausstellung wurde von BKM und dem Innenministerium des Landes Sachsen-Anhalt gefördert.

Zeitzeugenarbeit

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Gedenkstätte und dem im Haus ansässigen Landesverband der VOS besteht nicht nur in der engen inhaltlichen Kooperation, sondern auch in der Einbindung von Mitgliedern des VOS als Zeitzeugen in die Bildungsarbeit der Gedenkstätte. Darüber hinaus engagieren sich auch andere ehemalige politische Häftlinge als Zeitzeugen. Besuchergruppen nehmen in der Regel nach Führungen bzw. im Rahmen von Projekttagen die Möglichkeit eines Gespräches mit einem oder mehreren Zeitzeugen wahr.

Bildungsarbeit

Seit Beginn der Gedenkstättenarbeit ist die Zahl der angemeldeten Gruppenführungen stetig gewachsen. Waren es zu Beginn eher Gruppen von Erwachsenen, hat sich dies bereits Mitte der 1990er Jahre immer mehr dahingehend gewandelt, dass die Gedenkstätte von vielen Schulen aus der Region als außerschulischer Lernort genutzt wird. Es werden ca. 250-300 Gruppenführungen pro Jahr durchgeführt, davon ca. 75 Prozent für Schüler. Dies ist eine Besonderheit im Vergleich zu anderen Gedenkstätten in der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. Die Mitarbeiter der Gedenkstätte und des Dokumentationszentrums arbeiten fortlaufend daran, die Angebote für Schüler zu verbessern. Es gibt ein breites Spektrum an möglichen Projekttagen, Arbeit mit Akten über Verfolgungsschicksale, Arbeit in der neuen Dauerausstellung, in der Ausstellung „Im Namen des Volkes?“

Über die Justiz im Staat der SED“ sowie in den Sonder- und Wanderausstellungen der Gedenkstätte und des Bürgerkomitees. Besonderer Wert wird seit Jahren auf Lehrerfortbildungen gelegt, zu verschiedensten Themen finden pro Jahr mehrere solcher Veranstaltungen statt.

Die Gedenkstätte Mühlberg – Sowjetisches Speziallager Nr. 1

Der historische Ort

Nach der Befreiung am 23. April 1945 durch die Rote Armee wurde das ehemalige nationalsozialistische Kriegsgefangenenlager zunächst für die Rückführung von „Ostarbeitern“ und gefangen genommenen Angehörigen der „Wlassow-Armee“⁹ genutzt. Im September 1945 übernahm das sowjetische NKWD das Lager und baute es zum Speziallager Nr. 1 aus. Bis 1948 wurden hier über 21.000 Menschen festgehalten. Von ihnen überlebten etwa 7.000 die Gefangenschaft nicht. Sie wurden in Massengräbern am Rande des Geländes begraben.

Entstehung und Entwicklung

Der Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V. ist es zu verdanken, dass die Geschichte des Speziallagers nicht in Vergessenheit geraten ist. Mit Unterstützung des Brandenburgischen Ministeriums des Innern und des zuständigen Landrats wurde eine Gräber- und Gedenkstätte errichtet, in welcher der Opfer mit einem Hochkreuz gedacht wird. Auf der Grundlage neuerer Forschungen wird seit 2008 in der Anlage zudem auch namentlich an die Verstorbenen erinnert. Im Mai 2012 wurde mit der Unterstützung des Landes eine Freiluftausstellung eingeweiht, die über sämtliche historische Schichten des ehemaligen Lagergeländes informiert.

⁹ In ihr kämpften ab Ende 1944 auf deutscher Seite als „russische Befreiungsarmee“ des ehemaligen Generalleutnants Andrej A. Wlassow (1901–1946) Freiwillige, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, russische Emigranten und andere.

Die Mahn- und Gedenkstätte Fünfeichen – Sowjetisches Speziallager Nr. 9, Neubrandenburg

Der historische Ort

In Neubrandenburg entstand 1939 auf dem Gelände der dortigen Wehrmachtskaserne ein Kriegsgefangenenlager. Dieses wurde am 28. April 1945 durch die Rote Armee befreit. Von Mai bis September 1945 dienten das ehemalige Kriegsgefangenenlager und die Kasernen zur Unterbringung befreiter Kriegsgefangener, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die auf ihre Rückkehr in die Heimat warteten. Im Juni 1945 begannen die sowjetischen Sicherheitsorgane, in den Baracken des Kriegsgefangenenlagers deutsche Internierte einzusperren. So entstand das Speziallager Nr. 9. Ungefähr 15.000 Menschen sind bis zur Auflösung des Speziallagers hier interniert worden. Aufgrund der katastrophalen Lebensbedingungen verstarben über 4.700 Internierte, 5.400 wurden entlassen, über 3.500 in andere Speziallager verlegt, andere kamen in sowjetische Zwangsarbeitslager oder zur Verurteilung vor ein Sowjetisches Militärtribunal. Am 4. November 1948 verließen die letzten 179 Internierten das Lager, im Januar 1949 wurde seine Existenz offiziell für beendet erklärt.

Zu DDR-Zeiten wurde ausschließlich an die Geschichte des Kriegsgefangenenlagers erinnert, 1961 eine Gedenkanlage an den Gräbern der Kriegsgefangenen errichtet; die Einzelgräber wurden eingeebnet und ein symbolischer Glockenturm errichtet. Die Gedenkstätte gehörte ab 1979 zu einem Sperrgebiet und fand als Truppenübungsplatz Verwendung. Die Nationale Volksarmee (NVA) nutzte das Gelände bis 1990.

Entstehung und Entwicklung

Mitarbeiter des Regionalmuseums Neubrandenburg entdeckten im März 1990 erste Massengräber mit den Toten des Speziallagers. Der Fund stieß eine Debatte über das Lager an, ein öffentliches Gedenken an die Toten wurde erstmals möglich. Zu Ostern 1990 fand die erste Gedenkveranstaltung auf dem sogenannten Südfriedhof statt. Im April 1991 gründeten ehemalige Internierte und Hinterbliebene die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen, die zur treibenden Kraft für die Neugestaltung der Gedenkstätte und die Erinnerungsarbeit wurde. 1993 konnte die neu gestaltete Mahn- und Gedenkstätte eingeweiht werden. Neben dem Friedhof der Kriegsgefangenen sind zwei Friedhöfe für die Gefangenen im Speziallager markiert.

1999 konnten auf dem Südfriedhof 59 Bronzetafeln mit den Namen von 5.169 Toten der Öffentlichkeit übergeben werden. Im Jahr 2000 erwarb die Stadt Neubrandenburg vom russischen Staatsarchiv über 100 einzigartige Fotos vom sowjetischen Speziallager, die zu Propagandazwecken aufgenommen worden waren.

Bildungsarbeit

Die Arbeitsgemeinschaft Fünfeichen bietet Zeitzeugengespräche und Führungen über das Gelände der Gedenkstätte an. Die Mitarbeiter des Stadtarchivs Neubrandenburg begleiten Projekttag oder -wochen fachlich. Im Archiv können umfangreiche Materialien zur Geschichte der Lager eingesehen werden. Das Regionalmuseum Neubrandenburg präsentiert eine kleine Ausstellung zur Geschichte der Lager.

Die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen – Sowjetisches Speziallager Nr. 7/Nr. 1, Oranienburg

Der historische Ort

Als Modell- und Schulungslager in unmittelbarer Nähe der Reichshauptstadt Berlin nahm das KZ Sachsenhausen bei Oranienburg eine Sonderstellung im System der nationalsozialistischen Konzentrationslager ein. Zwischen 1936 und 1945 hielten die Nationalsozialisten hier über 200.000 Menschen gefangen. Viele Gefangene wurden von der SS (Schutzstaffel) ermordet, fielen der Devise „Vernichtung durch Arbeit“ in den umliegenden Rüstungsbetrieben zum Opfer oder kamen durch die katastrophalen Haftbedingungen um. Das Lager wurde im April 1945 evakuiert, kurz bevor es von sowjetischen und polnischen Truppen am 22./23. April befreit wurde.

Nach Kriegsende errichtete das sowjetische NKWD in dem geräumten nationalsozialistischen KZ Sachsenhausen das größte Speziallager der sowjetischen Besatzungszone. Im Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen waren insgesamt bis zu 60.000 Menschen inhaftiert. Dieses Lager befand sich bereits seit April 1945 in Weesow (Landkreis Barnim), wo einige Bauernhöfe als Lager geräumt worden waren. Im August 1945 wurde das Speziallager Nr. 7 auf das Gelände des nationalsozialistischen Konzentrationslagers Sachsenhausen verlegt, im Sommer

1948 in „Speziallager Nr. 1“ umbenannt. Mindestens 12.000 Menschen starben in Folge der unmenschlichen Haftbedingungen.

Nach der Auflösung des Speziallagers im August 1950 wurden die Überlebenden von der Militärverwaltung entlassen, in die Sowjetunion deportiert oder zur Verurteilung durch Sondergerichte der DDR übergeben. Zwischen 1950 und 1956 nutzte die Kasernierte Volkspolizei bzw. die Nationale Volksarmee das Gebäude und zerstörte einen großen Teil der KZ-Anlage, unter anderem das Krematorium und die Vernichtungsstation Z. Im Jahr 1961 wurde die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen auf einem Teil des ehemaligen Lagergeländes eingeweiht, die an die KZ-Verbrechen erinnerte und die DDR als das bessere, antifaschistische Deutschland präsentierte. Zuvor hatten die Planer abermals zahlreiche Gebäude abreißen lassen und das Gelände zum Landschaftspark umgestaltet. Der in der DDR allgemein verbreitete Mangel an Baumaterialien führte dazu, dass die Mahnmale und Museen bis 1990 in erschreckendem Maße verkamen.

Entstehung und Entwicklung

Überlebende des Speziallagers Weesow und ihre Angehörigen brachten 1992 gemeinsam mit der Gemeinde Weesow, dem Landratsamt und dem Ministerium des Innern des Landes Brandenburg Informationstafeln zur Geschichte des Speziallagers Nr. 7 und zum Gedenken an die Häftlinge an.

1993 übernahm die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten die Verantwortung für Sachsenhausen. Die zu gleichen Teilen vom Land Brandenburg und dem Bund finanzierte Stiftung begann mit der Neukonzeptionierung der ehemaligen Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR.

Im Dezember 2001 wurde in der Gedenkstätte Sachsenhausen ein neues Museum zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr. 1 eröffnet. Stiftung, Bund und Land waren übereingekommen, die ursprünglich für das Jahr 2007 vorgesehene Eröffnung vorzuziehen. Dies geschah sowohl im Interesse der sich im vorgerückten Alter befindenden ehemaligen Häftlinge als auch mit der Absicht, die bislang unbekanntes Lagergeschichte früher in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Bereits 1990 hatten ehemalige Häftlinge einen Gedenkstein an der nordöstlichen Lagermauer errichtet, wo sich ein noch erkennbarer Durchgang zwischen der „Zone I“ und der „Zone II“ des Speziallagers befand. Ebenfalls nach 1990 errichtete das Ministerium des Innern in Abstimmung mit der Arbeitsgemeinschaft Lager

Sachsenhausen 1945 bis 1950 e.V. eine Gedenkstätte im Schmachtenhagener Forst, an der Düne und am Kommandantenhof, weiteren Fundorten von Massengräbern aus der Zeit des sowjetischen Speziallagers.

Ausstellung

Vor dem Hintergrund der Geschichte des KZ und des Speziallagers Sachsenhausen kommt der geschichtspolitischen Instrumentalisierung der NS-Geschichte in der DDR eine wesentliche Bedeutung zu. Unmittelbar nach Kriegsende setzten sich Überlebende der Konzentrationslager für ein würdiges Gedenken an ihre Kameraden ein. In den Lagern selbst war dies teilweise nicht möglich, weil beispielsweise Sachsenhausen und Jamlitz als sowjetische Speziallager weiter genutzt wurden. Zeichneten sich diese frühen Gedenkformen noch durch einen Pluralismus aus, der sich nicht ausschließlich auf den kommunistischen Widerstandskampf gegen den Nationalsozialismus bezog, wurde das Gedenken an die NS-Verfolgten im weiteren Verlauf der Geschichte für die Herrschaftsstabilisierung der SED instrumentalisiert. In der Gedenkstätte Sachsenhausen ist die Dauerausstellung „Von der Erinnerung zum Monument“ Bestandteil des dezentralen Gesamtkonzepts. Ihre Themen sind die Entstehungsgeschichte und die geschichtspolitische Bedeutung des „Museums des antifaschistischen Befreiungskampfes der europäischen Völker“. Die von den Architekten und Gestaltern der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte auf Anweisung des ZK (Zentralkomitee) der SED vorgenommenen erheblichen baulichen Überformungen und Veränderungen in der Lagertopografie werden anhand von Fotos, Plänen, Modellen, weiteren Dokumenten und filmischen Ausschnitten erläutert.

Am 17. April 2011 wurde darüber hinaus die Sonderausstellung „Sachsenhausen mahnt“ eröffnet. Sie beleuchtet die Einweihung der Gedenkstätte 1961 im zeitgeschichtlichen Kontext, der vom Eichmann-Prozess, einer wachsenden Flüchtlingsbewegung aus der DDR und dem Mauerbau geprägt war.

Am 20. April 2012 wurden die neugestalteten Freiflächen der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen, in denen die nicht mehr vorhandenen rund 70 Baracken des ehemaligen KZ im Boden markiert wurden, vom Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, der Öffentlichkeit übergeben.

Bildungsarbeit

Die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten bietet in der Gedenkstätte/Museum Sachsenhausen an den Wochenenden in unregelmäßiger Folge Führungen zu speziellen Aspekten aus der Geschichte des KZ Sachsenhausen sowie zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers an. Im Rahmen von Projekten befassen sich Schüler und Jugendliche mit verschiedenen Themen zur Geschichte des Konzentrationslagers Sachsenhausen und des sowjetischen Speziallagers Nr. 7/Nr.1. Die Schwerpunkte werden zuvor im Hinblick auf das Alter der Teilnehmer und den Schultyp abgestimmt. Nach dem Selbstverständnis der Gedenkstätte als aktiver und offener Ort des „entdeckenden Lernens“ sollen die Teilnehmer angeregt werden, sich am historischen Ort selbstständig und eigenverantwortlich mit den Erfahrungen von Terror, Diktatur, Totalitarismus, Rassismus und staatlichem Massenmord auseinander zu setzen. Dabei beschäftigen sie sich auch mit aktuellen Formen von Ausgrenzung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Während des Projekttages, der eine intensive Vor- und Nachbereitung erfordert, bearbeiten die Schüler in verschiedenen Einzelgruppen ausgewählte Aspekte der Geschichte des Ortes. Sie benutzen vorbereitete Materialsammlungen, recherchieren in Ausstellungen und forschen in Bibliothek und Archiv. Sie führen Gespräche mit Überlebenden der Lager und nehmen an den themenspezifischen Führungen teil.

In den Sommermonaten veranstaltete „Workcamps“, in denen jungen Menschen aus verschiedenen Ländern zusammen kommen, verbinden historisches Lernen mit praktischen Pflege- und Erhaltungsarbeiten für den authentischen Ort. In Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer werden insbesondere die Lernangebote der Gedenkstätte vorgestellt und diskutiert. Dabei wird auch das Haus der entstehenden Internationalen Jugendbegegnungsstätte Sachsenhausen, die ehemalige Dienstvilla des KZ-Inspektors, mit in die politische Bildungsarbeit einbezogen.

Die Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße, Potsdam

Der historische Ort

Das Haus Leistikowstraße Nr.1 in Potsdam wurde 1916 vom Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein (EKH) errichtet. Bis 1945 beherbergte es die Verwaltungsräume der von der EKH gegründeten „Evangelischen Frauenhilfe“, die Dienst- und Wohnräume des leitenden Pfarrers, die Wohnräume der Vikarin sowie die Redaktion der evangelischen Zeitung „Der Bote“. Nach der Potsdamer Konferenz wurde das

Pfarrhaus 1945 wie alle anderen in diesem Teil der Nauener Vorstadt liegenden 100 Häuser von der sowjetischen Militäradministration requiriert und zum Sperrgebiet „Militärstädtchen Nr. 7“ umgewandelt.

Die sowjetische Spionageabwehr Smersch baute das Haus Leistikowstraße 1 zum zentralen Untersuchungs- und Durchgangsgefängnis um. Im Keller, im Erdgeschoss und im Ostflügel entstanden 36 Haftzellen. Im Untersuchungsgefängnis waren bis Mitte der 1950er Jahre nach bisherigen Schätzungen 900 bis 1.200 Menschen ohne jedes rechtsstaatliche Verfahren und unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert, für die Zeit danach können keine Angaben über Häftlingszahlen gemacht werden. Der Militärgeheimdienst hielt zunächst Deutsche und Sowjetbürger fest, von 1954 bis 1983 ausschließlich sowjetische Militärangehörige und Zivilangestellte der in Deutschland stationierten Truppen der Sowjetarmee.

Der sowjetische Geheimdienst überstellte die Inhaftierten nach ihrer Verurteilung durch ein Militärtribunal – zum Vorwurf „konterrevolutionärer Aktivitäten“ im Sinne des Artikels 58 des russischen Strafgesetzbuches vgl. Seite 135 – entweder direkt in eines der berüchtigten Lager des GULag in die Sowjetunion oder in eines der zehn in der sowjetischen Besatzungszone befindlichen Speziallager wie Torgau oder Sachsenhausen. Das Gefängnisgebäude wurde seit Mitte der 1980er Jahre als Materiallager genutzt.

Nach dem Abzug der russischen Truppen im Jahr 1994 konnte der EKH das Gebäude und das Grundstück wieder in seinen Besitz nehmen.

Entstehung und Entwicklung

Um an die verübten Verbrechen zu erinnern und der Opfer zu gedenken, erarbeitete der Verein MEMORIAL Deutschland e.V. 1997 die im Jahr 2000 aktualisierte Ausstellung „Von Potsdam nach Workuta“ und betreute ehrenamtlich die Einrichtung einer Gedenk- und Begegnungsstätte gemeinsam mit einem Förderverein. Bis 2008 wurde das Gebäude mit bedeutenden Mitteln des Bundes und des Landes Brandenburg behutsam saniert. Im gleichen Jahr erfolgte der Neubau eines Besucherzentrums.

Am 5. Dezember 2008 wurde die Stiftung Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam errichtet. Stifter ist der Evangelisch-Kirchliche Hilfsverein. Die rechtlich unselbstständige Stiftung wird durch die Stiftung Brandenburgische

Gedenkstätten treuhänderisch verwaltet, deren Aufgabe in der Gewährleistung des Gedenkstättenbetriebs besteht. Mit einem „Tag der offenen Tür“ am 29. März 2009 begann eine eingeschränkte Öffnung des Hauses für Besucher. Mit der Realisierung der neuen Dauerausstellung wurde die Gedenkstätte am 18. April 2012 von Ministerpräsident Matthias Platzeck und dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, endgültig eröffnet. Diese wurde vom Bund mit 445.200 Euro und dem Land Brandenburg mit 467.200 Euro finanziert.

In der Gedenkstättenkonzeption des Bundes wird der Stellenwert dieses Erinnerungsortes als Gedenkstätte von nationaler und internationaler Bedeutung hervorgehoben. BKM beteiligt sich an der institutionellen Förderung mit jährlich 134.000 Euro.

Schon vor Übernahme der treuhänderischen Verwaltung durch die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten wurden Veranstaltungen sowie Ausstellungen durch ehrenamtlich tätige Vereine wie Memorial Deutschland e.V. und amnesty international durchgeführt und in der Leistikowstraße präsentiert. Darüber hinaus finden u.a. auch durch den Förderverein initiierte Zeitzeugengespräche statt.

Die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert, Potsdam

Der historische Ort

Das Gebäude in der Lindenstraße 54 in Potsdam wurde zwischen 1733 und 1737 im Barockstil des nahen Holländischen Viertels erbaut. Seit 1817 befand sich auf dem Grundstück eine Haftanstalt. Das nach Kriegsende 1945 von der sowjetischen Besatzungsmacht beschlagnahmte Gebäude in der Lindenstraße besaß bereits eine langjährige Geschichte als Ort der politischen Justiz in der Zeit des Nationalsozialismus. Da die Haftanstalt von 1934 bis 1944 als Gerichtsgebäude des Potsdamer Erbgesundheitsgerichts genutzt wurde, handelt es sich darüber hinaus um einen wichtigen Erinnerungsort der rassistischen und sogenannten sozialhygienischen Verfolgung, der „Euthanasie“. Noch bis 1945 wurde das Gebäude als Teil des „Volksgerichtshofs“ genutzt. Nach der Beschlagnahmung durch die sowjetische Besatzungsmacht im Sommer 1945 diente es als Untersuchungsgefängnis und Urteilsort sowjetischer Militärtribunale. Während der nachfolgenden sieben Jahre wurden in der Lindenstraße mehrere tausend Menschen inhaftiert und zu jahrzehntelangen Haftstrafen oder zum Tod verurteilt.

1952 erfolgte die Übergabe des von den Häftlingen als „Lindenhotel“ bezeichneten Gefängnisses an das Ministerium für Staatssicherheit, das die Geschichte politischer Justiz an diesem Ort bis zum Ende der DDR weiterführte. Nun befand sich in der Lindenstraße das Untersuchungsgefängnis des MfS für den Bezirk Potsdam. Mehr als 6.200 Frauen und Männer waren an diesem Ort den menschenrechtswidrigen Haftbedingungen und Verhörmethoden des Ministeriums für Staatssicherheit ausgesetzt. Erst die von der Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 erzwungene Amnestie vom 27. Oktober 1989 beendete die Inhaftierung aus politischen Gründen in der DDR. Die letzten politischen Häftlinge des „Lindenhotels“ wurden vermutlich bis zum 11. November 1989 entlassen. Nach dem Auszug des Staatssicherheitsdienstes Anfang 1990 übernahmen die demokratischen Parteien und Bewegungen aus der Stadt und dem Bezirk Potsdam das „Lindenhotel“ als ihr erstes Arbeitsdomizil – aus einem „Haus des Terrors“ wurde das Potsdamer „Haus der Demokratie“.

Entstehung und Entwicklung

Seit 1995 befand sich die Gedenkstätte auf dem historischen Anwesen mitten im Zentrum der brandenburgischen Landeshauptstadt in der Trägerschaft des Potsdam-Museums. Seit 1. Januar 2012 wird die Einrichtung jeweils hälftig durch die Stadt Potsdam und das Land Brandenburg gefördert. Anfang des Jahres 2013 erhält sie eine neue Trägerschaft.

Ausstellung

Verantwortet vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung wurden 2007 erste Bereiche einer Dauerausstellung zu den Epochen „Sowjetisches Geheimdienstgefängnis“ und „Stasi-Untersuchungsgefängnis“ eröffnet. Das Gesamtkonzept der Darstellung der Geschichte des Hauses Lindenstraße 54 sieht insgesamt fünf nacheinander zu erarbeitende Ausstellungsmodule vor. Modul 1 bezieht sich auf die Zeit von 1734 bis 1933, in Modul 2 wird die Geschichte der Haftanstalt in der NS-Zeit, die Geschichte des Erbgesundheitsgerichts sowie des Volksgerichtshofs erläutert. Modul 3 widmet sich der Gefängnisgeschichte von 1945 bis 1952, Modul 4 der Zeit bis 1989. Schließlich wird mit Modul 5 über die Zeit der Friedlichen Revolution und die Inbesitznahme des Hauses durch Bürgerrechtler informiert. Die Module 3 und 4 wurden am 16. März 2012 eröffnet.

Die inhaltliche Arbeit der Gedenkstätte wurde in den vergangenen Jahren durch das Zentrum für Zeithistorische Forschung unterstützt und zum größten Teil aus Mitteln der Bundesstiftung Aufarbeitung sowie durch Zuwendungen des Brandenburger Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur sowie Spenden- und Sponsorengeldern finanziert. Die Gedenkstätte kooperiert bei ihrer politisch-historischen Bildungsarbeit mit dem BStU. Die Vervollständigung der Ausstellungsmodul 3 und 4 – beispielsweise wurde 2011 ein neuer Ausstellungsteil mit dem Titel „Flucht in den Westen“ sowie das Ausstellungsmodul zum „Haus der Demokratie“ hinzugefügt – und die Erarbeitung des Ausstellungsmoduls zur nationalsozialistischen Geschichte sowie zur Vorgeschichte des Hauses seit 1737 werden dazu beitragen, die Gedenkstätte noch weiter zu profilieren. Im Jahr 2011 besuchten ca. 19.000 Interessierte die Gedenkstätte, die Ausstellungen, die Schülerprojektwerkstatt und die Veranstaltungen.

Die Dokumentations- und Gedenkstätte Rostock

Der historische Ort

Die Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit wurde von 1958 bis 1960 auf dem Gelände der Bezirksverwaltung des MfS in der Rostocker Innenstadt gebaut. Sie war von Bürogebäuden der Bezirksverwaltung umgeben und auf diese Weise von außen weder zu erkennen noch einsehbar. In den etwa 50 Zellen auf drei Etagen konnten bis zu 110 Frauen und Männer gefangen gehalten werden. Von 1960 bis zur Besetzung der MfS-Bezirksverwaltung Anfang Dezember 1989 waren hier rund 4.900 Untersuchungshäftlinge inhaftiert.

Entstehung und Entwicklung

Die Dokumentations- und Gedenkstätte in der früheren Untersuchungshaftanstalt in Trägerschaft des BStU gehört seit 1998 zum Dokumentationszentrum für die Opfer deutscher Diktaturen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Seite 188). Sie wurde im Oktober 1999 eröffnet und bildet den inhaltlichen Kern für den BStU-Standort in Rostock. Besucher können in der Dokumentations- und Gedenkstätte, genau wie in der Rostocker BStU-Außenstelle, Beratung zur Akteneinsicht, zu Fragen der Rehabilitierung und Wiedergutmachung, zu Forschungsmöglichkeiten und zu Angeboten der politischen Bildung erhalten. Im Gebäude ist seit 1993 auch das Historische Institut der Universität Rostock untergebracht.

Ausstellung

In der Dokumentations- und Gedenkstätte können der Zellentrakt sowie die Originalzellen besichtigt werden. Bei Führungen sind darüber hinaus auch der sogenannte Freihof, die Dunkelzellen und ein Gefangenentransportwagen zu sehen. Eine ständige Ausstellung informiert über den DDR-Staatssicherheitsdienst als wichtigste innere Stütze der SED-Herrschaft und die Haftbedingungen in der Untersuchungshaftanstalt. Sonderausstellungen zu Themen der DDR-Geschichte ergänzen das Angebot.

Das Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland, Schwerin

Der historische Ort

Das von 1914 bis 1916 errichtete Justizgebäude am Demmlerplatz und das zugehörige Gefangenenhaus waren ab 1933 eingebunden in das System der Verfolgung im Nationalsozialismus. Ab 1945 beherbergte das Gebäude zunächst das sowjetische NKWD, ab Mitte der 1950er Jahre die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit. Das Gefangenenhaus diente bis 1989 als Untersuchungshaftanstalt des MfS.

Entstehung und Entwicklung

Das Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer der Diktaturen in Deutschland in Schwerin arbeitet in Trägerschaft der Landeszentrale für politische Bildung. Im Dokumentationszentrum zeigt eine dreiteilige Dauerausstellung die Strukturen und Mechanismen der politischen Verfolgung in den drei dokumentierten Perioden („Strafrecht ist Kampfrecht!“ – Justiz und Terror in Mecklenburg 1933-1945 / „Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken!“ – Justiz und Besatzungswillkür in MV 1945-1949/53 / „Gemeinsam für den Schutz der Arbeiter- und Bauernmacht.“ – Staatssicherheitsdienst und Justiz im Norden der DDR 1949-1989). Im Mittelpunkt aller drei Teile der Dauerausstellung stehen jeweils Biografien von Opfern der Verfolgung. Seit der offiziellen Eröffnung des Dokumentationszentrums hat sich die Einrichtung zu einem Bildungs- und Lernort insbesondere für Schulklassen entwickelt.

Jährlich besuchen rund 200 Gruppen das Dokumentationszentrum, davon mehr als 50 Prozent Schulklassen. Führungen durch das Haus allein bilden die Ausnahme, meist erschließen sich die Gruppen einzelne historische Abschnitte und Biografien im Rahmen intensiver Studien- oder Projektstage.

Das Dokumentations- und Informationszentrum Torgau

Der historische Ort

Mit den beiden Militärgefängnissen „Fort Zinna“ und „Brückenkopf“ sowie dem Reichskriegsgericht, das im August 1943 von Berlin nach Torgau verlegt wurde, entwickelte sich die Stadt während des Zweiten Weltkriegs zur Zentrale des Wehrmachtjustizsystems. Nach dem Ende des Krieges richtete das sowjetische NKWD im Fort Zinna und in der benachbarten Seydlitz-Kaserne die Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 ein. Im Lager Nr. 8 wurden Deutsche interniert, im Lager Nr. 10 deutsche und sowjetische Staatsbürger gefangen gehalten, die von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden waren. Die DDR-Volkspolizei nutzte das Gefängnis Fort Zinna von 1950 bis 1990 für den Strafvollzug. In den fünfziger und sechziger Jahren saßen hier insbesondere politische Gefangene ein. Bis 1975 wurden in Torgau auch jugendliche Strafgefangene inhaftiert.

Entstehung und Entwicklung

Das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau bildete die Hauptaufgabe des Fördervereins Dokumentations- und Informationszentrums Torgau e.V., der 1991 gegründet wurde. Ziel war die Schaffung einer Einrichtung zur Dokumentation der Geschichte der Wehrmachtjustiz, der NKWD-Lager (Speziallager Nr. 8 in Fort Zinna und Speziallager Nr. 10 in der Seydlitz-Kaserne) und des DDR-Strafvollzugs in Torgau.

Der Förderverein, der öffentliche Gelder akquirieren konnte und durch Veranstaltungen die Aufmerksamkeit auf Torgau lenkte, zeigte 1995 eine erste Ausstellung zu den Themen Wehrmachtjustiz und Kriegsende in Torgau. Auf der Agenda stand als Thema eines Ausstellungsabschnittes des zu schaffenden Dokumentationszentrums der Komplex DDR-Strafvollzug in Torgau von 1950 bis 1990. In den Anfangsjahren wurde auch das Thema Geschlossener Jugendwerkhof Torgau bearbeitet. Hierzu entstand 1996 eine Wanderausstellung, die noch heute

ausgeliehen wird. Seit 1998 besteht ein eigener Trägerverein Initiativgruppe ehemaliger Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V.

Am 1. April 1999 ging die Trägerschaft der vom Förderverein ins Leben gerufenen und konzipierten Gedenkstätte DIZ Torgau auf die Stiftung Sächsische Gedenkstätten über. Der Bund gewährleistet durch BKM gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen durch eine anteilige institutionelle Förderung die Arbeit des DIZ als Einrichtung mit einer „doppelten“ Vergangenheit. Auch die Sammlung und die ständige Ausstellung „Spuren des Unrechts“ mit den beiden bereits fertig gestellten Teilen zur NS-Wehrmachtjustiz und zu den NKWD-Speziallagern wurde von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten übernommen. Räumlichkeiten für die ständige Ausstellung sowie für Veranstaltungen, Sammlungen und Büros konnten nach Umbaumaßnahmen mit finanzieller Unterstützung des Freistaats Sachsen im Herbst 2003 im Flügel B von Schloss Hartenfels bezogen werden.

Die historischen Orte standen und stehen wegen anderweitiger Nutzung nicht für das DIZ Torgau zur Verfügung. Der zuallererst in Frage kommende zentrale Haftort Fort Zinna dient auch weiterhin als Justizvollzugsanstalt. Dort konnte im Mai 2010 – nach fast achtzehnjährigem Vorlauf – ein Gedenkort der Öffentlichkeit übergeben werden, der auf einem Areal, aber in zwei voneinander getrennten Bereichen, an unterschiedliche historische Ereignisse erinnert. Die beiden Gedenkbereiche (für die Opfergruppen vor und nach 1945) sind jeweils durch Naturstein-Bodenbelag charakterisiert und durch korrespondierende Gedenksteine und Informationstafeln miteinander verbunden. Zugleich sind sie durch Farbigkeit des Steins, durch Textur und Geometrien der Bodenflächen sowie durch eine Hainbuchenhecke voneinander unterschieden.

Ausstellung

Die ständige Ausstellung des DIZ Torgau „Spuren des Unrechts“ informiert über die Geschichte Torgauer Haftorte während des Nationalsozialismus, der sowjetischen Besatzung und der DDR. Mit Dokumenten, Fotos, Biografien und Video-Interviews stellt die Ausstellung Torgaus Rolle als Zentrale des Wehrmachtstrafsystems, die Geschichte der sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 und des DDR-Strafvollzugs in Torgau dar. Der abschließende Ausstellungsteil „Heute: Haus der Erziehung – Der Strafvollzug der DDR in Torgau 1950 bis 1990“ wurde 2004 fertig gestellt.

Sammlung

Das Archiv des DIZ Torgau umfasst zum Bereich DDR-Strafvollzug überwiegend personenbezogene Akten und Berichte von Häftlingen der Strafvollzugsanstalt Torgau. Es handelt es sich um Kopien aus öffentlichen Archiven und Dokumente aus Privatbesitz.

Bildungsarbeit

Zu den Zielen der pädagogischen Arbeit zählt zunächst die Vermittlung von Informationen zur Geschichte Torgaus als Haftort in drei unterschiedlichen Verfolgungsperioden. Darüber hinaus sollen die Besucher zur eigenständigen Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart angeregt werden. Hierfür werden neben Führungen und Seminaren Projekte nach der Methode des entdeckenden und forschenden Lernens angeboten. Einen wichtigen Ansatzpunkt für die Bildungsarbeit stellen Biografien von ehemaligen Gefangenen dar. Außerdem werden regelmäßig Abendveranstaltungen mit Lesungen, Vorträgen, Zeitzeugengesprächen und Filmvorführungen angeboten sowie Wander- und Sonderausstellungen gezeigt und Fortbildungen durchgeführt.

Im Schuljahr 2011/12 setzte der Freistaat Sachsen erstmals einen Gedenkstättenlehrer ein. In einem Pilotprojekt mit dem DIZ Torgau wurden weitere Möglichkeiten der Bildungsarbeit mit Schülern ausgelotet und erprobt.

Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau

Der historische Ort

Der 1901 erbaute und später mehrfach veränderte Gebäudekomplex diente bis zu seiner Übernahme durch die Jugendhilfe der DDR als Gefängnis, der Verwaltungstrakt als Gerichtsgebäude. Die Jugendhilfe nutzte die Anlage als einzigen Geschlossenen Jugendwerkhof der DDR, eine Disziplinierungsanstalt, die direkt dem Ministerium für Volksbildung (MfV) und damit Margot Honecker unterstand. Während seines Bestehens vom 1. Mai 1964 bis zum 11. November 1989 wurden über 4.000 Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren zur „Anbahnung eines Umerziehungsprozesses“ eingewiesen, die in anderen staatlichen Erziehungseinrichtungen negativ aufgefallen waren. Doch hatten sie weder

Straftaten begangen, noch gab es eine richterliche Anordnung für die Einweisung. Disziplin und paramilitärischer Drill sollten eine Veränderung ihres Verhaltens bewirken, vor allem sollten sie die Bereitschaft, sich den „sozialistischen Lebensnormen“ unterzuordnen, erhöhen. Äußerlich glich der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau mit seinen hohen Mauern, den Wachtürmen, den Diensthunden und den vergitterten Fenstern einem Gefängnis.

1996 verkaufte die Treuhand-Liegenschaftsverwaltung die damals seit 1990 leer stehende Immobilie an einen privaten Investor.

Entstehung und Entwicklung

Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof (GJWH) Torgau ist bundesweit der einzige Erinnerungsort, der sich mit den repressiven Machtstrukturen des Bildungs- und Erziehungssystems der SED-Diktatur auseinandersetzt und an das Schicksal zehntausender Opfer, denen in ihrer Kindheit und Jugend das Recht auf Freiheit und Menschenwürde genommen wurde, erinnert.

Mit der Ausschreibung und dem Verkauf der Liegenschaft gründete sich im November 1996 die Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e.V. mit dem Ziel, am authentischen Ort die Geschichte des Geschlossenen Jugendwerkhofs aufzuarbeiten und zu dokumentieren. Die Gruppe begann, einen Landtagsbeschluss zur Schaffung einer Gedenkstätte konkret umzusetzen. In der Folgezeit wurden Objekte und Gegenstände des GJWH sowie das Verwaltungsgebäude für die Gedenkstätte gesichert und eine erste Konzeption zum Betrieb der Gedenkstätte entwickelt. Nach Abschluss der Sanierungsarbeiten konnte im Frühjahr 1998 mit Hilfe einer Anschubfinanzierung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales im ehemaligen Verwaltungsgebäude die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau in Trägerschaft der Initiativgruppe eröffnet werden. Damit wurde ein wichtiger authentischer Ort der repressiven DDR-Geschichte vor dem Vergessen bewahrt.

Die Finanzierung basierte zunächst auf einer Projektförderung über den Kulturraum Leipziger Raum, die Stadt Torgau und den Landkreis Torgau-Oschatz, seit 2003 dann über die Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Mit dem entscheidenden Grundsatzurteil vom Dezember 2004 zur Rehabilitierung der Opfer des GJWH, in dem erstmals ein Gericht feststellte, dass die Einweisung und Unterbringung im GJWH menschenunwürdig und rechtsstaatswidrig war, setzte

ein enormer Zulauf von Betroffenen ein. Mit der Dauerausstellung und der neuen Rehabilitierungssituation entstand ein stetig wachsender Bedarf an Bildungs-, Öffentlichkeits- und Zeitzeugenarbeit, der mit den vorhandenen personellen und finanziellen Möglichkeiten nicht mehr zu leisten war. Auch das umfangreiche ehrenamtliche Engagement konnte in dieser Lage nicht mehr abhelfen.

Um die untragbare finanzielle Situation zu verändern und den Fortbestand der Gedenkstätte zu sichern, begannen 2005 vor dem Hintergrund des oben genannten Alleinstellungsmerkmals des GJWH die Bemühungen des Vorstandes um eine anteilige Bundesförderung für die Gedenkstätte. Diese stand im Jahr 2006 kurz vor ihrer Schließung. Sie konnte letztlich nur mit einer Soforthilfe von BKM verhindert werden. In der Folge wurde ein wissenschaftlicher Beirat für die Gedenkstätte installiert. Der Vorstand erarbeitete mit seiner Unterstützung in ehrenamtlicher Tätigkeit eine neue Konzeption für die Gedenkstätte, um ein letztes Kriterium für eine Bundesförderung zu erfüllen.

Bei seinem Besuch im September 2008 sagte der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, eine weitere Bundesförderung zu. In den Jahren 2010 bis 2011 erhielt die Gedenkstätte von BKM eine Projektförderung für den Auf- und Ausbau des Gedenkstättenarchivs.

Für das innovative Konzept der Dauerausstellung (siehe unten) wurde die Gedenkstätte als einziges deutsches Projekt im Dezember 2009 mit dem „Golden Stars Awards of Active European Citizenship“ in der Kategorie „Aktive europäische Erinnerung“ ausgezeichnet. Das Bündnis für Demokratie und Toleranz würdigte die Arbeit der Initiativgruppe GJWH Torgau für das Projekt der Gedenkstätte mit dem Bundespreis „Aktiv für Demokratie und Toleranz 2010“ als herausragendes Projekt in Sachsen.

Seit dem Bekanntwerden sexualisierter Gewalt in kirchlichen Heimen Anfang 2010 haben sich bis zum Jahresende über 100 Missbrauchsoffer der DDR-Heime in der Gedenkstätte gemeldet. Erstmals wurde dieser Aspekt durch Betroffene öffentlich gemacht, deren Betreuung wiederum ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis erfolgte. Intensive Bemühungen der Initiativgruppe GJWH führten zu einer Einbeziehung dieser Opfergruppe in die Arbeit des Runden Tisches zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs in familiären und institutionellen Einrichtungen. Die Bundesministerinnen Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Dr. Kristina Schröder als Vorsitzende des Runden Tisches haben sich im November 2010 in der Gedenkstätte über das DDR-Erziehungssystem informiert und sind mit

Missbrauchsopfern persönlich ins Gespräch gekommen. Gleichzeitig wurde auf die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer gesicherten Beratungs- und Anlaufstelle für Betroffene aus DDR-Heimen und die wissenschaftliche Aufarbeitung sexualisierter Gewalt in DDR-Heimen hingewiesen. Als erste Hilfemaßnahme für Missbrauchsopfer wurde im Jahr 2011 durch die Initiativgruppe GJWH eine Selbsthilfegruppe in der Gedenkstätte gegründet. Ebenso wird die Einrichtung einer dauerhaften gesicherten Beratungs- und Anlaufstelle für die Opfer der DDR-Heimerziehung derzeit verfolgt.

Der Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, Trägerverein der Gedenkstätte, gehören 83 Vereinsmitglieder an. Neben dem Vorstand ist der Opferbeirat gewähltes Vereinsorgan mit beratender Tätigkeit. Er garantiert eine direkte Mitarbeit und Einbeziehung der Betroffenen in die Vereinsarbeit. Die Zeitzeugen übernehmen eine wichtige Rolle beim Erhalt, Fortbestand und der Arbeit der Gedenkstätte. Der wissenschaftliche Beirat begleitet die wissenschaftliche Arbeit an den Projekten der Gedenkstätte und unterstützt gleichzeitig die Bemühungen für ihre finanzielle Grundsicherung.

Ausstellung

Die erste Dauerausstellung unter dem Titel „Auf Biegen und Brechen. Der GJWH Torgau 1964-1989“ konnte mit Hilfe der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Stiftung Sparkasse Leipzig im April 2003 eröffnet werden. Im Jahr 2007 hat die Gedenkstätte eine Bundesförderung zur Ausstellungserweiterung durch BKM erhalten. Diese setzte sich bis 2009 fort und diente ebenso wie die Förderung durch die Europäische Union der Erarbeitung, Produktion und Installation einer neuen Dauerausstellung auf einer Fläche von ca. 170 qm. Sie dokumentiert die repressiven Machtstrukturen des DDR-Erziehungssystems, erinnert an die jugendlichen Opfer und thematisiert aktuelle Aufarbeitungsprozesse zur Geschichte der Heimerziehung in der frühen Bundesrepublik und Europa.

Seit Herbst 2011 sind für Besucher auch der Dunkelzellentrakt und der Außenbereich zugänglich. Der Dunkelzellentrakt umfasst nach Sicherung und Sanierung den letzten authentischen Ort des GJWH mit drei Dunkelarrestzellen und dem besonders engen sogenannten „Fuchsbau“, der im Originalzustand erhalten geblieben ist. Der ehemalige Hofbereich des GJWH wird durch Erinnerungs- und Fotostelen wieder sichtbar gemacht. Der historische Ort soll durch die Gestaltung des öffentlichen Raums eine dauerhafte Wahrnehmung und Erinnerung erfahren. Für Besucher der

Gedenkstätte wird der Weg von der Ausstellung zum Dunkelzellentrakt historisch nachvollziehbar.

Sammlung

67 originale Gegenstände des GJWH konnten nach seiner Schließung gesichert werden. Dazu gehören beispielsweise Arrestzellenpritschen mit Inschriften der Jugendlichen und Alltagsgegenstände (z.B. Schlüssel und Geschirr). Hinzu kommen originale Gegenstände (Dachrinne mit Stacheldraht umwickelt, Fenstergitter, Arrestzellentür, Suchscheinwerfer, Fluchtabweiser an Dachrinnen usw.), welche die Sicherheitsmaßnahmen des GJWH dokumentieren.

Im Bestand des Archivs befinden sich insgesamt Kopien von 160 Akten (ca. 15.000 Blatt) aus dem Bundesarchiv Berlin und von 86 Akten (ca. 4.000 Blatt) des BStU. Hinzu kommen umfangreiche Bestände aus dem Sächsischen Staatsarchiv Leipzig, Hauptstaatsarchiv Dresden und diversen Landesarchiven. In den Beständen befinden sich beispielsweise Überprüfungsberichte des GJWH Torgau und anderer Spezialheime durch das MfV, Dienstbücher, Entweichungen (Maßnahmen gegen Fluchtversuche), Meldungen zu besonderen Vorkommnissen an das MfV (Suizide, Fluchtversuche), Arbeitsordnung, Dienstanweisungen, Führungsberichte, Belegungsbücher (1964 bis 1989). Im Personenarchiv befinden sich derzeit 470 Personendossiers. Sie enthalten persönliche Dokumente, Korrespondenzen, Unterlagen, Fotos, Interviews und die Sonderakten. Die Sonderakten der ehemaligen Insassen sind ein besonders wertvoller Aktenbestand. Sie wurden in Torgau angelegt und umfassen Einweisungsantrag und -genehmigung, bisherige persönliche Entwicklung des Jugendlichen und seine familiäre Situation. Die gesamte Zeit in Torgau ist dokumentiert durch Einschätzungen, Aufzeichnungen und Beurteilungen des Jugendlichen durch den Erzieher.

Das Fotoarchiv umfasst originale Aufnahmen seit den 1960er Jahren und dokumentiert den Zustand des Areals vor dem Umbau 1996. Archiviert sind außerdem alle Dokumentationen und Beiträge zum GJWH Torgau seit 1992, die in den Medien (Presse, Funk und Fernsehen) ausgestrahlt wurden

Mit der Übernahme des Originalbestandes des Heimarchivs des ehemaligen Spezialkinderheims und ehemaligen Jugendwerkhofs „Ernst Schneller“ in Eilenburg wurde eine zeitgeschichtlich wichtige Sammlung in das Archiv der Gedenkstätte GJWH Torgau eingebracht.

Zeitzeugenarbeit

Der Aufbau eines Zeitzeugenbüros in der Gedenkstätte erfolgt mit der Unterstützung der Bundesstiftung Aufarbeitung. Für Opfer, Betroffene und Angehörige bedeutete die Errichtung der Gedenkstätte am authentischen Ort ein Zeichen der Anerkennung und zumindest der moralischen Rehabilitierung. Das Zeugnis der ehemaligen Insassen in Form von Interviews oder Lebensberichten bildet einen wesentlichen Bestandteil der historisch-politischen Bildungsarbeit und des Gedenkstättenarchivs. Erfahrungen mit Betroffenen haben gezeigt, dass einzig die Gedenkstätte als Anlauf- und Beratungsstelle von ihnen in Anspruch genommen wird. Teilweise sprechen die Opfer und deren Angehörige hier erstmals über ihre Erlebnisse im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau.

Seit 2003 findet ein jährliches Treffen ehemaliger DDR-Heimkinder statt. Dabei können sich die Betroffenen über den Stand der Aufarbeitung des DDR-Erziehungssystems (Vortrag, Lesung, Wanderausstellungen) informieren und miteinander ins Gespräch kommen. Das Treffen im Herbst gehört zu den Höhepunkten in der Arbeit der Gedenkstätte mit inzwischen durchschnittlich über 100 Teilnehmern.

Bildungsarbeit

Ein mobiles Bildungskonzept mit dem Titel „Historisches Lernen als Dimension politischer Bildung“ (2005) bietet die Möglichkeit, Schüler und Lehrer mit der Geschichte des GJWH Torgau vertraut zu machen. Gerade Schulen haben oft durch die räumliche Entfernung sowohl organisatorische als auch finanzielle Schwierigkeiten, die Gedenkstätte zu besuchen. Das mobile Bildungskonzept, bestehend aus einer kleinen transportablen Ausstellung und verschiedenen Arbeitsmappen, kann deshalb außerhalb der Gedenkstätte zum Einsatz kommen. Im Mittelpunkt des pädagogisch-wissenschaftsorientierten Konzepts steht dabei das forschende Lernen. Gesellschaftliche und politische Vorgänge der DDR-Geschichte am Beispiel des GJWH Torgau sollen durch die Schüler selbstständig erarbeitet und präsentiert werden.

Der interaktive Lernort bietet insbesondere Schülern, Studenten, Lehrern, Sozialpädagogen sowie sonstigen Multiplikatoren die Möglichkeit einer selbstständigen vertiefenden Auseinandersetzung mit exemplarischen Einzelschicksalen, verschiedenen Themenschwerpunkten insbesondere zum DDR-

Erziehungssystem, der Heimerziehung in der frühen Bundesrepublik, Schwarzer Pädagogik allgemein und europäischen Einzelbeispielen. Der interaktive Lernort innerhalb der Ausstellung ermöglicht dem Besucher, selbst aktiv zu werden. Er kann sich hier intensiv mit exemplarischen Einzelschicksalen ehemaliger GJWH-Insassen und Heimkinder an Medienstationen auseinandersetzen. Geschichtliche Zusammenhänge und Hintergründe werden über biografische Zugänge erleb- und nachvollziehbar.

Die Gedenkstätte Buchenwald – Sowjetisches Speziallager Nr. 2, Weimar

Der historische Ort

Das Konzentrationslager Buchenwald wurde 1937 von der SS in der Nähe von Weimar eingerichtet. Bis 1945 waren etwa 250.000 Menschen in dem Lager inhaftiert. Zwischen 1941 und 1943 war Buchenwald zeitweilig Schauplatz von systematischen Massenmorden. Gleichzeitig wurden die Häftlinge rücksichtslos in der Rüstungsindustrie ausgebeutet. Am 11. April 1945 befreiten US-amerikanische Einheiten das KZ, das zum Teil kurz zuvor von der SS evakuiert worden war. Im Juli 1945 wurde das Lager an sowjetische Truppen übergeben.

Im August 1945 funktionierte die sowjetische Besatzungsmacht das Hauptlager des ehemaligen nationalsozialistischen KZ Buchenwald in eines ihrer „Speziallager“ um. Von den 28.000 Insassen kamen über 7.000 um, insbesondere im Winter 1946/47. Im Februar 1950, kurz nach der Gründung der DDR, wurde das Lager von den Sowjets aufgelöst.

Bei den Massengräbern des KZ am Südhang des Ettersbergs errichtete die DDR 1958 ein weithin sichtbares KZ-Mahnmal. Seine Monumentalität sollte zwar auch das Ausmaß der Buchenwalder Verbrechen widerspiegeln, doch der DDR diene es vorrangig als Nationaldenkmal. Im Zentrum standen die deutschen kommunistischen Widerstandskämpfer. Mit ihrer Geschichte sollte der Führungsanspruch der SED in der DDR legitimiert werden. Die „Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald“ wurde mit Ausstellungen, Archiv und Bibliothek zur größten deutschen KZ-Gedenkstätte ausgebaut.

Entstehung und Entwicklung

Nach der Wiedervereinigung erarbeitete eine vom Wissenschaftsminister des Landes Thüringen berufene Historikerkommission eine neue Konzeption für die Gedenkstätte Buchenwald, die im September 1991 vorgelegt wurde. Neben der völligen Neugestaltung der Dauerausstellung aus der Zeit der DDR erweiterte sie die Gedenkstätte um die Erinnerung an das Sowjetische Speziallager Nr. 2. Der Schwerpunkt der Erinnerungsarbeit verblieb aber auf dem Konzentrationslager.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2003 beschloss der Thüringer Landtag die Errichtung der „Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora“, deren Zweck es ist, „die Gedenkstätten als Orte der Trauer und der Erinnerung an die dort begangenen Verbrechen zu bewahren, wissenschaftlich begründet zu gestalten und sie in geeigneter Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sowie die Erforschung und Vermittlung damit verbundener historischer Vorgänge zu fördern. Dabei ist in der Gedenkstätte Buchenwald die Geschichte des nationalsozialistischen Konzentrationslagers mit Vorrang zu behandeln. Die Geschichte des sowjetischen Internierungslagers ist in angemessener Form in die wissenschaftliche und museale Arbeit einzubeziehen“. Finanziert wird die Stiftung durch das Land Thüringen und den Bund zu gleichen Teilen.

Die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 stellt für die historisch-politische Bildungsarbeit eine besondere Herausforderung dar. Aus seiner Zeit sind nur wenige Überreste erhalten; es existiert so gut wie keine fotografische Überlieferung. Zugleich ist die Bedeutung des Speziallagers nicht zu ermessen, wenn das komplexe Spannungsfeld zwischen vorausgegangenen nationalsozialistischen Verbrechen und der mit der Auflösung der Lager verknüpften Gründung der DDR nicht wahrgenommen wird.

Im SED-Staat wurde die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Buchenwald und damit das Schicksal der dort Gefangenen tabuisiert. Auch in der Bundesrepublik geriet sie spätestens in den sechziger Jahren an den Rand der öffentlichen Wahrnehmung. In der akademischen Forschung spielte die Lagergeschichte bis Ende der achtziger Jahre keine Rolle. In die Wahrnehmung der Öffentlichkeit rückte dieses Thema erst wieder infolge der Wiederentdeckung der Gräber des Lagers Ende 1989.

Seit diesem Zeitpunkt engagiert sich die Gedenkstätte in einer vertrauensvollen Verbindung mit den ehemaligen Insassen des Speziallagers und ihren Angehörigen

für ein würdiges Gedenken an die Opfer. Als unmittelbare Reaktion auf die Entdeckung der Massengräber stellte die Gedenkstätte Anfang 1990 ein Holzkreuz auf. Angehörige erhielten die Möglichkeit, an einem Erinnerungsort individuelle Gedenkzeichen zu errichten. Bis Mitte der neunziger Jahre wurden die Grabfelder zu Waldfriedhöfen umgestaltet, die anonymen Massengräber durch Stahlstelen gekennzeichnet. Es wurde ein Trauerplatz eingerichtet, an dem regelmäßig öffentliche Gedenkveranstaltungen stattfinden. Darüber hinaus erteilte und erteilt die Gedenkstätte Auskünfte über ehemalige Speziallagerinsassen zur Schicksalsklärung, soweit dies auf Basis der Aktenlage möglich ist.

Nach über 20 Jahren der regelmäßigen Zusammenarbeit besteht ein sehr enges Verhältnis zu den ehemaligen Insassen und ihren Angehörigen. Die „Arbeitsgemeinschaft Geschichte des Speziallagers“, in der ehemalige Insassen und Historiker der Stiftung gemeinsam arbeiten, tritt regelmäßig zusammen. Auch werden jährlich stattfindende öffentliche Gedenkveranstaltungen gemeinsam organisiert, die zu besonderen Jubiläen einen größeren Umfang annehmen. So wurde beispielsweise 2010 aus Anlass der Einrichtung des Speziallagers Buchenwald vor 65 Jahren im August 1945, des 60. Jahrestages seiner Auflösung im Januar/Februar 1950 und des Beginns der Aufarbeitung der Lagergeschichte in der Gedenkstätte Buchenwald vor 20 Jahren gemeinsam mit Partnern ein umfangreiches Programm realisiert.

Forschung

Parallel zur Arbeit mit den ehemaligen Internierten und ihren Angehörigen trieb die Stiftung seit Anfang der neunziger Jahre die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte des sowjetischen Speziallagers Buchenwald entscheidend voran. Ziel war es zunächst, belastbare wissenschaftliche Erkenntnisse über die Geschichte des Lagers, die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft usw. zu gewinnen und seinen historischen Ort im Kontext alliierter Entnazifizierungsmaßnahmen am Ende des Zweiten Weltkrieges, sowjetischer Besatzung in Deutschland und Gründung der DDR sowie des Stalinismus in der Sowjetunion zu bestimmen. Hierzu wurden Forschungsprojekte insbesondere in Kooperation mit dem Staatsarchiv der Russischen Föderation, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, anderen deutschen Gedenkstätten und weiteren Partnern realisiert. Die Stiftung konnte dadurch einen substanziellen Beitrag zur wissenschaftlichen Erforschung des Lagers in Buchenwald und darüber hinaus des Systems der sowjetischen Speziallager insgesamt leisten. Im Zuge dessen bemühte sich die Gedenkstätte auch um Sachzeugnisse aus der Zeit

des Speziallagers. Viele der heute vorhandenen Realien wurden von ehemaligen Insassen übergeben. Hinzu kommen umfangreiche Bestände in der Bibliothek der Gedenkstätte zu den Themen Speziallager und Stalinismus. Des Weiteren liegen inzwischen von der Gedenkstätte erarbeitete und herausgegebene Veröffentlichungen, pädagogische Materialien und Filme vor.

Ausstellung

Auf Grundlage der gewonnenen Forschungsergebnisse erfolgt heute die öffentliche Vermittlung der Geschichte des sowjetischen Speziallagers durch die Gedenkstätte – in ihrer ganzen Komplexität und mit allen Ambivalenzen und Brüchen. Ein entscheidender Schritt war die Eröffnung der ständigen historischen Ausstellung „Sowjetisches Speziallager Nr. 2 1945-1950“ im Mai 1997. In einem nahe einem Grabfeld des Speziallagers eigens neu errichteten Museumsgebäude untergebracht, war sie die erste umfassende Ausstellung zu einem sowjetischen Speziallager in Deutschland überhaupt.

Gleichermaßen die erste Ausstellung ihrer Art in Deutschland war die im Oktober 1999 im Bereich des Buchenwald-Mahnmals von 1958 eingeweihte Ausstellung „Die Geschichte der Gedenkstätte Buchenwald“ zu Entstehung und Programm der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte der DDR. Sie thematisiert insbesondere den kommunistischen Buchenwald-Mythos, durch den bis Ende der achtziger Jahre nicht zuletzt auch die Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 2 ausgeblendet blieb.

Aufgrund ihrer museologischen Kompetenz, die auch international wahrgenommen wurde, ist die Stiftung durch die Gesellschaft „Memorial“ Moskau gebeten worden, eine Ausstellung zu erarbeiten, in der erstmals die umfangreiche Sammlung von „Memorial“ – und damit auch das Thema „Gulag“ überhaupt – in Deutschland präsentiert wird. Die u.a. von der Kulturstiftung des Bundes geförderte, als Wanderausstellung konzipierte Exposition „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 – 1956“ wurde vom 29. April bis zum 24. Juni 2012 in Schloss Neuhardenberg erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt. Bereits an dieser ersten Station stieß die Ausstellung auf ein äußerst breites, positives Interesse in der deutschen Öffentlichkeit und darüber hinaus. Vom 19. August bis zum 21. Oktober 2012 war die Ausstellung im Schiller-Museum der Klassik Stiftung Weimar zu sehen.

Bildungsarbeit

Heute ist das Thema Speziallager auch über die Ausstellungen hinaus umfassend in die gedenkstättenpädagogische Arbeit einbezogen. Besucher können sich in einem durch Lagepläne, Hinweis- und Informationstafeln sowie mittels eines Multimediaguides erschlossenen Gelände orientieren. Die Palette der pädagogischen Angebote reicht von der standardmäßigen Thematisierung des Speziallagers in Überblicksführungen bis hin zu speziellen ein- und mehrtägigen Programmangeboten auf Basis eigens dafür erarbeiteter pädagogischer Materialien unter Einbeziehung von Gelände, Ausstellungen, Zeitzeugeninterviews, Archiv, Sammlung und Bibliothek. Zudem organisiert die Gedenkstätte regelmäßig mit dem Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien gemeinsam Lehrerfortbildungen zum Thema Speziallager. Während der Präsentation der Wanderausstellung „Gulag. Spuren und Zeugnisse 1929 – 1956“ in Weimar fanden zudem mehrere spezielle Fortbildungen für Referendare, Lehrer und Multiplikatoren statt.

Die sich dem historisch Interessierten heute bietenden umfangreichen Möglichkeiten, sich in der Gedenkstätte Buchenwald über das sowjetische Speziallager Nr. 2 zu informieren, werden vielfältig von Einzelbesuchern und Gruppen wahrgenommen.

11. Museen

Die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Die Arbeit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist der Geschichte Deutschlands nach 1945 in ihren internationalen Beziehungen gewidmet. Ihre Dauerausstellungen in Bonn (Haus der Geschichte), in Leipzig (Zeitgeschichtliches Forum) und in Berlin („Tränenpalast“) beruhen auf dem jeweils aktuellen Stand der Forschung. Die Politikgeschichte bildet den „roten Faden“. Grundlegend ist die chronologische Abfolge, wobei thematische Schwerpunkte wie auch Rück- und Ausblicke herausgearbeitet werden. Neben politischen Ereignissen werden wirtschafts-, sozial-, alltags- und kulturgeschichtliche Aspekte berücksichtigt. Internationalen Verflechtungen wird ebenso Rechnung getragen wie den deutsch-deutschen Beziehungen. Die Einbindung der DDR in den Herrschaftsbereich der Sowjetunion wird an allen Ausstellungsorten thematisiert. Für die Darstellung der historischen Sachverhalte wird jeweils nach aussagestarken dreidimensionalen

Objekten gesucht, die in einer „Geschichtslandschaft“ kontextualisiert präsentiert werden. Der multiperspektivischen Darstellung wird ebenso große Bedeutung eingeräumt wie den biografischen Perspektiven, die in besonderer Weise die Auswirkungen der politischen Entscheidungen auf die Alltagswirklichkeit der Menschen verdeutlichen.

Die Dauerausstellung in Bonn

Die Dauerausstellung in Bonn präsentiert die Geschichte der ersten erfolgreichen deutschen Demokratie in all ihren Facetten sowie die des geteilten und wiedervereinten Deutschlands. So tritt die DDR deutlich ins Bild und wird, bezogen auf die Zeit der deutschen Teilung, auf ca. 40 Prozent der Ausstellungsfläche gezeigt. Grundsätzlich ist es ein Ziel der Stiftung, ihre Dauerausstellung in regelmäßigen Zeitabständen zu überarbeiten. Nach der Eröffnung in Bonn 1994 folgten Überarbeitungen in den Jahren 2001 und 2011. Insgesamt wurde die Entwicklung in der DDR zunehmend stärker konturiert und der Gegensatz zur Bundesrepublik deutlicher herausgestellt. Politische Verfolgung, der Widerstand gegen die SED-Diktatur und deren Ende in einer friedlichen Revolution rücken deutlich ins Bild. Das gilt auch für den Alltag unter der Diktatur sowie für Erfolge und Defizite des deutschen Einigungsprozesses.

In der Dauerausstellung des Hauses der Geschichte konnten bisher mehr als zehn Mio. Besuche gezählt werden. Die Besucher können sich an folgenden museal gestalteten Schwerpunkten mit der Geschichte der DDR auseinandersetzen:

- Entstehung der Sowjetischen Besatzungszone
- Berlin-Krise, Währungsreform
- Auf dem Weg zum SED-Staat: Konstituierung der DDR, Stalin-Kult, Ausbau der SED-Diktatur
- Deutsche Frage
- 17. Juni 1953
- Anbindung der DDR an den Osten: Warschauer Pakt, Nationale Volksarmee
- Kultur, Medien, Sport
- Wirtschaft
- Kalter Krieg
- Innere Entwicklung in der DDR: Industrieprogramme der SED, politische Repression, Alltag DDR
- Vertiefung der Teilung: Flucht und Mauerbau

- Machtwechsel in Ost-Berlin: Von Ulbricht zu Honecker
- Deutsch-deutsche Beziehungen
- DDR-Innenpolitik: Reformdruck, Opposition
- Friedliche Revolution, Fall der Mauer
- Wiedervereinigungsprozess
- Zusammenwachsen von Ost- und Westdeutschland

Die Dauerausstellung in Leipzig

Die Dauerausstellung in Leipzig wurde im Jahr 1999 eröffnet, ihre Überarbeitung 2007 der Öffentlichkeit präsentiert. Diese Ausstellung zeigt die Geschichte von Diktatur, Widerstand und Opposition in SBZ und DDR vor dem Hintergrund der deutschen Teilung, eingebettet in die alltägliche Lebenswelt. Widerständler und Oppositionelle werden nicht als Opfer, sondern als selbstbewusst handelnde Akteure, die sich gegen die totalitäre Staatsmacht auflehnten, gezeigt. Ein weiteres wichtiges Thema ist die deutsche Wiedervereinigung, besonders die Darstellung des inneren Vereinigungsprozesses. Die Ausstellung richtet sich grundsätzlich gegen alle Tendenzen zur Verharmlosung und Rechtfertigung der Herrschaft der SED, deren Machtausübung zwischen Verführung und Gewalt, Zustimmung und Unterdrückung gezeigt wird.

Die Besuchszahl in der Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums beträgt seit 1999 über eine Million. Die Schwerpunkte der Ausstellungen sind:

- Deutschland bei Kriegsende
- „Antifaschistisch-demokratische“ Umwälzung in der SBZ
- Nachkriegsentwicklung im Zeichen des Kalten Krieges
- Gründung der DDR
- Herrschaftssicherung durch die SED
- Fluchtbewegung und Mauerbau
- Deutsch-deutsche Beziehungen im internationalen Kontext
- Enttäuschte Reformhoffnungen in den 1960er und 1970er Jahren
- Alltag im „real existierenden Sozialismus“
- Kunst und Jugendkultur in der DDR
- Militarisierung der DDR und Ausreisebewegung in den 1980er Jahren
- Opposition und Bürgerbewegung
- Ausbau des Ministeriums für Staatssicherheit
- Friedliche Revolution, Mauerfall und Deutsche Einheit

- Erfolge und Probleme auf dem Weg in die Gegenwart.

Der „Tränenpalast“, Berlin

Der „Tränenpalast“ am Bahnhof Friedrichstraße in Berlin war die Abfertigungshalle für die Ausreise von Ost nach West. Hier erlebten die Menschen unmittelbar, wie stark sich die deutsche Teilung auf ihr persönliches Leben auswirkte. Auf der Grundlage der fortgeschriebenen Gedenkstättenkonzeption der Bundesregierung vom Juni 2008 hat die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hier eine Dauerausstellung erarbeitet, die den Auswirkungen von Teilung und Grenze im Alltag der Deutschen mit prägnanten, vor allem auch biografischen Beispielen nachgeht und dabei unter Nutzung von Originaleinrichtungsgegenständen und Zeitzeugeninterviews der besonderen Bedeutung der Grenzübergangsstelle Bahnhof Friedrichstraße Rechnung trägt. Zudem werden die wichtigsten Stationen des Vereinigungsprozesses vergegenwärtigt. Die Dauerausstellung unter dem Titel „GrenzErfahrungen. Alltag der deutschen Teilung“ wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 14. September 2011 eröffnet.

Die geplante Dauerausstellung in der Kulturbrauerei, Berlin

In Umsetzung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes erarbeitet die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg eine Dauerausstellung zur Geschichte des Alltags in der SED-Diktatur.

Grundlage der künftigen Dauerausstellung sind die umfangreichen Sammlungsbestände der Stiftung in Bonn und Leipzig sowie in besonderer Weise die Sammlung Industrielle Gestaltung in Berlin. Sie gehört seit 2005 zur Stiftung Haus der Geschichte, die seit ihrer Übernahme umfangreiche Maßnahmen zur konservatorischen Sicherung und zum Erhalt der Sammlung durchgeführt hat. Die neue Dauerausstellung soll nach Umbau der Räumlichkeiten in der Kulturbrauerei im Jahr 2013 eröffnet werden.

Das Internetportal „Orte der Repression in SBZ und DDR“

Initiiert und finanziert von BKM hat die Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Zusammenarbeit mit einer Vielzahl von

Gedenkstätten ein Internetportal (www.orte-der-repression.de) aufgebaut, in dem 46 Orte der Repression in SBZ und DDR thematisiert werden. Dargestellt sind u.a. Einrichtungen der sowjetischen Besatzungsmacht, die sowjetischen Speziallager, Standorte des Ministeriums für Staatssicherheit, Untersuchungshaftanstalten, Strafvollzugsanstalten, Hinrichtungsstätten sowie Grenzzorte. Ziel des Portals ist es, Basisinformationen über die Geschichte der Repressionsorte zu vermitteln. Zudem bietet das Portal wichtige Hinweise für Besucher der einzelnen Orte und eine Verlinkung zu den Homepages der Gedenkstätten. Ergänzt werden diese Inhalte um vertiefende Erläuterungen sowie weiterführende Literaturangaben zum Repressionssystem in SBZ und DDR. Gängige Serviceleistungen wie Such-, Druck- und Weiterempfehlungsfunktion sind selbstverständlicher Bestandteil des Portals. Das Internetportal „Orte der Repression in SBZ und DDR“ wurde am 15. November 2011 im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Öffentlichkeit vorgestellt und freigeschaltet. Anlässlich dieser Veranstaltung berichtete Freya Klier, Autorin und Dokumentarfilmerin, unter dem Titel „Es wurde ständig jemand weggesperrt... Anmerkungen einer DDR-Bürgerrechtlerin“ über ihre Erfahrungen mit den Orten der Repression in der DDR.

Für das Internetportal „Orte der Repression“ erhielt das Haus der Geschichte einen „Master of Excellence“ sowie den Sonderpreis „Bestes Gesamtkonzept“ im Rahmen des internationalen Wettbewerbs „Corporate Media 2011 – The European Masterclass“.

Wechselausstellungen

Die zeithistorischen Wechselausstellungen der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland widmen sich sowohl der Geschichte der Bundesrepublik als auch der DDR sowie ihren Wechselbeziehungen, wobei die Periode nach der Wiedervereinigung von 1990 zunehmend an Bedeutung gewinnt. Ihre Grundlage sind die umfangreichen Sammlungsbestände der Stiftung in Bonn, Leipzig und Berlin. Die enge Zusammenarbeit aller Stiftungsstandorte ist bei der Erarbeitung der Ausstellungen ebenso von besonderer Bedeutung wie bei ihrer wechselseitigen Präsentation an den einzelnen Standorten. Dazu kommen Ausstellungen in den Foyers, in der Bonner U-Bahn-Galerie sowie Wanderausstellungen, die in ganz Deutschland und im Ausland (bisher: Belgien, Bulgarien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Israel, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Luxemburg, Marokko, Niederlande, Österreich, Polen, Russland, Schweiz, Spanien, USA) gezeigt werden.

Ergänzt und vertieft werden die Ausstellungen durch Veranstaltungen, Publikationen sowie umfassende museumspädagogische Angebote.

Informationszentren in Bonn und Leipzig bieten als Bibliothek und Mediathek zur deutschen Zeitgeschichte weitere Einblicke.

Die Stiftung Deutsches Historisches Museum

Das Deutsche Historische Museum (DHM) wurde im Oktober 1987 gegründet. In seinem Gründungsprogramm verpflichtete sich das Museum, der „Aufklärung und Verständigung über die gemeinsame Geschichte von Deutschen und Europäern“ zu dienen.

Mit dem Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 wurden dem DHM die Sammlungen und Gebäude des im September des gleichen Jahres von der letzten DDR-Regierung geschlossenen Museums für Deutsche Geschichte der DDR übertragen. Das DHM erhielt damit seinen Sitz in dem 1695 errichteten Zeughaus Unter den Linden.

Die Auseinandersetzung mit der Geschichte der SBZ und der DDR als einem Teil der deutschen Geschichte wurde zu einer gewichtigen Aufgabe des Museums – in seiner Ständigen Ausstellung zur deutschen Geschichte im europäischen Kontext und ebenso in seinem Programm wechselnder Ausstellungsprojekte. In den Ausstellungen und Veranstaltungen präsentierte das DHM seitdem zahlreiche Aspekte des Lebens in dem zweiten deutschen Staat und die Auswirkungen der SED-Diktatur. Nach dem Fall der Mauer wurden durch das DHM im Auftrag der Treuhand große Objektbestände von DDR-Massenorganisationen und Institutionen gesichert, die heute wertvoller Bestandteil der Sammlungen sind.

Sonderausstellungen

Bereits ab September 1991 konnte das DHM die ersten Ausstellungen im Zeughaus zeigen. Dazu zählten auch zwei Ausstellungen über die Friedliche Revolution in der DDR:

- „Abschied und Anfang. Ostdeutsche Porträts 1989/90 von Stefan Moses“
- „Der wilde Osten. Photographien der Agentur Bilderberg aus den Ostblockländern und der DDR um die Wendezeit“.

In den folgenden Jahren bis 1997 fanden jedes Jahr mindestens zwei Ausstellungen statt, die das Leben in der DDR – im Zeichen der SED – zum Gegenstand hatten. Als Beispiele seien hier genannt:

- „Deutschland im Kalten Krieg. 1945 bis 1963“ (1992/93)
- „Lebensstationen in Deutschland 1900-1993“ (1993)
- „Auftrag: Kunst. Bildende Künstler in der DDR zwischen Ästhetik und Politik 1949 – 1990“ (1995)
- „Parteiauftrag: Ein neues Deutschland“ (1996/97)
- „Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit“ (1997)
- „Bohème und Diktatur in der DDR“ (1997/98)
- „Einigkeit und Recht und Freiheit – Wege der Deutschen 1949-1999“. Eine Gemeinschaftsausstellung des DHM mit der Stiftung Haus der Geschichte, Bonn und der Kunsthalle Bonn im Martin-Gropius-Bau, Berlin (1999)

Am 31. Dezember 1998 wurde das Zeughaus für eine Grundsanierung geschlossen. Bis März 2003 zeigte das Deutsche Historische Museum wechselnde Ausstellungen im gegenüberliegenden Kronprinzenpalais. Die deutsch-deutsche Lebenswelt wurde in dieser Zeit thematisiert in der Ausstellung „Unsere Jahre. Bilder aus Deutschland 1968 – 1998“ (1999).

Seit Mai 2003 können die wechselnden Ausstellungsprojekte des Deutschen Historischen Museums in der neuen von I. M. Pei entworfenen Ausstellungshalle präsentiert werden. Nahezu in jedem Jahr fand eine große oder eine kleinere Ausstellung statt, die sich mit Aspekten der deutsch-deutschen bzw. der DDR-Geschichte auseinandersetzte. Als Beispiele seien genannt:

- „Parteidiktatur und Alltag in der DDR“ (2007)
- „Das Jahr 1989. Bilder einer Zeitenwende“ (2009)
- „Kunst und Kalter Krieg. Deutsche Positionen 1945 – 1989“ (2009/10)

Anlässlich des 20. Jahrestages der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 2010 zeigte das DHM vom 6. Juli 2010 bis zum 2. Januar 2011 die Wechsellausstellung „1990 – Der Weg zur Einheit“. In ihr wurden die Entwicklungen der Jahre 1989/90 nachvollzogen, die den Weg zur Deutschen Einheit markierten. Die Ausstellung wurde von BKM finanziert. Ebenfalls 2011 folgte die Ausstellung „Überleben – Fotografien von Thomas Hoepker und Daniel Biskup“, die den Lebensalltag der Menschen in der DDR und in Osteuropa zeigte. Am 6. Juni 2012

wurde die Ausstellung „Fokus DDR. Aus den Sammlungen des Deutschen Historischen Museums“ eröffnet.

Seit 1996 erschienen zu nahezu jeder Sonderausstellung umfangreiche und wissenschaftlich bearbeitete Ausstellungspublikationen, die vielfach zu Standardwerken der jeweiligen Thematik wurden.

Begleitprogramme zu Sonderausstellungen

Zu jeder Sonderausstellung werden vom Fachbereich (FB) Bildung und Vermittlung des DHM spezielle Führungen und Geschichtswerkstätten (Kombination aus Führung, eigenständiger Recherche an Originalobjekten, Arbeit mit Hands-on Objekten und reproduzierten Materialien im Geschichtswerkstatttraum) angeboten (auch Führungen per Audioguides in mehreren Sprachen). Zu einigen Ausstellungen bereitet der FB Bildung und Vermittlung Begleithefte vor, in denen – neben der Ausstellungspublikation – Informationen, insbesondere für Kinder und Schüler, aufbereitet werden. Materialien für Multiplikatoren in der Erwachsenenbildung, Lehrer und Schüler sowie thematische Veranstaltungen zu Sonderausstellungen für diesen Publikumskreis gehören zum Standardangebot der Museumspädagogik des DHM. Neben Führungen durch die Sonderausstellungen und dem Begleitprogramm des Fachbereichs Bildung und Vermittlung finden innerhalb der sogenannten „Mittwochsreihe“ Veranstaltungen in Form von Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Führungen durch die Kuratoren der Ausstellung oder Präsentationen von Büchern zum Thema statt. Diese Veranstaltungen werden kostenlos angeboten und sind gut besucht. Als Beispiele seien hier angeführt:

- „Kann man die DDR ausstellen?“ Podiumsdiskussion zur Ausstellung „Parteiauftrag: Ein neues Deutschland“ (12. März 1997)
- „Die SED, ihr MfS und das Krisenjahr 1956“, Veranstaltung des DHM gemeinsam mit der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (15. Januar 2006)
- „Parteidiktatur und Alltag in der DDR“, Vortrag von Jörn Schütrumpf (25. April 2007)
- „Inszenierte Normalität. Bilder von Alltag in Film und Fernsehen der DDR“, Vortrag von Henning Wrage (16. Mai 2007)
- „Stasi und kein Ende“. Podiumsdiskussion im Rahmen der Reihe Schlüterhof-Gespräche, in Partnerschaft mit dem Museumsverein des DHM (9. Juni 2011)
- „Die DDR sammeln“, Vortrag von Carola Jüllig (9. August 2012).

Zu Sonderausstellungen werden im Zeughauskino des DHM Filmreihen zum Thema der Ausstellung angeboten. Die Themen „SED-Diktatur“, „DDR“, „deutsch-deutsche Geschichte“ sind aber auch jenseits von Sonderausstellungen häufig Gegenstand von Filmreihen im Zeughauskino.

Zahlreiche Sonderausstellungen des DHM werden von Symposien begleitet. Die zumeist mehrtägigen Tagungen dienen dem wissenschaftlichen Austausch und bieten zugleich dem interessierten Publikum die Möglichkeit, der Diskussion der Fachleute beizuwohnen und sich daran zu beteiligen. Symposien zu DDR-Themen waren:

- „Auf der Suche nach dem verlorenen Staat: Die Kunst der Partei und Massenorganisationen der DDR“ (13./14. Dezember 1993)
- „Antitotalitärer Konsens? Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Polen und Deutschland seit 1989“. Veranstalter: DHM, Deutsches Polen-Institut und Bundesstiftung Aufarbeitung (24. März 2004)
- „Spaten statt Gewehr – Bausoldaten in der DDR“. Veranstalter: DHM und Bundesstiftung Aufarbeitung (1. September 2004)
- „Integrationen – Vertriebene in den deutschen Ländern nach 1945 in Westdeutschland und der SBZ.“ Veranstalter: DHM und Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales (11. und 12. Juli 2006)
- „In sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Darstellung in Literatur und Fernsehen der DDR“. Veranstalter: DHM und Institut für Zeitgeschichte München (18. und 19. Januar 2008)
- „Geschichtsforum 1989 / 2009“. Veranstalter: DHM, Bundeszentrale für politische Bildung, Kulturstiftung des Bundes und Bundesstiftung Aufarbeitung (28. bis 31. Mai 2009)
- „Die Mauer als Öffnung. Wissenstransfer und Geistespolitik im Kalten Krieg“ (2. November 2009)
- „Unbequeme Baudenkmale des Sozialismus: Der Wandel der gesellschaftlichen Akzeptanz im ost- und mitteleuropäischen Vergleich“ Veranstalter: European University Viadrina Frankfurt (Oder), DHM und Landesamt für Denkmalpflege Berlin (15. bis 17. März 2012).

Ständige Ausstellung

Seit Juni 2006 wird im Zeughaus die Ständige Ausstellung zu zwei Jahrtausenden Geschichte in Deutschland präsentiert. Die Zeit der deutschen Teilung, das Leben in

der SBZ und der DDR sowie die Politik der SED bis zum Fall der Berliner Mauer sind darin ausführlich dargestellt. Der FB Bildung und Vermittlung hat zu diesen Bereichen und Themen der Ständigen Ausstellung ein umfangreiches Programm von Führungen, Geschichts- und Filmwerkstätten zu speziellen Themen der DDR-Geschichte und Begleitmaterialien insbesondere für Schüler und Lehrer, aber auch für weitere Besucherkreise im Angebot. Im Rahmen der „Mittwochsreihe“ und in der Reihe „Blicke auf die deutsche Geschichte“ werden von Wissenschaftlern des DHM bzw. von den Kuratoren der Bereiche „SBZ/DDR“ in der Ständigen Ausstellung regelmäßig kostenlose Vorträge und Führungen angeboten.

Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr, Dresden

Das Militärhistorische Museum der Bundeswehr hat den Auftrag, Sachzeugen der deutschen Militärgeschichte zu sammeln, aufzubewahren, zu erschließen und die deutsche Militärgeschichte von den Anfängen bis zu Gegenwart im Kontext von Militär, Staat und Gesellschaft darzustellen. Mit der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 übernahm die Bundeswehr das zentrale Armeemuseum der DDR. Durch die umfassende Erweiterung des gegenwärtig ca. 1,7 Mio. Exponate umfassenden Sammlungsbestandes mit Objekten und Dokumenten aus Bundeswehrbeständen entstand die weltweit größte Sammlung zur Militärgeschichte des Kalten Krieges. Als einziges Museum stellt das MHM im Rahmen seines weiter gespannten Ausstellungsprofils auch das materielle Gedächtnis von zwei einander gegenüberstehenden Militärbündnissen, Warschauer Pakt und NATO, dar.

Das inhaltliche Konzept des MHM geht von der kulturgeschichtlichen Fragestellung aus, in welchem politischen und kulturellen Umfeld Soldaten in der Geschichte handeln. Es wird also der Mensch in seinem Sein, Handeln und Leiden in den Mittelpunkt gestellt. Folgerichtig sammelt das MHM grundsätzlich alle Objekte, welche die Verschränkung von Ereignis- und Alltagsgeschichte, von militärischem und zivilem Alltag darstellen. Damit steht das Haus in einer Reihe mit den großen kulturhistorischen Museen.

Dauerausstellung

Die Geschichte der DDR ist Teil der am 14. Oktober 2011 neu eröffneten Dauerausstellung und nimmt dort einen wichtigen Platz ein. Die militärische und politische Geschichte der DDR ist der chronologischen Erzählung zur Bundesrepublik Deutschland gegenübergestellt. Ein Markenzeichen der Ausstellung sind

Doppelbiografien, die durch das Museum geleiten und die Besucherinnen und Besucher in die jeweilige Epoche oder den jeweiligen Zeitabschnitt einführen. Gegenübergestellt werden immer zwei Biografien von Menschen, die in derselben Zeit lebten, aber verschiedenen Lebensentwürfen folgten, oder die in ein und derselben historischen Entscheidungssituation andere Wege gingen. In den Abschnitten zur DDR-Geschichte stehen bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens neben unbekannteren, Politiker und hohe Militärs neben Dissidenten und Bausoldaten oder Deserteuren.

Für Kinder und Jugendliche sind museumspädagogische Stationen zur Geschichte der DDR in die Dauerausstellung integriert, darunter Themen zum Mauerbau, Schießbefehl und zur NVA. In einer Station wird die Kontinuität in der Uniformgestaltung von Reichswehr, Wehrmacht und Nationaler Volksarmee sowie Reaktionen der Bevölkerung auf Schnitt und Gestaltung thematisiert. Dabei wird deutlich, dass die Funktionskleidung Uniform als Symbol für ideologische, politische und geschichtspolitische Ziele steht.

Insgesamt stellt die Dauerausstellung Kriterien zur Beurteilung des historischen Geschehens bereit, die der unkritischen Verurteilung der Vergangenheit ebenso entgegenwirken wie der Gefahr unreflektierter Faszination.

Wechselausstellungen

Wechsel- und Sonderausstellungen vertiefen oder ergänzen die Dauerausstellung aus wechselnder Perspektive und zu unterschiedlichen Anlässen (z.B. Jahrestagen). Als eine der ersten Sonderausstellungen im Jahr nach der Neueröffnung des MHM wurde am 6. September 2012 unter dem Titel „Otkuda? Kuda? – Woher? Wohin?“ eine Fotoausstellung über den Abzug der russischen Truppen aus Sachsen und Dresden eröffnet.

Das MHM ist konsequent besucherorientiert. Es versteht sich als Lernort für Soldatinnen und Soldaten und für eine breite Öffentlichkeit. Das „Museum für alle“ will die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Geschichte anstoßen und lebendig halten. Das Museum bietet die Plattform, auf der Betroffene, Zeitzeugen, Medien, Interessierte aller Art und professionelle Historiker im Sinne eines pluralistischen Gesellschaftsverständnisses ihre konkurrierende Geschichtsdeutung diskutieren. Damit leistet das MHM einen Beitrag zu einem sachlich begründeten, eigenen Urteil seiner Besucher und Gäste.

Mit dem ausstellungsbegleitenden Rahmenprogramm, den öffentlichen Kinovorführungen, der Vortragsreihe „Forum Museum“ und einem abwechslungsreichen Angebot sonstiger Veranstaltungen wird das MHM diesem Anspruch als Ort der Auseinandersetzung mit Geschichte – und damit nicht zuletzt der Geschichte der DDR – gerecht. Die zwischen 2000 und 2008 herausgegebenen MHM-Hefte haben Beispiele aus den Sammlungen und ihre Geschichte vorgestellt, darunter häufig Großgerät aus der DDR. Nach der Neugestaltung beginnt verstärkt die wissenschaftliche Aufarbeitung von Sammlungskomplexen, etwa von Gemälden aus dem Besitz der NVA.

Flugplatz Berlin-Gatow

1994 wurde der Flugplatz Berlin-Gatow an die Bundeswehr übergeben, die hier seit 1995 das Luftwaffenmuseum der Bundeswehr (seit 2010 MHM Flugplatz Berlin-Gatow) betreibt. Auf dem denkmalgeschützten Flugplatz stellt das Museum die Geschichte der militärischen Luftfahrt und Luftkriegsführung in Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart dar. Im Hangar 3, dem Tower-Gebäude, dem Hangar 7 und im Freigelände wird die Dauerausstellung zur Geschichte der militärischen Luftfahrt in Deutschland seit 1884 gezeigt. Hier wie in den Wechselausstellungen werden die SED-Diktatur, die NVA und das militärische und zivile Alltagsleben thematisiert. Die Wechselausstellung „Ende/Neuanfang. Die deutschen Luftstreitkräfte in der Wiedervereinigung“ (2011/12) befasste sich mit der Rolle der deutschen Luftstreitkräfte in der „Armee der Einheit“ nach 1990.

Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst

Das Deutsch-Russische Museum am historischen Ort der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 in Berlin-Karlshorst ist eine bilaterale Einrichtung, die von der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation getragen wird. Es erinnert mit seiner Dauerausstellung an den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion. Träger des Museums ist ein von beiden Partnern getragener Verein, dem sich wenig später auch die „Museen des Großen Vaterländischen Krieges“ in Kiew und Minsk anschlossen.

Nach den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Deutschland einigten sich 1990 beide Seiten, am historischen Ort gemeinsam an das historische Ereignis zu erinnern, mit dem der Zweite Weltkrieg

und die nationalsozialistische Terrorherrschaft beendet wurden. Eröffnet wurde das Museum anlässlich des 50. Jahrestags des Kriegsendes in Europa am 10. Mai 1995.

Das Museumsgebäude, zwischen 1936 und 1938 als Offizierskasino der Pionierschule 1 der Wehrmacht errichtet, war ein wichtiger Schauplatz in der Geschichte der SBZ und der frühen DDR. Hier residierte von 1945 bis 1949 der Chef der Sowjetischen Militäradministration. Am 10. Oktober 1949 übergab hier General Wassili Tschuikow der ersten Regierung der DDR die Verwaltungsfunktionen, die bis dahin die SMAD innegehabt hatte.

Die Dauerausstellung des Museums stellt aus dem Kontext des Zweiten Weltkriegs heraus auch das Verhältnis der Sowjetunion zur DDR dar. Hier liegt ein Schwerpunkt auf den Jahren bis zur Gründung der DDR 1949 mit der Stalinisierung der SBZ und der Sicherung der Herrschaft durch die KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), ab 1946 durch die SED. Da das Museumsgebäude Sitz der SMAD war, gehört zur Ausstellung auch das Arbeitszimmer des Obersten Chefs der SMAD, der zugleich Oberkommandierender der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland sowie bis März 1948 der sowjetische Vertreter im Alliierten Kontrollrat war. Neben den Entwicklungen der sowjetischen Deutschlandpolitik werden die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR erörtert. Die Dauerausstellung wird seit Mai 2012 grundlegend überarbeitet und bleibt bis zu ihrer Wiedereröffnung im Mai 2013 geschlossen.

Die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt

Rastatt spielte in der Endphase der Revolution von 1848/49 eine zentrale Rolle: Im Ehrenhof des Schlosses begann am 9. Mai 1849 der Aufstand badischer Soldaten, die sich auf die „Grundrechte des deutschen Volkes“ vom Dezember 1848 beriefen und sich zur Verfassung der Paulskirche bekannten. Hier befanden sich während der Belagerung Rastatts im Sommer 1849 das Hauptquartier der Freiheitskämpfer und ihre letzte Bastion. Nach ihrer Kapitulation am 23. Juli 1849 standen sie im Ahnensaal des Schlosses vor einem preußischen Standgericht.

Im Barockschloss von Rastatt wurde 1974, einer Anregung des damaligen Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann folgend, die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ eingerichtet. Das Bundesarchiv wurde mit der Konzeption und Gestaltung einer Ausstellung beauftragt.

Ausstellung

Heute ist in einem Teil des Gebäudes eine Dauerausstellung zu sehen, die an die Geschichte der Freiheitsbewegungen im 19. Jahrhundert und seit 2009 auch an Opposition und Widerstand in der DDR bis zur Friedlichen Revolution 1989 erinnert.

Der Ausstellungsteil „Freiheitsbewegungen in der DDR“ gliedert sich in fünf Teile:

- Freiheitsbewegungen zwischen 1945 und 1961
- Freiheitsbewegungen zwischen 1961 und 1989
- Friedliche Revolution und Wiedervereinigung
- Jugend zwischen Anpassung und Auflehnung
- Das Ministerium für Staatssicherheit.

Bildungsarbeit

Die Außenstelle des Bundesarchivs versteht sich ganz im Sinne von Heinemann als „lebendige Stätte der Anschauung und Begegnung“ mit Demokratie in ihrer spezifisch deutschen Tradition. Sie ist ein anerkannter außerschulischer Lernort, der einen wichtigen Beitrag dafür leistet, junge Menschen immer wieder für die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu sensibilisieren. Für Gruppen und Schulklassen werden Führungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten angeboten, für den Unterricht in der Ausstellung stehen verschiedene Arbeitsmaterialien zur Verfügung.

Seit Anfang 2006 hat die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte ein völlig neues museumspädagogisches Profil. Von 2003 bis 2005 wurde die Museumsdidaktik der Erinnerungsstätte von Grund auf überarbeitet. Im Auftrag des Bundesarchivs und mit Unterstützung verschiedener Stiftungen wurde ein zeitgemäßes museumspädagogisches Konzept zur Revolution von 1848/49 entwickelt. Auch für die im November 2009 eröffnete Dauerausstellung zu den Freiheitsbewegungen in der DDR wurden entsprechende didaktische Angebote erarbeitet.

Mithin liegen für folgende Ausstellungsbereiche Schülerarbeitsmaterialien vor:

- Revolution 1848/49 (Ursachen, Verlauf, Folgen)
- Freiheitsbewegungen in der DDR 1949-89.

Das pädagogische Konzept stellt die Erinnerungsstätte verstärkt auch in den Dienst des Unterrichts. Es richtet sich an Schulen ebenso wie an studentische Lerngruppen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Die Angebote für Schulklassen aller Schularten sind auf die jeweiligen Bildungsstandards abgestimmt. Altersgerechte Methoden ermöglichen Schülern unter dem Motto „Geschichte lebendig gestalten“ ein selbstständiges und eigenverantwortliches Arbeiten. Dabei erfahren sie Geschichte nicht nur chronologisch und in Daten, sondern lernen Strukturen und Zusammenhänge kennen, nehmen unterschiedliche Perspektiven ein und werden für die Bedeutung geschichtlicher Ereignisse auch für die Gegenwart sensibilisiert.

Das Kunstarchiv Beeskow: Die Geschichte der Auftragskunst in der DDR

Zum Bestand des Kunstarchivs Beeskow zählen heute rund 23.000 Objekte, vor allem Gemälde, Druckgrafiken, Zeichnungen und Aquarelle, aber auch Fotografien, Plastiken, Produkte des Kunstgewerbes und Medaillen aus dem Besitz der ehemaligen Parteien, Massenorganisationen und des Kulturfonds der DDR sowie des Magistrats von Berlin. Die Werke befanden sich zunächst in Verwaltung der Treuhand und sind nach 1994 nach dem Fundortprinzip in das Eigentum der jeweiligen Länder übergegangen. Die Präsentation von Auftragskunst und die Problematisierung ihrer gesellschaftlichen Funktion, aber auch der Hinweis auf die in ihr teilweise versteckten Botschaften der Künstler verweisen direkt auf das Alltagsleben der Menschen in der DDR. Die bildenden Künste hatten im Herrschaftssystem der DDR zum einen eine integrative Funktion, in Auftragsarbeiten sollte die Schaffung des „neuen Menschen“ bildlich vorweggenommen werden. Andererseits entwickelte sich insbesondere unter Künstlern eine Skepsis gegenüber den gesellschaftspolitischen Heilversprechen, sodass sich gerade am Beispiel dieser Werke die verbreitete Mischung im alltäglichen Verhalten zwischen Kritik, Skepsis und Subversion einerseits und Anpassungsleistung andererseits aufzeigen lässt.

Mit den Anteilen der Länder Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern befindet sich in Beeskow der größte Teil dieser Werke. Zurzeit ist das Kunstarchiv Partner im Rahmen des Forschungsverbundes „DDR-Depotkunst und Geschichtsvergegenwärtigung“, das vom BMBF im Rahmen des Programms „Übersetzungsfunktion der Geisteswissenschaften“ gefördert wurde. In Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden haben die Mitarbeiter des Kunstarchivs eine

über eine Datenbank öffentlich zugängliche Bestandsaufnahme der in der SBZ und in der DDR entstandenen Gemälde in Museen und Sonderarchiven erarbeitet. Auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens zwischen den drei Ländern wird das Kunstarchiv seit 2002 mit der Unterstützung des Landes Brandenburg durch den Landkreis Oder-Spree betrieben. Seine hauptsächlichen Aufgaben bestehen in der wissenschaftlichen Erschließung, Veröffentlichung, Sammlung, Archivierung und Auswertung des Bestandes.

Die DDR Museum Berlin GmbH

Das „DDR Museum“ wurde 2005 als private GmbH in Berlin gegründet. Es finanziert seinen Betrieb und die Aktivitäten in den Bereichen Sammeln, Bewahren, Forschen, Ausstellen und Vermitteln vollständig aus selbsterwirtschafteten Einnahmen. Mitte 2006 startete der Museumsbetrieb. Schwerpunkt der Dauerausstellung ist das alltägliche Leben in der DDR. Am 9. Oktober 2010 wurde die erweiterte Ausstellung eröffnet. Die neu hinzugekommenen Bereiche ergänzen die Ausstellung des Museums um die folgenden Themen: Partei, Grenze, Verhältnis zum Westen, Umwelt, Gesundheit, Privilegien, Staat, Ideologie und Religion, Opposition, NVA, Strafvollzug und Bruderstaaten.

Das DDR Museum hat sich dem Motto „Geschichte zum Anfassen“ verschrieben. Informationen und Exponate verbergen sich oft hinter Schubläden, Türen und in Schränken. Die Exponate sollen und können angefasst und benutzt werden, so sollen sich die Besucher interaktiv mit der Ausstellung auseinandersetzen. Seit 2006 haben über 1,5 Mio. Menschen die Präsentation besucht. Neben dem Museum besteht der gemeinnützige Förderverein „DDR Museum Berlin e.V.“, der eine regelmäßige Veranstaltungsreihe im Besucherzentrum des DDR Museums anbietet.

Das Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie, Berlin

Das private Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie wurde am 14. Juni 1963 von Rainer Hildebrandt in den Räumen des ehemaligen „Café Köln“ am Checkpoint Charlie – und damit direkt an einem der wichtigsten Symbole des Kalten Krieges und der deutschen und europäischen Teilung – eingerichtet. Inhalte der Ausstellung sind die Information über das Grenzgeschehen an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze und die Teilung der deutschen Hauptstadt sowie der weltweite gewaltfreie Kampf für Freiheit und Menschenrechte. Die Ausstellung wurde laufend erweitert, vor allem durch Dokumentationen verschiedener ge- und

missglückter Fluchtversuche und Fluchtobjekte unterschiedlichster Art, vom Mini-U-Boot bis zum Heißluftballon. Zu den Inhalten der Ausstellung werden Zeitzeugengespräche angeboten. Weiter finden regelmäßige Vorführungen von Dokumentar- und Spielfilmen über die Themen des Museums statt. Das Mauermuseum wird nach eigenen Angaben jährlich von über 800.000 Menschen besucht. Betreiber ist die 1963 gegründete Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V.

Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR e.V. in Eisenhüttenstadt

Das Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR in der Stadt Eisenhüttenstadt wurde 1993 gegründet. Die Trägerschaft hatte bis 1998 die Stadt Eisenhüttenstadt, seit 1998 ist Träger ein eingetragener Verein. Zweck des Dokumentationszentrums ist die Förderung der Erforschung, Darstellung und Vermittlung von Geschichte, Kultur und Lebensweise im geteilten Deutschland. Er wird insbesondere durch die museale Sammlung von Objekten der Alltagskultur der DDR, deren Erhalt und Erforschung sowie die Darstellung der Forschungsergebnisse in Form von Ausstellungen und Publikationen verwirklicht. Die wissenschaftliche und museale Arbeit begleitet ein Fachbeirat.

Sitz des Dokumentationszentrums ist Eisenhüttenstadt, die erste Stadtneugründung in Deutschland nach 1945 und heute ein Flächendenkmal. Hier betreibt das Museum in einer ehemaligen Kinderkrippe ein Ausstellungs- und Arbeitszentrum mit Bibliothek. Das Gebäude wurde mit Mitteln der Europäischen Union, des Landes Brandenburg und der Stadt Eisenhüttenstadt denkmalgerecht saniert und für die Zwecke eines Museums hergerichtet. Mit der Gründung wurde auf das Fehlen eines wissenschaftlich fundierten, alltagsgeschichtlich ausgerichteten Museums zur DDR-Entwicklung reagiert. Beim Aufbau des Museums stand die Zeitgeschichte als „Geschichte der Miterlebenden“ im Mittelpunkt. Daher wurden sowohl bei der Bestandsbildung als auch in den Ausstellungskonzeptionen die Transformation der ostdeutschen Gesellschaft und der Generationenwandel mit berücksichtigt. Die Konzentration des Dokumentationszentrums auf das Thema Alltagskultur erfolgte unter dem Gesichtspunkt der spezifischen Ergänzung bestehender Institutionen, insbesondere der Archive, der Museen zur allgemeinen Geschichte, der Gedenkstätten zur politischen Repression sowie der Kunstmuseen. Das Dokumentationszentrum füllt eine Lücke in der Bewahrung von Kulturgut und ist damit Baustein einer breiten Auseinandersetzung mit Geschichte.

In den ersten Jahren des Bestehens galt die besondere Aufmerksamkeit der Sicherung der alltagskulturellen materiellen Hinterlassenschaften aus der DDR, die im Zuge der Umwälzungen nach 1989/90 massenhaft vernichtet wurden. Die Sammlungen des Dokumentationszentrums umfassen heute ca. 160.000 Objekte, die überwiegend aus privater Hand stammen. Die begleitend durchgeführte Katalogisierung sichert den Provenienznachweis der Sammlungen und dokumentiert mehr als 2.000 private Schenker. Aus den Sammlungen werden eigene Ausstellungen realisiert, sie stehen dem musealen Leihverkehr und der Forschung zur Verfügung.

Seit dem Jahr 1995 entwickelt das Dokumentationszentrum Sonderausstellungen. Sie sind inhaltlich und didaktisch nach dem Prinzip diskursiver Auseinandersetzung zwischen den Besuchern sowie einer historisch-vergleichenden Kontextualisierung der DDR konzipiert. Die Ausstellungen werden national und international gezeigt. Die aktuelle Dauerausstellung zur Alltagskultur im Kontext der Zeitgeschichte besteht seit dem Jahr 2000. Sie wurde 2011 neu konzipiert. In dieser ständigen Ausstellung „Leben in der DDR“ zeigt das Dokumentationszentrum in zehn Kapiteln anhand spezifischer Gegenstände aus dem Alltag unterschiedliche Aspekte aus dem Leben in der DDR. Anhand dieser Objekte sollen Geschichten aus dem Alltagsleben der DDR-Bevölkerung erzählt werden. Dabei werden politische, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen angesprochen. Da zunehmend weniger Besucher der Generation angehören, die über eigene Erfahrungen in und mit der DDR verfügt, war eine entsprechende Überarbeitung der Ausstellung dringend geboten. Dabei wurde sie um wesentliche Informationen zu den einzelnen Gegenständen sowie zu den Rahmenbedingungen insgesamt ergänzt. Dieses Projekt wurde von BKM gefördert. Die Wiedereröffnung fand am 25. Februar 2012 statt.

In den Jahren von 2000 bis 2010 besuchten jährlich durchschnittlich 6.000 Besucher die Einrichtung. Die Besucherentwicklung ist stabil, die Höhe der Besucherzahlen aufgrund des Standorts jedoch begrenzt. Ausstellungen des Dokumentationszentrums in anderen Städten erreichen zum Teil deutlich mehr Besucher.

Gegen das Vergessen e.V. – Sammlung zur Geschichte der DDR, Pforzheim

Aus einer anfänglich privaten Sammlung ist 1998 das DDR-Museum in Pforzheim entstanden. Getragen wird es von dem am 15. Juni 2000 gegründeten Verein

„Gegen das Vergessen“ e.V. Ziel des Vereins ist es, durch das Betreiben des Museums mit der Sammlung zur Geschichte der DDR die Erinnerung an das Unrechtssystem der DDR zu erhalten. Mitglieder des Vereins – meistens Zeitzeugen – bieten Führungen durch die Sammlung an. Dieses Angebot wird besonders von Schulklassen aus der Region in Anspruch genommen.

Die Ausstellung der Sammlung zur Geschichte der DDR umfasst die folgenden Themenfelder:

- Aufbau, Entwicklung und Ende der DDR
- Alltag
- Berliner Mauer
- Innerdeutsche Grenze
- Ministerium für Staatssicherheit
- Jugend, Schule und Sport
- Massenorganisationen
- Sowjetischer Terror
- Strafvollzug.

Die Ausstellung wurde mit Unterstützung der Stadt Pforzheim und der Bundesstiftung Aufarbeitung im Jahre 2003 erweitert. Mit der im Juli 2012 gegründeten Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim“ soll der Bestand der Einrichtung dauerhaft gesichert werden. Das Museum verfügt über eine Ausstellungsfläche von ca. 300 qm und einen Unterrichtsraum für Veranstaltungen wie Vorträge und Podiumsdiskussionen sowie schulische Vor- bzw. Nachbearbeitungen. Seit September 1998 hatte das Museum in Pforzheim rund 40.000 Besucher. Neben der Arbeit im Museum führt „Gegen das Vergessen“ e.V. Sonderausstellungen, Vortragsveranstaltungen, Podiumsdiskussionen, Ausflüge und Wettbewerbe zu den Themen DDR-Geschichte und SED-Unrecht durch.

12. Archive

Das Bundesarchiv und die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

Das Bundesarchiv besitzt zahlreiche Bestände, die für die Aufarbeitung der SED-Diktatur wichtig sind und immer wieder für Forschungen zur DDR wie für die Klärung persönlicher Schicksale herangezogen werden. In der Stiftung Archiv der Parteien

und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) sind die zentralen Unterlagen der SED mit rund 90.000 Akteneinheiten und über 50 Bestände der von ihr kontrollierten Massenorganisationen einschließlich des Freien Deutschen Gewerkschaftsbunds (FDGB) mit einem Umfang von insgesamt rund 11.000 laufenden Metern (lfm) vorhanden. Diese Materialien enthalten Korrespondenzen, Stellungnahmen, Sitzungsvorlagen und Protokolle zu allen Fragen der Innen- und Außenpolitik, der Verwaltung und der Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Materialien werden intensiv genutzt, um herauszufinden, wie Entscheidungsstrukturen in der DDR funktionierten, um Hintergründe und Details der Entwicklung der DDR kennen zu lernen und um persönliche Rechte und Schicksale zu klären.

Unterlagen aus der staatlichen Verwaltung der DDR befinden sich in der Abteilung DDR. Sie haben einen Umfang von etwa 40.000 lfm. Sie umfassen Archivgut aus den Ministerien und den ihnen nachgeordneten Stellen. Sie werden genutzt für Fragen nach dem Rechtssystem der DDR, seiner Entstehung und seiner Anwendung in den Gerichten bis hin zum Strafvollzug, nach Zensurmaßnahmen und Reglementierungen bei der Ausbildung auf allen Ebenen, nach Enteignungen bei Bodenreform und Zwangskollektivierung und nach der staatlichen Devisenbeschaffung, dem Dopingsystem oder dem Umgang mit den Kirchen. In der Abteilung Militärarchiv sind die Unterlagen des Ministeriums für Nationale Verteidigung und der Nationalen Volksarmee im Umfang von 5.500 lfm archiviert. Hier werden zahlreiche Anfragen nach Nachweisen für Rehabilitierungsverfahren, Entschädigungen und Rentenberechtigungen beantwortet. Häufig werden Quellen für Untersuchungen über Grenzzwischenfälle und Flucht gesucht. Viele Anfragen stammen von Stiftungen und Gedenkstätten. Oft werden auch von Privatpersonen Angaben zur Rekonstruktion der eigenen Biografie erbeten.

Vielfach können mit den in der DDR entstandenen Unterlagen Nachweise für Anspruchsberechtigungen von Privatpersonen ermittelt werden, über die früher keine Unterlagen an Privatpersonen herausgegeben wurden. Die Unterlagen aus der DDR wurden bereits für Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages und die Zentrale Ermittlungsgruppe für Regierungs- und Vereinigungskriminalität bereitgestellt. Sie werden intensiv von Forschern an Universitäten und Instituten ausgewertet. Eine Liste der mit diesen Unterlagen erarbeiteten wissenschaftlichen Publikationen wird von der Bibliothek regelmäßig aktualisiert im Internet bereitgestellt.

Die Quellenbasis für die Aufarbeitung der SED-Diktatur ist unvollständig, wenn nicht die einschlägigen Unterlagen aus den etwa 70 Beständen aus Dienststellen der zentralen Regierung und Verwaltung in der Bundesrepublik in der Abteilung B berücksichtigt werden. Hier sind in rund 7.500 lfm Archivgut mit rund 100.000 Akteneinheiten ebenfalls Informationen zu vielen Bereichen der innerdeutschen Beziehungen, zu Beobachtungen der Ereignisse in der DDR, zu Flüchtlingsfragen, Grenzzwischenfällen und zur wirtschaftlichen Entwicklung vorhanden.

Die Erschließungen zu zahlreichen der einschlägigen Bestände sind inzwischen in der seit sechs Jahren stetig weiter ausgebauten Rechercheplattform ARGUS übergreifend recherchierbar (www.argus.bundesarchiv.de). Dort sind Erläuterungen und Beschreibungen zu rund 6.000 Beständen des Bundesarchivs vorhanden, von denen rund 2.000 mit detaillierten Findbüchern verknüpft sind. Von hier aus sind die bereits digitalisierten Bestände erreichbar. Insgesamt können 6.900 digitalisierte Akten mit rund 2,1 Mio. Seiten aus 21 Beständen im Internet direkt gelesen werden. Die mit der Rechercheplattform angebotenen Möglichkeiten werden vielfach genutzt, was sich nicht zuletzt in einer ständig wachsenden Zahl von Anfragen auf Grund von Rechercheergebnissen auch ohne vorherigen Archivbesuch zeigt. Auch die universitäre Lehre nutzt die Möglichkeit zum virtuellen Archivbesuch. Die Nutzungszahlen lagen 2011 bei über eine Mio. Aufrufen pro Monat. Das Angebot wird im Rahmen der verfügbaren Ressourcen stetig ausgebaut.

Die Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv wurde auf Grundlage des neu eingefügten § 2 a des Bundesarchivgesetzes (BArchG) durch den Errichtungserlass vom 6. April 1992 (GMBI, S. 310) eingerichtet. Sie wurde gegründet, um die Bestände des Parteiarchivs der SED sowie der Massenorganisationen zu sichern, in ihren gewachsenen Zusammenhängen zu erhalten und für eine allgemeine Benutzung zu öffnen. Die Einbringerorganisationen konnten neben den Bundestagsparteien Vertreter in ein neu eingerichtetes Kuratorium der Stiftung entsenden und erhielten darüber das Recht auf jährliche Vorlage eines Arbeitsberichts durch den Direktor der Stiftung sowie auf jederzeitigen, privilegierten Zugang zu den von ihnen eingebrachten Beständen. Den Vorsitz des Kuratoriums übernahm der für das Archivwesen zuständige Gruppenleiter bei BKM. Die Berichte an das Kuratorium sowie die Protokolle der jährlichen Sitzungen sind auf der Website des Bundesarchivs einsehbar.

Mit der Gründung der Stiftung wurde die Frage des Eigentums an den Beständen bewusst nicht entschieden. Die früheren Träger der Archive oder deren Nachfolger wurden zu Einbringern ihrer Archiv- und Bibliotheksbestände in die SAPMO. Mit den

Organisationen wurde ein Einbringungsvertrag geschlossen. Der Zugang zu den Unterlagen wurde im neuen § 2 a (4) des BArchG ohne Geltung der Schutzfrist von 30 Jahren für die Bestände der SAPMO ab sofort gewährt.

Die Organisationsform der SAPMO hatte kein Vorbild. Sie ist als eine unselbstständige Stiftung im Bundesarchiv direkt dem Präsidenten zugeordnet und nicht in die Abteilungsstruktur integriert. Die Einbindung in das Bundesarchiv sollte zur Absicherung einer dauerhaften Existenz der Einrichtung Synergieeffekte speziell für die anfallenden Verwaltungsarbeiten nutzbar machen, während gleichzeitig der Unterschied zum staatlichen Schriftgut deutlich bleiben sollte. Allerdings wurde mit der Einbindung in das Bundesarchiv der verfassungsmäßigen Rolle der SED in der DDR als letztgültiger Entscheidungsinstanz in einem Staat ohne Gewaltenteilung Rechnung getragen.

Die Massenorganisationen der DDR nahmen ebenfalls staatliche Funktionen wahr. So hatten etwa der FDGB und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) bis zum Ende der DDR Fraktionsstatus in der Volkskammer. Sie besaßen zudem die Aufgabe, große Teile des Alltagslebens der Bevölkerung von der Sozialversicherung bis zum Feriendienst zu organisieren.

Vor Gründung der Stiftung waren die Unterlagen in den Parteien und Organisationen jeweils für die eigenen Zwecke archiviert worden. Oft waren die Archive aus den Organisationsbibliotheken herausgewachsen, die in den 1950er und 1960er Jahren die zusätzliche Aufgabe erhalten hatten, wichtige historische Dokumente aufzubewahren. Darunter befand sich im Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED, dem die Bibliothek und nach seiner Herauslösung daraus seit 1963 auch das Archiv angehörten, das aus dem Zentralen Staatsarchiv abgezogene Archivgut des Reichssicherheitshauptamtes. Es sollte dort als Material für die Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung ausgewertet und vor Benutzung Dritter geschützt werden.

In den Bibliotheken der Parteien und Organisationen befanden sich umfangreiche Bestände an grauer Literatur, da die Parteien und Organisationen über eigene Verlage und Druckereien verfügten, die vielfältige Druckschriften auch für die interne Kommunikation erstellten. Die Bibliotheken hatten die Aufgabe, diese Druckwerke, die nicht über den Buchhandel vertrieben wurden, vollständig zu sammeln. So war eine enge Verquickung der Bestände von Bibliotheken und Archiven entstanden, die es nahe legte, die Bibliotheken mit den Archiven zusammen in die SAPMO zu

übernehmen und so die heutige Bibliothek von 1,2 Mio. Bänden zu schaffen. Sie ist inzwischen mit ihrem Katalog und bibliografischen Diensten im Internet präsent. Das Zentrale Parteiarchiv der SED (ZPA) entstand nach Moskauer Vorbild und begann damit, Unterlagen und Akten aus den Abteilungen des ZK zu übernehmen.

Gleichzeitig wurde das regionale Parteiarchivwesen in Anlehnung an die Parteiorganisation aufgebaut und von Berlin aus angeleitet. Das ZPA entwickelte sich zu einem voll ausgebauten Archiv, zu dem Forscher zugelassen wurden, soweit deren zuständige Parteisekretäre ihren Antrag unterstützten. Neben dem ZPA gab es für die streng geheimen Protokolle und Unterlagen des Politbüros das Interne Parteiarchiv der SED (IPA) beim Politbüro im Gebäude des ZK. Es stand nur dem zentralen Apparat der SED zur Verfügung. Im Frühjahr 1990 wurde es an das ZPA abgegeben. Gleichzeitig wurde vom ZPA noch vor dem 3. Oktober 1990 dem Zentralen Staatsarchiv das Archivgut aus den Reichsbehörden aus der Zeit vor 1945 zurückgegeben.

Das Kuratorium der Stiftung tritt jährlich zusammen und berät über die bisherige Arbeit und die Planungen der Stiftung. Es hat wiederholt betont, dass es die Öffnung der Bestände unter Nutzung des Internet sehr begrüßt.

Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Die Archive des BStU

Als das Ende der SED-Diktatur sich ankündigte, begann das MfS damit, die Zeugnisse seiner Tätigkeit zu beseitigen – erst systematisch, später immer hektischer. Nachdem die Verkollerungsmaschinen überlastet waren, zerrissen MfS-Mitarbeiter die Unterlagen von Hand. Reichte auch dafür die Zeit nicht mehr, wurden Unterlagen, die vor allem den damaligen aktuellen Dienstablauf dokumentieren konnten, zum Teil sehr stark in Unordnung gebracht. Die von den Besetzern der Stasi-Dienststellen gebildeten Bürgerkomitees sorgten dafür, dass die MfS-Unterlagen gesichert wurden. Schriftgut aus den Dienstzimmern wurde gebündelt und soweit möglich inventarisiert. Durch diese ersten Sicherungsaktionen blieben die Unterlagen für die spätere Nutzung erhalten.

Davon ausgenommen waren Unterlagen, die mit Zustimmung des Runden Tisches vernichtet wurden – eine, wie sich später zeigte, verhängnisvolle Entscheidung.

Hierbei handelte es sich vor allem um die elektronischen Datenträger des MfS mit personenbezogenen Daten und die Sicherungskopien der Zentralen Personenkartei. Nach einer Genehmigung der Arbeitsgruppe Sicherheit des Runden Tisches wurden auch die Unterlagen der Hauptverwaltung Aufklärung und ihrer Linienorganisationen in den Bezirken fast vollständig vernichtet.

Die in den Archiven des BStU aufbewahrte Hinterlassenschaft des Staatssicherheitsdienstes ist die Grundlage der Arbeit der Behörde. Unter Anwendung der Regelungen des StUG werden die Unterlagen nach archivischen Grundsätzen bewertet, erschlossen, verwahrt und verwaltet. Im StUG hat der Gesetzgeber festgelegt, dass die Unterlagen für darin beschriebene Zwecke zu verwenden sind und dafür zugänglich gemacht werden. Unabhängig davon sind sie gemäß ihrem historischen Wert dauernd aufzubewahren.

Physisch gesehen hat es der BStU mit einer äußerst heterogenen Überlieferung zu tun: Erstens den nach Personennamen zugriffsfähigen Vorgängen (archivierte Ablagen des MfS), zweitens den in ungeordnetem Zustand gebündelten Mitarbeiterablagen mit unvollkommenen Angaben zur Unterstruktur, die ohne jegliche inhaltliche Zugriffsfähigkeit vorlagen (Unterlagen der Diensteinheiten). Von den rund 111.000 lfm Schriftgut – archivierte Ablagen und Unterlagen der Diensteinheiten – wurden inzwischen thematisch erschlossen: 86 Prozent Unterlagen der Diensteinheiten und vier Prozent archivierte Ablagen. Neben dem Schriftgut sind ca. 1,8 Mio. audiovisuelle Medien (z.B. Fotos, Filme, Tondokumente) und maschinenlesbare Daten aus wichtigen Datenprojekten des Ministeriums für Staatssicherheit überliefert. Zudem sind dem Umfang mehr als 15.000 Behältnisse mit zerrissenen Unterlagen hinzuzurechnen. Hinzu kommen weitere Unterlagen auf Sicherungs- und Arbeitsfilmen.

Erschließung, Nutzung und Recherche

Die Hinterlassenschaft des MfS stellte die Archive von Beginn der Arbeit des BStU an vor besondere Herausforderungen. Die Überlieferung von vor allem personenbezogenen Unterlagen der Geheimpolizei einer Diktatur in solcher Geschlossenheit ist historisch und weltweit einmalig. Es mussten Wege gefunden werden, in die Arbeitsweise der Staatssicherheit und ebenso in die Inhalte der umfangreichen Unterlagen und die Verbindungen zwischen den Überlieferungsarten Einblick zu gewinnen.

Die Archivarbeit berücksichtigt zeitgleich aktuelle Nutzerinteressen und die archivfachlichen Erfordernisse. So richteten sich in den Anfangsjahren die Bemühungen vor allem darauf, die archivierten Unterlagen mit Personenbezug durchgängig recherchierbar zu machen. Die Recherche erfolgte über die weitgehend erhalten gebliebenen zentralen Karteien des MfS. Mit dem anschließenden Aufbau und der Einführung der Datenbank Elektronisches Personenregister 1993 konnte auch zu Personen aus dezentral geführten MfS-Karteien recherchiert werden. Seit Ende 1993 werden zudem Fundstellen zu Personen in die Datenbank aufgenommen, zu denen Material im Rahmen der Erschließung und Auskunftserteilung der Behörde gefunden wurde. Damit erweiterten sich die Kenntnisse über die Informationen, die zu Einzelnen vom MfS gesammelt worden waren, erheblich.

Neben dem seit der Behördengründung gegebenen personenbezogenen Zugang zu den vom MfS archivierten und registrierten Unterlagen war es dringend geboten, die Überlieferung auch thematisch recherchierbar zu machen.

Die in den Archiven des BStU aufbewahrte Überlieferung der DDR-Geheimpolizei gliedert sich wie erwähnt in zwei Bereiche: die archivierten Ablagen (vom MfS archivierte Unterlagen; insgesamt ca. 51.000 lfm) und zum anderen die Teilbestände der Diensteinheiten, die vor allem in Bündeln vorlagen. Zu den Teilbeständen der Diensteinheiten gehören all jene Unterlagen, mit denen bis zum Ende des Staatssicherheitsdienstes aktiv gearbeitet wurde (insgesamt ca. 60.000 lfm).

Das zum großen Teil in Form von losen Blättern überlieferte Schriftgut ist im Zuge der Auflösung des MfS nach Struktureinheiten (sofern erkennbar) gebündelt worden. Diese Bündel sind nach wie vor aufwändig zu ordnen und in ihren Überlieferungszusammenhang zu stellen. Ein Zugriff auf sie war zunächst weder personen- noch sachbezogen möglich. Daher wird der Erschließung dieser Unterlagen seit Bestehen des BStU nach festgelegten Kriterien hohe Priorität beigemessen. Inzwischen sind von den Unterlagen der Diensteinheiten in den Außenstellen und in der Zentralstelle 52.000 lfm erschlossen (ca. 86 Prozent).

Bei den archivierten Ablagen, die bis 1989 vom Ministerium für Staatssicherheit und seinen Bezirksverwaltungen abgelegt wurden, handelt es sich um Schriftgut, das aus vorwiegend personenbezogenen Akten und formierten Vorgängen besteht. Dieses enthält operatives, zumeist über die überlieferten zentralen Personenkarteien recherchierbares Material. Thematisch sind davon bislang etwa vier Prozent erschlossen. Die archivische Erschließung dieser Vorgänge war gegenüber den

Unterlagen der Dienstseinheiten zurückgestellt worden, da bereits ein personenorientierter Zugriff möglich war.

Unterlagen der Staatssicherheit sind neben dem Schriftgut auch insgesamt fast 1,8 Mio. Fotodokumente und ca. 30.000 Film-, Video- und Tondokumente sowie maschinenlesbare Daten. Davon wurden bisher 1 Mio. zugänglich gemacht, sodass der Erschließungsstand hier bei rund 55 Prozent liegt. Im Einzelnen sind die Tondokumente aus den Außenstellen zu über 60 Prozent erschlossen, die aus der Zentralstelle zu etwa drei Vierteln. Während weit über die Hälfte der Fotoüberlieferung erschlossen ist, sind die ca. 1.120 Filme und 1.660 Videos komplett erschlossen. Außerdem werden die Informationen von 46 Datenprojekten des MfS und seiner Bezirksverwaltungen erschlossen und die Daten in modernen Speichermedien gesichert.

Manuelle und virtuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen

Die seit 1995 bestehende Projektgruppe „Manuelle Rekonstruktion zerrissener MfS-Unterlagen“ hat den Auftrag, jene Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes wieder zusammzusetzen, die von Angehörigen des MfS 1989/90 grob per Hand zerrissen, aber nicht mehr endgültig beseitigt werden konnten. Im Einzelnen ist sie zuständig für die Sichtung, Zusammensetzung und erste Formierung der Unterlagen. Rund die Hälfte der Gruppe besteht aus Mitarbeitern des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Inzwischen wurden vom BStU weit mehr als eine Mio. Blatt manuell rekonstruiert. Zahlreiche Schicksale, aber auch Verantwortlichkeiten konnten erst im Licht der wieder zusammengeführten Unterlagen geklärt werden. Das betrifft Dokumente aus der Beobachtung und Verfolgung prominenter Oppositioneller und von Regimekritikern. Daneben konnte ehemaligen inoffiziellen Mitarbeitern des MfS mit Hilfe der rekonstruierten Unterlagen ihre Tätigkeit nachgewiesen werden. Nach Auffassung des BStU ist es für die Rekonstruktion großteilig zerrissener Unterlagen auch künftig sinnvoll, parallel zu einer künftig möglichen virtuellen die manuelle Rekonstruktion aufrechtzuerhalten. Bei der manuellen Rekonstruktion wird neben den Informationen auch das historische Material selbst wieder hergestellt. Das ist beispielsweise für zeitgeschichtlich herausragende Dokumente wie Protokolle oder Aktenstücke, die von den Spitzen der SED und des MfS oder ihren ausländischen Verbündeten selbst erstellt, unterzeichnet oder eigenhändig bearbeitet wurden, von besonderer Bedeutung.

Im Jahr 2007 bewilligte der Deutsche Bundestag ca. 6 Mio. Euro für die Durchführung eines Pilotverfahrens zur virtuellen Rekonstruktion von zerrissenen MfS-Unterlagen. Hierzu erging im Frühjahr 2007 ein Forschungsauftrag an das Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK). Das Pilotverfahren besteht aus zwei Hauptbausteinen: die vom Fraunhofer IPK zu realisierende technische Entwicklungs- und Testphase sowie die archivfachliche Bearbeitung der virtuell rekonstruierten Einzelseiten durch den BStU. Ein Bericht des BStU an den Deutschen Bundestag, der dem Gesetzgeber eine Entscheidung über die Durchführung eines möglichen Hauptverfahrens zur virtuellen Rekonstruktion ermöglichen soll, wird das Pilotverfahren abschließen.

Die ursprüngliche Planung sah den Abschluss der Pilotphase bis zum 31. März 2009 vor. Jedoch gestaltete sich die Entwicklung der verschiedenen Module wesentlich zeitaufwändiger, als der Auftragnehmer bei Projektstart angenommen hatte. Es wird deshalb zu einer erheblichen, allerdings für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben dieser Komplexität nicht ungewöhnlichen zeitlichen Verzögerung kommen. Das Fraunhofer IPK hat bisher die Inhalte aller abgenommenen Meilensteine in der geforderten Qualität geliefert.

An die Entwicklungsphase soll sich die Testphase des Pilotverfahrens anschließen, um an Hand von zerrissenem Schriftgut aus 400 nach inhaltlicher Relevanz ausgewählten Lagerungsbehältern die Komponenten auf ihre Einsatzfähigkeit im Massenbetrieb zu prüfen. Mit dieser Testphase setzt auch die archivfachliche Erschließung und Zugänglichmachung der virtuell rekonstruierten Unterlagen durch den BStU ein.

Der Deutsche Bundestag hat in den Haushaltsjahren 2011/12 zusätzliche Mittel in Höhe von insgesamt 2 Mio. Euro für eine Erweiterung des Forschungsauftrags etatisiert. Diese Erweiterung umfasst nun auch die Untersuchung und Entwicklung von Lösungen zur IT-gestützten Formierung der virtuell wiederhergestellten Einzelseiten sowie zu deren Erschließung. Diese Module sind weitere Bausteine, um die zerrissenen MfS-Unterlagen schneller als bisher zugänglich machen zu können.

Bestandserhaltung

Der Bestandserhaltung der Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit wird beim BStU große Aufmerksamkeit gewidmet. Aus dieser speziellen Sicht

konnten seit Bestehen der Behörde sowohl die technische Ausstattung der Archive als auch die Methoden des Aufbereitens der Unterlagen für die Nutzung ständig verbessert werden. Die Unterlagen waren 1990 in sehr unterschiedlichen Umgebungen vorgefunden worden. Das Spektrum reichte von zum Teil klimatisierten Magazinen im MfS-Zentralarchiv in Berlin bis zur unsachgemäßen Lagerung in einem Bunker in Cottbus. Zum Verschleiß des Archivmaterials trugen zusätzlich die vielfache Nutzung und der Transport zwischen den Liegenschaften des BStU bei.

Mit dem Ausbau und der Modernisierung bestehender Liegenschaften oder dem Umzug in geeignete Räumlichkeiten verbesserten sich auch die Lagerungsbedingungen für das Archivgut. Ein Großteil der Unterlagen wurde zwischenzeitlich in säurefreie Behältnisse verpackt; in den Magazinen wurden klimaverbessernde Lösungen geschaffen. Tondokumente, Kinefilme und Videos werden unter speziellen Bedingungen zentral in Berlin gelagert. Auch die voranschreitende Erschließung der Unterlagen zieht neue Herausforderungen für die Bestandserhaltung nach sich. Erstmals 2007 wurden beispielsweise Nitratfilme im Bestand nachgewiesen, die wegen ihrer Gefährlichkeit separat gelagert und möglichst rasch dupliziert werden müssen.

Eine häufige Nutzung der Aktenbestände und der Karteien des MfS führt zum Verschleiß des Papiers und zu Informationsverlusten. Die Schutzverfilmung gefährdeter Unterlagen ermöglicht einen fortwährenden Zugang sowie eine dauerhafte Sicherung derselben.

Eine besondere Aufmerksamkeit gilt der Bestandserhaltung der vom MfS gefertigten Mikrofilme. Diese sind durch den häufigen Gebrauch zu Recherchezwecken, zum Teil auch durch die Anfertigung von Rückkopien, sehr stark beansprucht und in ihrer Substanz gefährdet. Deshalb werden für die Akteneinsicht polaritätsgleiche Duplikatfilme gefertigt.

Die Konservierung der Bestände umfasst diverse präventive Maßnahmen wie archivgerechte Verpackung, klimatisierte Lagerung und umsichtige Handhabung in allen Bereichen. Die Unterlagen bestehen aus heterogenen Papieren und tragen, oft herstellungsbedingt, den Keim der Zerstörung durch Säurebildung in sich. Bei der häufigen Nutzung werden sie außerdem mechanisch stark beansprucht und auch geschädigt. Eine Konservierungsmöglichkeit für diese Papiere bietet die Entsäuerung. Das Massenproblem des schleichenden Papierzerfalls kann jedoch nicht in Einzelrestaurierungen bewältigt werden. In der Restaurierungswerkstatt des BStU wurden daher Unterlagen aus verschiedenen Teilbeständen für ein Pilotprojekt

zur Massenentsäuerung ausgewählt, welches aus Mitteln des Konjunkturpaketes II der Bundesregierung umgesetzt wurde.

Findmittel im Internet

Einen grundlegenden Überblick über alle beim BStU verwalteten Bestände vermitteln die Bestandsübersichten, die wesentliche Erkenntnisse aus dem Erschließungsprozess widerspiegeln. Sie sind seit einigen Jahren im Internet abrufbar und werden regelmäßig aktualisiert. Hinzu kommt eine Reihe von Findbüchern und Aktenverzeichnissen. Beispielhaft sei verwiesen auf die online-Einstellung des Verzeichnisses für Filme und Videos im Jahre 2009. Diese Bestandsübersichten werden stetig fortgeschrieben, um den Nutzern geeignete Mittel zur Recherche bereitzustellen. In den vergangenen Jahren wurden schwerpunktmäßig Aktenverzeichnisse zu Diensteinheiten der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen veröffentlicht. Im Gegensatz zu gedruckten Findmittelübersichten bieten diese Verzeichnisse eine kurze Einführung in die Thematik und verzichten dafür auf ein ausführliches Register.

Darüber hinaus werden Unterlagen auch außerhalb der Internetseiten des BStU online präsentiert. Der BStU beteiligt sich beispielsweise mit verschiedenen Findbuchdateien am Archivportal „SED-/FDGB-Archivgut“. Bei diesem Portal handelt es sich um ein Kooperationsprojekt des Bundesarchivs mit den Landes- und Staatsarchiven der neuen Länder und des Landes Berlin. Der BStU hat hierzu eine online-Beständeübersicht zu im MfS-Überlieferungsbereich enthaltenen Unterlagen von SED und FDGB erstellt, die seit Herbst 2009 in den online-Auftritt des Netzwerks „SED-/FDGB-Archivgut“ eingebunden ist.

Die Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der SBZ/DDR – Dokumentationsstelle Dresden

Entstehung und Entwicklung

Die „Dokumentationsstelle Widerstands- und Repressionsgeschichte in der NS-Zeit und der SBZ/DDR“ (seit 2010 Dokumentationsstelle Dresden) wurde auf Vorschlag des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst vom Frühjahr 1999 und nach einem Beschluss des Stiftungsrats der Stiftung Sächsische Gedenkstätten vom 19. April 1999 eingerichtet. Sie nahm am 1. September 1999 in der StSG ihre

Arbeit auf. Sie ist hervorgegangen aus dem Bereich Widerstandsforschung am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V., der zu diesem Zeitpunkt an die Stiftung transferiert wurde. Die Dokumentationsstelle hat eine zentrale Aufgabe darin, die sächsischen Gedenkstätten in ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie war jedoch in ihrer Tätigkeit von Anfang an nicht allein auf Sachsen beschränkt. Bereits ihr „Vorgänger“, der Bereich Widerstandsforschung am HAIT, war in der thematischen und zeitlichen Spannweite seiner Arbeiten auf den gesamtstaatlichen, teils internationalen Bereich ausgerichtet, was sich u.a. in der Breite seiner Materialsammlung zeigte.

Seit der Einrichtung der Dokumentationsstelle bilden die Aufgabenbereiche „Auskunftstätigkeit“ und „Forschung“ zwei ihrer vier zentralen Aufgabenbereiche sowohl für die Opfer der NS-Terrorherrschaft wie auch der SED-Diktatur:

- Dokumentation von Opfer- und Widerstandsschicksalen,
- Auskunftstätigkeit und Beratung für Betroffene und Hinterbliebene,
- Durchführung von Forschungsprojekten zu zentralen Repressionsthemen oder Verbrechenkomplexen,
- Publikation der Projektergebnisse.

Seit dem Jahr 2000 ist die Dokumentationsstelle die leitende Stelle des im Auftrag der Bundesregierung durchgeführten internationalen Projekts „Sowjetische und deutsche Kriegsgefangene und Internierte. Forschungen zum Zweiten Weltkrieg und zur Nachkriegszeit“. Im Bereich „Sowjetische Kriegsgefangene“, „Deutsche Speziallagerhäftlinge und SMT-Verurteilte“ sowie „Schicksalsklärung und Rehabilitierung deutscher Staatsbürger“ ist sie die einzige, seit Jahren auf vertraglicher Grundlage international tätige Organisationseinheit der Stiftung. Daher hat die StSG innerhalb der Gedenkstättenstiftungen Deutschlands hierin ein Alleinstellungsmerkmal. Hinzu kommen intensive Arbeitsbeziehungen zur Haupt-Militärstaatsanwaltschaft in Moskau, über die in dieser Dauer keine andere deutsche Institution in dieser Form verfügt. Seit Juni 2008 nimmt die Dokumentationsstelle Dresden im Rahmen einer Aufgabenübertragung Aufgaben des AA im Bereich „Russisches Rehabilitierungsgesetz und deutsche Antragsteller“ wahr.

Die Dokumentationsstelle ist im Laufe ihrer Geschichte zu einer der zentralen Anlaufstellen der Bundesrepublik Deutschland für Personen geworden, die erstens als deutsche Kriegsgefangene in sowjetische Hände gefallen sind, zweitens Opfer der sowjetischen Strafpraxis nach 1945 wurden bzw. drittens Opfer der SED-Diktatur geworden sind. Sie hat zur Erfüllung dieser Aufgaben große EDV-gestützte

personenbezogene Datenbestände aufgebaut und nutzt diese für ihre wissenschaftliche und Auskunftstätigkeit gegenüber Privatpersonen und öffentlichen Ämtern.

In diesen Anfragen geht es entweder um vertiefende Schicksalsklärung mit Hilfe von Akten, die in der Dokumentationsstelle Dresden vorhanden sind oder die beschafft werden müssen, oder um eine bestimmte Einordnung von Haftgründen für die Antragstellung und Entscheidung von Ämtern im Rahmen der verschiedenen SED-Unrechtsbereinigungsgesetze bzw. des Häftlingshilfegesetzes. Es geht auch um Beratung. Hierzu sind z.B. Gutachten oder Auskünfte für Ämter anzufertigen. Die Dokumentationsstelle der StSG erfüllt damit wichtige historisch-wissenschaftliche sowie humanitäre Aufgaben für die Betroffenen und ihre Hinterbliebenen. Die Stiftung ist zudem gegenwärtig die einzige deutsche Institution, die im Auftrag von Betroffenen Akteneinsicht in Strafakten beim FSB (früher KGB) in Moskau im Umfang mehrerer hundert Fälle im Jahr vornimmt. Auch für die Archive in Weißrussland bzw. der Ukraine verfügt sie – teilweise als einzige deutsche Institution – seit 2002 über gesicherten Aktenzugang.

Seit der offiziellen Aufgabenwahrnehmung im Rahmen des „Russischen Rehabilitierungsgesetzes“ werden durch Mitarbeiter der Dokumentationsstelle Dresden jährlich ca. 3.000 bis 3.500 Anfragen bearbeitet, darunter auch vermehrt Anfragen für Gedenktafeln von Opfern der SED-Diktatur, bezüglich einzelner örtlicher Gruppen oder etwa Berufsgruppen. Das Interesse hat sich auf diesem hohen Niveau stabilisiert. Ein Sinken der „Nachfrage“ ist auch für die nächsten Jahre nicht zu erwarten.

Die thematischen Forschungsschwerpunkte der letzten Jahre bildeten Geheimdienst Dokumente zum 17. Juni 1953, sowjetische Speziallager in der SBZ, sowjetische Todesurteile gegen deutsche Zivilisten in den Jahren 1945-1947, das Lagersystem für deutsche Kriegsgefangene in der UdSSR sowie sozialstatistische Befragungen zu Haftfolgeschäden politischer Haft in der SBZ und der DDR. Die Sammlungs- und Dokumentationstätigkeit wird in den nächsten Jahren fortgesetzt.

Die Dokumentationsstelle verfügt über eine Reihe von EDV-gestützten Informationen und Dokumenten, wie sie in keiner anderen Einrichtung im Bereich der deutschen Gedenkstätten vorliegen: Dokumente und Personenverzeichnisse zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten (für letztere Verfolgungen in der SBZ und in der DDR), die vor allem für die Forschung und Dokumentation aufbereitet sind bzw. für historische Kurzgutachten genutzt werden. Dieser Bestand ist zu einem

überwiegenden Teil mit Zustimmung des BMI vom Suchdienst des Deutschen Roten Kreuz (DRK) für Auswertungs- und wissenschaftliche Zwecke der Dokumentationsstelle zur Verfügung gestellt worden. Zum Teil wurde er in eigens initiierten Kooperationsprojekten mit dem DRK-Suchdienst für dessen sowie stiftungseigene Zwecke erarbeitet (dt. Kriegsgefangene). Ein Teil der Bestände beruht zudem auf einer Kooperation zwischen dem AA und der Dokumentationsstelle Dresden. Die Datenbanken sind sowohl für Einzelabfragen nutzbar wie auch für bestimmte wissenschaftliche Fragestellungen aufbereitet.

Die Bestände zu deutschen Kriegsgefangenen und Zivilhäftlingen umfassen zurzeit ca. 2,7 Mio. Datensätze sowie mehr als zehn Mio. digitalisierte Dokumentenseiten.

Die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., Archiv der DDR-Opposition

Die Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. (RHG), am 19. November 1990 in Berlin von der Bürgerbewegung Neues Forum gegründet, dokumentiert und vermittelt die Geschichte und die Erfahrungen von Opposition und Widerstand gegen die kommunistische Diktatur. Der Verein ist Träger des Archivs der DDR-Opposition und Herausgeber von Publikationen zur Oppositionsgeschichte. Politische Bildungsarbeit betreibt der Verein mit Ausstellungen, Veranstaltungsreihen und Seminaren.

Archive

Das Archiv der DDR-Opposition beinhaltet Materialien ab 1945 über antikommunistischen Widerstand, über kirchliche oder atheistische Systemkritiker sowie über Menschenrechts-, Friedens-, Frauen- und Umweltgruppen. Unter den Dokumenten sind Kassiber, Flugblätter, Samisdat-Publikationen der DDR-Opposition oder Dokumente der Bürgerbewegungen von 1989/90. Zu über 500 lfm Schriftgut kommen 80.000 Fotos und 800 Plakate. Darüber hinaus existieren umfangreiche Sammlungen von Filmen, Audios, Transparenten und anderen Objekten. Zeitzeugenberichte ergänzen die Bestände. Die archivierten Dokumente von Opposition und Widerstand bilden eine Art Gegenüberlieferung zu den Staats- und Parteiakten des SED-Staats.

Die drei Wurzeln des Archivs sind das im Mai 1992 im Hinterhaus der Schliemannstr. 23 im Berliner Prenzlauer Berg eingerichtete Robert-Havemann-Archiv mit dem Nachlass Robert Havemanns und den Unterlagen des Neuen Forums als Gründungsbeständen, das Matthias-Domaschk-Archiv, am 7. Januar 1992 in der

Umwelt-Bibliothek Berlin gegründet, das sich 1993 der RHG anschloss mit der Dokumentensammlung der Umwelt-Bibliothek aus der DDR-Oppositionsbewegung der 1980er Jahre und schließlich das Archiv GrauZone mit seinen Materialien zur ostdeutschen nichtstaatlichen Frauenbewegung, das die RHG 2003 übernahm. Die Bestände dieser drei Archive wurden in der RHG zum Archiv der DDR-Opposition zusammengeführt.

Zum 20. Jubiläum von Friedlicher Revolution und Wiedervereinigung 2009/10 präsentierte die Robert-Havemann-Gesellschaft in Kooperation mit der Kulturprojekte Berlin GmbH die Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution 1989/90“ auf dem Berliner Alexanderplatz. Sie war vom 7. Mai 2009 bis zum 3. Oktober 2010 zu sehen und wurde vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, dem damaligen Bundesaußenminister und Vizekanzler, Frank-Walter Steinmeier, und dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsminister Bernd Neumann, eröffnet. Mehr als zwei Millionen Menschen – so auch Bundeskanzlerin Angela Merkel am 4. Mai 2012 – besuchten die Ausstellung, die mit über 700 Fotos und Textdokumenten, mit Filmen, Tonbeiträgen und gegenständlichen Exponaten die Vorgeschichte und den Verlauf der Friedlichen Revolution und den Weg zur Deutschen Einheit bis zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 dokumentierte. Über 90 Veranstaltungen begleiteten die Ausstellung, die im September 2009 mit dem von der Bundeszentrale für politische Bildung verliehenen „einheitspreis“ in der Kategorie „Kultur – Profil der Einheit“ ausgezeichnet wurde. Die Ausstellung wurde durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin und BKM, das Rahmenprogramm vom BMI gefördert.

Die RHG hat 2009 zudem Erinnerungs- und Informationsstelen zur Friedlichen Revolution von 1989/90 in Berlin errichtet. Auf dieses Projekt wird im Kapitel 13 „Denkmäler und Mahnmale“ eingegangen.

Das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“, Jena

Das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ (ThürAZ) ist das Spezialarchiv der Opposition und des Widerstandes in der SED-Diktatur für den Freistaat Thüringen. Es wurde 1991 gegründet. Träger ist seitdem der Verein Künstler für Andere e.V., der aus der gleichnamigen Jenaer Gruppe der DDR-Opposition hervorgegangen ist.

Das Archiv verfügt über knapp 100 Vor- und Nachlässe sowie Sammlungen von Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtlern. Diese Bestandsgruppe gibt Einblick in die Oppositionstätigkeit besonders in den 1970er und -80er Jahren, wobei die Erwerbstätigkeit des Archivs den Zeitraum von 1945 bis 1990 umfasst. Der geografische Schwerpunkt liegt bei den ehemaligen Bezirken Gera, Erfurt und Suhl, dem heutigen Freistaat Thüringen.

Die Bestände sind in gedruckten Übersichten und auch im Internet verfügbar. Das Archiv ist öffentlich zugänglich und bietet Nutzern sowohl die Möglichkeit einer selbstständigen Nutzung als auch eine Nutzerbetreuung, die Vorrecherchen und Recherchen auf Anfragen, Archivführung und Einführungen in die Findhilfsmittel, die Vermittlung von Zeitzeugen sowie die Erstellung von Reproduktionen umfasst. Das ThürAZ legte von Anfang an einen Schwerpunkt auf archivische und historisch-politische Bildungsarbeit. Dabei werden zielgruppenspezifische Formate für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Multiplikatoren und die Fach- und allgemeine Öffentlichkeit angeboten.

Das ThürAZ wird im Rahmen der Projektförderung von der Bundesstiftung Aufarbeitung, vom Freistaat Thüringen und von der Stadt Jena gefördert.

Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.

Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. wurde im Mai 1991 von ehemaligen Leipziger Oppositionellen gegründet. Das Archiv konnte auf einen Bestand zurückgreifen, der schon seit 1988 von Mitgliedern der Leipziger Opposition unter den Bedingungen der Diktatur, damals „getarnt“ als Gemeindebibliothek im Markuspfarrramt in Leipzig, gebildet wurde und der Öffentlichkeit zur Verfügung stand.

Im Archiv werden seit dessen Gründung die hinterlassenen Selbstzeugnisse der DDR-Opposition, der Bürgerbewegungen und der in den Jahren 1989/90 entstandenen Initiativen und Parteien gesammelt und nach archivwissenschaftlichen Prinzipien erschlossen.

Für anlässlich der Jubiläen zur Friedlichen Revolution und zur Deutschen Einheit erarbeitete wissenschaftliche Studien, Ausstellungen und Beiträge in den Medien hat das Archiv Bürgerbewegung unerlässliches Material liefern können. Wissenschaftler, Studenten und Journalisten aus dem In- und Ausland nutzen das Archiv.

Seit vielen Jahren realisiert das Archiv Bürgerbewegung außerdem Projekte der politischen Bildung. So wurden u.a. Wanderausstellungen erarbeitet, die sehr erfolgreich in ganz Deutschland gezeigt werden. Anhand unterschiedlicher Themen werden die diktatorischen Verhältnisse in der DDR dargestellt. Ziel ist es, Momente der Zivilcourage und der Menschenrechte ins Bewusstsein zu rücken. Der Ausstellungskatalog steht unter www.archiv-buergerbewegung.de/ausstellungen online zur Verfügung. Im Laufe der Jahre hat sich dadurch ein enges Netzwerk von Kooperationspartnern in ganz Deutschland entwickelt. Neben Aufarbeitungsinitiativen und öffentlichen Institutionen gehören immer mehr Schulen dazu, die das Angebot nutzen.

Im Jahr 2011 wurde eine von der Bundesstiftung Aufarbeitung finanzierte virtuelle Ausstellung zur Deutschen Einheit erarbeitet. Unter dem Titel „Power to the people – Leipzig zwischen Anarchie und Nationalstaat“ beleuchtet und würdigt sie in einer Lokalstudie bürgerschaftliches Engagement bis zur Deutschen Einheit und erinnert so an die demokratischen Prinzipien von Einmischung, Gestaltung und Aktion (online unter: www.deutsche-einheit-leipzig.de).

In der Aufarbeitungsdebatte wird das Archiv in Zukunft den europäischen Gedanken stärker in das Bewusstsein rücken. So groß das Interesse bis 1989 an Osteuropa in der DDR war, so endete es abrupt mit den neuen Problemen der Deutschen Einheit. Deshalb arbeitet das Archiv Bürgerbewegung verstärkt mit ost- und südosteuropäischen Aufarbeitungsinitiativen zusammen und präsentiert deren Arbeiten in Leipzig. Im Herbst 2010 wurde eine Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem „Memorial der Revolution Timișoara“ gezeigt. In erschütternden Fotos wurde die blutige Revolution in Rumänien im Dezember 1989 nachgezeichnet. Weiter besteht eine Zusammenarbeit mit dem Nationalen Historischen Museum Tirana, um die in Deutschland weitgehend unbekannt unterdrückte Unterdrückung unter der Hoxha-Diktatur zu thematisieren. Im Mai 2011 wurde im Europahaus Leipzig die Fotoausstellung „The prisons of the prison`s polity – Die Gefängnisse des Gefängnis-Staates“ präsentiert, die zum ersten Mal in Deutschland zu sehen war.

Darüber hinaus betreut das Archiv seit Jahren Schülerprojekte vor Ort, momentan in Leipzig, Markkleeberg und Borna, die sich mit den historischen Ereignissen der Region und des Umfeldes beschäftigen. Dabei kommen verschiedene didaktische Methoden zum Einsatz, um das hohe Kulturgut Menschenrechte und Demokratie erlebbar zu machen. Außerdem werden für Träger der politischen Bildung,

Ausbildungseinrichtungen und Touristengruppen u.a. Bildungsreisen, Vorträge und Zeitzeugengespräche angeboten.

Der Verein hat in den letzten Jahren eine Reihe von Publikationen zu verschiedenen Themen herausgegeben, so u.a. zum jugendlichen Widerstand in Altenburg/Thüringen, zur Jugendsubkultur in Leipzig, über die Waffendienstverweigerung in der DDR und zu Flucht und Ausreise.

Zur Zeit verfügt das Archiv über ca. 140 lfm Aktenbestand, eine umfangreiche Sammlung Samisdat-Literatur, über 3.500 Fotos, eine Sammlung von Zeitzeugeninterviews, eine Handbibliothek mit ca. 1.600 Bänden, einen Videobestand mit über 600 CDs und DVDs sowie 170 Audiokassetten. Außerdem verleiht und betreut es acht Wanderausstellungen an 26 Ausstellungsorten.

Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. hat seine Aufgabengebiete von der Archiv- und Sammlungstätigkeit in den Anfangsjahren des Bestehens in den letzten Jahren zunehmend ausgeweitet hin zu einer Einrichtung der politischen Bildung mit der Erarbeitung von Ausstellungen, Durchführung von Veranstaltungen, Betreuung von Schülerprojekten, Organisation und Durchführung von Zeitzeugengesprächen. Mit zunehmender Erweiterung der Angebote des Vereins hat sich kontinuierlich die Archivnutzung erhöht. So ist die Nutzung der Bestände und der Fotosammlung durch Vertreter von Medien, Buchautoren und Wissenschaftler stark angestiegen.

Der Verein wird im Rahmen von Projektförderungen durch die Bundesstiftung Aufarbeitung, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten und die Stadt Leipzig finanziell unterstützt.

Das Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e.V. – Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens

Das Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage mit dem Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsen e.V. ist eine aus der Mitte der Gesellschaft gewachsene Initiative und besteht seit 1998. Das Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e.V. knüpft an die Friedens- und Bürgerbewegung in der DDR und die Friedliche Revolution an und versteht sich als Aufarbeitungsinitiative für die DDR-Oppositions- und Repressionsgeschichte. Insbesondere werden folgende Vereinsziele und Projekte verfolgt:

- Sammlung, Sicherung, Erschließung von Archivmaterial aus der Bürgerbewegung Südwestsachsens zur Pflege und Erhaltung dieser Kulturwerte für Dokumentation, Bildung und Forschung
- Aufarbeitungsinitiative für DDR-Oppositionsgeschichte und SED-Unrecht
- Förderung der Heimatpflege und Heimatkunde in Form von Forschungsprojekten über den Kirchenkampf während des Nationalsozialismus sowie oppositionelles und widerständiges Verhalten während der DDR-Zeit in der Region Südwestsachsen
- Bildungs- und Begegnungsarbeit, insbesondere unter Jugendlichen, für Gewaltfreiheit und Zivilcourage, um Radikalisierung und Gewalt in der Gesellschaft zu begegnen
- Jugendpflege und Jugendfürsorge im Rahmen einer Bildungs- und Begegnungsstätte mit Veranstaltungsangeboten vor allem für Jugendliche
- Einsatz für sozial Benachteiligte, politisch, rassistisch und religiös Verfolgte sowie Betroffene von SED-Unrecht
- Ausstellungsarbeit zu gesellschaftsbezogenen Themen Krieg und Frieden, Gewaltfreiheit, Friedens- und Bürgerbewegung
- Zeitzeugenarbeit mit Akteuren der Friedlichen Revolution
- „Weg der Friedlichen Revolution“- Errichtung von Erinnerungstafeln in Werdau, Crimmitschau, Zwickau und Plauen zur Erinnerung an die Ereignisse von 1989/90
- Präsentation und Besucherbetreuung der Dauerausstellung „Opposition, Repression und Friedliche Revolution in der DDR“ sowie der Wanderausstellungen „Die Schwerter-zu-Pflugscharen-Bewegung“ (2007) und „Die Zeitungen der Friedlichen Revolution“(2009).

Bildungsarbeit

Mit den Mittelschulen und Gymnasien der Region Südwestsachsen bestehen erfolgreiche Kooperationen. Projektstunden und -tage werden mit Schulklassen direkt in Schulen sowie im King-Zentrum durchgeführt. Weiter werden Schüler und Studenten bei der Vorbereitung von Vorträgen und Facharbeiten unterstützt.

13. Denkmäler und Mahnmale

Das Denkmal in der Gedenkstätte Berliner Mauer

Im April 1994 lobte der Bund, vertreten durch das Deutsche Historische Museum, einen Wettbewerb für die Gestaltung des nationalen Denkmals für die Opfer des Mauerbaus und der deutschen Teilung aus, das seinen Platz am historischen Ort in der Bernauer Straße finden sollte. Drei der insgesamt 259 eingereichten Wettbewerbsteilnehmer erhielten einen zweiten Preis: Bühren und Schulz aus Allensbach, Winkler und Thiel aus Berlin sowie Kohlhoff & Kohlhoff aus Stuttgart. Ein erster Preis wurde von der Jury nicht vergeben.

Im Juli 1995 entschied der Bund als Auslober des Wettbewerbs, dass der Gestaltungsvorschlag von Kohlhoff & Kohlhoff realisiert werden sollte. Dieser Entwurf sah die Integration überlieferter Sachspuren der originalen Grenzanlage an der Bernauer Straße vor und beabsichtigte, diese durch gestalterische Mittel zu verstärken und zu überhöhen. Dem Wettbewerb war ein mehrjähriger kontroverser Diskussionsprozess über die angemessene Form und Gestaltung des Gedenkens vorangegangen.

Am 13. August 1998 wurde das Denkmal, dessen zwei (Corten-)Stahlwände ein 70 m langes original erhaltenes Stück der Grenzanlagen einschließen, offiziell eingeweiht. Die rahmenden Stahlwände des Denkmals gaben auch das Leitmaterial für sämtliche Hinzufügungen der Gedenkstättenenerweiterung seit 2009 vor. Die Inschrift am Denkmal lautet:

„In Erinnerung an die Teilung der Stadt vom 13. August 1961 bis 9. November 1989 und zum Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.“

Heute ist der Bereich des Denkmals der einzige Ort in Berlin, an dem das tief gestaffelte Sperrsystem der einst 155 km langen Grenzanlagen in seiner gesamten Ausdehnung noch erlebbar ist. Das Denkmal korrespondiert mit dem auf der gegenüberliegenden Seite der Bernauer Straße stehenden Dokumentationszentrum Berliner Mauer, das seit 1999 von der Gedenkstätte genutzt wird. Die Evangelische Versöhnungsgemeinde Berlin-Wedding stellt dieses Gebäude zu großen Teilen zur Gedenkstättennutzung zur Verfügung. Das Gebäude wurde 2002/03 nach einem Entwurf der Berliner Architekten Hapke/Zerr/Nieländer umgebaut und erhielt einen auf das Denkmal ausgerichteten neuen Aussichtsturm, von dem aus das Denkmal

hervorragend überblickt werden kann. Die Besucher erhalten hier einen einzigartigen Eindruck von der durch die Grenzanlagen bewirkten brutalen Trennung der Stadt in zwei Hälften.

Im Zuge der seit 2009 realisierten Gedenkstättenenerweiterung wurde das Denkmal in die Gestaltung integriert. Der durch die Stahlwände geschaffene hermetische Raum des nicht betretbaren Denkmals vermittelt einen Eindruck des durch die Grenzanlagen zerstörten Stadtraums. Auf der einstigen „Ostseite“ ermöglichen Schlitzfenster zwischen den Betonplatten der Hinterlandmauer Einblicke in den Todesstreifen. Zum 9. November 2009 wurde zudem ein Wachturm des Typs BT-9 am originalen Standort und auf dem originalen Fundament des bereits im Frühjahr 1990 abgetragenen Originals errichtet.

Das Denkmal dient zu jedem Jahrestag des 13. August 1961 und des 9. November 1989 als Ort einer zentralen Gedenkveranstaltung. Am 13. August 2011 fand hier anlässlich des 50. Jahrestages des Mauerbaus die zentrale Gedenkveranstaltung des Landes Berlin und des Bundes unter Teilnahme von Vertretern aller Verfassungsorgane statt.

Das Freiheitsdenkmal in Plauen

Das Denkmal in Plauen erinnert an die erste Großdemonstration in der DDR am 7. Oktober 1989 mit ca. 20.000 Teilnehmern, die von den Sicherheitskräften nicht mehr aufgelöst werden konnte. Damit wurde die Friedliche Revolution zu einer Massenbewegung, der die Staatsmacht nichts mehr entgegenzusetzen hatte.

Aus Anlass des 20. Jahrestags dieser Demonstration 2009 ergriffen die regionalen Kiwanis-, Lions-, Rotary- und Soroptimist-Clubs mit Hilfe aller Interessierten die Initiative zur Errichtung des Denkmals „für das mutige Volk“. Der Sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich übernahm die Schirmherrschaft über das Vorhaben. Der Freistaat Sachsen hat das Projekt zur Errichtung des Denkmals mit Mitteln in Höhe von rund 28.000 Euro gefördert.

Aus den eingereichten Entwürfen eines Ideenwettbewerbs wählten die Bürger Plaueus den des Künstlers Peter Luban aus: eine Kerze – das Symbol der friedlichen Demonstrationen im Herbst 1989 – im Bronzemantel. Das Denkmal wurde am „Tunnel“ errichtet, dem zentralen Platz der Stadt Plauen, und am 7. Oktober 2010 eingeweiht.

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin

Die Idee eines nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals ist durch bürgerschaftliches Engagement aus der Mitte der Gesellschaft heraus entstanden und wurde dann in den parlamentarischen Raum getragen. Am 9. November 2007 beschloss der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU-, der SPD- und der FDP-Fraktion, zur Erinnerung an die Friedliche Revolution im Herbst 1989 und an die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands ein Denkmal zu errichten, das zugleich auch an die freiheitlichen Bewegungen der vergangenen Jahrhunderte erinnern sollte. Mit einem weiteren Beschluss des Deutschen Bundestags vom 4. Dezember 2008 wurde als Standort der Sockel des ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf der Berliner Schlossfreiheit festgelegt.

Auf der Grundlage der Bundestagsbeschlüsse lobte BKM in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und unter der Koordination des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung am 19. Dezember 2008 einen offenen, zweistufigen Gestaltungswettbewerb aus. Das Parlament legte bewusst Wert auf eine offene Form des Realisierungswettbewerbs ohne Mindestanforderungen und Beschränkung der Teilnahmeberechtigung. Trotz der überwältigenden Resonanz – 533 Teilnehmer reichten ihre Entwürfe ein – fand jedoch keine der eingereichten Arbeiten eine Mehrheit im Preisgericht. Daher folgte der Auslober der Empfehlung der damaligen Jury und beendete diesen Wettbewerb nach der ersten Stufe im April 2010. Alle Entwürfe wurden in einem Katalog gewürdigt, der die große Vielfalt der Lösungsvorschläge zeigt.

Als Konsequenz aus dem ersten Verfahren wurde das Konzept vereinfacht und konzentriert. Den künstlerischen Schwerpunkt des Denkmals sollte nun die Erinnerung an die Friedliche Revolution im Herbst 1989 und die Wiedererlangung der Deutschen Einheit bilden. Auf dieser inhaltlichen Grundlage wurde ein neues Verfahren in Form eines nichtoffenen Wettbewerbs für Künstler, Architekten und Landschaftsarchitekten mit vorgeschaltetem offenen Bewerberverfahren durchgeführt. Auch dieser Wettbewerb stieß auf große Resonanz. 386 Bewerbungen gingen ein, aus denen ein vom Preisgericht unabhängiges Auswahlgremium 33 Teilnehmer auf der Basis von Referenzprojekten auswählte. 28 Teilnehmer reichten dann ihre Entwürfe für das Freiheits- und Einheitsdenkmal ein.

Am 20. Jahrestag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober 2010, wurde das Ergebnis des internationalen Gestaltungswettbewerbs bekannt gegeben. Das hochrangig besetzte Preisgericht hatte einstimmig entschieden, drei gleichrangige Preise und

zwei Anerkennungen zu vergeben. Die drei gleichrangigen Preise gingen an die Arbeiten von Professor Balkenhol, von Professor Meck und an den Entwurf der Arbeitsgemeinschaft Milla und Partner zusammen mit Sasha Waltz. Die beiden Anerkennungen gingen an Xavier Veilhan und das Büro „realities:united“ von Jan und Tim Edler.

Die drei preisgekrönten Arbeiten bieten vollkommen unterschiedliche Herangehensweisen an das Thema „Freiheit und Einheit“ und spiegeln die Vielfalt der Formensprache und die Bandbreite heutiger künstlerischer Ausdrucksformen wider. Das Preisgericht empfahl bei seiner Entscheidung zugleich, die drei Preisträgerentwürfe überarbeiten zu lassen. Nach dieser Überarbeitungsphase traf der Bauherr – beraten durch ein Fachgremium – die Entscheidung, die Arbeit von Milla und Partner zusammen mit Sasha Waltz zur Realisierung auszuwählen. Der Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags hat am 13. April 2011 mit großer Mehrheit diese Entscheidung begrüßt.

Der ausgewählte Entwurf mit dem Titel „Bürger in Bewegung“ zeigt eine große gewölbte Schale, die sich aus dem historischen Sockel herauszulösen scheint. Sie fordert die Besucher zum Betreten auf und lässt sich durch sie in Bewegung bringen. Dadurch verweist sie auf die friedliche Bürgerbewegung, die die Wiedervereinigung ermöglicht hat. Das Denkmal ist interaktiv konzipiert, es soll zu Begegnung und Austausch anregen und zeigt, dass gemeinsame Freiheit nur durch Einheit möglich ist. Freiheit und Einheit sind jedoch keine dauerhaften Zustände, sondern müssen stets neu gestärkt und definiert werden, sie erfordern ständiges Engagement. Dieses Prinzip bildet die gedankliche Basis des Denkmals und begründet seinen performativen und veränderlichen Charakter. Die beiden Schlüsselsätze der Friedlichen Revolution „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk“ sind zentral als wesentliches Gestaltungselement auf der Denkmaloberseite dargestellt.

Mit dem Freiheits- und Einheitsdenkmal soll in der Mitte Berlins ein lebendiger Ort der Auseinandersetzung mit der Geschichte und ein Symbol zur Erinnerung an die glücklichsten Momente der jüngsten deutschen Geschichte entstehen. Für das Denkmal stehen bis zu 10 Mio. Euro zur Verfügung.

Seit dem Beschluss des Deutschen Bundestags vom 9. November 2007 gab es eine umfangreiche parlamentarische wie öffentliche Debatte. In 28 vom Bund finanzierten Informations- und Diskussionsveranstaltungen hatten die Bürger seit 2008 deutschlandweit die Möglichkeit, sich aktiv in das Projekt einzubringen.

Das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig

Nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages am 9. November 2007 zur Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin entwickelten sich verschiedene Initiativen mit dem Ziel, neben dem Berliner Denkmal ein weiteres Denkmal in Leipzig zu errichten. Diese führten 2008 dazu, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung durch Beschluss vom 4. Dezember aufforderte, „(...) gemeinsam mit dem Land Sachsen und der Stadt Leipzig den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zur friedlichen Revolution auf angemessene und sichtbare Weise zu würdigen“.

Das Denkmal soll am 9. Oktober 2014 zum 25. Jahrestag der Friedlichen Revolution in Leipzig eingeweiht werden. Der Bund stellt bis zu 5 Mio. Euro für das Projekt zur Verfügung, der Freistaat Sachsen beteiligt sich mit bis zu 1,5 Mio. Euro. Das Denkmal soll nach einem Beschluss des Rates der Stadt Leipzig auf dem Wilhelm-Leuschner-Platz errichtet werden. Der Gestaltungswettbewerb wurde am 9. Oktober 2011 bekannt gemacht. Ein Auswahlgremium hat am 19. und 20. Januar 2012 aus 325 Bewerbungen 41 Teilnehmer für den Wettbewerb ausgewählt. 39 Entwürfe wurden abgegeben. Am 6. Juli 2012 hat ein international besetztes Preisgericht die Preisträger gekürt:

1. Preis: „70.000“ von M + M, Marc Weis, Martin de Mattia zusammen mit ANNABAU Architektur und Landschaft, Sofia Petersson und Moritz Schloten
2. Preis: „Eine Stiftung für die Zukunft“, von realities:united, Jan und Tim Edler mit Schlaich Bergermann und Partner Beratende Ingenieure, Prozessagenten Susanne Jaschko, Leonard Streich
3. Preis: „Herbstgarten“ von Anna Dilengite, Tina Bara, Alba d’Urbano.

Auf der Grundlage der Preisgerichtsentscheidung und des nun folgenden Verhandlungsverfahrens wird über die Realisierung eines Preisträgerentwurfs entschieden.

Stelen

Die Erinnerungs- und Informationsstelen zur Friedlichen Revolution von 1989/90, Berlin

Die Robert-Havemann-Gesellschaft errichtete 2009 „Revolutionsstelen“ an 18 wichtigen Orten der Friedlichen Revolution von 1989/90, die über das Stadtgebiet von Berlin (Ost- und West-Berlin) verteilt sind. Die Stelen beleuchten die konkreten politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten des Jahres 1989/90 in Berlin und stellen jene engagierten Menschen in den Mittelpunkt, die die SED-Diktatur letztlich zu Fall brachten. Sie machen historische Orte im Berliner Stadtraum kenntlich, die für das Geschehen 1989/90 von Bedeutung sind, beginnend mit den Protesten gegen die Fälschung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 bis zur Herstellung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990.

Die Finanzierung des Projektes erfolgte je zur Hälfte durch BKM und durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin.

Die Erinnerungsstelen für Mauertote am Berliner Außenring

Schon ab 1961 wurde an Orten, an denen Flüchtlinge erschossen wurden oder tödlich verunglückten, Kreuze und Gedenkzeichen errichtet. Einige dieser Erinnerungsorte sind erhalten geblieben, andere entstanden erst nach dem Fall der Berliner Mauer. Manche Todesfälle waren gar nicht bekannt, sodass es keinen Hinweis auf diese Opfer im Stadtraum gibt. In einem mehrjährigen Programm stellt die Stiftung Berliner Mauer an der ehemaligen Grenze, dem jetzigen Berliner Mauerweg, Informationsstelen auf. Sie erinnern an die Mauertoten, die von 1961 bis 1989 an der Berliner Mauer erschossen wurden oder tödlich verunglückten. Zum 20. Jahrestag des Mauerfalls wurden erste Erinnerungsstelen am südlichen Stadtrand entlang des Mauerwegs in der Nähe der jeweiligen Todesorte errichtet. Geplant ist, mit solchen Stelen alle Orte zu markieren, an denen Menschen bei einem Fluchtversuch oder im Zusammenhang mit dem Grenzregime getötet wurden oder ihr Leben verloren. Zum 50. Jahrestag des Mauerbaus wurde dieses Vorhaben an der ehemaligen Grenze zwischen West-Berlin und dem Berliner Umland, dem heutigen Land Brandenburg, umgesetzt. An 29 Standorten wurden Erinnerungszeichen für 50 Todesopfer errichtet. Das Projekt wurde durch PMO-Mittel der Länder Brandenburg und Berlin finanziert.

Die „Weißen Kreuze“, Berlin

Hinter dem Ostportal des Reichstagsgebäudes (heute Sitz des Deutschen Bundestages) verliefen die Grenzanlagen der DDR. Das südliche Ufer der Spree gehörte zu West-Berlin, die Wasserfläche war bereits Ost-Berliner Gebiet. An der Stelle, an der die vordere Grenzmauer bis 1990 auf das Flussufer traf, richtete der private Berliner Bürger-Verein zum 10. Jahrestag des Mauerbaus 1971 den Gedenkort „Weiße Kreuze“ ein. Die Mahnzeichen waren zunächst dort aufgestellt worden, wo Flüchtlinge versucht hatten, West-Berlin zu erreichen und dabei verunglückt oder von DDR-Grenzsoldaten erschossen worden waren.

Im Laufe der Jahre überstieg der Aufwand für Betreuung und Pflege der weit voneinander entfernten Kreuze die Möglichkeiten des Berliner Bürger-Vereins. Die Erinnerungszeichen wurden an zwei zentralen Orten, dem Platz an der Spree am Reichstagsgebäude und der Bernauer Straße in der Gedenkstätte Berliner Mauer konzentriert. Sie sollten an alle Menschen erinnern, die nach der Abriegelung der Grenze bei dem Versuch, aus der DDR nach West-Berlin zu fliehen, ums Leben gekommen sind.

Wegen der Bauarbeiten am Reichstagufer wurde der eine Gedenkort zeitweilig an den Tiergarten, Ebertstraße/Ecke Scheidemannstraße gegenüber der Südseite des Reichstages, verlegt. Seit dem 17. Juni 2003 befindet er sich als Installation aus sieben weißen Kreuzen wieder am Ufer der Spree. Die Kreuze am Tiergarten blieben ebenfalls erhalten. Die Kreuze an der Bernauer Straße sollen zukünftig in die dortige Gedenkstätte integriert werden.

Die Orte der Friedlichen Revolution, Leipzig

Das Bürgerkomitee Leipzig e.V. eröffnete am 9. Oktober 2010 die Ausstellung „Orte der Friedlichen Revolution“. Im Leipziger Stadtraum werden damit die 20 wichtigsten Punkte markiert, an denen 1989/90 Aktionen des politischen Widerstandes stattfanden, von der Demonstration für Bürger- und Menschenrechte im Januar 1989 über die Aufdeckung der Wahlfälschung im Mai 1989 bis zur entscheidenden Montagsdemonstration am 9. Oktober, der Besetzung der Leipziger Stasi-Zentrale und der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990. Mit der Errichtung thematischer Stelen werden die Topografie und die zeitliche Entwicklung der Friedlichen Revolution erlebbar. Die Besonderheit, Vielschichtigkeit und Einmaligkeit des Gesamt ereignisses Friedliche Revolution in Leipzig wird anhand von Fotos sowie deutschen und englischen Texten vermittelt. Auf den Stelen aus Streckmetall, das in

der DDR für Grenzsicherungsanlagen eingesetzt wurde, informieren Tafeln über bedeutende Aktionen des politischen Widerstandes in Leipzig.

Das Projekt wurde mit Mitteln der Stadt Leipzig, des Förderprogramms „Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ des Freistaates Sachsen, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie der Bundesstiftung Aufarbeitung realisiert.

Die Stelen zur Erinnerung an das Grenzregime, Potsdam

Das durch das Potsdam-Museum koordinierte und über Spenden finanzierte Projekt „Mauer-Stelen“ erinnert in der Landeshauptstadt an historisch besonders bedeutsamen Orten wie einem Mauerrest am S-Bahnhof Griebnitzsee oder vor der Glienicker Brücke an den Verlauf der Berliner Mauer, die deutsche Teilung und den Mauerfall. Am 8. November 2002 wurde die erste Stele enthüllt. Auf diesem Denkmal wird über den historischen Hintergrund informiert und die Glienicker Brücke mit zeitgenössischen Fotos dargestellt: In der Mitte der 1949 nach Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg wiederaufgebauten „Brücke der Einheit“ verlief die Grenze zwischen West-Berlin und der DDR. Zugleich diente sie den Alliierten als Verbindung zwischen Potsdam und den Westsektoren Berlins. Nach der Unterzeichnung des Generalvertrages über die Beziehungen der drei Westmächte zur Bundesrepublik im Mai 1952 wurde dieses Symbol der deutschen Teilung für die Öffentlichkeit endgültig gesperrt und international durch die dort stattfindenden spektakulären Austauschaktionen von Agenten aus Ost und West bekannt.

Nach der Friedlichen Revolution und dem Fall der Mauer wurde die Brücke am 10. November 1989 erneut geöffnet. Heute erinnern hier eine auf die Initiative der Fördergemeinschaft Lindenstraße 54 von dem Bildhauer Wieland Förster errichtete Bronzeskulptur mit dem Namen „Nike 89“, eine Gedenktafel sowie eine Mauerstele an die Zeit der deutschen Teilung. Unterschiede in der Farbgebung der Brücke machen den ehemaligen Grenzverlauf sichtbar. An der Potsdamer Stubenrauchstraße am ehemaligen Postenweg des Griebnitzsees in Potsdam-Babelsberg sind sechs Mauersegmente erhalten. Sie wurden durch das „Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V.“ zu einem würdigen Gedenkzeichen gestaltet. Das Forum erreichte darüber hinaus, dass die Mauerreste 2008 unter Denkmalschutz gestellt wurden. Unter dem Zeichen des christlichen Kreuzes wurde eine Tafel mit den Namen der im Potsdamer Grenzbereich zu Tode gekommenen Männer und Frauen angebracht.

14. Bilanz

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur hat in den beiden vergangenen Dekaden sehr wichtige Erfolge erzielt und damit einen wesentlichen Beitrag zur Gestaltung der inneren Einheit unseres Landes geleistet. Der Weg Deutschlands in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Erbe genießt Achtung in der Welt und ist vielfach Vorbild nicht nur in Ostmitteleuropa, sondern auch im Nordafrika des „Arabischen Frühlings“. Ägypten und Tunesien suchen bei der Auseinandersetzung mit ihrer jüngsten Geschichte die Expertise deutscher Aufarbeitungseinrichtungen.

Die Opfer der SED-Diktatur erhielten seit 1990 Möglichkeiten zur Rehabilitierung und Entschädigung. Die beiden SED-Unrechtsbereinigungsgesetze aus den Jahren 1992 und 1994 sowie die Folgegesetze zur Verbesserung von Leistungen schufen eine tragfähige Grundlage zur Rehabilitierung und Entschädigung für die am schwersten betroffenen Verfolgungsoffer der kommunistischen Diktatur in Deutschland. Sie eröffnen einen Weg, sich vom Makel persönlicher Diskriminierung zu befreien und Ausgleichsleistungen in Anspruch zu nehmen. Um das Handeln derjenigen Menschen zu würdigen, die in der DDR aus politischen Gründen inhaftiert waren, und um die materiellen Folgen ihrer Unterdrückung zu mildern, wurde die sogenannte SED-Opferrente eingeführt und damit einer jahrelangen Forderung der Opfer und ihrer Verbände Rechnung getragen.

Die Bundesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, das System der Rehabilitierung und Entschädigung von SED-Unrecht laufend zu überprüfen. So haben der Bund und die ostdeutschen Länder 40 Mio. Euro zur Verfügung gestellt, die speziell den Menschen zugutekommen sollen, die als Kinder und Jugendliche in den Heimen der DDR bis 1990 schwere physische und psychische Schäden erlitten.

Bei der rechtlichen Verfolgung der Verantwortlichen für das SED-Unrecht standen die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte vor der schwierigen Aufgabe, ein in 40 Jahren entstandenes staatliches Unrecht mit den Mitteln des Rechts aufzuarbeiten. Schwierigkeiten ergaben sich insbesondere daraus, dass das Strafrecht der Bundesrepublik auf die Bewältigung staatlichen Handelns in der DDR nicht zugeschnitten war. Das Strafrecht konnte nicht das System als Ganzes aburteilen, sondern musste die Zusammenhänge aufklären, in denen einzelne Menschen für gravierendes Unrecht individuell verantwortlich waren. In weit mehr als 1.000 Fällen wurde Anklage erhoben, sei es wegen der Tötungsdelikte an der innerdeutschen Grenze, Körperverletzungen und Freiheitsberaubung im DDR-Strafvollzug,

Rechtsbeugung oder Wirtschaftsdelikten. Jeder Prozess bedeutete einen wichtigen Schritt gegen das Vergessen.

Auf der Basis bürgerschaftlichen Engagements während der Friedlichen Revolution ist eine breite gesellschaftliche Aufarbeitungslandschaft entstanden. In lokalen oder regionalen Zusammenschlüssen engagieren sich bis heute interessierte Bürger ehrenamtlich zum Beispiel in Fördervereinen von Gedenkstätten oder privaten Archiven, die das materielle Erbe der Opposition in der DDR bewahren. Diesem bürgerschaftlichen Einsatz gilt die Wertschätzung der Bundesregierung.

Hinzu kommen die staatlichen Einrichtungen der Länder und des Bundes zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, namentlich die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen. Die Bundesstiftung Aufarbeitung hat sich seit 1998 zur zentralen Institution zur Überwindung der SED-Diktatur entwickelt. Sie gewährleistet vor allem mit ihrer Projektförderung bundesweit die kontinuierliche Auseinandersetzung mit Geschichte und Folgen der kommunistischen Diktatur. Die erfolgreichen Dauer- und Wechselausstellungen der Bundesstiftungen Deutsches Historisches Museum und Haus der Geschichte der Bundesrepublik greifen immer wieder Themen der deutschen Teilung und der DDR-Geschichte auf.

Die Bildungsarbeit ist angewiesen auf eine wissenschaftliche Forschung an Universitäten und Instituten, die sich intensiv mit der DDR befasst und Mechanismen der totalitären Herrschaft genauso erforscht wie in jüngster Zeit deren Alltagsgeschichte. Nur durch wissenschaftlich fundierte Kenntnisse über die SED-Diktatur kann Verharmlosung und „Ostalgie“ wirkungsvoll begegnet werden. Die öffentliche Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte seit 1990 ist inzwischen selbst Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung.

Gedenkstätten und Erinnerungsorte mit ihrem hohen Anspruch an Authentizität leisten einen eminent wichtigen Beitrag, um die Erinnerung an das Leiden der Menschen wachzuhalten, die von der kommunistischen Diktatur gedemütigt, drangsaliert, verfolgt, gefoltert oder gar getötet wurden. Insofern liegt auf der Sicherung und Entwicklung dieser Einrichtungen das besondere Augenmerk der Bundesregierung. Diese Institutionen spielen auch dort eine wichtige Rolle, wo es gilt, Menschen, denen die persönliche Diktaturerfahrung fehlt, zu vermitteln, was ein Leben in Unfreiheit bedeutet. Dadurch wird zugleich der Wert von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unterstrichen.

Die Vermittlungsarbeit ist umso wirkungsvoller, wenn sie mit der Möglichkeit zu Zeitzeugengesprächen verbunden wird. Der Austausch mit einem persönlich Betroffenen, im Idealfall am authentischen Ort, ist weit einprägsamer als jeder Film, jedes Buch oder eine Unterrichtseinheit, denn er verleiht abstrakter Geschichte ein konkretes Gesicht. Auch als historische Quelle sind Erinnerungen von Zeitzeugen dokumentarisch von hohem Wert. Die Arbeit mit ihnen bildet daher inzwischen einen Schwerpunkt in der Arbeit der Gedenkstätten und Erinnerungsorte. Die Einrichtung des Koordinierenden Zeitzeugenbüros, bei dem die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Stiftung Berliner Mauer seit Juni 2011 zusammenwirken, trägt der gewachsenen Bedeutung der Zeitzeugenarbeit für die Aufarbeitung Rechnung.

Die verschiedenen, in der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes dargelegten Vorhaben zur Aufarbeitung des SED-Unrechts konnten – wie der vorliegende Bericht zeigt – seit 2008 bereits mehrheitlich umgesetzt werden oder stehen in den kommenden Jahren vor ihrem Abschluss. Damit hat der Bund die letztlich auf die Enquête-Kommissionen des Deutschen Bundestags zurückgehenden Einzelempfehlungen zur Verstärkung der Aufarbeitung des SED-Unrechts wirksam umgesetzt: Verantwortung wurde wahrgenommen, die Aufarbeitung verstärkt, das Gedenken vertieft.

Es bleibt eine wichtige Aufgabe der Erinnerungskultur, angemessen der Menschen zu gedenken, die sich gegen die Diktatur der SED zur Wehr gesetzt haben. Dass in Leipzig und Berlin nunmehr Stelen die historischen Orte von Widerstand und Opposition markieren und über die Ereignisse informieren, ist hier ein wichtiger Schritt. Mit der Erweiterung der Dauerausstellung in der Rastatter Erinnerungsstätte um die Freiheitsbewegungen in der DDR besteht in dieser Hinsicht nun auch in Westdeutschland ein wichtiges Informationsangebot. Der 60. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 sollte 2013 Anlass sein, die schließlich von sowjetischen Panzern niedergeschlagenen Proteste gegen die Herrschaft der SED besonders zu würdigen.

Auch zum Thema „Alltag in der DDR“ hat der Bund herausragende Akzente gesetzt: Zu nennen sind hier die finanzielle Unterstützung der neuen Dauerausstellung im Dokumentationszentrum Alltagskultur in Eisenhüttenstadt, die Einrichtung der Dauerausstellung im „Tränenpalast“ am Bahnhof Friedrichstraße zum Alltag der deutschen Teilung oder die zukünftige Präsentation zur Geschichte des Alltags in der SED-Diktatur in der Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg.

Die Vermittlung von Wissen über die kommunistische Diktatur in der DDR, besonders für junge Menschen ohne eigene Erinnerungen, stellt die zentrale Aufgabe innerhalb der Aufarbeitung und der damit verbundenen politischen Bildungsarbeit dar. Wie dieser Bericht zeigt, wurden und werden insbesondere für das junge Publikum viele Angebote geschaffen, die helfen sollen, die vielfach attestierten Wissenslücken zu schließen und gleichzeitig das Bewusstsein für den Wert von Freiheit und Demokratie zu stärken. Die Anstrengungen in diesem Bereich müssen aber noch weiter systematisch verstärkt werden. Zielführend sind hier eine angemessene Behandlung des Themas in den Schulen, ihre verstärkte Zusammenarbeit mit Trägern der politischen Bildung, mit Gedenkstätten und mit Aufarbeitungseinrichtungen sowie deren verstärkte Kooperation untereinander – wie im Gedenkstättenkonzept des Bundes postuliert und initialisiert. Der Zusammenhang zwischen den zeitgeschichtlichen Kenntnissen und Einstellungen von Jugendlichen ist nach den Studien von Klaus Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat der FU Berlin evident: Je größer das Wissen ausgeprägt ist, desto häufiger wird der Diktaturcharakter der DDR erkannt. Wer die historische Urteilsfähigkeit der nachwachsenden Generation stärken will, muss Kenntnisse vermitteln.

Die zurückliegenden Jubiläen der Friedlichen Revolution und der Gedenktag an den Bau der Berliner Mauer haben – nicht zuletzt durch ihre mediale Begleitung – mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Angeboten große Aufmerksamkeit auf die DDR und ihre Geschichte gelenkt. Ziel der weiteren Aufarbeitung muss sein, dieses Interesse wachzuhalten und das Wissen über das SED-Unrecht in der Bevölkerung insgesamt zu festigen und zu vertiefen. Die noch immer anzutreffende Fokussierung auf das MfS-Thema darf dabei nicht dazu führen, die führende Rolle der SED aus dem Blick zu verlieren. Die Staatssicherheit handelte im Auftrag der Partei, war ihr „Schild und Schwert“.

Die Erfolge bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur wären ohne die intensiven Anstrengungen der Länder kaum möglich gewesen. Unmittelbar mit den politischen, ökonomischen und sozialen Folgen der SED-Diktatur konfrontiert, haben insbesondere die neuen Länder deren Bewältigung nachdrücklich vorangetrieben. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur bleibt gleichwohl eine gesamtdeutsche Herausforderung. Die DDR-Geschichte wird in einigen Teilen Westdeutschlands noch oft als etwas Fremdes wahrgenommen, ohne dass die Interdependenzen der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte Beachtung finden. Sie ist aber ein Teil der gesamtdeutschen Geschichte und ihre Aufarbeitung damit eine gesamtdeutsche Aufgabe und kein Regionalthema der neuen Länder. Umso mehr ist das große Engagement einzelner westdeutscher Länder bei der Entwicklung wichtiger

Gedenkorte an der ehemaligen innerdeutschen Grenze hervorzuheben. Dies betrifft etwa das Grenzlandmuseum Eichsfeld, das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth oder die Stiftung Point Alpha.

Mehr als 20 Jahre nach dem Untergang der DDR steht die Freude über das Ende der SED-Diktatur und die Wiedergewinnung der Deutschen Einheit im Zentrum der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Erbe. Ausdruck dieser Freude sind die beiden Denkmale, die in Berlin und Leipzig als symbolische Orte der positiven Erinnerung an die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung als glücklichste Ereignisse der jüngeren deutschen Geschichte entstehen.

15. Anhang

Bestände des Bundesarchives und der SAPMO zur DDR

Einschlägige Bestände der SAPMO

Von besonderer Bedeutung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur sind die Bestände der zentralen Gremien und der Leitungsebenen der SED in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv. Die Parteitage im Abstand von mehreren Jahren waren das höchste, durch Wahl bestellte Organ der SED. Sie waren für das Parteiprogramm und die Statuten, allgemeine Grundsätze und die mittelfristigen Planziele zuständig. Zwischen den Parteitagen war der seit 1950 als Zentralkomitee bezeichnete Parteivorstand das höchste Gremium. Das ZK wählte die Mitglieder von Politbüro und Sekretariat der SED.

Das höchste Entscheidungsorgan und Machtzentrum der DDR war das Politbüro der SED. Es trat in der Regel wöchentlich zusammen und besprach alles, was wichtig erschien. Hier legte etwa Erich Mielke Rechenschaft über die Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit ab. Auch alltägliche Fragen wie Ausreiseanträge oder einzelne Urteile von Gerichten konnten Gegenstand der Beschlüsse des Politbüros werden. Seine Beschlüsse waren bindend für alle Bereiche der Politik, Verwaltung und Rechtsprechung in der DDR. Der Bestand enthält die Arbeitsprotokolle, die der Vorbereitung der Sitzungen dienten, die Reinschriftenprotokolle mit den Beschlüssen zur Umsetzung der Entscheidungen, Informationen, die zur Vorbereitung der Sitzungen an die Mitglieder des Politbüros verteilt wurden, sowie Beschlussauszüge. Diese Materialien unterlagen zu Zeiten der DDR der höchsten Geheimhaltung. Seit fünf Jahren sind sie mit allen Tagesordnungspunkten in Online-Findbüchern im Internet recherchierbar. Der Bestand der Protokolle des Politbüros der SED ist der am intensivsten genutzte Bestand des Bundesarchivs. Die Reinschriftenprotokolle sind mit rund 300.000 Seiten digitalisiert und werden aktuell für die Auswertung im Internet vorbereitet.

Das Sekretariat des ZK regelte die Tagesarbeit und kontrollierte den Parteiapparat mit Hilfe der Büros seiner Mitglieder und knapp 40 Abteilungen für verschiedene Fachgebiete, die ebenfalls jeweils einem oder mehreren Sekretariatsmitgliedern zugeordnet waren. Die Abteilungen kontrollierten den Parteiapparat und sorgten für eine Ausrichtung der Ministerien an den Beschlüssen der Partei, etwa bei der Formulierung von Gesetzen. Die Generalsekretäre, zeitweise als Erste Sekretäre

bezeichnet, Walter Ulbricht (1946-1973), Erich Honecker (1973-1989) und Egon Krenz (1989) waren daneben gleichzeitig Vorsitzende des Staatsrates und kontrollierten darüber die Exekutive. Außerdem waren sie Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates, dem die NVA unterstand. Die vollständigen Bestände aus den Büros aller drei Generalsekretäre Walter Ulbricht, Erich Honecker und Egon Krenz sind digitalisiert und im Internet verfügbar.

Weitere Parteiarchive in der SAPMO stammen von der Demokratischen Bauernpartei Deutschland (DBP) und der National-Demokratischen Partei (NDPD). Sie können zu Fragen des Umgangs mit bäuerlichem Eigentum sowie der Eingliederung ehemaliger Wehrmatsangehöriger ausgewertet werden. Die Archive der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) und der Christlich-Demokratischen Union (CDU) liegen bei den Parteistiftungen der FDP und der CDU.

Die Unterlagen des Verbindungsbüros des Demokratischen Blocks, 1945 als Zusammenschluss von CDU, LDPD, SPD und KPD gegründet, sowie des Nationalrates der Nationalen Front, die 1949 aus der Volkskongressbewegung entstand und zahlreiche Organisationen zusammenfasste, zeigen, wie die SED ihre Herrschaft in der Gesellschaft der DDR zunehmend durchsetzte und ideologisch absicherte.

Die Bestände der FDJ, des Kulturbunds oder auch des FDGB sowie zahlreicher weiterer Massenorganisationen, die sich mit dieser Bezeichnung von der Kaderpartei SED abgrenzten, zeigen deren Umgang mit den Grenzen zwischen der Verpflichtung auf die politische Linie und zugelassenen Freiräumen für bestimmte Bevölkerungsgruppen oder Berufe. Dazu gehört auch der Bestand der Gesellschaft für Sport und Technik (GST), die die vormilitärische Ausbildung der Jugendlichen organisierte, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) und des Deutschen Turn- und Sportbunds (DTSB). Diese Bestände werden für viele Fragen zur gesellschaftlichen und politischen Entwicklung und Geschichte der DDR herangezogen.

Die regionalen Bestände der SED wie des FDGB auf Kreis- und Bezirksebene sowie die Kreisleitungen von größeren Betrieben sind in den Staats- und Landesarchiven der Länder archiviert und dort einsehbar. Die Bestände der Kreisleitungen in den Ministerien, der NVA und dem MfS sind zum Teil bei den Beständen der jeweiligen Organisationen verblieben. Über das vom Bundesarchiv aufgebaute Internetportal „Netzwerk SED-/FDGB-Archivgut“ sind die bereits erschlossenen Bestände in einem übergreifenden Verbundfindmittel gemeinsam recherchierbar.

Einschlägige Bestände der Abteilung DDR

Das Bundesarchiv hat analog zu den vor 1990 vorhandenen Abteilungen R für die Bestände der Reichsregierung und B für die Bestände der zentralen Stellen der Bundesrepublik Deutschland die Abteilung DDR für die Bestände aus der zentralen staatlichen Regierung und Verwaltung der DDR eingerichtet. Darin wurden die zuvor bereits im Zentralen Staatsarchiv der DDR archivierten Unterlagen ebenso wie die Akten aus den Altregistraluren in den Dienststellen und Materialien aus den Büros übernommen. Spätere Zugänge kamen nach der Herstellung der Deutschen Einheit aus Bundesministerien, die einige Unterlagen zunächst übernommen, dann aber zur Archivierung abgegeben hatten.

Die staatlichen Bestände der DDR umfassen die Unterlagen der Staatsspitze, der Ministerien sowie des nachgeordneten Bereiches. Sie sind bei der Auswertung immer im Zusammenhang der korrespondierenden Unterlagen aus dem Parteiapparat zu sehen, da die staatlichen Organe einer teilweise sehr direkten Weisungsbefugnis der Parteiorgane unterlagen. So hatten die Minister die Weisungen der Sekretäre und Abteilungsleiter des ZK der SED zu befolgen. Außerdem standen die Generalsekretäre der SED an der Spitze der Gesetzgebungsorgane. In allen Behörden waren zudem Parteiorganisationen tätig. Eine Besonderheit der DDR-Bestände bilden die in vielen Beständen vorhandenen zahlreichen Eingaben aus der Bevölkerung zu vielfältigen Vorkommnissen, Unzulänglichkeiten und Problemen im Alltag, die an verschiedene Stellen adressiert werden konnten und die als Beschwerdemöglichkeit das fehlende Klagerecht gegen Verwaltungsentscheidungen kompensieren sollten. Deshalb finden sich in vielen Beständen Eingaben oder zusammenfassende Eingabenanalysen. An der Gesetzgebung und dem Aufbau des Rechtssystems der DDR waren Staatsrat, Volkskammer und Ministerrat beteiligt. Der Staatsrat war seit 1968 das formelle Staatsoberhaupt der DDR. Faktisch wurde die Funktion des Staatsoberhauptes vom Generalsekretär der SED als dem Vorsitzenden des Staatsrates ausgeübt. Der Ministerrat bereitete die Gesetzesvorlagen für die Volkskammer wie für den Staatsrat vor. Seine Mitglieder wurden für 5 Jahre gewählt. Die Bestände enthalten die Protokolle sowie zahlreiche Eingaben, speziell aus den Jahren 1985 bis 1990.

Im Bestand des Ministeriums der Justiz, das neben der Mitwirkung an der Gesetzgebung die Bezirks- und Kreisgerichte, die Notariate und die Rechtsanwaltskollegien sowie in den Anfangsjahren auch den Strafvollzug anleitete, sind zahlreiche Personalakten von Richtern und Notaren sowie Informationen über

Rechtsanwälte vorhanden. Hier findet sich außerdem eine Urteilssammlung mit 38.000 Urteilen der unteren Gerichte zu politischen Strafverfahren und von Verurteilungen zu mehr als zehn Jahren Haft.

In den Beständen des Generalstaatsanwaltes sowie des Obersten Gerichts finden sich umfangreiche Unterlagen zu Verurteilungen und zum Strafvollzug. Aus dem Ministerium des Inneren stammt eine inzwischen digitalisierte Gefangenenkartei mit über 800.000 Karten zu verhafteten und verurteilten Personen, die für zahlreiche Anfragen genutzt wird. Dort sind auch mehrere Datenbanken mit Angaben aus den Unterlagen der Transport- und Kriminalpolizei sowie der medizinischen Dienste vorhanden. Sie enthalten Informationen über die Zahl der Häftlinge und ihre Personendaten, über den Arbeitseinsatz und statistische Erhebungen zum Gesundheitszustand.

Zensur- und Zwangsmaßnahmen im Bildungs- und Kulturbereich, Berufsverbote und Einschränkungen der Pressefreiheit lassen sich an Hand der Bestände aus dem Ministerium für Volksbildung zeigen. Der Bestand des Jugendwerkhofs Torgau wurde bereits vielfach herangezogen, um persönliche Schicksale eingewiesener Jugendlicher zu klären.

Das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen war verantwortlich für die zentrale Planung und Leitung des Hoch- und Fachschulwesens. Es war den ihm unterstellten Universitäten, Hochschulen, Ingenieurhochschulen, Fachschulen, wissenschaftlichen Bibliotheken und anderen Einrichtungen direkt vorgesetzt. Der Bestand enthält Analysen zu Stand und Entwicklung des Hoch- und Fachschulwesens und Unterlagen zur Umsetzung der Hochschulreformen. Er informiert über die Berufung und den Einsatz von Hochschullehrern sowie die Verleihung von akademischen Graden und Titeln. Hier wurde über Zulassungen und Absolventenlenkung, über das Auslandsstudium und den Einsatz von Dozenten im Ausland entschieden.

Das Ministerium für Kultur war zuständig für Verlage und Buchhandel. Es lenkte das Filmwesen, die Theater und die Musikaufführung. Unmittelbar waren ihm eine Vielzahl von Einrichtungen und Betrieben, Theater, Museen, Gedenkstätten, künstlerische Hoch- und Fachschulen, Verlage, die DEFA-Studios und der Staatliche Kunsthandel unterstellt. Daneben zeigt der Bestand, wie die Zensur bei der Verlagsproduktion durchgeführt wurde. Ein großer Teil der Akten mit Druckgenehmigungsvorgängen für Belletristik sind inzwischen digitalisiert im Internet benutzbar.

In den Unterlagen des Ministeriums für Wissenschaft und Technik sind die Planungen für Forschungen zum Doping nachzuvollziehen. Beim Ministerium für Gesundheitswesen können Ergebnisse von Arzneimitteltests ausgewertet werden. Die Bestände des Staatssekretariats für Körperkultur und Sport wie des Nationalen Olympischen Komitees enthalten Unterlagen zum Leistungssport. Zu Informationen über den staatlichen Umgang mit Religionsfragen, auch in Einzelfällen, können die Unterlagen des Staatssekretärs für Kirchenfragen herangezogen werden. Schließlich finden sich Informationen zu Umweltbelastungen in den Industrieregionen, zur Gewässerverschmutzung, Strahlenbelastung in der Nähe von Kernkraftwerken in den Unterlagen des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft mit Akten zum Braunkohletagebau oder zu Schadstoffen in Industrieabwässern. Detaillierte Informationen über viele dieser Bestände aus den staatlichen Dienststellen der DDR stehen inzwischen für eine übergreifende Recherche in der Plattform ARGUS im Internet bereit. Weitere Erschließungsangaben kommen im Zuge der laufenden Retrodigitalisierung vorliegender Findbücher und Karteien hinzu. Ansonsten werden vorhandene Findmittel und Karteien vor Ort bereitgestellt. Schutzfristen für die Benutzung brauchen nur bei personenbezogenen Unterlagen beachtet zu werden.

Einschlägige Bestände in der Abteilung Militärarchiv

Die Abteilung Militärarchiv in Freiburg hat die Bestände des Ministeriums für Nationale Verteidigung mit der Nationalen Volksarmee im Umfang von 5.500 lfm mit rund 250.000 einschlägigen Akteneinheiten zum Teil aus dem früheren Militärarchiv der DDR, das nicht Teil des zentralen Staatsarchivs war, sowie zum Teil direkt aus den abgewickelten Dienststellen übernommen. Hier sind auch Teile von Beständen staatlicher Stellen vorhanden, die offenbar wegen eines besonders hohen Bedarfs an Geheimhaltung unter der Kontrolle der NVA verbleiben sollten.

Das Ministerium und die Führung der NVA waren dem Nationalen Verteidigungsrat unterstellt, dessen Vorsitz der Generalsekretär der SED innehatte. Seine Protokolle sind bereits digitalisiert im Internet einsehbar. Auf allen Ebenen der Hierarchie wurde die Umsetzung der Parteibeschlüsse durch die Politische Hauptverwaltung abgesichert, deren Leiter Stellvertreter des Ministers war und dem Politbüro gegenüber Rechenschaft ablegen musste. Die Leiter der nachgeordneten politischen Verwaltungen besaßen Generalsrang. Die Bestände der Politischen Hauptverwaltung umfassen den Zeitraum von 1950 bis 1989. Dazu gehören die Akten der umfangreichen Parteistrukturen der SED innerhalb des Ministeriums, die

immer wieder neu organisiert und schließlich zugunsten der politischen Verwaltungen ganz abgeschafft wurden. Ihr nachgeordnet waren Bereiche wie das Militärgeschichtliche Institut der DDR, das Armeemuseum und das Filmstudio der NVA, die militärpolitische Hochschule sowie der Militärverlag und mehrere Sportorganisationen.

Zu den zentralen Dienststellen des Ministeriums gehörten verschiedene Ausbildungs- und Schulungseinrichtungen, darunter die Militärakademie „Friedrich Engels“, die Nachrichtenzentrale und verschiedene technische Zentralstellen.

Zur Militärjustiz gehörte die Militäroberstaatsanwaltschaft, deren Leiter Vertreter des Generalstaatsanwaltes für den Militärbereich war. Sie arbeitete eng mit dem MfS zusammen. Die Akten der Verfahren, bei denen das MfS ermittelt hatte, wurden dorthin zur Archivierung abgegeben. Trotz vieler Kassationen nach den üblichen Aufbewahrungsfristen ist ein umfangreicher Bestand für die Zeit von 1956 bis 1990 vorhanden. Er wird oft genutzt für Rehabilitierungsverfahren oder zur Klärung von Entschädigungsansprüchen.

Aus dem Bereich der Zivilverteidigung sind Unterlagen über wirtschaftliche und logistische Planungen sowie die militärische Ausbildung der Studenten vorhanden. Im Bestand zum Objekt „Rügenhafen“ zum Ausbau eines U-Boothafens in den 50er Jahren sind Unterlagen über das Arbeitslager für 3.000 Häftlinge vorhanden. Der Bestand NVA umfasst weiterhin die Unterlagen der Grenzpolizei bis 1961 und des anschließend eingerichteten Kommandos der Grenztruppen einschließlich der Offiziersschule zur Ausbildung der Kommandeure. Im Bestand der 5. Grenzbrigade/Ring um Berlin finden sich Informationen zur Überwachung der Grenzkontrollpunkte und zum Mauerbau 1961.

Ausführliche Beschreibungen der Organisationseinheiten und der Bestände finden sich im Abschnitt Militärarchiv in der Online-Beständeübersicht des Bundesarchivs in der Rechercheplattform ARGUS.

Einschlägige Unterlagen in den Beständen der Abteilung B

In rund 60 Beständen, die in der Bundesrepublik angewachsen sind, finden sich zahlreiche Unterlagen in rund 100.000 Akteneinheiten mit Informationen über die DDR. Sie sind bei der Beobachtung von Entwicklungen und Ereignissen in der DDR, bei der Organisation der Hilfe für Flüchtlinge oder anderer Personen, die von Gewaltakten in der DDR betroffen waren, oder bei der Zusammenarbeit im Rahmen

verschiedener Abkommen entstanden und enthalten vielfältige Angaben zu politischen Entscheidungen wie über persönliche Schicksale.

In den Beständen der Bundesregierung sind umfangreiche Unterlagen zum Bundesnotaufnahmeverfahren, zur Häftlingshilfe, zu Enteignungen in der DDR sowie aus der Grenzsicherung und -beobachtung vorhanden. Beim Bundeskanzleramt sind neben der Spiegelung der Ressorts in innerdeutschen Fragen Materialien zum Status Berlins sowie zu Grenzzwischenfällen entstanden. Ein zentraler Bestand für die Fragen der SED-Herrschaft stammt vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen mit zahlreichen Einzelfallakten zu Familienzusammenführungen, Häftlingsangelegenheiten und Rechtsschutzsachen für in der DDR verfolgte Personen. Beim BMJ ist umfangreiches Material zur Entstehung des Strafrechts der DDR und zu seiner Anwendung vorhanden. Ebenso hat das Bundesministerium für Vertriebene umfangreiches Material zur Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen übergeben. Der Bestand der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR enthält neben Beobachtungen aus allen Bereichen des Lebens in der DDR Materialien zur humanitären Hilfe und zu Häftlingsfragen sowie zahlreichen Einzelfällen. Der Bestand des Gesamtdeutschen Instituts enthält zahlreiche Informationen aus der DDR, die dort zusammengestellt und publiziert wurden, sowie Unterlagen aus der Förderung von Hilfsmaßnahmen.

Von der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die nach dem Mauerbau 1961 eingerichtet wurde, um in der DDR begangene Gewaltakte festzuhalten, wurden mehr als 40.000 Akten übergeben. Im Bestand des Bundesnachrichtendienstes ist die inzwischen offen gelegte systematische Beobachtung der DDR bis 1990, sind Presseauswertungen sowie Berichte aus Betrieben, Militäreinheiten und dem Ministerium für Staatssicherheit vorhanden. Ebenso enthält der Bestand des Bundesamtes für Verfassungsschutz Berichte über die Tätigkeit des MfS. Auch diese beiden Bestände sind mit Online-Findbüchern im Internet recherchierbar.

Außerdem sind in der Abteilung B Bestände von Stiftungen und anderen Vereinigungen verfügbar, die sich speziell der Aufarbeitung des in der DDR verübten Unrechts gewidmet haben. Dazu gehören etwa die Arbeitsgemeinschaft für Mädchen- und Frauenbildung e.V., die sich von 1948 bis 1970 um die Unterstützung bedürftiger Lehrerinnen in der DDR bemüht hat, ebenso wie das Kuratorium Unteilbares Deutschland, das sich seit 1954 für die Wiedervereinigung einsetzte, der Bund der Mitteldeutschen als Gesamtverband der Flüchtlinge, der Grenzzwischenfälle dokumentiert hat, der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit mit einer Dokumentation von Urteilen in der DDR in den 1950er Jahren, dem

Königsteiner Kreis, einer Vereinigung von Juristen und Beamten aus der DDR, und dem Staatsbürgerinnen-Verband, der in der DDR inhaftierte Bundesbürger betreut hat, sowie einige Nachlässe von politisch aktiven Personen.

Auch diese Bestände sind zum größten Teil in der Online-Beständeübersicht beschrieben. Zu einigen von ihnen liegen ebenfalls Online-Findbücher vor. Sie werden für zahlreiche Anfragen von Privatpersonen wie zu wissenschaftlichen Forschungen herangezogen.

16. Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AdB	Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V.
AfNS	Amt für nationale Sicherheit
AFüSt	Ausweichführungsstelle
AKSB	Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke e.V.
AL	Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN e.V.
bap	Bundesausschuss Politische Bildung
BArchG	Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz)
BerRehaG	Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz)
BKM	Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BSV	Bund der Stalinistisch Verfolgten in Deutschland e.V.
BV	Bezirksverwaltung
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVG	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz)
CD	Compact Disc
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CIA	Central Intelligence Agency
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Demokratischer Aufbruch
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DHM	Deutsches Historisches Museum
DIZ	Dokumentations- und Informationszentrum
DRGK	Die Gemeinsame Kommission für die Erforschung der jüngeren

	Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DSU	Deutsche Soziale Union
DVD	Digital Video Disc, auch Digital Versatile Disc
DVP	Deutsche Volkspolizei
DVV	Deutscher Volkshochschulverband e.V.
DzD e.V.	Edition „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ eingetragener Verein
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EKH	Evangelisch-Kirchlicher Hilfsverein
ET	Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung
EU	Europäische Union
FB	Fachbereich
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
GEMINI	Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung
GJWH	Geschlossener Jugendwerkhof
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GULag	Hauptverwaltung der Besserungsarbeitslager
ha	Hektar
HAIT	Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IPA	Internes Parteiarchiv der SED
JVA	Justizvollzugsanstalt
KGB	Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, In- und Auslandsgeheimdienst der Sowjetunion
km	Kilometer
KZ	Konzentrationslager
KZB	Koordinierendes Zeitzeugenbüro
LAKD	Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
lfm	laufende Meter
LStU	Landesbeauftragte/-er für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

m	Meter
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MGFA	Militärgeschichtliches Forschungsamt
MHM	Militärhistorisches Museum der Bundeswehr
Mio.	Million
Mrd.	Milliarde
MWD	Ministerium für innere Angelegenheiten der Sowjetunion
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der Sowjetunion
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PMO	Parteien und Massenorganisationen der DDR.
qm	Quadratmeter
RHG	Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.
ROM	Read-Only Memory
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMT	Sowjetische Militärtribunale
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz)
StSG	Stiftung Sächsische Gedenkstätten
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz)
ThürAZ	Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UHA	Untersuchungshaftanstalt
UOKG	Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
VEB	Volkseigener Betrieb
vgl.	vergleiche
VOS	Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.
VwRehaG	Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger

Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz)

z.B.

Zum Beispiel

ZK

Zentralkomitee

ZPA

Zentrales Parteiarchiv der SED

ZZF

Zentrum für Zeithistorische Forschung